

WIR ALLE SIND WIRTSCHAFT



14. BUNDESMITTELSTANDTAG // 27. UND 28. SEPTEMBER 2019 // KONGRESS PALAIS IN KASSEL

VERANSTALTUNGSBUCH

- TAGUNGSUNTERLAGEN
- GESCHÄFTSBERICHT
- GRUSSWORTE

#BMT19





Nur wer für jeden Einzelnen da ist, kann für alle da sein.

Wir sind die Post für 82 Millionen Menschen. Und für jeden von ihnen geben wir täglich alles. Bei Wind und Wetter sind 93.000 Post- und 19.000 Paketboten im ganzen Land unterwegs, damit 57 Millionen Briefe und 5 Millionen Pakete zuverlässig ihren Empfänger erreichen. Und das bereits nach nur einem Tag. Mit dieser einzigartigen Leistung machen unsere Zusteller die Deutsche Post zur Post für Deutschland.

deutschepost.de

Deutsche Post 

| | |
|--|-----|
| A_EDITORIAL | 4 |
| | |
| B_UNTERLAGEN ZUM 14. BUNDESMITTELSTANDSTAG | 5 |
| 1. REGULARIEN (TAGESORDNUNGSPUNKT 2) | 6 |
| Wahl des Tagungspräsidiums (Tagesordnungspunkt 2.1) | 6 |
| Beschlussfassung über die Tagesordnung (Tagesordnungspunkt 2.2) | 6 |
| Bestätigung der Antragskommission (Tagesordnungspunkt 2.3) | 7 |
| Wahl der Mandatsprüfungskommission (Tagesordnungspunkt 2.4) | 7 |
| Wahl der Stimmzählkommission (Tagesordnungspunkt 2.5) | 7 |
| 2. KANDIDATEN FÜR DAS TAGUNGSPRÄSIDIUM | 8 |
| 3. ANLAGE ZUM BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS (TAGESORDNUNGSPUNKT 3.2) | 10 |
| 4. BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER (TAGESORDNUNGSPUNKT 3.3) | 12 |
| 5. BERUFUNG VON EHRENMITGLIEDERN (TAGESORDNUNGSPUNKT 13) | 14 |
| 6. „HESSISCHER ABEND“ | 15 |
| 7. REDNER AUF DEM BUNDESMITTELSTANDSTAG | 16 |
| 8. STANDPLANUNG AUSSTELLER | 18 |
| 9. AUSSTELLER, SPONSOREN UND PARTNER | 20 |
| | |
| C_GESCHÄFTSBERICHT | 23 |
| 1. BERICHT DES HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERS/DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE (TAGESORDNUNGSPUNKT 3.4) | 24 |
| 2. BUNDESVORSTAND | 46 |
| 3. BERICHT ÜBER DIE INHALTLICHEN BESCHLÜSSE DES BUNDESVORSTANDS UND DES PRÄSIDIUMS 2017–2019 | 50 |
| 4. ARBEITSBILANZ 2017–2019 | 53 |
| 5. BERICHT AUS DEN LANDESVERBÄNDEN | 60 |
| 6. BERICHT AUS DEN KOMMISSIONEN | 100 |
| 7. DIE ARBEIT DES PKM | 118 |
| 8. BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES 13. BUNDESMITTELSTANDSTAGS | 122 |
| 9. BERICHT ÜBER DIE ANTRÄGE DES MIT-BUNDESVERBANDS AN CDU-BUNDESPARTEITAGE | 130 |
| | |
| D_GRUSSWORTE | 131 |
| | |
| E_ANLAGEN | 145 |
| 1. STATISTIKEN | 146 |
| 2. KONTAKTDATEN UND ZEITTADEL | 148 |
| 3. BISHERIGE BUNDESMITTELSTANDSTAGE | 149 |
| 4. RAUMVERTEILUNGSPLAN | 150 |
| 5. ORGANIGRAMM | 152 |





WIR ALLE SIND WIRTSCHAFT

Liebe Delegierte und Gäste des Bundesmittelstandstags 2019 in Kassel,

wir befinden uns in herausfordernden Zeiten: Konjunkturelle Wolken ziehen auf, bei wichtigen Handelspartnern gibt es Abschottungstendenzen, die Veränderungsgeschwindigkeit durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz nimmt zu, die Flüchtlingsfrage und die meisten Integrationsprobleme bleiben auf der Agenda, die Kosten der Demografie und des Fachkräftemangels werden spürbar. Insbesondere die SPD verweigert die notwendigen Reformen und verschließt sich der Entwicklung kreativer Ideen. In solchen Zeiten kommt es darauf an, dass wir als MIT mit unserem Kompass der Sozialen Marktwirtschaft stärkeren Einfluss auf die Politik nehmen. Dabei ist die Entwicklung gerade gegen Ende der ablaufenden Vorstandsperiode positiv: Die Vorschläge und Initiativen der MIT sind in der Bundestagsfraktion und in der CDU gefragt. Wir werden eingebunden in die Erarbeitung von Inhalten. Unsere Bedenken gegen aus unserer Sicht falsche Vorschläge werden berücksichtigt. Auch personell ist unser Einfluss in Regierung, Fraktion und CDU-Präsidium größer geworden (siehe S. 26).

Was wir aber jetzt in der CDU und in der Bundesregierung brauchen ist ein klarer Neustart: Eine Rezession können wir nur mit klaren Signalen zur Stärkung der Wirtschaft abwenden. Dabei geht es nicht um Lobbyinteressen. Auch das wollen wir mit diesem Bundesmittelstandstag und unserem Leitantrag verdeutlichen: Wir alle sind Wirtschaft. Jeder in Deutschland profitiert davon, wenn mehr Unternehmen gegründet werden und die Gründungen schneller erfolgreich sind. Jeder profitiert davon, wenn Unternehmen



MITELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU

innovativ sind und nicht durch Bürokratie oder zu hohe Steuerlast in ihrer Geschäftstätigkeit gehemmt werden. Wir müssen dafür werben, dass eine erfolgreiche Wirtschaft, vom Solo-Selbstständigen und Freiberufler über den mittelständischen Familienbetrieb bis zum Großunternehmen, die Basis für alles ist, wofür wir uns in der Politik einsetzen: für eine bessere Bildung, für mehr innere und äußere Sicherheit, für sozialen Ausgleich

und Unterstützung der Schwächsten, für eine humane und rechtsstaatliche Flüchtlingspolitik, für einen wirksamen Umwelt- und Klimaschutz. Das alles bekommen wir nur, wenn die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft besser werden. Dafür hat die MIT gute Vorschläge erarbeitet und wird auch auf diesem Bundesmittelstandstag wichtige Impulse setzen.

Wir als MIT sind aber nicht nur der politische Reformmotor der Union, sondern gehen auch organisatorisch voran: Als Vorreiter in der Unionsfamilie haben wir mit „MIT 5.0“ einen ehrgeizigen Strategieplan für eine deutliche Erhöhung der Mitgliederzahlen entwickelt. Schon in den ersten Monaten des Jahres 2019 konnte damit der Mitgliederschwund gestoppt werden. Wir haben in der CDU die Möglichkeit elektronischer Wahlen durchgesetzt und sind jetzt die ersten Anwender in der Unionsfamilie. Und mit der geplanten Namensänderung zu „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ wollen wir unseren Wiedererkennungswert erhöhen, weil der Name kürzer und einprägsamer ist.

Wir danken dem scheidenden Bundesvorstand für zwei sehr erfolgreiche Jahre und freuen uns auf tolle Ideen, Konzepte, Aktionen und Veranstaltungen mit dem neuen Bundesvorstand.

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender

Thorsten Alsleben
MIT-Hauptgeschäftsführer

UNTERLAGEN ZUM 14. BUNDESMITTELSTANDSTAG

1. REGULARIEN
2. KANDIDATEN FÜR DAS TAGUNGSPRÄSIDIUM
3. ANLAGE ZUM BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS
4. BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER
5. BERUFUNG VON EHRENMITGLIEDERN
6. „HESSISCHER ABEND“
7. REDNER AUF DEM BUNDESMITTELSTANDSTAG
8. STANDPLANUNG AUSSTELLER
9. AUSSTELLER, SPONSOREN UND PARTNER

TAGESORDNUNGSPUNKT 2 REGULARIEN

- 2.1 WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS
- 2.2 BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG
- 2.3 BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION
- 2.4 WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION
- 2.5 WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.1 WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Die Bundesgeschäftsstelle der MIT schlägt dem 14. Bundesmittelstandstag folgendes Tagungspräsidium vor:

Dr. Philipp Birkenmaier
Landesverband Berlin

Gitta Connemann MdB
Landesverband Niedersachsen

Tilman Kuban
Landesverband Niedersachsen

Hildegard Müller
Landesverband Nordrhein-Westfalen

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.2 VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN

Der Bundesvorstand der MIT schlägt dem 14. Bundesmittelstandstag folgende Tagesordnung vor:

- **TOP 1 Eröffnung und Begrüßung**
- **TOP 2 Regularien**
 - 2.1 Wahl des Tagungspräsidiums
 - 2.2 Beschlussfassung über die Tagesordnung
 - 2.3 Bestätigung der Antragskommission
 - 2.4 Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - 2.5 Wahl der Stimmzählkommission
 - 2.6 Bestätigung der Antragsfrist

Grußwort
Tilman Kuban, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands

- **TOP 3 Berichte**
 - 3.1 **Bericht des Bundesvorsitzenden**
Dr. Carsten Linnemann MdB
 - 3.2 **Bericht des Bundesschatzmeisters**
Hermann Hesse

3.3 **Bericht der Rechnungsprüfer**
Tobias Hagemeyer und Uwe Sellnow

3.4 **Bericht des Hauptgeschäftsführers**
Thorsten Alsleben

• **TOP 4 Bericht des PKM-Vorsitzenden**
Christian Freiherr von Stetten MdB

• **TOP 5 Bericht der Mandatsprüfungskommission**

• **TOP 6 Aussprache zu den Berichten**

• **TOP 7 Entlastung des Bundesvorstands**

• **TOP 8 Antragsberatungen**

- 8.1 Anträge zur Änderung der Satzung + GO
- 8.2 Leitantrag „Wir alle sind Wirtschaft“
- 8.3 Allgemeine Anträge + Sachanträge

• **TOP 9 Wahl des Bundesvorstands**

- 9.1 Wahl des Bundesvorsitzenden
- 9.2 Wahl der 6 stellv. Bundesvorsitzenden
- 9.3 Wahl des Bundesschatzmeisters
- 9.4 Wahl des Mitgliederbeauftragten
(vorbehaltlich der Zustimmung zur Satzungsänderung)
- 9.5 Wahl der 35 Beisitzer

• **TOP 10 Markt vs. Staat –
wohin steuert die Wirtschaftspolitik?**
Diskussion zwischen
Jens Spahn MdB, Bundesminister für Gesundheit und
Dr. Rainer Dulger, Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall
moderiert von
Michael Bröcker, Chefredakteur „Rheinische Post“

• **TOP 11 Rede**
Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU Deutschlands und Bundesministerin der Verteidigung

• **TOP 12 Wahl der Rechnungsprüfer**

• **TOP 13 Berufung von Ehrenmitgliedern**
Nach §5 (2) der Satzung der MIT

• **TOP 14 Schlusswort des Bundesvorsitzenden**

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.3 BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand der MIT schlägt dem 14. Bundesmittelstandstag folgende Antragskommission vor, welche vom Bundesvorstand am 25. Juni 2019 bestellt wurde (GO der MIT, § 10 (3)):

VORSITZ:

Marco Reuter, Hessen

MITGLIEDER:

Gerd Albrecht, Thüringen
Thorsten Alsleben, MIT-Bundesgeschäftsstelle
Henning Aretz, Nordrhein-Westfalen
Christoph Böhmer, Brandenburg
Dr. Thomas Brändlein, Bayern
Sebastian Brehm MdB, Bayern
Michael Darda, Nordrhein-Westfalen
Marie-Luise Dött MdB, Nordrhein-Westfalen
Christoph Fay, Hessen
Uwe Feiler MdB, Brandenburg
Dr. Michael Fillié, Bremen
Alexander Fleck, Baden-Württemberg
Annika Fohn, Nordrhein-Westfalen
Dr. Albrecht Geier, Baden-Württemberg
Dr. Thomas Geppert, Bayern
Prof. Dr. Hans-Jörg Hennecke, Nordrhein-Westfalen
Helena Kapp, Baden-Württemberg
H.-Dieter Klahsen, Niedersachsen
Helmut Klapheck, Rheinland-Pfalz
Sabine Kleinke, Niedersachsen
Johannes Kraft, Berlin
Stefan Lange, Schleswig-Holstein
Jutta Leitherer, Bayern
Elmar Lersch, Rheinland-Pfalz
Wolfgang Leyendecker, Nordrhein-Westfalen
Jörg Meurer, Rheinland-Pfalz
Friedhelm Müller, Nordrhein-Westfalen
Norbert Müller, Sachsen
Anja Paaschen, Brandenburg
Dr. Markus Pieper MdEP, Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Regina Polster, Thüringen
Franz Josef Pschierer MdL, Bayern
Dr. Markus Reichel, Sachsen
Volker Rode, Hessen
Inka Sarnow, Baden-Württemberg
Stefan Simmnacher, Nordrhein-Westfalen
Andreas Sobotta, Niedersachsen
Dr. Philipp Steinwärder, Hamburg
Klaus Straub, Baden-Württemberg
Elisa Vandy, MIT-Bundesgeschäftsstelle

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.4 WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand der MIT schlägt dem 14. Bundesmittelstandstag folgende Mandatsprüfungskommission vor:

VORSITZ:

Andreas A. Sobotta, Niedersachsen

MITGLIEDER:

Berthold Jost, Hessen
Helmut Klapheck, Rheinland-Pfalz
Hans-Peter Pohl, Brandenburg
Stefan Simmnacher, Nordrhein-Westfalen

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.5 WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Der Bundesvorstand der MIT schlägt dem 14. Bundesmittelstandstag folgende Stimmzählkommission vor:

VORSITZ:

Katja Seeger-Kleinschmager, MIT-Bundesgeschäftsstelle

MITGLIEDER:

Frederic Buß, Nordrhein-Westfalen
Hans-Peter Pohl, Brandenburg
Claudia Thomas, Nordrhein-Westfalen
10 Helfer, CDU und JU Hessen

KANDIDATEN FÜR DAS TAGUNGSPRÄSIDIUM



DR. PHILIPP BIRKENMAIER

- 1995–2000 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und München
- 2000–2003 Promotionsstudium an der TU Dresden
- 2003–2005 Rechtsreferendariat am Kammergericht Berlin
- 2005–2006 Rechtsanwalt bei der Kanzlei P+ P Pöllath + Partner
- 2007–2012 Referent beim Nationalen Normenkontrollrat im Bundeskanzleramt
- 2012–2019 Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Seit 2018 Vorsitzender des Landesfachausschusses Wirtschaft der CDU Berlin
- Seit 2019 Leiter der Stabsstelle Mittelstandsstrategie im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie



GITTA CONNEMANN MDB

- 1983–1984 Lehre zur Schuhverkäuferin in Leer
- 1984–1990 Studium der Rechtswissenschaften in Osnabrück und Mainz
- 1990–1993 Referendariat in Hessen und in den Niederlanden
- 1993–1995 Rechtsanwältin in einer Wirtschaftskanzlei in Darmstadt
- 1995–2001 Juristin beim Arbeitgeberverband Landwirtschaft und Genossenschaften Weser-Ems mit den Schwerpunkten Arbeits- und Sozialrecht
- 2001–2012 Selbstständigkeit in der Kanzlei Rickes/Connemann in Leer
- Seit 2001 Mitglied des Kreistages Leer (u.a. Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Handwerk, Tourismus, Verkehr und Kultur)
- Seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis "Unterems", jeweils direkt gewählt
- 2003–2007 Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages
- 2014–2015 Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages
- 2015–2018 Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft, gesundheitlichen Verbraucherschutz, Kirchen und Petitionen
- Seit 2018 Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft, gesundheitlichen Verbraucherschutz, Kirchen, Kunst, Kultur und Medien



TILMAN KUBAN

- Studium der Rechtswissenschaften in Osnabrück
- Referendariat am OLG Celle
- Seit 2016 Rechtsanwalt, Leiter Recht und Nachhaltigkeit bei den Unternehmerverbänden Niedersachsen
- 2014–2019 Landesvorsitzender der Jungen Union Niedersachsen
- Seit 2019 Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands



HILDGARD MÜLLER

- 1987–1989 Ausbildung als Bankkauffrau, Dresdner Bank AG
- 1989–1994 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich–Heine–Universität Düsseldorf
- 1995–2008 Verschiedene Positionen bei der Dresdner Bank AG, zuletzt als Abteilungs-
direktorin (Tätigkeit ruhte ab 11/2005)
- 2002–2008 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 2005–2008 Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, verantwortlich für Bund–Länder–
Koordination der Bundesregierung und Bürokratieabbau
- 2008–2016 Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Energie–
und Wasserwirtschaft (BDEW)
- Seit 2016 Vorstand Netz & Infrastruktur der innogy SE

Anzeige



FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
GEHT **PHYSIOTHERAPEUT**
JAN DAHIN, WO ES WEH TUT.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/jan

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**

TAGESORDNUNGSPUNKT 3.2

ANLAGE ZUM BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Zusammenfassung gemäß § 24 Abs. 9 PartG

| Einnahmen- und Ausgabenrechnung | | | | |
|--|---------------------|---------------|---------------------|---------------|
| | 2018 | | 2017 | |
| Einnahmen | € | % | € | % |
| 1. Mitgliedsbeiträge | 628.595,00 | 50,29 | 641.070,00 | 48,68 |
| 2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 3. Spenden von natürlichen Personen | 4.445,25 | 0,36 | 1.855,22 | 0,14 |
| 4. Spenden von juristischen Personen | 4.533,60 | 0,36 | 14.167,51 | 1,08 |
| 5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 5a. Einnahmen aus Beteiligungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen | 2.160,00 | 0,17 | 2.457,90 | 0,19 |
| 7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit | 254.060,32 | 20,33 | 293.859,21 | 22,31 |
| 8. Staatliche Mittel | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 9. Sonstige Einnahmen | 12.996,94 | 1,04 | 20.479,85 | 1,56 |
| 10. Zuschüsse von Gliederungen | 343.187,50 | 27,46 | 343.000,00 | 26,05 |
| Summe | 1.249.978,61 | 100,00 | 1.316.889,69 | 100,00 |
| Ausgaben | € | % | € | % |
| 1. Personalausgaben | 540.690,07 | 50,33 | 541.144,45 | 45,17 |
| 2. Sachausgaben | | | | |
| (a) des laufenden Geschäftsbetriebes | 139.059,11 | 12,94 | 37.508,51 | 11,48 |
| (b) für allgemeine politische Arbeit | 377.768,22 | 35,17 | 500.508,73 | 41,78 |
| (c) für Wahlkämpfe | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| (d) Ausgaben für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen | 10.034,39 | 0,93 | 11.692,25 | 0,98 |
| (e) sonstige Zinsen | 0,00 | 0,00 | 1.446,00 | 0,12 |
| (f) Ausgaben im Rahmen einer Unternehmenstätigkeit | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| (g) sonstige Ausgaben | 5.229,82 | 0,49 | 4.640,04 | 0,39 |
| 3. Zuschüsse an Gliederungen | 1.487,50 | 0,14 | 1.000,00 | 0,08 |
| Summe | 1.074.269,11 | 100,00 | 1.197.939,98 | 100,00 |
| Überschuss (+) / Defizit (-) | +175.709,50 | | +118.949,71 | |

Da immer wieder gefragt wird, ob in einer politischen Vereinigung Jahresüberschüsse von mehr als 100.000 € sein müssen, hier noch einmal die Begründung, die ausschließlich mit der in 2015 gekauften Bundesgeschäftsstelle zusammenhängt. Mieträume würden Kosten (Miete) von circa 100.000 € verursachen und den Jahresüberschuss entsprechend mindern.
Ergebnis: Überschuss und Geld (Vermögen) weg.

Der Kauf der Räume und die anteilige Finanzierung erfordert eine Tilgung von circa 130.000 € p.a., die keine Kosten sind. Tilgung oder Investitionen, wenn sie nicht mit Krediten finanziert werden, können nur aus Überschüssen erbracht werden.
Ergebnis: Überschuss ergibt sich zwingend, weil keine Miete (Kosten) anfällt. Tilgung ist Vermögensbildung.

| Vermögensbilanz | | |
|---|----------------------|----------------------|
| | 2018 | 2017 |
| Besitzposten | € | € |
| A. ANLAGEVERMÖGEN | | |
| I. Sachanlagen | | |
| 1. Haus- und Grundvermögen | 1.784.107,95 | 1.768.702,20 |
| 2. Geschäftsstellenausstattung | 75.480,19 | 73.859,61 |
| II. Finanzanlagen | | |
| 1. Beteiligungen an Unternehmen | 0,00 | 0,00 |
| 2. Sonstige Finanzanlagen | 0,00 | 0,00 |
| B. UMLAUFVERMÖGEN | | |
| I. Forderungen an Gliederungen | 77.831,96 | 80.320,73 |
| II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung | 0,00 | 0,00 |
| III. Geldbestände | 334.060,45 | 312.798,07 |
| IV. Sonstige Vermögensgegenstände | 23.975,49 | 34.179,63 |
| Summe | 2.295.456,04 | 2.269.860,24 |
| Schuldenposten | € | € |
| A. RÜCKSTELLUNGEN | | |
| I. Pensionsverpflichtungen | 0,00 | 0,00 |
| II. Sonstige Rückstellungen | 52.723,40 | 67.103,00 |
| B. VERBINDLICHKEITEN | | |
| I. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen | 6.216,67 | 7.047,93 |
| II. Rückzahlungsverpfl. aus der staatl. Teilfinanzierung | 0,00 | 0,00 |
| III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 678.109,34 | 798.574,95 |
| IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern | 0,00 | 0,00 |
| V. Sonstige Verbindlichkeiten | 48.567,47 | 63.004,70 |
| Summe | 785.616,88 | 935.730,58 |
| Reinvermögen | +1.509.839,16 | +1.334.129,66 |
| Summe Verbindlichkeiten und Reinvermögen | 2.295.456,04 | 2.269.860,24 |

| ABSTIMMUNG DES REINVERMÖGENS | € |
|---|---------------------|
| Reinvermögen 1.1.2018 | 1.334.129,66 |
| Überschuss (+) / Defizit (-) 2018 | <u>175.709,50</u> |
| Rechnerisches Reinvermögen zum 31.12.2018 | <u>1.509.839,16</u> |
| Differenz | 0,00 |

TAGESORDNUNGSPUNKT 3.3

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER ZUR ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDS

RECHNUNGSPRÜFUNGSBERICHT FÜR DEN ZEITRAUM AUGUST 2017 BIS JULI 2019

Grundlage der Prüfung sind die buchhalterischen Unterlagen und Bestätigungsvermerke des Wirtschaftsprüfers für die Jahre 2017 und 2018, sowie die buchhalterischen Unterlagen des Steuerberaters für das Jahr 2019 bis Ende Juli.

Bei der Prüfung haben wir folgende Prüfungsschwerpunkte gesetzt:

1. **Prüfung auf Satzungskonformität mit Erkennen der Wirtschaftlichkeit auf Basis oben genannter buchhalterischer Unterlagen**
Die Prüfung der Jahresabschlüsse erfolgte stichprobenartig für die Geschäftsjahre 2017, 2018, sowie die Prüfung der buchhalterischen Unterlagen für die erste Jahreshälfte 2019. Wir können die ordnungsgemäße Buchführung bestätigen. Die Bilanzidentität wurde überprüft und ist nicht zu beanstanden. Die Berichte des Wirtschaftsprüfers wurden überprüft. Die satzungsgemäße Mittelverwendung auch unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Verwendung der Mittel wird festgestellt. Die besonderen Anforderungen des Parteiengesetzes wurden beachtet.
2. **Gesetzliche Leistungen und Rückstellungen**
Die detaillierten Nachweise der Lohn- und Lohnnebenkosten wurden auf Richtigkeit überprüft. Die Ordnungsmäßigkeit wird bestätigt, sodass gesetzlich vorgeschriebene Überprüfungen zum gleichen Prüfungsergebnis kommen werden. Die Höhe der Rückstellungen ist im jeweiligen Rechenschaftsbericht ausgewiesen.
3. **Sondertilgungsrecht Bundesgeschäftsstelle**
Entsprechend Baufinanzierung F01/050387287 ist ab 2016 ein Sondertilgungsrecht in Höhe von bis zu 5 % der Darlehenssumme vereinbart. Dieses wurde auch in voller Höhe in den Jahren 2017, 2018 und 2019 in Anspruch genommen.
4. **Veranstaltung Mittelstandspreis**
Die Vergabe des Mittelstandspreises im Rahmen des Parlamentarischen Abends der MIT ist Bestandteil der wirtschaftlichen Tätigkeit. Mit der Veranstaltung ist beabsichtigt, Einnahmen für den Bundesverband zu erzielen und zugleich das Netzwerk zu Politik und Verbänden, zu Presse und Basis zu vertiefen und auszubauen, außerdem mediale Resonanz und Öffentlichkeitsarbeit.
5. **Mitgliedergewinnung**
Die Mittel des Basis-Etats wurden verstärkt zur Mitgliedergewinnung verwendet. So wurde etwa die Öffnung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung auf europäischer Ebene durch Gründung eines Verbands in Belgien realisiert. Mit der Werbung neuer Mitglieder wird die Verjüngung der MIT vorangetrieben.

Wir, die Rechnungsprüfer, haben bei der Durcharbeitung am 8. und 9. August 2019 in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin keine Beanstandungen feststellen können.

Wir empfehlen dem 14. Bundesmittelstandstag die Entlastung des Bundesvorstands.

Tobias Hagemeyer

Uwe Sellnow

Als führendes Spezialchemie-
Unternehmen kennen wir
uns mit Verbindungen aus.
Bei Molekülen, aber auch
bei Daten.

Blockchain, Internet der Dinge, Quanten-Computing – wir machen aus Buzzwords Business. Gemeinsam mit starken Technologie-Partnern entwickeln wir digitale Kundenservices mit hoher Nutzerfreundlichkeit: von der kognitiven Such- und Analysefunktion für neue und bessere Produkte bis zu leistungsstarken E-Commerce-Lösungen. Diese Pionierarbeit verschafft uns eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung der Chemiebranche.

.....
www.evonik.de



TAGESORDNUNGSPUNKT 13 BERUFUNG VON EHRENMITGLIEDERN

NACH §5 (2) DER SATZUNG DER MIT

Der Bundesvorstand schlägt dem Bundesmittelstandtag vor, Dr. h.c. Hans Michelbach MdB zum Ehrenmitglied des MIT-Bundesverbands zu berufen. Sein jahrelanges Engagement für den Bundesverband hat die politische Arbeit der MIT maßgeblich geprägt.



DR. H.C. HANS MICHELBACH MDB

Dr. h.c. Hans Michelbach MdB gehört seit 1995 dem MIT-Bundesvorstand an, seit 22 Jahren dem MIT-Präsidium und davon seit 18 Jahren als stellvertretender Bundesvorsitzender. Damit ist er dienstältester stellvertretender Bundesvorsitzender. Michelbach gehört seit 1994 ununterbrochen dem Deutschen Bundestag an, seit 2012 als Wahlkreisabgeordneter von Coburg/Kronach. Er ist ordentliches Mitglied des Finanzausschusses sowie stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss. Außerdem ist er stellvertretender Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (PKM). Hans Michelbach war 18 Jahre lang Vorsitzender und ist nun Ehrenvorsitzender der Mittelstandsunion Bayern.

Anzeige



DAS DEUTSCHE
BAUWERBE



**JA ZUM
MEISTER**

Wir brauchen den Meisterbrief

- für sichere Bauleistungen und Bauausführung
- zum Erhalt der dualen Ausbildung
- als Qualitätssiegel für Verbraucherinnen und Verbraucher

Der Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) setzt sich für die Wiedereinführung der Meisterpflicht in den baugewerblichen Berufen ein. Das gilt für das Fliesenlegerhandwerk, das Estrichlegerhandwerk, das Handwerk der Beton-/Werksteinhersteller sowie das Parkettlegerhandwerk.



HESSISCHER ABEND

— 27. September 2019 —

Veranstaltungsort:
Kongress Palais Kassel • Kolonnadensaal + Kolonnadenfoyer

Einlass: 20.00 Uhr • Beginn: 20.30 Uhr



Begrüßung:
Dr. Carsten Linnemann MdB, Bundesvorsitzender der MIT
und
Paul Ziemiak MdB, Generalsekretär der CDU Deutschlands

Musik: DJ Matze

REDNER AUF DEM BUNDESMITTELSTANDTAG



© Chaperon

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer

- 1982–1990 Studium der Rechts- und Politikwissenschaften an den Universitäten Trier und Saarbrücken
- 1998–2011 Vorsitzende CDU-Stadtverband Püttlingen
- 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1999–2018 Mitglied des saarländischen Landtages
- 1999–2000 Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion im Saarland
- 2000–2004 Ministerin für Inneres und Sport (erste Innenministerin Deutschlands)
- 2004–2007 Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport im Saarland
- 2007–2009 Ministerin für Bildung, Frauen, Familie und Kultur im Saarland
- 2009–2011 Ministerin für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport im Saarland
- 2011–2012 Ministerin der Justiz im Saarland
- 2011–2018 Ministerpräsidentin des Saarlandes
- 2012–2018 Ministerin für Wissenschaft und Forschung
- 2018 Generalsekretärin der CDU Deutschlands
- Seit 2018 Parteivorsitzende der CDU Deutschlands
- Seit 2019 Bundesministerin für Verteidigung



© BMG 2

JENS SPAHN MDB

- 1999–2001 Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Westdeutschen Landesbank
- 2003–2017 Studium der Politikwissenschaft an der Fernuniversität Hagen (M.A.)
- 1999–2009 Mitglied im Stadtrat von Ahaus
- Seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages
- Seit 2005 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Borken
- 2009–2015 Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Seit 2012 Mitglied des Bundesvorstands der CDU
- Seit 2014 Mitglied des Präsidiums der CDU
- 2015–2018 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen
- Seit 2015 Ständiger Gast im MIT-Präsidium
- Seit 2018 Bundesminister für Gesundheit



DR. RAINER DULGER

- 1984–1991 Studium an der Universität Kaiserslautern, Fachbereich Maschinenwesen, Vertiefungsrichtung Fertigungstechnik und Feinwerktechnik
- 1991–1992 Audi AG, Ingolstadt
- Seit 1992 ProMinent GmbH, Heidelberg
- 1994–1998 Berufsbegleitende Promotion an der Universität Kaiserslautern, Abschluss als Doktor der Ingenieurwissenschaften
- Seit 1998 Geschäftsführender Gesellschafter, ProMinent GmbH, Heidelberg
- 2001–2014 Vorsitzender der Südwestmetall-Bezirksgruppe Rhein-Neckar und Mitglied des Vorstands von Südwestmetall
- 2006–2009 Stellvertretender Vorsitzender von Südwestmetall
- 2009–2012 Vorsitzender von Südwestmetall
- 2009–2012 Vizepräsident von Gesamtmetall
- Seit 2012 Präsident von Gesamtmetall



PAUL ZIEMIAK MDB

1998 Eintritt in die Junge Union
2001 Eintritt in die CDU
2009–2012 Vorsitzender des Bezirksverbands der JU Südwestfalen
2011–2019 Vorsitzender der CDU Iserlohn
2012–2014 Landesvorsitzender der JU NRW
2014–2019 Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands
2014–2019 Mitglied des Rates der Stadt Iserlohn
2017 Mitglied der Bundesversammlung
Seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags
Seit 2018 Generalsekretär der CDU Deutschlands



MICHAEL BRÖCKER

Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln
Wirtschaftsredakteur in der Lokalredaktion der Rheinischen Post in
Mönchengladbach
2007–2010 Redakteur im Berliner Büro der Rheinischen Post
2010–2014 Leiter des Berliner Büros der Rheinischen Post
Seit 2014 Chefredakteur der Rheinischen Post



HELMUT MATTHIES

Ab 1974 Studium der Evangelischen Theologie in Berlin, Hamburg und Heidelberg
1978 Hospitation bei der Deutschen Presse-Agentur
1978–2017 Leiter der Evangelischen Nachrichtenagentur idea
1982 Ordination zum Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

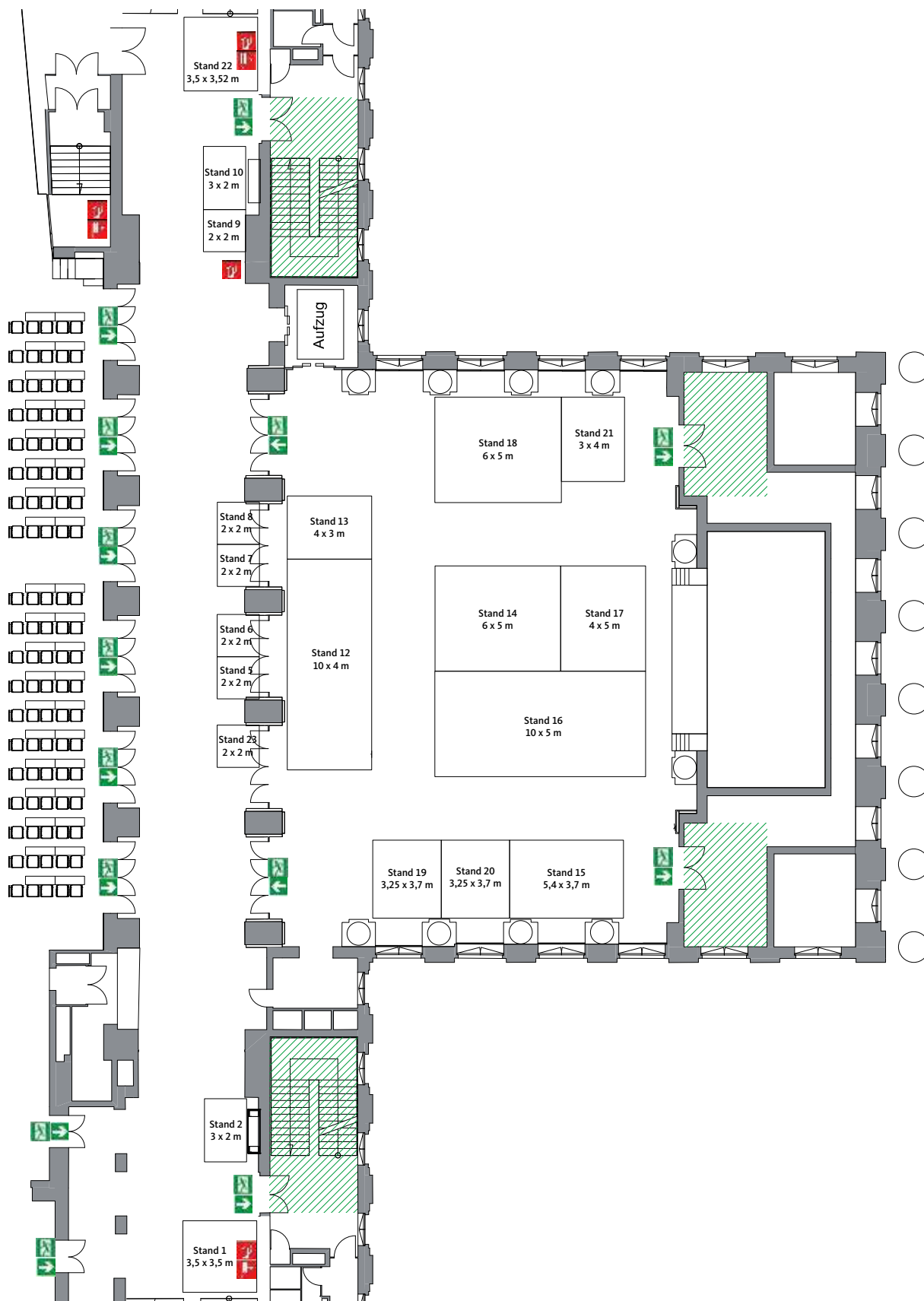
Anzeige

**Rechtssicherheit für
selbständige Experten und
eine erfolgreiche Digitalisierung
für Deutschland.**



BUNDESVERBAND ..
**SELBSTÄNDIGE
WISSENSARBEIT**
ADESW®

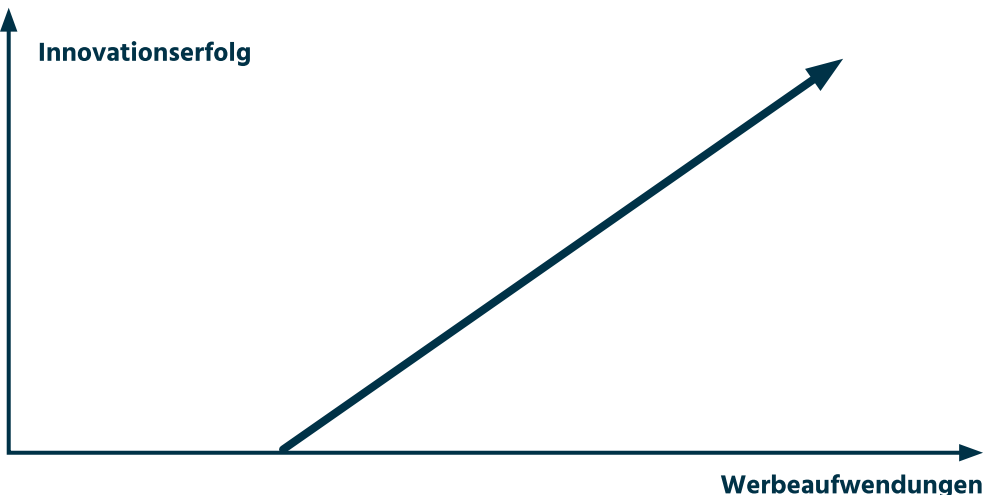
STANDPLANUNG AUSSTELLER



| Organisation/Unternehmen/Verband | Standort | Stand-Nr. |
|--|-------------|-----------|
| INSA-Consulere GmbH | Wandelhalle | 1 |
| Timepartner Personalmanagement GmbH | Wandelhalle | 2 |
| Spendit AG | Wandelhalle | 5 |
| Zenjob GmbH | Wandelhalle | 6 |
| KAS - Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. | Wandelhalle | 7 |
| Parlamentarischer Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag | Wandelhalle | 8 |
| CDU | Wandelhalle | 9 |
| UBG - Union Betriebs-GmbH | Wandelhalle | 10 |
| ZDB - Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V. | Blauer Saal | 12 |
| Bundesverband Parkett und Fussbodentechnik | Blauer Saal | 13 |
| Arbeitgeberverband Gesamtmetall e.V. | Blauer Saal | 14 |
| Philip Morris GmbH | Blauer Saal | 15 |
| BDE - Bundesverband der Deutschen Entsorgungs- Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. | Blauer Saal | 16 |
| PKV - Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. | Blauer Saal | 17 |
| Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH | Blauer Saal | 18 |
| VKE - Verband der Vertriebsfirmen Kosmetischer Erzeugnisse e.V. | Blauer Saal | 19 |
| AWI Automaten-Wirtschaftsverbände-Info GmbH | Blauer Saal | 20 |
| DPD Deutschland GmbH | Blauer Saal | 21 |
| MIT-Infostand | Wandelhalle | 22 |
| Bundesverband für selbständige Wissensarbeit e.V. | Wandelhalle | 23 |

Anzeige

Innovation, Qualität, Wandel nur mit Werbung





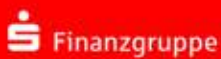
ZAW
Die Werbewirtschaft

Mehr unter www.zaw.de

AUSSTELLER, SPONSOREN UND PARTNER

WIR DANKEN UNSEREN SPONSOREN UND PARTNERN FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!

| | | | |
|---|---|--|---|
|  <p>EINFACH UNVERZICHTBAR.</p> |  <p>AGVL ARBEITGEBERVERBAND LUFTVERKEHR</p> |  <p>BDE Kreislauf, Wirtschaft, Zukunft.</p> |  <p>brandung³network [kommunikation]</p> |
|  <p>BVE Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie</p> |  <p>bdew Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.</p> |  <p>Bundesverband der Zigarrenindustrie</p> |  <p>BVK Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften</p> |
|  <p>BUNDESVERBAND PAKET & EXPRESS LOGISTIK BIEK</p> |  <p>Bundesverband Parkett und Fußbodentechnik</p> |  <p>BUNDESVERBAND ... SELBSTÄNDIGE WISSENSARBEIT ADESW*</p> |  <p>Bund Getränkeverpackungen der Zukunft</p> |
|  <p>DAS DEUTSCHE BAUGEWERBE</p> |  <p>Deutsche Post DHL Group</p> |  <p>Deutsche Vermögensberatung Vermögensaufbau für jeden!</p> |  <p>DIE DEUTSCHE AUTOMATENWIRTSCHAFT</p> |
|  <p>DIE FAMILIEN UNTERNEHMER</p> |  <p>DocMorris Die Apotheke.</p> |  <p>dpd</p> |  <p>eew Energy from Waste</p> |
|  <p>EVONIK KRAFT FÜR NEUES</p> |  <p>Fehr</p> |  <p>GESAMT METALL Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie</p> |  <p>HDE Handelsverband Deutschland</p> |
|  <p>Helpling</p> |  <p>INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT</p> |  <p>INSA CONSULERE</p> |  <p>KNETTENBRECH GURDULIC</p> |





Marten Bosselmann, Vorsitzender BIEK

Kaum eine Branche in Deutschland wächst stärker und bietet direkten Kundenservice auf so hohem Niveau wie die Kurier-, Express- und Paketdienstleister (KEP). Im vergangenen Jahr transportierten sie über 3,5 Milliarden Sendungen, beschäftigten rund 239.000 Menschen und realisierten Umsätze in Höhe von über 20 Milliarden Euro. Jährlich werden im Schnitt 10.000 neue Beschäftigte eingestellt.

Der KEP-Markt steht jedoch vor enormen Herausforderungen: Die Anforderungen der Kunden steigen mit den Sendungszahlen im E-Commerce, zugleich müssen Arbeitskräfte gewonnen und zukunftsfähige Zustellkonzepte mit alternativen Antriebstechnologien und einer kreativen, verkehrsreduzierenden Innenstadtlogistik entwickelt werden.

Die im Bundesverband Paket und Expresslogistik (BIEK) zusammengeschlossenen KEP-Dienstleister – die Wettbewerber der Deutschen Post AG (DP AG) – investieren massiv in diese Zukunftsthemen. Diese notwendigen Investitionen sind aber nur möglich, wenn sie auf dem Markt refinanzierbar sind – ohne faire Wettbewerbsbedingungen ist dies nicht möglich. Daher begrüßt der BIEK die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) am 01.08.2019 veröffentlichten Eckpunkte für eine Novelle des Postgesetzes grundsätzlich. Das Ziel, endlich die unzeitgemäße Privilegierung der DP AG im Paketmarkt abzuschaffen und für faireren Wettbewerb zu sorgen, ist unterstützenswert und wird vom BIEK gerne weiterhin positiv begleitet. Entscheidend sind die konkrete Umsetzung und die Ausgestaltung der Details.

Folgende Aspekte sollten deshalb berücksichtigt werden:

- Der BIEK sieht keine Notwendigkeit mehr, auch Paketdienstleistungen einer Universaldienstverpflichtung zu unterwerfen. Nicht allein die DPAG sichert die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen ab. Gerade im Paketbereich tragen die BIEK-Mitglieder hierzu erheblich bei. Die derzeitige Ausgestaltung der Universaldienstvorgaben führt dazu, dass letztlich allein die DP AG von damit verbundenen Vorteilen – z. B. einer Umsatzsteuerbefreiung und Erleichterungen bei den Lenk- und Ruhezeiten – profitiert.
- Dringend notwendig ist eine effektivere nachträgliche Kontrolle der Paketentgelte des Marktbeherrschers, die es ermöglicht, missbräuchlichen und diskriminierenden Entgeltgestaltungen wirksam zu begegnen.
- Gleichzeitig muss die Vorab-Regulierung für Briefsendungen nach Wettbewerbsmaßstäben streng kostenorientiert und verursachungsgerecht ausgestaltet werden. Voraussetzung ist hierfür eine getrennte Rechnungsführung, die eine klare Trennung zwischen dem Briefmarkt und dem Paketmarkt ermöglicht. Auf gar keinen Fall darf daher die Vorab-Regulierung im Briefmarkt abgeschafft werden – gerade im Hinblick auf die jüngste ungerechtfertigte Anpassung der Briefporti.

„Wir hoffen, dass Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier als überzeugter Europäer den Anspruch hat, ein Postgesetz zu entwickeln, das als Vorbild für die gesamte Europäische Union dient. Zum Wohle der Verbraucher und zum Wohle eines funktionierenden Wettbewerbs.“ (Marten Bosselmann, Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik)

GESCHÄFTSBERICHT

1. BERICHT DES HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERS/DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
2. BUNDESVORSTAND
3. BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES BUNDESVORSTANDS 2017-2019
4. ARBEITSBILANZ 2017-2019
5. BERICHTE AUS DEN LANDESVERBÄNDEN
6. BERICHTE AUS DEN KOMMISSIONEN
7. DIE ARBEIT DES PKM
8. BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES 13. BUNDESMITTELSTANDSTAGS
9. BERICHT ÜBER DIE MIT-ANTRÄGE AN DIE CDU-PARTEITAGE IN 2018

TAGESORDNUNGSPUNKT 3.4

BERICHT DES HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERS / ARBEIT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

DER EINFLUSS DER MIT WÄCHST

Auch wenn die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition vielfach aus der Wirtschaft und von der MIT kritisiert wird, ist der Einfluss der MIT auf die Arbeit von Fraktion und CDU in den vergangenen Jahren größer geworden. Dies hat auch Auswirkungen auf die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Außerdem schreitet die Professionalisierung und Digitalisierung der MIT-Arbeit voran. Die Jahre 2018 und 2019 waren außerdem geprägt von dem strategischen Ziel der Mitgliedergewinnung.

POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND ERFOLGE

Die Wahl von Carsten Linnemann zum stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, seine Mitwirkung in den Koalitionsverhandlungen, aber auch die Neuwahlen der CDU-Spitze haben es der MIT erleichtert, ihre Ideen an maßgeblicher Stelle einzubringen. Allein die Evaluation der Ergebnisse des Leitbeschlusses vom Bundesmittelstandstag 2017 zeigt, dass viele unserer Positionen inzwischen entweder bereits gesetzgeberisch umgesetzt oder zumindest zum erklärten Ziel der CDU oder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geworden sind (siehe S. 122). Beim CDU-Parteitag im Dezember 2018 hat die MIT mehr Anträge durchgesetzt als in den vergangenen zehn Jahren. Auch personalpolitisch hat die MIT Erfolge vorzuweisen.

Die wichtigsten MIT-Themen der abgelaufenen Vorstandsperiode:

SOLIDARITÄTSZUSCHLAG

Eine schon auf dem letzten Bundesmittelstandstag, aber auch danach immer wieder geäußerte Forderung der MIT



Gemeinsam für die vollständige Soli-Abschaffung: Thorsten Alsleben mit Rainer Holznagel, Präsident des Steuerzahlerbundes, am MIT-Stand auf dem CDU Parteitag 2018

war die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum Ende des Solidarpaktes II ab 2020. Die Forderung konnte im Koalitionsvertrag mit der SPD nur teilweise durchgesetzt werden: Die SPD war nur bereit, in einem „ersten Schritt“ den Soli für rund 90 Prozent der Steuerzahler ab 2021 abzuschaffen. Aber gerade Mittelständler wären von der Regelung weitgehend ausgenommen. Die MIT hat sich daher weiterhin dafür stark gemacht, den Soli vollständig abzuschaffen und konnte dies auch auf dem CDU-Parteitag im Dezember 2018 als Forderung der CDU durchsetzen. Bislang gab es aber keine Bereitschaft der SPD, an dieser Stelle vom Koalitionsvertrag abzuweichen. Immerhin bekennen sich auch führende CDU-Politiker seither immer wieder dazu, dass der Soli vollständig abgeschafft werden muss.

UNTERNEHMENSTEUERREFORM

Die Steuer- und Finanzkommission unter der Leitung des CSU-Bundestagsabgeordneten Sebastian Brehm und des früheren Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung Hartmut Schauerte hat im Sommer 2018 ein umfangreiches Konzept zur Reform

der Unternehmensteuern erarbeitet. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat die Forderungen weitgehend übernommen. In der AG Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion konnte Sebastian Brehm einen Teil der Forderungen in einem Papier zur Modernisierung der Unternehmensteuer einbringen. Dies ist zum Impuls für die Finanzpolitiker der Fraktion geworden. Damit gibt es eine Blaupause für eine wirksame Unternehmensteuerreform, die letztlich von der MIT initiiert und in wesentlichen Punkten vorbereitet wurde.

MARKTWIRTSCHAFTLICHER KLIMASCHUTZ



Besserer Klimaschutz: Bereits im Februar 2019 hat die MIT-Kommission für Energie- und Umwelt mit Experten ein Konzept erarbeitet

Schon vor der öffentlichen Debatte um Klimaschutz, die von der Fridays-for-Future-Bewegung befeuert worden war, hat sich die MIT intensiv mit einer ökologisch wirksamen und ökonomisch sinnvollen Lösung für die Abschwächung der menschengemachten Erderwärmung beschäftigt. Anlass war die Unzufriedenheit mit dem sogenannten Kohlekompromiss, der von einer von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe von Interessenvertretern vorge-

schlagen worden war. Die Kommission Energie, Umwelt, Bau und Verkehr unter Leitung von Henning Aretz und der CSU-Bundestagsabgeordneten Daniela Ludwig hat in intensivem Austausch mit Experten ein Konzept erarbeitet, das den EU-Emissionsrechtehandel als wirksamstes Mittel für Klimaschutz befürwortet. Es enthält die Forderung, die bislang nicht im Emissionsrechtehandel befindlichen Sektoren Verkehr und Gebäude in den EU-Emissionsrechtehandel einzubeziehen, notfalls auch zunächst nur in Deutschland. Im Gegenzug sollten andere Sekturmaßnahmen (ordnungsrechtlich vorgegebene Kraftwerksschließungen, Verbot oder Diskriminierung von Antriebstechniken, Tempolimits, Fahrverbote etc.) abgeschafft bzw. vermieden und finanzielle Belastungen (EEG-Umlage, Stromsteuer etc.) beseitigt bzw. reduziert werden. Es soll zu einer völligen Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik kommen, die deutlich marktwirtschaftlicher ausgerichtet ist. Dieses Konzept hat der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung im März 2019 in Kaiserslautern beschlossen. Die in der CDU bis dahin bereits begonnene Debatte um eine CO2-Steuer konnte dadurch in eine andere Richtung gelenkt werden. Durch ergänzende Vorstandsbeschlüsse und ein von der MIT in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, das die europarechtliche Machbarkeit des Vorschlags bestätigt, wurde der MIT-Vorschlag weiter befördert. Der Vorschlag fand und findet immer wieder mediale Resonanz.

FACHKRÄFTEEINWANDERUNGSGESETZ

Die MIT hat sich immer wieder für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz ausgesprochen, um die zunehmende Fachkräftelücke in vielen Branchen abzumildern. Nach langen Diskussionen innerhalb der Großen Koalition ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz im Sommer 2019 vom Bundestag beschlossen worden. Gemeinsam mit den Begleitgesetzen hat die Regierungskoalition damit aus Sicht der MIT die richtige Balance aus leichter Zuwan-

derung von Arbeitskräften und zugleich restriktiverer Handhabung von illegaler Zuwanderung gefunden.

MEISTERBRIEF

Nachdem es in der vorigen Vorstandsperiode gelungen war, die MIT-Forderung nach einer Wiedereinführung der Meisterpflicht ins CDU/CSU-Wahlprogramm zu bringen, ist es nun gelungen, die Forderung im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Maßgeblich vorangetrieben von Carsten Linnemann in seiner Funktion als Fraktionsvize gab es eine Einigung mit der SPD und dem Bundeswirtschaftsministerium, nach der alle Branchen wieder meisterpflichtig werden, in denen es verfassungs- und europarechtlich vertretbar ist. Nach mehreren Anhörungen und Gesprächen mit Branchenvertretern kristallisierten sich zwölf Branchen heraus, für die das zutreffend ist. Es ist geplant, die Handwerksordnung noch 2019 zu ändern, so dass in diesen Branchen die Meisterpflicht ab Anfang 2020 für Neugründungen wieder gilt.

DS-GVO



Parteienallianz für mittelstandsfreundlichen Datenschutz: Die MIT und die Wirtschaftsverbände anderer Parteien haben erstmals eine gemeinsame Erklärung verfasst.

Bereits vor dem Inkrafttreten der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) hat sich die MIT im Bundesvorstand mit den Auswirkun-

gen auf Mittelstand und Ehrenamtler beschäftigt und sowohl für die nationale Gesetzgebung als auch für die EU-Richtlinie Nachbesserungen gefordert. Daraufhin startete die MIT eine Kampagne, zu der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Abstimmung mit Wirtschaftsverbänden, aber auch erstmals eine gemeinsame öffentliche Erklärung der parteinahen Wirtschaftsvereinigungen von CDU/CSU, SPD und FDP gehörte, die im Wesentlichen von der MIT vorbereitet wurde. Der Parlamentskreis Mittelstand in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PKM) hat die Vorschläge der MIT aufgenommen und in die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner eingebracht.

Obwohl die SPD zunächst zu keinerlei Zugeständnissen bereit war, ist es nach einem Jahr mit zum Teil zähen Verhandlungen immerhin gelungen, die schon vor der DS-GVO in Deutschland geltende Pflicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten abzumildern. Künftig soll diese Pflicht nur noch bei Organisationen bestehen, die entweder mit sensiblen Daten arbeiten (wie zur Gesundheit oder politischen Meinung), oder bei denen mindestens 20 Personen (bisher: 10) ständig mit elektronischer Datenverarbeitung befasst sind. Damit werden ein Großteil des Mittelstands und die meisten Ehrenamtler nicht mehr von der Pflicht erfasst. Außerdem konnte die Union die SPD dazu bewegen, dass Konkurrenten-Abmahnungen bei angeblichen Datenschutz-Verstößen bei kleinen Unternehmen nicht mehr kostenpflichtig sind, so dass der Abgemahnte nicht mehr die Anwaltskosten des Abmahnenden zahlen muss.

Bei der anstehenden Evaluation der DS-GVO auf EU-Ebene setzen wir uns über unsere Vertreter beim PKM-Europa dafür ein, dass es mehr Ausnahmen für Mittelständler und Ehrenamtler gibt von Bestimmungen, die eigentlich gegen große internationale Internetkonzerne gerichtet sind. Im Europawahlprogramm haben CDU und CSU für diesen Zweck ein Innovations-Board gefordert.

GRÜNDER-SCHUTZZONE

Auch durch den Druck der MIT enthält der Koalitionsvertrag ein Bekenntnis, Gründer in den ersten Jahren stärker von Bürokratie zu entlasten. Die MIT hat dafür gemeinsam mit dem Verband DIE JUNGEN UNTERNEHMER „10 Vorschläge für bürokratiearme Unternehmensgründungen“ erarbeitet. Diese Vorschläge haben wir sowohl gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium als auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer wieder thematisiert. Allerdings scheitern bislang alle Versuche der Bürokratiereduzierung an der Verweigerungshaltung der SPD.

ABWEHR WIRTSCHAFTS-SCHÄDLICHER EINGRIFFE

Als wirtschaftspolitische Erfolge sind aber nicht nur eigene Ideen, die umgesetzt wurden, zu werten, sondern auch, wenn schädliche Vorschläge anderer verhindert werden konnten.

So konnten in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD unter tatkräftiger Mithilfe der MIT-Mitglieder in den Verhandlungsgruppen viele von der SPD geplante Belastungen vermieden werden. Dazu zählt die Erhöhung des Spitzensteuersatzes genauso wie die bedingungslose Grundrente. Die SPD versucht in der Großen Koalition grundsätzlich, die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen durch darüber hinausgehende Gesetzentwürfe zu unterminieren. Das muss jedes Mal in langwierigen, mühsamen Verhandlungen zurückgewiesen werden. Dabei hat sich das gute Netzwerk der MIT zu Verbänden bewährt, die frühzeitig Referentenentwürfe aus SPD-Ministerien auf zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft und praxisferne Vorschläge untersuchen und die MIT informieren.

Ein Beispiel für gute Kooperationen ist der mit Verbänden und Unternehmen und unter Einbeziehung des Bundeswirtschaftsministers abgewehrte Vorstoß von Bundesfinanzminister Olaf

Scholz, die steuerfreien Sachzuwendungen für Arbeitnehmer einzuschränken.

PERSONELLER EINFLUSS



Mehr Einfluss: Der später erneut ins CDU-Präsidium gewählte Jens Spahn bei der MIT-Delegiertenbesprechung vor dem CDU-Parteitag 2018 mit Matthias Heider, Carsten Linnemann, Thorsten Alsleben und Christian von Stetten

Die MIT konnte auch ihren personellen Einfluss und ihr Netzwerk innerhalb von CDU-Führung, Fraktion und Regierung vergrößern. Durch die Wahl von Carsten Linnemann zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, aber auch von anderen MIT-Mitgliedern in den Fraktionsvorstand, ist die MIT früher und intensiver in die Themen der Fraktion eingebunden. Der PKM mit Christian von Stetten an der Spitze ist mit 161 von 246 Abgeordneten die größte Gruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die deutliche Kritik der MIT am Ergebnis der Koalitionsverhandlungen, insbesondere an der Ressortverteilung, hat im März 2018 mit dazu geführt, dass Jens Spahn als Gesundheitsminister ins Bundeskabinett berufen wurde. Mit Spahn, Kanzleramtsminister Helge Braun, Bildungsministerin Anja Karliczek und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen waren insgesamt vier von sechs CDU-Bundesministern Mitglieder der MIT. Auch bei den parlamentarischen Staatssekretären gibt es viele MIT-Mitglieder. Seit der Wahl der neuen CDU-Führung im Dezember 2018 stellt die MIT mehr als die Hälfte der Mitglieder des CDU-Präsidiums. Und im Juli 2019 wurde mit Ursula von der Leyen erstmals ein MIT-Mitglied zur Präsidentin der EU-Kommission gewählt.

NETZWERKE

Die Arbeit der MIT, sowohl bei den Ehrenamtlichen als auch bei den wenigen Hauptamtlichen, kann nur erfolgreich sein, wenn wir die Expertise und Unterstützung über unsere Netzwerke ausbauen und nutzen. In der Bundesgeschäftsstelle haben wir daher strategisch die Kontakte zur CDU, zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion – auf Abgeordneten- und Mitarbeiterebene –, zur Bundesregierung, zu Wirtschaftsverbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen und Thinktanks weiter ausgebaut und intensiviert. Dadurch konnten wir für fast alle politischen Themen ein Frühwarnsystem etablieren, um frühzeitig zu erfahren, welche Vorhaben für die Wirtschaft relevant sein können und wo wir uns inhaltlich einbringen sollten. Außerdem konnten wir die Expertise für die Erarbeitung unserer politischen Vorschläge nutzen, um sofort im Praxistest bei Betroffenen zu ergründen, ob die Vorschläge nützlich oder gar schädlich sein könnten.

VERBÄNDEFRÜHSTÜCK

Seit nunmehr fast vier Jahren laden der Bundesvorsitzende und der Hauptgeschäftsführer alle zwei bis drei Monate die Hauptgeschäftsführer der wichtigsten Wirtschaftsverbände zum politischen Frühstück in die Bundesgeschäftsstelle ein, um offen über die Anliegen der Verbände und der Wirtschaft zu sprechen. Es gilt, die politische Arbeit der Koalition, der CDU und der MIT aus wirtschaftspolitischer Sicht zu beurteilen und Ideen für die politische Arbeit zu entwickeln. Ein Großteil der regelmäßig rund 30 Teilnehmenden ist inzwischen auch MIT-Mitglied.

WIRTSCHAFT TRIFFT POLITIK

Vertreter einiger börsennotierter Großkonzerne haben vor rund vier Jahren die MIT angesprochen, ob sie in den Dialog treten wolle, da man in der Union zu wenig Ansprechpartner habe. Seither organisiert die MIT in Koope-

ration mit dem BDI etwa zweimal im Jahr unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ einen vertraulichen Gesprächskreis, bei dem sich Vorstände von Konzernen mit (überwiegend jungen) Politikern von CDU und CSU austauschen.

WERKSTATTGESPRÄCHE



Carsten Linnemann moderiert das Werkstattgespräch zum Gesellschaftsjahr im September 2018 mit der damaligen Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Gesundheitsminister Jens Spahn, dem damaligen JU-Chef Paul Ziemiak und den Chefs von Hilfsorganisationen und Wirtschaftsverbänden.

Zu aktuellen Themen oder auch grundsätzlichen Fragen organisiert die MIT Werkstattgespräche mit Experten und Politikern, bevor konkrete Anträge oder Initiativen gestartet werden.

So haben unter der Führung der beiden Vorsitzenden der Kommission für Arbeit und Soziales, Jana Schimke MdB und Michael Littig, in 2018 und 2019 zwei Werkstattgespräche mit Führungskräften der Finanzwirtschaft und der Verbände zur Reform der privaten und betrieblichen Altersvorsorge stattgefunden sowie im August 2019 ein weiteres Werkstattgespräch zur Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung.

Der Bundesvorsitzende Carsten Linnemann hat im September 2018 in einem hochkarätig besetzten Werkstattgespräch mit der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, mit Gesundheitsminister Jens Spahn und dem damaligen JU-Chef Paul Ziemiak sowie Vertretern von Sozialeinrichtungen und Wirtschaftsverbänden über die Möglichkeiten eines

Gesellschaftsjahrs für junge Erwachsene diskutiert.

Weitere Werkstattgespräche fanden zu den Themen Tarifautonomie, Verbesserung der Startup-Finanzierung und zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks statt.

STRATEGIE MIT 5.0 – 50.000 MITGLIEDER IN 5 JAHREN



Auch auf der Bundesvorstandsklausur im März 2019 in Kaiserslautern Top-Thema: Michael Littig und Hermann Hesse werben darum, dass sich alle bei der Mitgliederwerbung mehr anstrengen

Da die Mitgliederentwicklung trotz jährlicher Eintritte von rund 2.000 Mitgliedern unter dem Strich seit Jahren aufgrund von noch mehr Austritten, Ausschlüssen und Sterbefällen rückläufig ist, hat der Bundesvorstand eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge zum Gegensteuern erarbeiten sollte. Diese Arbeitsgruppe unter der Leitung des stellvertretenden MIT-Vorsitzenden Michael Littig und des Bundesschatzmeisters Hermann Hesse hat unter Einbeziehung von Kreis- und Landesvorsitzenden mehrfach getagt. Zu Beginn hat eine beim Meinungsforschungsinstitut INSA in Auftrag gegebene Umfrage wichtige Erkenntnisse gebracht, wie die MIT-Mitglieder denken und was ihnen wichtig ist (siehe Artikel „Politisch engagiert und mit der MIT zufrieden“ auf S. 42). Darin zeigt sich eine hohe Zufriedenheit der Mitglieder mit der MIT. Da die meisten Mitglieder durch andere Mitglieder gewonnen wurden, hat die Arbeitsgruppe Mitgliederentwicklung als wichtigsten Ansatzpunkt genannt, die Mitgliederakquise durch überzeugte MIT-Mitglieder zu verstärken. Anschließend hat die Arbeitsgruppe das Strategiekon-

zept „MIT 5.0 - 50.000 Mitglieder in 5 Jahren“ erarbeitet, das der Bundesvorstand mehrfach diskutiert und am 19. November 2018 mit großer Mehrheit beschlossen hat. Darin verpflichtet sich die MIT, das Ziel anzustreben, innerhalb von fünf Jahren von seinerzeit knapp 25.000 auf rund 50.000 Mitglieder bis Ende 2023 zu wachsen. Um die rund 5.000 Mitglieder zusätzlich jedes Jahr zu gewinnen, müssten alle rund 3.000 Funktionsträger der MIT bundesweit jährlich jeweils 2 Mitglieder werben.

Im Mittelstandsmagazin werden seit 2018 in jeder Ausgabe die fünf größten MIT-Kreisverbände sowie die fünf Kreisverbände mit dem jeweils größten relativen und dem größten absoluten Mitgliederzuwachs präsentiert. Außerdem stellen wir im Mittelstandsmagazin, im MIT:NEWSLETTER und auf der MIT-Homepage immer wieder Neumitglieder vor, die ihre Motivation, in die MIT einzutreten, begründen.

Seit 2019 werden regelmäßig die Kreisvorsitzenden darüber informiert, wie sich die Mitgliederzahlen in den einzelnen Kreis- und Landesverbänden entwickelt haben und welche Kreisverbände besonders erfolgreich sind.



Selbstverpflichtung für alle: Die Landesvorsitzenden und Bundesvorstandsmitglieder bekennen sich zum gemeinsamen Ziel der Mitgliedergewinnung

Das Thema Mitgliederentwicklung ist seit 2019 Tagesordnungspunkt in jeder Bundesvorstandssitzung. Außerdem hat der Bundesvorstand beschlossen, dem Beispiel der CDU zu folgen und in der Satzung für die Bundesebene einen Mitgliederbeauftragten im Bundesvorstand zu verankern.

Als eine der ersten Maßnahmen hat der Bundesvorstand beschlossen, dass Kreisverbände, die bei Neumitgliedern unter 30 den Mitgliedsbeitrag halbieren, auch die Hälfte der Bundesumlage erstattet bekommen, sofern der jeweilige Landesverband das mit seiner Landesumlage genauso handhabt.

Das Präsidium hat weiterhin beschlossen, dass es für Mitglieder weitere attraktive Angebote von Kooperationspartnern geben soll mit besonderen Rabatten, so dass eine Mitgliedschaft bei Ausnutzung dieser Rabatte auch finanzielle Vorteile bringt.

Die neue Strategie „MIT 5.0“ zeigt erste Erfolge: In den ersten sieben Monaten 2019 ist die Mitgliederzahl nicht weiter gesunken, sondern leicht gestiegen. Allerdings liegt die Steigerung noch weit unter dem angestrebten Niveau (siehe Details zur Mitgliederentwicklung auf S. 146).

MIT-AUSLANDSVERBÄNDE



Die MIT wird internationaler: MIT-Mitglieder in Brüssel haben mit Unterstützung des Bundesvorstands den ersten MIT Auslandsverband gegründet.

Auf dem Bundesmittelstandtag 2015 wurde in die Satzung die Möglichkeit der Gründung von MIT-Auslandsverbänden aufgenommen. Wer im Ausland wohnt oder arbeitet und keinen Wohn-

oder Arbeitsplatz in Deutschland mehr hat, kann trotzdem MIT-Mitglied werden: unmittelbar beim Bundesverband. In einem Land können sich mehrere Mitglieder – mit Zustimmung der Bundes-MIT – zu einem Auslandsverband zusammenschließen.

2018 wurde in Brüssel mit der MIT Belgien der erste Auslandsverband unter tatkräftiger Mithilfe des im Europaparlament arbeitenden hessischen MIT-Vorsitzenden Marco Reuter gegründet. Vorsitzender wurde Stefan Brost, Leiter des DFB-Büros in Brüssel, Geschäftsführer wurde Bastian Biermann, Leiter des PKV-Büros in Brüssel. In Österreich und in der Schweiz gibt es erste Gründungsbestrebungen für neue MIT-Auslandsverbände. In Katar gibt es auch ein MIT-Mitglied, das Interesse an der Gründung eines MIT-Verbands hat.

Derzeit hat die MIT 13 originäre Auslandsmitglieder sowie 23 Mitglieder, die in deutschen Kreisverbänden gemeldet sind, aber mit ihrem Wohn- oder Dienort im Ausland eingetragene sind.

MIT:BASIS

Die MIT lebt vor allem mit und von der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort. Die bei INSA in Auftrag gegebene repräsentative Mitgliederumfrage hat gezeigt, dass die Kreisverbände den Mitgliedern am wichtigsten sind. Erst danach kommt die Bundesebene und am Schluss die Landesebene (siehe dazu Umfrage auf S. 42).

Ziel der MIT muss also sein, die Kreisverbände weiter in ihrer politischen Arbeit und bei der Mitgliedergewinnung zu unterstützen.

Mit neuen Flyern, Muster-Pressemitteilungen, Muster-Präsentationen und Veranstaltungskonzepten wie „MIT: FUTURA-lokal“ bietet die Bundesgeschäftsstelle kostenlos bzw. stark bezuschusst hilfreiche Materialien, um die MIT vor Ort zu stärken.

Es zeigt sich aber auch, dass es in vielen Kreisverbänden nicht mehr gelingt, engagierte Vorstandsmitglieder zu finden, die für eine lebendige Basisarbeit sorgen. In einigen Kreisverbänden gibt es sogar Vorstände, die inaktiv sind.

Für diese Fälle wird dem Bundesmittelstandtag 2019 eine Satzungsänderung vorgeschlagen, die der nächsthöheren Ebene ein Durchgriffsrecht gibt, um inaktive Verbände zu (re-)aktivieren.

Mit der Aktion „MIT:LOS GEHT'S“ hat der Bundesvorstand ein Projekt beschlossen, bei dem in zwölf Monaten mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle exemplarisch drei inaktive Kreisverbände reaktiviert werden sollten. Dies war in zwei Fällen erfolgreich. In Dithmarschen übernahm der Landesverband Schleswig-Holstein die Reaktivierung des Kreisverbands. In Nordsachsen wurde 2019 ein neuer Kreisvorstand gewählt. Die Kampagne hat aber gezeigt, dass die Landesverbände näher an den Kreisverbänden dran sind, um eine erfolgreiche Reaktivierung zu gewährleisten. Das Projekt wurde nach zwei Jahren eingestellt, weil sich gezeigt hat, dass die Betreuung und Motivation zur Neugründung bzw. Belebung von Verbänden vor Ort nur sehr schwer von der Bundesgeschäftsstelle aus geleistet werden kann und zu viele Ressourcen bindet.

HOMEPAGE-BAUKASTEN FÜR GLIEDERUNGEN



Leicht zu bedienen und günstig: Immer mehr MIT-Gliederungen nutzen den Homepage-Baukasten des Bundesverbands

Der von der MIT gemeinsam mit unserem Servicepartner UBG entwickelte Baukasten für preiswerte, einfache und schnelle Homepage-Gestaltung wird immer beliebter. Derzeit nutzen 6 Landesverbände, 2 Bezirksverbände sowie 34 Kreisverbände unseren Baukasten und erscheinen damit im einheitlichen MIT-Design. Auf Basis der Homepage der MIT Bund können Gliederungen damit auch Inhalte von der Homepage des Bundesverbands automatisch in ihre Verbands-Homepage einbetten (z. B. aktuelle Meldungen, Pressemitteilungen oder Termine). Der Bundesverband hat die Investitionskosten für die Einrichtung des Baukastens getragen, so dass für interessierte Verbände keine Einrichtungsgebühren anfallen. Lediglich die monatlichen Gebühren ab 13 Euro für Kreisverbände sowie ab 18 Euro für Landesverbände fallen an. Stadt- und Gemeindeverbände haben zudem die Möglichkeit, sich ab 7,90 Euro monatlich mit einer 1-Seiten-Lösung zu präsentieren. Damit sind die laufenden Kosten auch für kleinere Verbände tragbar.

BASIS-AKTIVITÄTEN BEKANNT MACHEN



Zwölf Seiten Basisarbeit: In jedem Mittelstandsmagazin informieren die Landesverbände über Aktivitäten vor Ort

Die Bundesgeschäftsstelle überarbeitet derzeit den „Leitfaden zur Mitgliederwerbung und aktiven Verbands-

arbeit“, der viele rechtliche Hinweise und Tipps, aber auch zahlreiche Beispiele für gelungene Aktionen und Veranstaltungen aus der MIT-Praxis enthalten soll.

Der Bundesverband gibt seit 2017 sechsmal pro Jahr ein eigenes Heft für alle Mitglieder heraus, in dem die Landesverbände auf 12 Seiten über Veranstaltungen und Aktionen auf Landesebene und an der Basis berichten können. Dieses Heft wird vollständig vom Bundesverband finanziert und dem Mittelstandsmagazin beigelegt.

Außerdem bietet die Bundes-MIT den Gliederungen auf ihrer Homepage die Möglichkeit, ihre Aktivitäten und Veranstaltungen darzustellen. So können wir zeigen, wie breit und regional verwurzelt die MIT ist und „Best-Practice“-Beispiele liefern. In jedem unserer in der Regel 14-tägig online versandten MIT-NEWSLETTER wählen wir von diesen Basis-Aktionen jeweils eine besondere Idee aus und machen sie unter den mehr als 16.000 Empfängern publik. In unserem wöchentlichen Pressespiegel wählen wir zwei Presseberichte über nachahmenswerte oder bemerkenswerte Veranstaltungen von MIT-Gliederungen aus.

Seit 2018 unterstützt der Bundesverband Landesverbände, die strukturelle Finanzprobleme haben, mit finanziellen Zuwendungen. Im Gegenzug müssen diese Landesverbände Maßnahmen vorschlagen, wie sie die Finanzprobleme strukturell beseitigen wollen.

MIT-APP

In Zeiten der Digitalisierung informieren sich politisch aktive Mitglieder oft schneller und intensiver über andere Wege als über Mitgliederzeitschriften oder Newsletter. Auch steigt bei vielen Menschen das Bedürfnis, sich bei bestimmten Themen selbst stärker einzubringen. Die klassischen Parteivereinigungsstrukturen konnten dieses Bedürfnis bislang nur schwer erfüllen. Deshalb hat sich die Bundesgeschäftsstelle in einem mehr als einjährigen Auswahlprozess

für die Einrichtung der Web- und App-Lösung eines deutschen mittelständischen Unternehmens entschieden. Die App wird derzeit auf die MIT zugeschnitten. Mit ihr sollen alle Mitglieder unmittelbar vom Bundesverband, aber auch von Landes- und Kreisverbänden in die Arbeit einbezogen werden. Terminankündigungen, Einladungen, Positionspapiere, Pressemitteilungen können direkt den entsprechenden Zielgruppen zugeleitet werden. Aktualisierungen – zum Beispiel bei Veranstaltungsankündigungen – erfolgen automatisch. Es gibt die Möglichkeit der Mitarbeit an inhaltlichen Positionen. Es gibt individuell gestaltbare Zugriffsrechte und Netzwerke, zum Beispiel für Kommissionen oder Kreisverbände. Die Vernetzung der Mitglieder untereinander wird deutlich erleichtert.

MIT:SHOP / WERBEMITTEL



Nur wo MIT drauf steht ist auch MIT drin: Werbemittel aus dem MIT-Shop

2017 ist der neue MIT:SHOP unter www.mit-shop.de online gegangen. Der Anschluss an den CDU-Shop war für uns ein wichtiger Fortschritt, denn der neue Shop enthält viele neue Funktionen, Interaktions-, Bezahl- und Versandmöglichkeiten, die in der Parteiarbeit bewährt sind. Die Abwicklung läuft über den langjährigen Kooperationspartner der CDU, die Firma Portica, so dass die MIT-Bundesgeschäftsstelle beim Bestell-, Versand- und Rechnungswesen entlastet wurde. Die aufgerufenen Preise für die Werbemittel sind so kalkuliert, dass die Kosten zwar weitgehend deckend sind, wir aber keinen Gewinn erzielen.

Die Preise für das Infomaterial werden vom Bundesverband fast vollständig getragen. Für einige Flyer verlangen wir lediglich eine Schutzgebühr von 10 Cent pro Stück. Diese werden erfreulicherweise oft bestellt.

Da wir auch auf das Feedback unserer Untergliederungen eingehen, haben wir wunschgemäß Werbemittel produziert, bspw. hochwertige Stoffbeutel, Servietten, Blöcke, Kugelschreiber und Pins in verschiedenen Varianten. Leider wurden die von der Basis angeregten Werbemittel nur in geringem Umfang verkauft, obwohl wir im Newsletter und einzelnen Mails an die Gliederungen immer wieder dafür Werbung gemacht und sogar Rabatte eingeräumt haben.

MITTELSTANDSMAGAZIN



Beliebt bei den MIT-Mitgliedern: das Mittelstandsmagazin mit eigenen wirtschaftspolitischen Berichten und Interviews

Das Mittelstandsmagazin erscheint seit einem umfassenden Relaunch im Jahr 2017 sechsmal im Jahr mit neuer Optik und Struktur. Das Magazin erhalten alle 25.000 MIT-Mitglieder bundesweit sowie viele weitere Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft und zahlreiche Journalisten. Die Redaktion setzt auf eigenrecherchierte Berichte mit meist wirtschaftspolitischem Fokus, exklusive Interviews, Reportagen, Erklärstücke (MIT:ERKLÄRT) und Meinungsbeiträge (Pro und Contra, Kolumne). Die gesteigerte redaktionelle Qualität zeigt sich unter anderem daran, dass das Mittelstandsmagazin wiederholt selbst zum Gegenstand überregionaler Berichterstattung geworden ist, etwa durch Aussagen von Interviewpartnern oder des MIT-Bundesvorsitzenden.

Für die Mitglieder ist das Magazin eine wichtige Informationsquelle, das auch eine hohe Akzeptanz findet, wie die repräsentative Mitgliederbefragung des Instituts INSA ergeben hat. Danach finden 66 Prozent der Mitglieder das Mittelstandsmagazin „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“. Von denjenigen, denen das Magazin wichtig ist, sind 89 Prozent „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“. Insgesamt ein sehr ermutigendes Ergebnis.

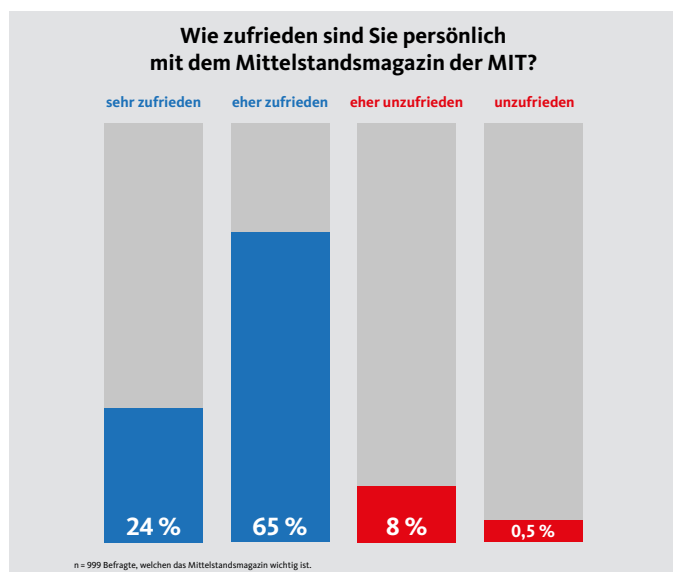
Die in inhaltlicher Verantwortung der Landesgeschäftsstellen erstellte Landes-

beilage deckt dabei die Berichterstattung über die Aktivitäten an der Basis ab. Seit März 2019 bildet die MIT-Bundesgeschäftsstelle mit Micha Knodt erstmals einen Volontär nach den Grundsätzen des Tarifvertrags für Volontäre der Zeitschriften- und Zeitungsverleger aus. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Verlagspartner UBG gestaltet sich professionell und zufriedenstellend.

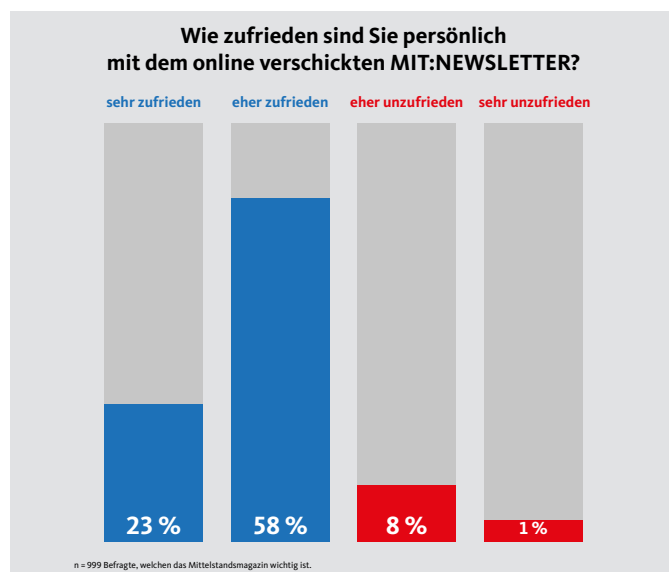
MIT:NEWSLETTER

Der MIT:NEWSLETTER ist ein unverändert wichtiges Element für die Kommunikation mit unseren Mitgliedern. Laut Mitgliederbefragung ist für die Mehrheit von 52 Prozent der Newsletter „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“, nur für 18 Prozent ist er sehr unwichtig. Diejenigen, für die der Newsletter wichtig ist, sind zu 81 Prozent „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“. Der Newsletter wird in der Regel alle zwei Wochen donnerstags online an Mitglieder und Freunde der MIT verschickt. Trotz rückläufiger Mitgliederzahlen steigerte sich die Empfängerzahl leicht von rund 15.400 (August 2017) auf rund 16.200 (September 2019).

Über den MIT:NEWSLETTER bieten wir unseren MIT-Mitgliedern, aber auch externen Sponsoren und Werbepartnern an,



Die große Mehrheit der regelmäßigen Leser ist zufrieden mit dem Mittelstandsmagazin



Auch der 14-tägige Newsletter ist bei den regelmäßigen Lesern beliebt.



Auf allen Schirmen: MIT-Chef Carsten Linnemann wird nicht nur für die Nachrichten interviewt, sondern wird auch immer häufiger zu Talksendungen geladen.

sich mit preiswerten Anzeigen einer attraktiven Zielgruppe zu präsentieren. Die MIT hat dadurch seit dem BMT 2017 rund 8.000 Euro eingenommen (Berichtszeitraum 2015-2017: rund 7.000 Euro).

Sollten Sie als Mitglied unseren Newsletter noch nicht erhalten, schicken Sie eine Mail an mail@mit-bund.de.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die MIT hat die mediale Präsenz in den vergangenen zwei Jahren weiter steigern können. Zugpferd für die öffentliche Wahrnehmung der Ziele und Vorhaben der MIT bleibt der Bundesvorsitzende Carsten Linnemann. Mit ihm verfügt die MIT über ein Sprachrohr, das täglich mehrfach für Statements, Talkshows, Interviews und Gastbeiträge angefragt wird, so dass längst nicht mehr jede Anfrage bedient werden kann.

Darüber hinaus wurden seit dem Bundesmittelstandstag 2017 insgesamt 47 Pressemeldungen (Stand: 4. September 2019) verschickt – häufig, sofern es inhaltlich passte, begleitet durch eine Muster-Pressemeldung für Basisverbände. Unverändert erweist sich die Kommunikationsstrategie als erfolgreich, gezielt einzelne Journalisten anzusprechen, um unsere Vorhaben exklusiv in einem Medium verbreiten zu lassen. Nach wie vor muss festgestellt werden, dass Pressemeldungen an größere Verleger in der Regel unbeachtet bleiben.

Thematische „Dauerbrenner“ sowohl in der Medienberichterstattung als

auch in den Social-Media-Kanälen der MIT waren in den vergangenen beiden Jahren der Solidaritätszuschlag, die Doppelverbeitragung der Betriebsrenten, die Datenschutz-Grundverordnung und zuletzt auch der EU-Emissionsrechtehandel. Öffentlichkeitswirksame Höhepunkte waren der Bundesmittelstandstag 2017 selbst (insbesondere durch die Auftritte der damaligen Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Horst Seehofer) sowie die Vorstellung der drei Kandidaten für den CDU-Vorsitz bei der MIT, die für ein enormes mediales Interesse sorgten.



Fast täglich kommt die MIT in bundesweiten Medien vor.

SOCIAL MEDIA

Mit ihren Facebook- und Twitter-Accounts verbreitet die MIT ihre Inhalte und beteiligt sich aktiv an politischen Debatten. Dabei konnten die Reichwei-

te der Posts und Tweets und die Zahl der „Follower“ in den vergangenen zwei Jahren erneut gesteigert werden. Auf Facebook folgen inzwischen rund 9.800 Abonnenten den Aktivitäten der MIT. Bei Twitter hat sich die Zahl der „Follower“ in den letzten zwei Jahren von rund 2.000 auf 4.200 mehr als verdoppelt, obwohl die MIT bislang auf beiden Plattformen kein Budget für die Bewerbung einzelner Beiträge eingesetzt hat. Die Tweets der MIT



Die erfolgreichsten Beiträge auf den Social-Media-Profilen der MIT

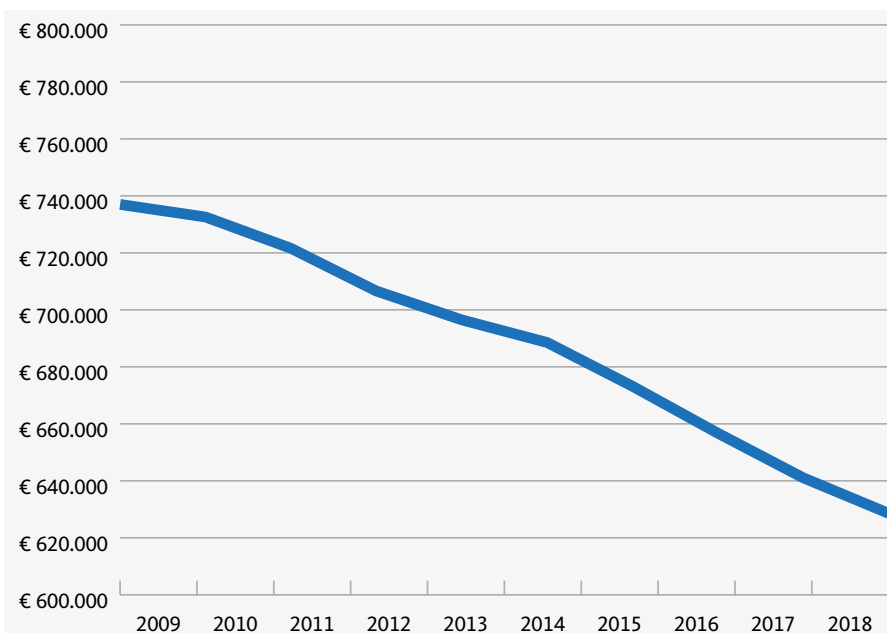
sind im laufenden Jahr durchschnittlich 100.000-mal pro Monat gesehen („Impressions“) worden. Die beiden mit Abstand reichweitenstärksten Tweets wurden auf dem CDU-Parteitag 2018 abgesetzt mit jeweils rund 110.000 Impressions. Gemessen an Likes und Retweets war ein Verweis auf einen Artikel im Mittelstandsmagazin besonders erfolgreich, der sich kritisch mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auseinandersetzt.

Die erfolgreichsten Beiträge auf Facebook behandelten die Wiederwahl Carsten Linnemanns als MIT-Chef 2017 und die Wahl Linnemanns zum Unionsfraktionsvize im Frühjahr 2018 mit jeweils rund 20.000 erreichten Personen und mehr als 1.000 Interaktionen. Danach folgen Beiträge zu Datenschutz-Abmahnungen, zur Wiedereinführung der Meisterpflicht, zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags und zu Fahrverboten.

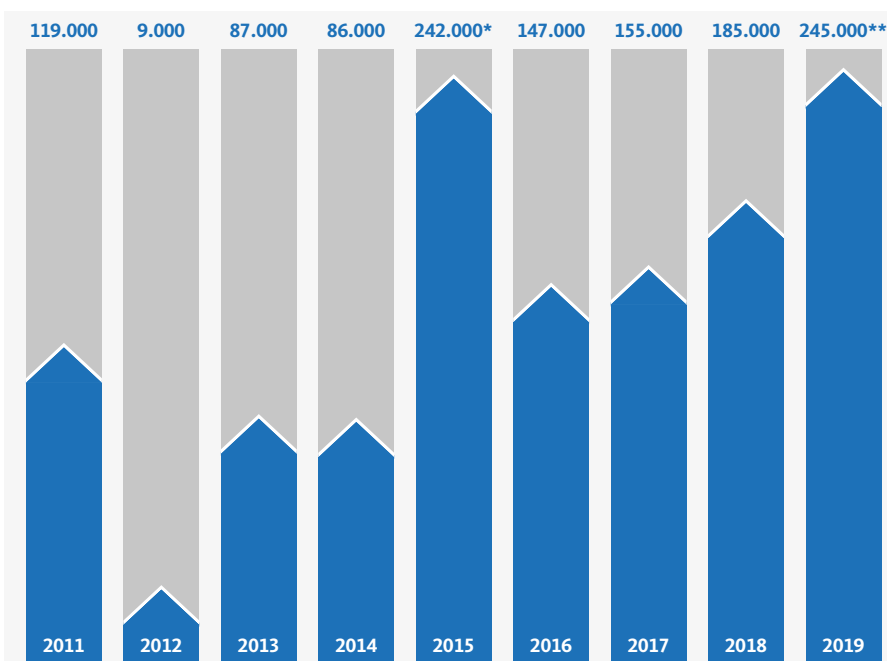
Getestet wurde darüber hinaus eine Ausweitung der Social-Media-Aktivitäten auf Xing und LinkedIn. Diese Kanäle sind insbesondere bei der für die MIT interessanten Zielgruppe von Unternehmen und Wirtschaftsexperten zunehmend attraktiv und werden künftig stärker bespielt. Weiterhin wird derzeit ein Podcast-Format mit dem Bundesvorsitzenden getestet.

FINANZIERUNG / NEUE EINNAHMEQUELLEN

Aufgrund der seit Jahren stetig sinkenden Mitgliederzahlen sind auch die Beitragseinnahmen der MIT stetig zurückgegangen. Von den in einzelnen Kreis- und Landesverbänden durchgeführten Beitragserhöhungen profitierte der Bundesverband nicht, da die jährliche Bundesumlage seit 16 Jahren unverändert bei 30 Euro pro Mitglied liegt. Der Rückgang der Mitgliederzahlen in den letzten 10 Jahren um über 4.000 auf knapp 25.000 führte zu einem Rückgang der Beitragseinnahmen für den Bundesverband um rund 108.000 Euro auf knapp 629.000



Die Beitragseinnahmen sind wie die Mitgliederzahlen in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gesunken.



* Sondereffekt Spendenaktion Geschäftsstelle ** Prognose

Durchschnitt 2011-2014: 75.000 Euro
 Durchschnitt 2015-2019: 195.000 Euro

Die Einnahmen aus Sponsoring und Spenden konnten in den letzten fünf Jahren deutlich gesteigert werden.


Euro. Wenn man die Inflationswirkung mit einberechnet, hatte der Bundesverband aus Beitragseinnahmen 2018 rund 180.000 Euro weniger Kaufkraft als 2009.

Da eine Erhöhung der Umlage nicht geplant ist und zugleich die Anforderungen an professionelle Außenauftritte und Veranstaltungen, inhaltliche Konzeptentwicklung und Beratung sowie an

vke
KOSMETIKVERBAND

APM
Aktionen
GEGEN FÄLSCHUNG
MARKENPIRATERIE E.V.


Das Schnupperangebot aus dem Online-Shop
war verlockend.
Die **Fälschung** ist echt ätzend.



Gefälschte Produkte täuschen den
Verbraucher, gefährden die Gesundheit
und vernichten Arbeitsplätze.

www.apm.net

www.vke.de





Die MIT gewinnt viele starke Partner für ihre Veranstaltungen wie hier bei der MIT:FUTURA 2018

die Betreuung der Basis steigen, mussten und müssen neben Sparmaßnahmen in der Bundesgeschäftsstelle neue Einnahmequellen generiert werden.

Die Bundesgeschäftsstelle konnte die Steigerungen bei den Sponsoring-Einnahmen der letzten Jahre fortsetzen. Auch wenn immer mehr Unternehmen und Verbände die Finanzierung von Parteien und ihren Vereinigungen einschränken, ist es durch die Verbreiterung des Netzwerks und der gestiegenen Bedeutung und Wahrnehmung der MIT gelungen, deutlich mehr Sponsoren als früher zu gewinnen.

So hat der Bundesverband in den Jahren 2011 bis 2014 im Durchschnitt rund 75.000 Euro an Spenden und Sponsoringeinnahmen pro Jahr erreicht. In den Jahren 2015 bis 2019 (Prognose) hat sich dieser Betrag im Durchschnitt auf rund 195.000 Euro mehr als verdoppelt. Das Jahr 2019 wird nach derzeitigem Stand mit mehr als 245.000 Euro als das Jahr mit den höchsten Sponsoring- und Spendeneinnahmen in die Geschichte der MIT eingehen. Der MIT ist dabei wichtig, ihre politische Unabhängigkeit zu bewahren und nicht den Anschein von Abhängigkeit zu entwickeln. Dies wird unter anderem dadurch gewährleistet, dass kein einzelner Sponsor dominant ist. Der höchste Einzelsponsoringbetrag macht weniger als 2 Prozent des Gesamtertrags aus.

AUFGABENZUWACHS BEI GLEICHER TEAMSTÄRKE



MIT-Team vor der Bundesgeschäftsstelle in Berlin

Die Aufgaben und der Arbeitsanfall in der Bundesgeschäftsstelle sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Die meisten Beschlusslagen der MIT werden inhaltlich vom Team der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet. Die Erweiterung der Kommissionszuständigkeiten und die stärkere Vernetzung mit Wirtschaftsverbänden führte zu einer Zunahme an Anfragen und auch Themen, mit denen die MIT konfrontiert wird. Die zunehmende Zahl von Veranstaltungen (siehe oben) führt ebenfalls zu einem erhöhten Arbeitsaufwand. Seit 2017 ist die Bundesgeschäftsstelle auch für die redaktionellen Inhalte des Mittelstandsmagazins allein verantwortlich. Das alles wurde mit einer seit 2017 gleichen Personalstärke von sieben Vollzeitkräften (dar-

unter ein Volontär) bewältigt.

Derzeit gibt es mit Katja Seeger-Kleinschmager und Christina Lippitz zwei Mitarbeiterinnen, die den Schwerpunkt Administration und Organisation verantworten, mit Hubertus Struck und unserem Volontär Micha Knodt zwei Mitarbeiter, die vorwiegend für Kommunikation (inkl. Mittelstandsmagazin) zuständig sind, und mit Richard Praetorius und Elisa Vandy zwei politische Referenten (zur Projekt- und Themenverantwortlichkeiten siehe Übersicht S. 35).

Das Durchschnittsalter im Team (inklusive Hauptgeschäftsführer) beträgt 35 Jahre, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit beträgt fast sechseinhalb Jahre.

Gelegentlich wird das Team durch Praktikanten und Werkstudenten verstärkt. Der seit 2018 ausgeschriebene Ausbildungsplatz für Büro-Management konnte bislang nicht besetzt werden, weil kein Bewerber die Anforderungen erfüllte.

DIE BUNDESGESCHÄFTSSTELLE ALS SERVICE-ZENTRALE UND ANLAUFUNKT



Erfahrene und neu gewählte Bundestagsabgeordnete der MIT beim Welcome-Cocktail in der Geschäftsstelle

Der Kauf und Innenausbau der Bundesgeschäftsstelle im Berliner Regierungsviertel hat sich als wirtschaftlicher Erfolg erwiesen. Bislang konnten die jährlich möglichen Sondertilgungen

DIE BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



Thorsten Alsleben

Gesamtverantwortung, Netzwerkarbeit/-kreise, Sponsorenakquise

☎ 030/220798-0 // ✉ alsleben@mit-bund.de // 🐦 @BerlinReporter



Hubertus Struck

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Medienanfragen, Pressemitteilungen, -gespräche und -auswertung, Newsletter, Social Media, Mittelstandsmagazin

☎ 030/220798-17 // ✉ struck@mit-bund.de // 🐦 @h_struck



Katja Seeger-Kleinschmager

Büroorganisation, Haushalt/Finanzen, Personalwesen, Organisation: Bundesmittelstandstag, Bundesvorstandssitzungen, Klausurtagungen des Bundesvorstands

☎ 030/220798-11 // ✉ seeger@mit-bund.de



Christina Lippitz

Assistenz HGF/Bundesvorsitzender, Mitgliederbetreuung, Datenschutzbeauftragte, MIT:SHOP, Organisation: Kreisvorsitzendenkonferenzen, Präsenz der MIT auf CDU-Parteitag und JU-Deutschlandtagen

☎ 030/220798-27 // ✉ lippitz@mit-bund.de



Richard Praetorius

Politische Arbeit (Energie, Verkehr, Wirtschaft, Gesundheit), Mitgliederbetreuung, Webseite, MIT-Kooperationen, Geschäftsbericht, Organisation: Parlamentarischer Abend der MIT, Kommissionen

☎ 030/220798-13 // ✉ praetorius@mit-bund.de



Elisa Vandy

Politische Referentin

Politische Arbeit (Steuern und Finanzen, Arbeit und Soziales, Europa), Antragswesen BMT, Organisation: MIT:FUTURA, Kommissionen

☎ 030/220798-16 // ✉ vandy@mit-bund.de



Micha Knodt
Volontär

Social Media, Mittelstandsmagazin, Organisation: Kommission Digitales

☎ 030/220798-15 // ✉ knodt@mit-bund.de

jedes Jahr im Januar getätigt werden. Bei gleicher Tilgungsleistung ist der Kredit für die Geschäftsstelle im Jahr 2024 abgezahlt. Der Wert ist seit dem Kauf nach Einschätzung von Experten erheblich gestiegen. Die parteirechtlich vorgeschriebene Neubewertung steht 2020 an. Auf jeden Fall sind die Mieten, die für ein hinsichtlich der Größe und Lage vergleichbares Objekt gezahlt werden müssten, gegenüber den ursprünglichen Annahmen erheblich gestiegen. Da die Geschäftsstelle im Eigentum der MIT ist, können diese Mietzahlungen vermieden werden.

Die Geschäftsstelle hat sich als Anlaufpunkt für Besuchergruppen von innerhalb und außerhalb der MIT etabliert. So kommen immer wieder Kreis- oder Bezirksverbände, die nach Berlin reisen, in die Bundesgeschäftsstelle. Auch ausländische Besuchergruppen, meist auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, kommen zur MIT, um sich über die Arbeit einer Parteivereinigung und über Wirtschaftspolitik in Deutschland zu informieren.



Hoher Besuch aus Ghana: Immer wieder informieren sich ausländische Besuchergruppen über die Arbeit der MIT

MIT-VERANSTALTUNGEN

Die Zahl der Veranstaltungen, die von der Bundesgeschäftsstelle (mit-) organisiert werden, ist in den letzten Jahren immer weiter gewachsen: von Großveranstaltungen wie dem Bundesmittelstandtag, der MIT:FUTURA und dem Parlamentarischen Abend mit der Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises der MIT bis hin zu den Bundesvorstands- und Kommis-

sionssitzungen sowie vertraulichen Werkstattgesprächen. Seit Ende 2017 evaluiert die Bundesgeschäftsstelle die meisten Gremiensitzung durch elektronische Umfragen bei den Teilnehmern mit rund 10 bis 20 Fragen zu Inhalten, Länge, Sitzungsleitung usw. Wir wollen damit feststellen, an welchen Stellen Verbesserungen möglich sind. Die Evaluationen ergeben durchweg positive Einschätzungen der Veranstaltungen: Bei jeder der insgesamt 51 abgefragten Kommissions- und Bundesvorstandssitzungen gab es von den Teilnehmern mehr positive als negative Gesamtbewertungen. Im Durchschnitt aller Veranstaltungen sind in der Gesamtbewertung 89 Prozent der Teilnehmer zufrieden und 4 Prozent unzufrieden (7 Prozent neutral).

BUNDESMITTELSTANDTAG

Der Bundesmittelstandtag 2017 war der erste mit der 2015 verringerten Delegiertenzahl auf 496. Die Veranstaltung am 1./2. September im Nürnberger Messezentrum stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl. Zum ersten Mal seit 2011, damals auch in Bayern, war Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Eigenschaft als CDU-Vorsitzende wieder zu Gast bei einer Delegiertentagung der MIT. Mit dem damaligen CSU-Vorsitzenden Ministerpräsident Horst Seehofer,

dem damaligen bayerischen Innenminister Joachim Hermann und dem damaligen bayerischen Finanzminister Markus Söder war für hohe Politikpromi-Dichte gesorgt.

Beim aktuellen Bundesmittelstandtag in Kassel gibt es einige Neuerungen. Die Registrierung erfolgt vollständig online. Dabei bieten wir (wie auch schon bei der MIT:FUTURA) nicht nur das Registrierungswerkzeug, sondern per App und Web auch eine Vernetzungsmöglichkeit der Delegierten und Gäste untereinander sowie stets aktuelle Informationen zum Programm, zu Kandidaten und Anträgen. Durch die voll elektronische Einlasskontrolle können das Tagungspräsidium und das Organisationsbüro zu jeder Minute die aktuelle Anwesenheitsliste der Delegierten einsehen.

Auch neu: Erstmals kann der Tagungsbeitrag am Eingang bargeldlos per Karte bezahlt werden.

Außerdem sollen – vorbehaltlich der Satzungsänderung zu Beginn der Tagung – diesmal alle Wahlen elektronisch durchgeführt werden. Die MIT ist damit Vorreiter in der gesamten CDU-Familie. Die Auswahl und Beauftragung des Anbieters wurde eng mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle abgestimmt, die auch mit mehreren hochrangigen Beobachtern vor Ort



Polit-Prominenz und große Medienresonanz beim Bundesmittelstandtag 2017 in Nürnberg

1949
2019



DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

WIR KÖNNEN ALLES – AUSSER NICHTSTUN.

#DasWirInWirtschaft

www.familienunternehmer.eu
kontakt@familienunternehmer.eu

DAS WIR IN
WIRTSCHAFT.

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

sein wird. Die Möglichkeit der elektronischen Wahl war von der MIT gemeinsam mit der JU auf dem CDU-Parteitag 2018 als Satzungsänderung durchgesetzt worden. Damit können Wahlen bei Parteitagen und Delegiertenkonferenzen deutlich schneller und einfacher durchgeführt werden. Das Austeilen, Einsammeln und Auszählen der Wahlzettel durch mehrere Personen entfällt. Stattdessen kann jeder Delegierte auf für alle ausgeliehenen Tablets die Wahl durchführen. Die Einhaltung der Regularien (Mindest- und Höchstzahl der Stimmen) wird schon bei der Stimmabgabe überprüft, so dass es keine ungültigen Stimmen mehr geben kann. Das Ergebnis der Wahl ist unmittelbar nach Schließung des Wahlganges verfügbar und kann auch auf Bildschirmen visualisiert werden. Dadurch, dass keine Stimmzettel gedruckt werden müssen, können auch kurzfristige Änderungen (spontane Kandidatur, Rückzug eines Kandidaten) ohne Aufwand und Zeitverlust bei den elektronischen Stimmformularen berücksichtigt werden. Als Backup werden zumindest bei dieser ersten Wahl allerdings noch Stimmzettel und Stimmzähler vorgehalten, um bei einem – äußerst unwahrscheinlichen, aber nie auszuschließenden – Systemausfall gerüstet zu sein.

Und um das Programm spannender zu gestalten, haben wir erstmals ein Streitgespräch zwischen einem führenden Unternehmensvertreter, Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger, und ei-

nem führenden CDU-Bundespolitiker, Gesundheitsminister Jens Spahn, in den Tagesablauf aufgenommen.

MIT:FUTURA

Abwechselnd mit dem Bundesmittelstandtag soll in geraden Jahren die MIT:FUTURA stattfinden, die 2016 den „PolitikAward“ der Zeitschrift „Politik & Kommunikation“ als innovativstes politisches Veranstaltungsformat erhalten hat. 2018 stand die MIT:FUTURA unter dem Motto „Transformation Interaction“ und hat sich damit beschäftigt, wie sich erfolgreiche Unternehmen verändern. Rund 500 Vertreter von Startups, Mittelständlern, Politik, Medien und Wirtschaftsverbänden diskutierten im Plenum und in mehreren Themenforen über Digitalisierung und Disruption. Die frisch gewählte damalige CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer gab ebenso wie Digitalstaatsministerin Dorothee Bär und Gesundheitsminister Jens Spahn spannende Impulse. Das kurzweilige Veranstaltungsformat mit kurzen Programmblöcken, Pitches, Kommunikation zwischen Publikum und Podium und einer Interaktions-App fand wieder großen Anklang. Dank zahlreicher Sponsoringeinnahmen konnte die Veranstaltung zudem kostendeckend durchgeführt werden.

Mit einem Leitfaden „MIT:FUTURA-lokal“ bietet die Bundesgeschäftsstelle Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden

Hinweise, wie das Format auf regionaler Ebene adaptiert werden kann.

Momentan bereitet die Bundesgeschäftsstelle die nächste MIT:FUTURA im Frühjahr 2020 vor.

PARLAMENTARISCHER ABEND MIT VERLEIHUNG DES DEUTSCHEN MITTELSTANDSPREISES DER MIT

Der Parlamentarische Abend der MIT mit Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises ist inzwischen zur festen Größe im politischen Berlin geworden. Rund 400 Gäste kommen jedes Jahr zu den Preisverleihungen im Allianz-Forum am Brandenburger Tor. 2017 wurde in der Kategorie Politik Jens Spahn ausgezeichnet, der frühere Vorsitzende der Monopolkommission Professor Daniel Zimmer in der Kategorie Gesellschaft und die Firma Laseroptik als Unternehmen. 2018 war die politische Preisträgerin Julia Klöckner, in der Kategorie Gesellschaft wurde das Handelsblatt ausgezeichnet und als Unternehmerin Emitis Pohl. Auch für dieses Jahr stehen die Preisträger schon fest. Die Jury unter Vorsitz der stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Gitta Connemann hat in der Kategorie Politik den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer ausgewählt, in der Kategorie Gesellschaft die VOX-Sendung „Die Höhle des Löwen“, in der sich junge Gründer beweisen müssen, und als Unternehmer den Tunnelbohrer-Hersteller Martin Herrenknecht.



Die MIT:FUTURA 2018 – das Digital- und Innovationsevent fand inzwischen zum dritten Mal in Berlin statt



2017: Von Edmund Stoiber bis Jens Spahn – generationenübergreifende Politikprominenz bei der Verleihung des Mittelstandspreises der MIT



Der MIT-Parteitagstand: diesmal im Zeichen der von der MIT beantragten Soli-Abschaffung.

Carsten Linnemann auf dem Parteitag: viele Anträge durchgesetzt und gute Ergebnisse bei den Vorstandswahlen erreicht

Die MIT stellte mit 375 von 1001 Delegierten das größte Kontingent aller Vereinigungen, davon 93 Bundestagsabgeordnete. Für die Delegierten bieten wir am Vorabend des Parteitags eine Vorbesprechung an, die diesmal bei der Arbeitgebervereinigung AGA Nord stattfand. Mit dabei waren die beiden MIT-Mitglieder der drei Kandidaten um den CDU-Vorsitz: Friedrich Merz und Jens Spahn.

JU-DEUTSCHLANDTAG



2018: Julia Klöckner, das Handelsblatt und die Unternehmerin Pohl erhalten den Deutschen Mittelstandspreis



MIT-Stand auf den JU-Deutschlandtagen 2017 und 2018: beliebter Anlaufpunkt von Polit-Promis, Medien und JU'lern.

CDU-BUNDESPARTEITAGE



Besprechung der MIT-Delegierten vor dem CDU-Parteitag in Hamburg. Mit dabei: die beiden MIT-Mitglieder unter den Kandidaten für den CDU-Vorsitz: Jens Spahn und Friedrich Merz

Auf den Parteitagen der CDU Deutschlands ist die MIT mit einem der größten Vereinigungsstände und originellen Aktionen präsent. So ist der MIT-Stand immer ein Anlaufpunkt für Politikprominenz, Delegierte, Gäste und Journalisten. Auf dem Hamburger Parteitag 2018 war das dominierende Thema im Standdesign die von der MIT beantragte und vom Parteitag beschlossene Forderung nach vollständiger Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Erstmals 2017 in Dresden und 2018 in Kiel war die MIT mit einem eigenen Stand auf den Deutschlandtagen der JU präsent. Mit Gewinn- und Mitmachaktionen waren auch die MIT-Stände stets Anlaufpunkte für die prominenten Besucher und für zahlreiche junge Delegierte. Dabei konnten mehrere JU'ler als MIT-Mitglieder gewonnen werden. Auch für den diesjährigen JU-Deutschlandtag in Saarbrücken ist

ein MIT-Stand geplant. Unsere Präsenz wurde durchweg positiv durch die Delegierten aufgenommen.

GREMIEN



Bundesvorstandsklausurtagung 2018 in Wien mit ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer und Telekom-Chef Tim Höttinges

Bei den Bundesvorstandsklausurtagungen 2018 in Wien und 2019 in Kaiserslautern konnte die MIT spannende Gesprächspartner begrüßen und wichtige inhaltliche Schwerpunkte setzen. In Kaiserslautern fand vor der Bundesvorstandsklausur eine Kreisvorsitzendenkonferenz statt, bei der



Kreisvorsitzendenkonferenz und Bundesvorstandsklausur im Fritz-Walter-Stadion in Kaiserslautern. Themen u. a.: Künstliche Intelligenz und Klimaschutz. Gast: CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak

neben politischen Debatten das Thema Mitgliederentwicklung behandelt wurde. Darüber hinaus hat die Geschäftsstelle sieben weitere Bundesvorstandssitzungen organisiert – meist bei Unternehmen oder Verbänden, die die Veranstaltungen gesponsert haben. Ein Höhepunkt war die Sitzung im November 2018 in der Commerzbank-Präsenz am Brandenburger Tor, in der sich die drei Kandidaten für den CDU-Vorsitz Friedrich Merz, Annegret Kramp-Karrenbauer und Jens Spahn dem MIT-Vorstand präsentiert haben.

für Kinder aus armen Familien in Osteuropa gespendete Weihnachtspakete kontrolliert und zum Teil repariert und neu zusammengepackt.

Gemeinsam mit der CDU hat die MIT ein Fundraising-Dinner mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und eine Gedenkveranstaltung „70 Jahre Düsseldorfer Leitsätze“ organisiert.

AUSBLICK

Wichtiges strategisches Ziel der nächsten Vorstandsperiode wird die Steigerung der Mitgliederzahlen im Rahmen der vom Bundesvorstand beschlossenen Strategie „MIT 5.0“ sein. Diesem Ziel und einer besseren Vernetzung der Funktionsträger und der Basis soll auch die bereits beauftragte Implementierung einer MIT-App -bzw. Weblösung Rechnung tragen. Auch müssen, zumindest solange die Mitgliederzahlen und damit die Beitragseinnahmen nicht deutlich anwachsen, weitere Einnahmequellen erschlossen werden. Steigende Anforderungen an die Professionalität der Veranstaltungen und der politischen Arbeit erfordern höhere Ausgaben. Die Bundesgeschäftsstelle fühlt sich für die Herausforderungen gut gerüstet.

SONSTIGE VERANSTALTUNGEN

Darüber hinaus hat die Bundesgeschäftsstelle noch andere Veranstaltungen organisiert. So gab es nach der Bundestagswahl 2017 ein „Welcome-Cocktail-Empfang“ für die neu in den Bundestag gewählten MIT-Mitglieder. Die jugendlichen Gewinner eines Preisausschreibens vom JU-Deutschlandtag hat die MIT auf einer von einem MIT-Mitglied gesponserten Schifffahrt mit Carsten Linnemann durchs Regierungsviertel eingeladen.

Als soziale Aktion hat das Team der Bundesgeschäftsstelle bei „Weihnachten im Schuhkarton“ mitgeholfen und



November 2018: Die drei Kandidaten für den CDU-Vorsitz werben für sich im MIT-Bundesvorstand



BDE

Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband

Zeit zum Handeln Klimaschutz durch Kreislaufwirtschaft



Kreislaufwirtschaft bedeutet Rohstoffe nicht zu verbrauchen, sondern sie zu gebrauchen und nach dem Recycling wieder in der Produktion einzusetzen. So werden natürliche Ressourcen geschont und das Klima entlastet.

Wenn die Industrie ihren Einsatz von Recyclingrohstoffen verdoppelt, wären das 60 Millionen eingesparte Tonnen CO₂-Äquivalente zusätzlich. Und es geht noch mehr.

Heben wir den Schatz der Kreislaufwirtschaft.
Für Unternehmen. Für Menschen. Für morgen.

MIT-MITGLIEDER: POLITISCH ENGAGIERT UND MIT DER **MIT** ZUFRIEDEN

Das „typische MIT-Mitglied“ ist Unternehmer oder sonstige Führungskraft, vor allem aus politischen Gründen in der MIT und zwischen 50 und 60 Jahre alt. Es ist seit mindestens zehn Jahren Mitglied, engagiert, spendenbereit und mit den Angeboten und der Ausrichtung der MIT sehr zufrieden. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA unter rund 1.500 MIT-Mitgliedern.

MIT-Mitglieder sind zu 62 Prozent unternehmerisch als Selbstständige, Freiberufler, Gesellschafter oder geschäftsführende Gesellschafter tätig. Weitere zwölf Prozent sind angestellte Vorstände oder sonstige Führungskräfte. MIT-Mitglieder sind zudem überwiegend bei kleinen und mittleren Organisationen beruflich tätig.

Nur 23 Prozent der Mitglieder sind jünger als 50 Jahre. 36 Prozent sind 60 Jahre oder älter. Den größten Anteil mit 31 Prozent hat die Altersgruppe der 50 bis 59-Jährigen. MIT-Mitglieder sind im Durchschnitt zehn Jahre Mitglied der MIT. 42 Prozent sind 15 Jahre oder länger Mitglied.

HOHE AKTIVITÄT

Die Umfrage zeigt, dass MIT-Mitglieder sehr engagiert sind. 61 Prozent gaben an, häufig an MIT-Veranstaltungen teilzunehmen, 52 Prozent bringen sich inhaltlich bei der MIT ein. 39 Prozent gaben an, sich in MIT-Funktionen (Vorstand, Delegierte, Kommissionen) ehrenamtlich zu engagieren. Hochgerechnet auf die Mitgliederzahl von 25.000 wären das etwa 9.750 ehrenamtlich Aktive. 32 Prozent haben schon mehrfach andere als Mitglieder geworben und 53 Prozent haben der MIT schon einmal etwas gespendet.

MITGLIED WIRD MAN DURCH ANDERE MITGLIEDER

Die ganz überwiegende Mehrheit (64 Prozent) ist nicht durch Veranstaltungen, Medienberichte oder die Ansprache durch Fremde Mitglied geworden, sondern wurde von einem ihnen bekannten MIT-Mitglied geworben (siehe Grafik). Das zeigt: Engagierte Mitglieder sind die wichtigsten Partner, wenn die MIT ihre Mitgliederzahlen vergrößern will.

POLITIK WICHTIGER ALS GESCHÄFTLICHES NETZWERK

Der wichtigste Grund, um in die MIT einzutreten, war bei den Befragten die „politische Grundausrichtung“. Für 62 Prozent war das einer der Hauptgründe. Auf Platz 2 wurden die geschäftlichen Kontakte als Grund für einen Eintritt genannt (40 Prozent).

Auch jetzt noch sind die „Unterstützung der politischen Grundrichtung der MIT“ (56 Prozent) und die „politische Mitwirkung im Interesse der So-

zialen Marktwirtschaft“ (54 Prozent) die wichtigsten Motive für die MIT-Mitgliedschaft (siehe Grafik).

KREISEBENE AM WICHTIGSTEN

Für die Mehrheit der Mitglieder ist die Kreisebene persönlich besonders relevant (59 Prozent). Danach kommt die Bundesebene (45 Prozent). Die Landesebene ist für die Mitglieder im Durchschnitt wenig relevant (37 Prozent).

HOHE ZUFRIEDENHEIT MIT DER MIT

Diejenigen, denen eine Aufgabe der MIT besonders wichtig ist, hat INSA befragt, wie zufrieden sie damit bei der MIT sind. Mit der Unterstützung der politischen Grundrichtung sind 83 Prozent zufrieden, mit der politischen Mitwirkung im Interesse der Sozialen Marktwirtschaft 73 Prozent, politisch Gleichgesinnte zu treffen 88 Prozent. Auch bei allen weiteren Themen ist die Zufriedenheit hoch.

Anzeige

ZENJOB

Die digitale Lösung bei Personalbedarf

MITTELSTANDSMAGAZIN UND NEWSLETTER WICHTIG

Die beiden Hauptkommunikationsmittel des Bundesverbands, das Mittelstandsmagazin und der 14-tägig erscheinende MIT:NEWSLETTER, haben eine hohe Akzeptanz. Zwei Drittel der Mitglieder finden das Mittelstandsmagazin wichtig, nur für acht Prozent ist es völlig unwichtig. Dabei fällt auf: je älter das Mitglied, desto wichtiger das Magazin. Von denjenigen, denen das Magazin wichtig ist, sind 89 Prozent mit dem Magazin zufrieden. Auch der Online-Newsletter ist für die Mehrheit (52 Prozent) wichtig. Für 18 Prozent ist der Newsletter irrelevant.

ERWARTUNGEN DER MITGLIEDER AN DIE MIT

Bei den Anforderungen an die MIT als Organisation sind alle abgefragten Bereiche für die Mitglieder als wichtig eingestuft worden. Am bedeutendsten wird der Austausch zwischen Mitgliedern und Funktionsträgern angesehen (87 Prozent), danach der Austausch der Mitglieder untereinander sowie die Mitgliederbetreuung (je 85 Prozent), politische Informationen durch die MIT (84 Prozent), die Außendarstellung des Kreisverbands (82 Prozent), des Bundesverbands (81 Prozent) und des Landesverbands (78 Prozent). Die konkrete politische Mitarbeit bei der MIT ist für 73 Prozent wichtig.

INSA hat alle, denen die einzelnen Bereiche wichtig waren, jeweils gefragt, wie zufrieden sie mit der Umsetzung in diesem Bereich sind. Auch hier ist durch die Bank die Zufriedenheit mit der MIT sehr hoch: Am höchsten ist die Zufriedenheit im Bereich politische Information durch die MIT (87 Prozent), bei allen anderen Fragen pendelt die Zufriedenheit zwischen 71 und 81 Prozent.

Die Umfrage wurde von INSA als telefonische Befragung im Zeitraum 3. bis 27. April 2018 bei 1.513 Mitgliedern durchgeführt. Die Stichprobe ist nach Alter, Geschlecht und Bundesland repräsentativ. Alle Ergebnisse finden Sie auf www.mit-bund.de/unsere-mitglieder.

Anzeige

Das Parkettlegerhandwerk



Bild: Faber Borden, 85413 Hörgershausen, Gesellenstück David Faber

JA ZUR MEISTERPFLICHT!

- Schutz von Leben und Gesundheit
- Verbraucherschutz
- Kulturgüterschutz
- Duale Ausbildung
- Fachkräftesicherung

Das Parkettleger-Handwerk verlegt Oberbeläge aus Massivparkett, Holzpflaster, Mehrschichtparkett, Linoleum, Kork, Kautschuk, PVC und textile Beläge.

Der Restaurator im Parkettleger-Handwerk restauriert Parkett in denkmalgeschützten Gebäuden.

Der Bundesverband Parkett und Fußbodentechnik BVPF fördert die Mitgliedsbetriebe insbesondere in technischen, betriebswirtschaftlichen, handwerklichen und sozialpolitischen Belangen über die angeschlossenen Innungen. Die Mitgliedsbetriebe erbringen qualitativ hochwertige Leistungen durch fachliche Qualifikation, Weiterbildung, Erfahrungsaustausch sowie die Kommunikation in der Branche.



www.bv-parkett.de

Was ist Ihnen jetzt als Mitglied wichtig? Repräsentative Umfrage unter MIT-Mitgliedern 2018

Unterstützung der politischen Grundrichtung der MIT



politische Mitwirkung im Interesse der Sozialen Marktwirtschaft



politisch Gleichgesinnte treffen



Besuch interessanter Veranstaltungen



Mitwirkung an politischen Verbesserungen für mein Unternehmen bzw. meine Branche



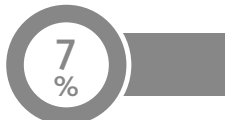
Knüpfen von Geschäftskontakten



Unterstützung des Bundesvorsitzenden



Sonstiges



keines der genannten Themen



weiß nicht / keine Angabe



n = 1.513 Befragte; Mehrfachantwort

Mitarbeitermotivation und Steuerersparnis in Einem

 Lunchit®

Mit digitalem Essenszuschuss mehr Netto bieten und gleichzeitig Steuern sparen!

 SpenditCard®

44 € steuerfrei auf MasterCard laden!

Die Sachbezugskarte bleibt – Danke MIT!

Erfahren Sie, wie Sie die Mitarbeitermotivation ankurbeln. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Stand Nr. 5

www.spendit.de



ANGELN SIE SICH
DIE BESTEN

 TimePartner

Your best partner.

Advertorial: Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)



Katherina Reiche,
VKU-Hauptgeschäftsführerin

MITTELSTAND UND STADTWERKE: GEMEINSAM FÜR DEN AUFBRUCH IM WANDEL

Wie bleibt mein Unternehmen bei den aktuellen Strompreisen wettbewerbsfähig? Können wir im ländlichen Raum bestehen – ohne schnelles Internet, ohne 5G?

Diese Fragen treiben den Mittelstand um. Weil sich unser Land verändert: Landflucht, Demografie und Digitalisierung. Auf dem Land schultern immer weniger die Kosten für Infrastrukturen, während die Städte immer mehr versorgen müssen. Die einen testen 5G, die anderen stecken im Funkloch.

Im Kern zielen die Fragen auf das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse – Basis für Wirtschaft, Wachstum und unseren Wohlstand. Stadtwerke tragen dazu bei dieses Versprechen einzulösen: Wir versorgen Konzerne in München und Hidden Champions in Westfalen oder Sachsen. In Zukunft gelingt uns das mit smarten Städten und Regionen, die den ländlichen Raum als Wohn- und Arbeitsort aufwerten, den Verkehr intelligent steuern und eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung ermöglichen. Dazu braucht es ein digitales Fundament. Der Umbau von der Funkloch- zur Gigabitrepublik muss gelingen. Damit der deutsche Mittelstand von überall aus im Weltmarkt erfolgreich agieren kann. Damit aus den Veränderungen in unserem Land ein Aufbruch für unser Land

BUNDESVORSITZENDER



Dr. Carsten Linnemann MdB
LV Nordrhein-Westfalen

EHRENVORSITZENDE



Prof. Dr. h.c. Hansjürgen Doss
LV Rheinland-Pfalz



Peter Rauen
LV Rheinland-Pfalz

STELLV. BUNDESVORSITZENDE



Dr. Matthias Heider MdB
LV Nordrhein-Westfalen



Dr. Rolf Koschorrek
LV Schleswig-Holstein



Patricia Lips MdB
LV Hessen



Michael Littig
LV Rheinland-Pfalz



Dr. h.c. Hans Michelbach MdB
MU Bayern



Dorin Müthel-Brenncke
LV Mecklenburg-Vorpommern

BUNDESSCHATZMEISTER



Hermann Hesse
LV Niedersachsen

BENANNTER VERTRETER DES PKM



Christian Frhr. von Stetten MdB
LV Baden-Württemberg

GEWÄHLTE BEISITZER IM PRÄSIDIUM



Bernhard Kösslinger
MU Bayern
zurückgetreten am 30. August 2019



Wolfgang Leyendecker
LV Nordrhein-Westfalen



Peter Luths
LV Niedersachsen

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER



Thorsten Alsleben

BEISITZER


Henning Aretz
LV Nordrhein-Westfalen



Peter Götz
MU Bayern



Gerald Aßmann
LV Niedersachsen



Johannes Kraft
LV Berlin



Rolf Buttkus
LV Baden-Württemberg



Jochen Leinert
LV Bremen



Michael Darda
LV Nordrhein-Westfalen



Werner Lübbecke
LV Niedersachsen



Marie-Luise Dött MdB
LV Nordrhein-Westfalen



Thomas Melchert
LV Schleswig-Holstein



Heinz-Josef Drießen
LV Nordrhein-Westfalen



Jörg Meurer
LV Rheinland-Pfalz



Peter-Friedrich Erl
MU Bayern



Norbert Müller
LV Sachsen



Norbert Eyck
LV Berlin



Dr. David Novak
LV Niedersachsen



Christoph Fay
LV Hessen



Helmut Nowak
LV Nordrhein-Westfalen



Dr. Albrecht Geier
LV Baden-Württemberg



Steffen Peschke
LV Thüringen



Sarah Gillen MdL
LV Saarland



Dr. Harald Pohlmann
LV Nordrhein-Westfalen



Prof. Dr. Josef Gochermann
LV Nordrhein-Westfalen



Alexander Prox
LV Niedersachsen

BEISITZER



Sybille Reimschüssel
LV Brandenburg



Thomas Schmatz
MU Bayern



Margarete Reiser
LV Baden-Württemberg



Sven Schulze MdEP
LV Sachsen-Anhalt



Günter Reisner
LV Niedersachsen



Dr. Philipp Steinwärdner
LV Hamburg



Volker Rode
LV Hessen



Oliver Zander
LV Baden-Württemberg

Advertorial: Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie



Interview mit Ingeborg Neumann, Präsidentin des Gesamtverbandes der deutschen Textil- und Modeindustrie, Vize-Präsidentin des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

MEHR WERTSCHÄTZUNG FÜR UNSERE INDUSTRIE!

MIT: Sie fordern mehr Wertschätzung für Ihre Branche. Warum?

Ich erlebe immer wieder, dass sehr undifferenziert von DER Textilindustrie gesprochen wird. Wir produzieren nach den weltweit besten Umwelt- und Sozialstandards, sind Trendsetter für neue Technologien und Materialien. Aus unseren Forschungslaboren kommen Innovationen für mehr Nachhaltigkeit, für mehr Umweltschutz, beim Bauen, beim Filtern von Luft und Abwässern oder in der Kreislaufwirtschaft.

MIT: Und warum wird das nicht wertgeschätzt?

Wenn Sie auf Rohstoffe aus dem Ausland angewiesen sind oder außerhalb Deutschlands produzieren lassen, wird ihnen schnell unterstellt, dass es Ihnen nur um Profit geht. Das ist schlichtweg falsch. Wir stehen nicht nur zu unserer Verantwortung für soziale und ökologische Standards, wir leben diese als mittelständische Industrieunternehmen auch.

MIT: Und die Lösung?

Wir alle wissen doch, dass uns umwälzende Entwicklungen bevorstehen, wenn wir den Kampf gegen den Klimawandel ernst nehmen. Frau von der Leyen hat es in ihrer Bewerbungsrede vor dem EU-Parlament auf den Punkt gebracht. Was wir ausgeben müssen, um diesen Wandel zu gestalten, müssen wir erst einmal verdienen. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe! Und deshalb finde ich das MIT-Motto auch gut: „Wir alle sind Wirtschaft!“

TEILNEHMERLISTE BUNDESVORSTANDSSITZUNGEN LEGISLATURPERIODE 2017 - 2019

GEWÄHLTE BUNDESVORSTANDSMITGLIEDER

| Titel | Nachname | Vorname | Funktion | 20.11.17 | 9./10. 03.18 | 14.05.18 | 03.07.18 | 10.09.18 | 19.11.18 | 04.02.19 | 29./30. 03.19 | 25.06.19 | Anwesend insgesamt |
|-----------|-----------------|--------------|--------------|----------|-----------------|----------|----------|----------|----------|----------|------------------|----------|-----------------------|
| | Aretz | Henning | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Aßmann | Gerald | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | e | e | 1 | 6 |
| | Buttkus | Rolf | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Darda | Michael | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 1 | 8 |
| | Dött MdB | Marie-Luise | Beisitz | 1 | e | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 1 | ue | 6 |
| | Drießen | Heijo | Beisitz | 1 | 1 | 1 | ue | e | 1 | e | 1 | e | 5 |
| | Erl | Peter | Beisitz | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 1 | ue | 7 |
| | Eyck | Norbert | Beisitz | 1 | 1 | ue | 1 | 1 | e | e | 1 | e | 5 |
| | Fay | Christoph | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| Dr. | Geier | Albrecht | Beisitz | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 8 |
| | Gillen MdL | Sarah | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| Prof. Dr. | Gochermann | Josef | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 8 |
| | Götz | Peter | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | e | 1 | 7 |
| Dr. | Heider MdB | Matthias | stellv. BuVo | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Hesse | Hermann | BSM | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| Dr. | Koschorrek | Rolf | stellv. BuVo | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Kösslinger | Bernhard | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 1 | 8 |
| | Kraft | Johannes | Beisitz | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 7 |
| | Leinert | Jochen | Beisitz | 1 | 1 | ue | 1 | e | 1 | 1 | e | 1 | 6 |
| | Leyendecker | Wolfgang | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | e | e | e | 1 | 1 | 6 |
| Dr. | Linnemann MdB | Carsten | BuVo | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Lips MdB | Patricia | stellv. BuVo | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 8 |
| | Littig | Michael | stellv. BuVo | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Lübbe | Werner | Beisitz | e | e | ue | e | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 5 |
| | Luths | Peter | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| Dr.h.c. | Michelbach MdB | Hans | stellv. BuVo | 1 | 1 | e | e | 1 | 1 | ue | e | ue | 4 |
| | Melchert | Thomas | Beisitz | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 7 |
| | Meurer | Jörg | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Müller | Norbert | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Müthel-Brenncke | Dorin | stellv. BuVo | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 8 |
| Dr. | Novak | David | Beisitz | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 7 |
| | Nowak | Helmut | Beisitz | ue | ue | e | e | ue | ue | ue | ue | ue | 0 |
| | Peschke | Steffen | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | ue | 1 | 8 |
| Dr. | Pohlmann | Harald | Beisitz | 1 | ue | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 6 |
| | Prox | Alexander | Beisitz | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | e | 1 | e | 6 |
| | Reimschüssel | Sybille | Beisitz | 1 | 1 | ue | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 7 |
| | Reiser | Margarete | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 8 |
| | Reisner | Günter | Beisitz | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | e | 1 | 7 |
| | Rode | Volker | Beisitz | 1 | ue | 1 | 1 | e | 1 | 1 | 1 | 1 | 7 |
| | Schmatz | Thomas Maria | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Schulze MdEP | Sven | Beisitz | 1 | 1 | 1 | e | 1 | e | 1 | e | e | 5 |
| Dr. | Steinwärdner | Philipp | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |
| | Zander | Oliver | Beisitz | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 |

1 anwesend
e entschuldigt
ue unentschuldigt

BERICHT ÜBER DIE INHALTLICHEN BESCHLÜSSE DES BUNDESVORSTANDS UND DES PRÄSIDIUMS 2017–2019

| Organ | Beschlussfassung | Datum |
|-----------------------------------|--|------------|
| Bundесvorstand | Fahrverbote verhindern - Schäden ersetzen - Debatte versachlichen | 10.03.2018 |
| Bundесvorstand | Handelskrieg vermeiden - Dialog intensivieren - Abkommen anstreben | 10.03.2018 |
| Bundесvorstand | Für echten Wettbewerb im deutschen Krankenversicherungssystem | 10.03.2018 |
| Bundесvorstand | Datenschutz muss praxistauglich und rechtssicher sein | 14.05.2018 |
| Bundесvorstand | Chancen der Digitalisierung nutzen - Für eine wirtschafts- und ordnungspolitisch ausbalancierte E-Privacy-Verordnung | 14.05.2018 |
| Bundесvorstand | Abmahnmissbrauch bekämpfen | 14.05.2018 |
| Bundесvorstand | Steuernehreinnahmen zum Teil den Bürgern zurückgeben | 03.07.2018 |
| Bundесvorstand | Experimentierfeld Digitaler Bürokratieabbau in der Landwirtschaft | 03.07.2018 |
| Bundесvorstand | Eckpunkte zur Grundsteuerthematik | 03.07.2018 |
| Bundесvorstand | Patientenschutz und Qualitätssicherung durch qualifizierte Gleichwertigkeitsprüfung | 03.07.2018 |
| Bundесvorstand | Keine gesundheitlichen Einheitsstandards durch EU-Vorgaben | 03.07.2018 |
| Bundесvorstand | Datenschutzstandards leichter anwenden für Mittelstand & Startups | 03.07.2018 |
| Bundесvorstand | Unternehmensteuerreform jetzt! Zehn-Punkte-Plan der MIT | 03.07.2018 |
| Bundесvorstand Umlaufbeschluss | Nein zur nationalen Anzeigepflicht für Steuergestaltungen | 05.09.2018 |
| Bundесvorstand | AdBlue-Betrug verhindern - Für fairen Wettbewerb im Speditionsgewerbe | 10.09.2018 |
| Bundесvorstand | Direktinvestitionen zu fairen Bedingungen | 10.09.2018 |
| Bundесvorstand | Anforderungen an ein neues CDU-Grundsatzprogramm | 10.09.2018 |
| Bundесvorstand | Für die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge | 10.09.2018 |
| Bundесvorstand | Elektronische Abstimmungen vereinfachen | 19.11.2018 |
| Bundесvorstand | Für einen EU-weiten praxistauglichen Datenschutz | 19.11.2018 |
| Bundесvorstand | Abschaffung Solidaritätszuschlag bis 2021 | 19.11.2018 |
| Bundесvorstand | Lebensstandard sichern. Zulagenrente verbessern | 19.11.2018 |
| Bundесvorstand | Für die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge | 19.11.2018 |
| Bundесvorstand | Für einen attraktiven freiwilligen Gesellschaftsdienst | 19.11.2018 |
| Bundесvorstand | Änderungen zum Leit Antrag „WIRTSCHAFT FÜR DEN MENSCHEN - Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ | 19.11.2018 |
| Bundесvorstand | Europäische Union – mit weniger Bürokratie bessere Gesetze | 19.11.2018 |
| Bundесvorstand | Neue Grundsteuer: Unbürokratisch und aufkommensneutral | 04.02.2019 |
| Bundесvorstand | Deutschland zukunftsfähig machen | 04.02.2019 |
| Bundесvorstand | Fahrverbote verhindern. Grenzwerte aussetzen. Messverfahren überprüfen. | 04.02.2019 |
| Bundесvorstand | Kaiserslauterer Erklärung: Die Politik in Deutschland braucht einen Neustart | 29.03.2019 |

| | | |
|-----------------------------------|--|------------|
| Bundesvorstand | Düngeverordnung: Landwirte brauchen Verlässlichkeit | 30.03.2019 |
| Bundesvorstand | Klimaschutzziele marktwirtschaftlich erreichen | 30.03.2019 |
| Bundesvorstand | Stärkung des deutschen Mittelstandes durch höhere Berufsbildung | 30.03.2019 |
| Bundesvorstand | Unternehmen entlasten - Arbeit erleichtern - Wachstum schaffen | 30.03.2019 |
| Bundesvorstand | Mehr Wettbewerb im Arzneimittelmarkt. Für eine sichere Patientenversorgung | 30.03.2019 |
| Bundesvorstand | Versorgung stärken - Festbetragssystem reformieren | 30.03.2019 |
| Bundesvorstand | Mehr Transparenz beim GKV-Spitzenverband | 30.03.2019 |
| Bundesvorstand Umlaufbeschluss | Mehr Netto für Arbeitnehmer: Steuer- und sozialabgabenfreie Sachbezüge erleichtern | 15.04.2019 |
| Präsidium Umlaufbeschluss | EuGH-Urteil überprüfen. Arbeitszeitrecht modernisieren. Familienvereinbarkeit stärken | 18.05.2019 |
| Bundesvorstand | Rohstoffversorgung sichern - Mittelstand stärken | 25.06.2019 |
| Bundesvorstand | Sofortabschreibungen für alle Dieselfahrzeuge und - Maschinen | 25.06.2019 |
| Bundesvorstand | Forstbetriebe nach Extremwettern steuerlich entlasten | 25.06.2019 |
| Bundesvorstand | Privates Wohneigentum fördern und Altersvorsorge stützen: Neuordnung der Grunderwerbsteuer | 25.06.2019 |
| Bundesvorstand | Notfallrettung reformieren. Qualität sichern. Rechtssicherheit schaffen | 25.06.2019 |
| Bundesvorstand | Besserer Klimaschutz durch Innovation und Technologieführerschaft | 25.06.2019 |
| Bundesvorstand | Baukosten senken: Keine weiteren Vorgaben. Auflagen reduzieren | 25.06.2019 |
| Bundesvorstand | Wettbewerbsgleichheit und Marktchancen für alternative Kraftstoffe | 25.06.2019 |
| Bundesvorstand Umlaufbeschluss | Keine Wettbewerbsnachteile und Gefährdungen durch Transparenzregister | 01.07.2019 |



PHILIP MORRIS GMBH

Die 1970 in Deutschland gegründete Philip Morris GmbH ist ein Unternehmen von Philip Morris International Inc. (PMI). PMI führt die Transformation in der Tabakindustrie an, um eine rauchfreie Zukunft zu schaffen. Ziel ist es, Zigaretten eines Tages komplett durch rauchfreie Alternativen zu ersetzen, die potenziell weniger schädlich für die Gesundheit sind. Durch multidisziplinäre Fähigkeiten in der Produktentwicklung, hochmoderne Einrichtungen und wissenschaftliche Nachweise möchte PMI sicherstellen, dass seine rauchfreien Produkte die Präferenzen von erwachsenen Rauchern treffen und die strengen regulatorischen Anforderungen erfüllen.

Die Philip Morris GmbH ist seit 1987 Marktführer auf dem deutschen Zigarettenmarkt. Der Marktanteil lag 2018 bei ca. 37,3 Prozent. Zu den erfolgreichsten Marken, die in Deutschland vertrieben werden, zählen MARLBORO, L&M und Chesterfield sowie IQOS und die dazugehörigen HEETS. Der Absatz von HEETS hat sich 2018 im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland mehr als verdoppelt.

Anzeige



Bundesverband der
Zigarrenindustrie

Zigarren Genuss made by Mittelstand



ARBEITSBILANZ 2017 BIS 2019

| Juli | | August | | September 2017 | Oktober 2017 | November 2017 | Dezember 2017 |
|-------|----|---|----|---|---|--|---|
| 1 Sa | | 1./2. September 13. Bundesmittelstandstag, Nürnberg mit Wahl des Bundesvorstands | | 1 Fr | 1 So | 1 Mi | 1 Fr |
| 2 So | | 2. September Konstituierende Sitzung des Bundesvorstands, Nürnberg | | 2 Sa | 2 Mo 41 | 2 Do | 2 Sa |
| 3 Mo | | | | 3 So | 3 Di | 3 Fr | 3 So |
| 4 Di | | 4 Fr | | 4 Mo 37 | 4 Mi | 4 Sa | 4 Mo 50 |
| 5 Mi | | 5 Sa | | 5 Di | 5 Do | 5 So | 5 Di |
| 6 Do | | 6. September Sitzung der Wirtschaftsverbände, Berlin | | 6 Mi | 6 Fr | 6 Mo 46 | 6 Mi |
| 7 Fr | | 7 Mo | 33 | 7 Do | 7 Sa | 6.-8. Oktober MIT beim JU-Deutschlandtag, Dresden | |
| 8 Sa | | 8 Di | | 8 Fr | 8 So | 8 Mi | 8 Fr |
| 9 So | | 9 Mi | | 9 Sa | 9 Mo 42 | 9 Do | 9 Sa |
| 10 Mo | 29 | 10 Do | | 10 So | 10 Di | 10 Fr | 10 So |
| 11 Di | | 11 Fr | | 11 Mo 38 | 11 Mi | 11 Sa | 11 Mo 51 |
| 12 Mi | | 12 Sa | | 12 Di | 12 Do | 12. Dezember 6. Ausgabe des Mittelstandsmagazins | 12 Di |
| 13 Do | | 13. September Strategieworkshop Mitgliederwerbung, Berlin | | 13 Mi | 13 Fr | 13 Mo 47 | 13 Mi |
| 14 Fr | | 14 Mo | 34 | 14 Do | 14 Sa | 14 Di | 14 Do |
| 15 Sa | | 15 Di | | 15 Fr | 15. November Sitzung der Wirtschaftsverbände, Berlin | | 15 Mi |
| 16 So | | 16 Mi | | 16 Sa | 16 Mo 43 | 16 Do | 16 Sa |
| 17 Mo | 30 | 17 Do | | 17. Oktober 5. Ausgabe des Mittelstandsmagazins | | 17 Di | 17 So |
| 18 Di | | 18 Fr | | 18 Mo 39 | 18 Mi | 18. Dezember Werkstattgespräch Religionsgesetz, Berlin | |
| 19 Mi | | 19 Sa | | 19 Di | 19 Do | 19 So | 20. November Sitzung des Bundesvorstands, Berlin |
| 20 Do | | 20 So | | 20. Oktober Werkstattgespräch „Tarifbindung“, Berlin | | 20 Mo | Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises, Berlin |
| 21 Fr | | 21 Mo | 35 | 21 Do | 21 Sa | 21 Di | |
| 22 Sa | | 22 Di | | 22 Fr | 22 So | 22 Mi | |
| 23 So | | 23 Mi | | 23. Oktober Werkstattgespräch „Privathaushalt als Arbeitgeber“, Berlin | | 23 Mo 44 | 23. November Workshop digitale Transformation Landwirtschaft / Ernährung, Berlin |
| 24 Mo | 31 | 24 Do | | 24 So | 24 Di | 24. Oktober Welcome-Cocktail Empfang für die neuen MdBs, Berlin | |
| 25 Di | | 25 Fr | 40 | 25 Do | 25 Sa | 25 So | 25 Mo 53 |
| 26 Mi | | 26. Oktober Sitzung des Haushaltsausschusses, Berlin | | 26 So | 26 Di | 26 So | 26 Di |
| 27 Do | | Sitzung des Präsidiums, Berlin | | 27 Mi | 27 Fr | 27 Mo 49 | 27 Mi |
| 28 Fr | | 28 Mo | 36 | 28 Do | 28 Sa | 28 Di | 28 Do |
| 29 Sa | | 29 Di | | 29 Fr | 29 So | 29 Mi | 29 Fr |
| 30 So | | 30 Mi | | 30 Sa | 30 Mo 45 | 30 Do | 30 Sa |
| 31 Mo | 32 | 31 Do | | | 31 Di | | 31 So |

| Januar 2018 | Februar 2018 | März 2018 | April 2018 | Mai 2018 | Juni 2018 |
|---|--|---|--|---|-----------|
| 1 Mo | 1 Do | 1 Do | 1 So | 1 Di | 1 Fr |
| 2 Di | 2 Fr | 2 Fr | 2 Mo | 2 Mi | 2 Sa |
| 3 Mi | 3 Sa | 3 Sa | 3 Di | 3 Do | 3 So |
| 4 Do | 4 So | 4 So | 4 Mi | 4 Fr | 4 Mo |
| 5 Fr | 5 Mo | 5 Mo | 5 Do | 5. Juni MIT:FUTURA, Berlin | 5 Di |
| 6 Sa | 6 Di | 6 Di | 6 Fr | 6 So | 6 Mi |
| 7 So | 7 Mi | 7 Mi | 7 Sa | 7 Mo | 7 Do |
| 8 Mo | 8 Do | 8 Do | 8 So | 8 Di | 8 Fr |
| 9 Di | 9./10. März Klausurtagung des Bundesvorstands, Wien | | 9 Mo | 9 Mi | 9 Sa |
| 10 Mi | | 10 Sa | 10 Di | 10 Do | 10 So |
| 11 Do | 11 So | 11 So | 11 Mi | 11 Fr | 11 Mo |
| 12 Fr | 12 Mo | 12. April Sitzung der Energiekommission, AG Bau, Berlin | | 12 Sa | 12 Di |
| 13. Februar Sitzung der Digitalkommission, Berlin | 13 Di | 13 Di | 13 Fr | 13 So | 13 Mi |
| 14 So | 14 Mi | 14 Mi | 14. Mai Sitzung des Präsidiums, Berlin | | 14 Do |
| 15 Mo | 15. Januar Sitzung der Vorsitzenden der Wirtschaftskommission, Berlin | | 14. Mai Sitzung des Bundesvorstands, Berlin | | 15 Fr |
| 16 Di | 16 Fr | 16. April Sitzung der Kommission Steuern und Finanzen, Berlin | | 16 So | 16 Sa |
| 17 Mi | 17 Sa | 17 Sa | 17 Di | 14./15. Mai Sitzung des AK Mitglieder- gewinnung, Berlin | |
| 18 Do | 18 So | 18. April Sitzung der Kommission Landwirtschaft, Berlin | | 18 Fr | 18 Mo |
| 19 Fr | 19. Januar Sitzung der Kommission Arbeit und Soziales, Berlin | | 19 Do | 19 Sa | 19 Di |
| 20 Sa | 20 Di | 20 Di | 20. April Sitzung der Kommission Arbeit und Soziales, Berlin | | 20 Mi |
| 21 So | 21 Mi | 21 Mi | 21 Sa | 21 Mo | 21 Do |
| 22 Mo | 22 Do | 22 Do | 22 So | 22 Di | 22 Fr |
| 23. Februar Sitzung der Gesundheits- kommission, Berlin | 23 Fr | 23. März Sitzung der Europa- kommission, Berlin | | 23. April Sitzung der Kommission Wirtschaft, Berlin | |
| 24 Sa | 24 So | 24 Sa | 24 Di | 24 Do | 24 So |
| 26. Februar Sitzung der Energiekommission, Berlin | 25 So | 25. April 2. Ausgabe des Mittelstandsmagazins | | 25. Juni Sitzung der Kommission Landwirtschaft, Berlin | |
| MIT-Delegiertenvorbesprechung, Berlin | 26 Mo | 26 Mo | 26 Do | 26 Sa | 26 Di |
| CDU-Parteitag, Berlin | 27 Di | 27. Februar 1. Ausgabe des Mittelstandsmagazins | | 27 So | 27 Mi |
| 28 So | 28 Mi | 28 Mi | 28 Sa | 28 Mo | 28 Do |
| 29 Mo | 29. Januar Sitzung der Kommission Steuern und Finanzen, Berlin | | 28. Mai Sitzung der Energiekommission, Berlin | | 29 Fr |
| 30 Di | | 30 Fr | 30 Mo | 29. Juni Sitzung der Kommission Arbeit und Soziales, Berlin | |
| 31 Mi | | 31 Sa | | 31 Do | |

Juli 2018 August 2018 September 2018 Oktober 2018 November 2018 Dezember 2018

| Juli 2018 | | August 2018 | | September 2018 | | Oktober 2018 | | November 2018 | | Dezember 2018 | |
|-----------|--|-------------|----|----------------|--|--------------|-------|---------------|---|---------------|--|
| 1 So | 2. Juli Sitzung der Kommission Steuern und Finanzen, Berlin | 1 Mi | | 1 Sa | 3. September Sitzung des AK Mitglieder- gewinnung, Berlin | 40 | 1 Do | | 6. Dezember Landesgeschäftsführerkonferenz, Hamburg | | |
| 2 Mo | | 2 Do | | 2 So | | | 2 Di | | | | |
| 3 Di | 3. Juli Sitzung des Präsidiums, Berlin | | | 3 Mo | 4. September Sitzung der Energiekommission, AG Verkehr, Berlin | | 3 Sa | | | | Sitzung des Präsidiums, Hamburg |
| 4 Mi | Sitzung des Bundesvorstands, Berlin | | | 4 Di | Sitzung der Energiekommission, Berlin | | 4 So | | | | MIT-Delegiertenvorbesprechung, Hamburg |
| 5 Do | | 5 So | | 5 Mi | | | 5 Mo | 45 | | | |
| 6 Fr | 4. Juli Sitzung des AK Mitglieder- gewinnung, Berlin | 6 Mo | | 6 Do | 8. Oktober Sitzung der Kommission Steuern und Finanzen, Berlin | | 6 Sa | | 6 Di | | 6 Do |
| 7 Sa | Sitzung der Landesgeschäftsführer, Berlin | 7 Di | | 7 So | | | 7 Mo | | 7 Mi | | 7 Fr |
| 8 So | | 8 Mi | | 8 Sa | | | 8 Do | | 8 So | | 8 Sa |
| 9 Mo | 10. September Sitzung des Präsidiums, Berlin | | | 9 So | | | 9 Di | | 9 Fr | | 9 So |
| 10 Di | Sitzung des Bundesvorstands, Berlin | | | 10 Mo | | | 10 Mi | | 10 Sa | | 10 Mo |
| 11 Mi | Verleihung des Deutschen Mittel- standspreises, Berlin | | | 11 Di | 11. September Workshop Social Media für den Bundesvorstand, Berlin | | 11 So | | 11 Di | | 11 Di |
| 12 Do | | 12 So | | 12 Mi | | | 12 Fr | | 12 Mo | 46 | 12 Mi |
| 13 Fr | 13. Juli Sitzung der Europakommission, München | 13 Do | 33 | 13 Di | | | 13 So | | 13 Di | | 13 Do |
| 14 Sa | | 14 Di | | 14 So | 12. Oktober Sitzung der Kommission Arbeit und Soziales, Berlin | | 14 Mo | | 14 Mi | | 14 Fr |
| 15 So | 15. August Werkstattgespräch „Standard-Riester“, Berlin | 15 Mi | | 15 Di | Sitzung der Gesundheitskom- mission, Berlin | | 15 So | | 15 Do | | 15 Sa |
| 16 Mo | | 16 Do | | 16 So | | | 16 Mo | | 16 Fr | | 16 So |
| 17 Di | | 17 Fr | | 17 Do | 15. November Sitzung der Wirtschaftsverbände, Berlin | | 17 So | | 17 Sa | | 17 Mo |
| 18 Mi | | 18 Sa | | 18 Di | | | 18 Do | | 18 So | | 19. November Sitzung des Präsidiums, Berlin |
| 19 Do | 19. Juli Sitzung der Wirtschafts- kommission, Köln | 19 So | | 19 Mi | | | 19 Fr | | 19 Mo | | Sitzung des Bundesvorstands, Berlin |
| 20 Fr | | 20 Mo | 34 | 20 Do | | | 20 Sa | | 20 Di | | Kandidatenvorstellung für den CDU-Vorsitz, Berlin |
| 21 Sa | | 21 Di | | 21 Fr | | | 21 So | | 21 Mi | | 21 Fr |
| 22 So | | 22 Mi | | 22 Sa | | | 22 Mo | 43 | 22 Do | | 22 Sa |
| 23 Mo | | 23 Do | | 23 So | 23. Oktober 5. Ausgabe des Mittelstandsmagazins | | 23 Di | | 23 Fr | | 23. November Sitzung der Europakommission, Berlin |
| 24 Di | | 24 Fr | | 24 Mo | | 39 | 24 Mi | | 24 Sa | | 24 Mo |
| 25 Mi | 25. September „Politik trifft Wirtschaft“ / Treffen mit Dax-Vorständen | 25 So | | 25 Di | | | 25 Do | | 25 So | | 25 Di |
| 26 Do | | 26 Mo | | 26 So | | | 26 Di | | 26 Mo | | 26. November Sitzung der Wirtschaftskommission, Berlin |
| 27 Fr | 27. September Sitzung der Digitalkommission, Berlin | 27 Di | | 27 So | | | 27 Do | | 27 Mi | | 27 Do |
| 28 Sa | | 28 Mo | | 28 Fr | 28. September Werkstattgespräch „Gesell- schaftsjahr“, Berlin | | 28 So | | 28 Di | | 28 Fr |
| 29 So | 29. August 4. Ausgabe des Mittelstandsmagazins | 29 Do | | 29 Mo | | | 29 Mi | 44 | 29 So | | 29 Sa |
| 30 Mo | | 30 Fr | | 30 Di | | | 30 Do | | 30 Mi | | 30 So |
| 31 Di | | 31 Sa | | 31 So | | | 31 Mo | | 31 Do | | 31 Mo |



HERZ DER WIRTSCHAFT

Alle 2 Minuten sucht ein Unternehmer der Metall- und Elektro-Industrie eine **Fachkraft**.

Wir brauchen eine Politik, die Menschen in Arbeit bringt.

Unsere Vorschläge unter: herz-der-wirtschaft.de/fachkraefemangel

| Januar 2019 | Februar 2019 | März 2019 | April 2019 | Mai 2019 | Juni 2019 | |
|---|---|---|---|---|---|--|
| 1. Februar Sitzung der Gesundheitskommission, Berlin | 1 Fr | 1. April Sitzung der Digitalkommission, Berlin | 1 Mo | 14 | 1 Mi | 1 Sa |
| | 2 Sa | 2 Sa | 2 Di | | 2 So | |
| 4. Februar Sitzung des Präsidiums, Berlin | 3 So | 3 So | | 5. Juni Sitzung der Wirtschaftsverbände, Berlin | 3 Mo | 23 |
| Sitzung des Bundesvorstands, Berlin | 4 Mo | 4 Mo | 6. Mai Sitzung der Wirtschaftskommission, Berlin | 4 Sa | 4 Di | |
| | 5 Di | 5. April Sitzung der Wirtschaftsverbände, Berlin | 5 Fr | 5 So | 5 Mi | |
| 6 So | 6 Mi | 6 Mi | 6 Sa | 6 Mo | 6 Do | |
| 7 Mo | 7 Do | 8. April Jurysitzung Mittelstandspreis, Berlin | 7 So | 6. Juni Sitzung der Energiekommission, Berlin | 7 Fr | |
| 8 Di | 8 Fr | Sitzung der Kommission Steuern und Finanzen, Berlin | 8 Mo | 15 | 8 Sa | |
| 9 Mi | 9 Sa | | 9 Di | 10. April Werkstattgespräch „Stärkung des Startup-Standorts Deutschland“, Berlin | 9 So | |
| 10 Do | 10 So | 10 So | 10 Mi | | 10 Mo | 24 |
| 11 Fr | 11. März Sitzung der Kommission Landwirtschaft, Berlin | 11 Mo | 11 Do | | 11 Di | |
| 12 Sa | 12 Di | 12 Di | 12 Fr | | 12. Juni Sitzung der Digitalkommission, Berlin | 12 Mi |
| 13 So | 13 Mi | 13 Mi | 13. Mai Sitzung der Energiekommission, AG Verkehr | 13 Mo | 20 | 13 Do |
| 14. Februar Sitzung der Energiekommission, AG Verkehr und Umwelt | 14 Do | 14 Do | 14 So | 14 Di | 14 Fr | |
| 15 Di | 15 Fr | 15 Fr | 15 Mo | 16 | 15 Sa | |
| 16 Mi | 16. Januar Sitzung der Wirtschaftsverbände, Berlin | 16 Sa | 16 Di | | 16 So | |
| 17 Do | 17 So | 17 So | 17. Mai Sitzung der Gesundheitskommission, Berlin | 17 Fr | 17 Mo | 25 |
| 18 Fr | 18. Februar Sitzung der Wirtschaftskommission, Berlin | 18 Do | 18 Do | 18 Sa | 18 Di | |
| | 19 Di | 19 Di | 19 Fr | 19 So | 19 Mi | |
| 18. Januar Sitzung der Kommission Arbeit und Soziales, Berlin | 20 Mi | 20 Mi | 20 Sa | 20 Mo | 21 | 20 Do |
| | 21. Februar Sitzung der Energiekommission, Berlin | 21. Juni Sitzung der Europakommission, Berlin | 21 So | 21. Juni Sitzung der Europakommission, Berlin | 21 Fr | |
| 22 Di | 22 Fr | 22 Fr | 22 Mo | 22 Mi | 22 Sa | |
| 23 Mi | 23 Sa | 23 Sa | 23. Mai Sitzung der Energiekommission, AG Bau und Umwelt | 23 Do | 23 So | |
| 22. Februar Sitzung der Energiekommission, AG Energie, Berlin | 24 So | 24 So | 24 Mi | | 24 Mo | 25. Juni Sitzung des Präsidiums, Berlin |
| | 25 Mo | 25 Mo | 25 Do | 24. Juni Sitzung der Kommission Steuern und Finanzen, Berlin | 25 Di | |
| 26 Sa | 26 Di | 26. April 2. Ausgabe des Mittelstandsmagazins | 26 Fr | 26 So | 26 Mi | Sitzung des Bundesvorstands, Berlin |
| 27. Februar 1. Ausgabe des Mittelstandsmagazins | 27 Mi | 27 Mi | 27 Sa | 26. Juni 3. Ausgabe des Mittelstandsmagazins | 27 Do | |
| 28 Mo | 29. März Sitzung des Präsidiums, Kaiserslautern | 28 Do | 28 So | 28 Di | 28 Fr | |
| | Kreisvorsitzendenkonferenz, Kaiserslautern | 29 Fr | 29 Mo | 18 | 29 Mi | |
| 28. Januar Sitzung der Kommission Steuern und Finanzen, Berlin | | 30 Sa | 30 Di | 30 Do | 28. Juni Werkstattgespräch Betriebliche Altersvorsorge, Berlin | |
| | | 31 So | | 31 Fr | | |
| | 29./30. März Klausurtagung des Bundesvorstands, Kaiserslautern | | | | | |

Juli 2019 August 2019 September 2019 Oktober 2019 November 2019 Dezember 2019

| | | | | | |
|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| 1 Mo 27 | 1 Do | 1 So | 1 Di | 1 Fr | 1 So |
| 2 Di | 2 Fr | 2 Mo 36 | 2 Mi | 2 Sa | 2 Mo 49 |
| 3 Mi | 3 Sa | 3 Di | 3 Do | 3 So | 3 Di |
| 4 Do | 4 Mo 32 | 4 Mi | 4 Fr | 4 Mo 45 | 4 Mi |
| 5 Fr | 5 Do | 5 Do | 5 Sa | 5 Di | 5 Do |
| 6 Sa | 6 Di | 6 Fr | 6 Mi | 6 Mi | 6 Fr |
| 7 Mo | 7 Mi | 7 Sa | 7 Mo 41 | 7 Do | 7 Sa |
| 8 Mo | 8 Do | 8 So | 8 Di | 8 Fr | 8 So |
| 9 Di | 9 Sa | 9 Mo 37 | 9 Mi | 9 Sa | 9 Mo 50 |
| 10 Mi | 10 Sa | 10 Di | 10 Do | 10 So | 10 Di |
| 11 Do | 11 So | 11 Mi | 11 Fr | 11 Mo 46 | 11 Mi |
| 12 Fr | 12 Mo 33 | 12 Do | 12 Sa | 12 Di | 12 Do |
| 13 Sa | 13 Di | 13 Fr | 13 So | 13 Mi | 13 Fr |
| 14 So | 14 Mi | 14 Sa | 14 Mo 42 | 14 Do | 14 Sa |
| 15 Mo 29 | 15 Do | 15 So | 15 Di | 15 Fr | 15 So |
| 16 Di | 16 Fr | 16 Mo 38 | 16 Mi | 16 Sa | 16 Mo 51 |
| 17 Mi | 17 Sa | 17 Di | 17 Do | 17 So | 17 Di |
| 18 Do | 18 So | 18 Mi | 18 Fr | 18 Mo 47 | 18 Mi |
| 19 Fr | 19 Mo 34 | 19 Do | 19 Sa | 19 Di | 19 Do |
| 20 Sa | 20 Di | 20 Fr | 20 Mi | 20 Mi | 20 Fr |
| 21 Mi | 21 Mi | 21 Sa | 21 Mo 43 | 21 Do | 21 Sa |
| 22 Do | 22 Do | 22 So | 22 Di | 22 Fr | 22 So |
| 23 Mi | 23 Sa | 23 Mo 39 | 23 Mi | 23 Sa | 23 Mo 52 |
| 24 Do | 24 Sa | 24 Di | 24 Do | 24 So | 24 Di |
| 25 Do | 25 So | 25 Mi | 25 Fr | 25 Mo 48 | 25 Mi |
| 26 Fr | 26 Mo 35 | 26 Do | 26 Sa | 26 Di | 26 Do |
| 27 Sa | 27 Di | 27 Fr | 27 Sa | 27 Mi | 27 Fr |
| 28 So | 28 Mi | 28 Sa | 28 Do | 28 Do | 28 Sa |
| 29 Mo | 29 Do | 29 So | 29 Di | 29 Fr | 29 So |
| 30 Di | 30 Fr | 30 Mo 40 | 30 Mi | 30 Sa | 30 Mo 1 |
| 31 Mi | 31 Sa | | 31 Do | | 31 Di |

4. Juli
Gemeinsame Veranstaltung mit der CDU zur Sozialen Marktwirtschaft, Berlin

7. August
Treffen der CDU-Vereinigungen, Berlin

9. September
Sitzung der Kommission Steuern und Finanzen, Berlin

6. September
Sitzung der Antragskommission

24. Juli
Sitzung der Wirtschaftskommission

23. September
Werkstattgespräch Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk, Berlin

20. September
Sitzung der Gesundheitskommission, Berlin

26. August
Sitzung der Energiekommission, Berlin

27./28. September
14. Bundesmittelstandtag mit Vorstandsneuwahl

29. August
4. Ausgabe des Mittelstandsmagazins

28. August
Werkstattgespräch Mitarbeiterkapitalbeteiligung



POLITISCHE WILLENSBILDUNG GEHÖRT IN DIE PARLAMENTE

Interview mit Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie und Co-Vorsitzender der Kommission Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz

Herr Minhoff, wir alle haben jeden Tag mit den Produkten Ihrer Branche Kontakt. Was können Sie uns über die Lebensmittelindustrie erzählen, was wir vielleicht noch nicht wissen?

Ich würde mir wünschen, dass alle über die Lebensmittelindustrie in Deutschland wissen, dass unsere Unternehmen, die zu 90 Prozent klein- und mittelständisch strukturiert sind, rund 170.000 verschiedene Lebensmittel produzieren und wir nach Umsatz und Beschäftigten der viertgrößte Industriezweig dieses Landes sind.

Der Leitantrag „Wir alle sind Wirtschaft“ zum Bundesmittelstandtag 2019 beschreibt die aktuellen Herausforderungen vor denen die Wirtschaft heute steht. Vor welchen Herausforderungen steht die Lebensmittelindustrie?

Hier unterscheiden wir uns nicht von anderen Branchen. Digitalisierung, Export und Klimaschutz sind drei der großen Themen, die unsere Unternehmen umtreibt. Hinzu kommt aktuell die Diskussion um Plastik. Wir sind dabei, unsere Verpackungen zu optimieren, dringen aber auch darauf, Augenmaß zu bewahren. Denn: Kunststoffverpackungen besitzen für Lebensmittel auch eine wichtige Schutzfunktion.

Welche Unterstützung wünschen Sie sich von der Politik?

Ohne eine Unterstützung der Politik sind die offenen Fragen im internationalen Handel nicht zu klären. Beispielsweise im Handelsstreit mit den USA wird deutlich, wie wichtig ein Handelsabkommen gewesen wäre. Für unsere Unternehmen, die jeden dritten Euro im Ausland verdienen, ist der Export eine wichtige Ertragsstütze. Zum Thema Digitalisierung steht aus meiner Sicht alles Wesentliche im Leitantrag der MIT. Ein entscheidendes Thema ist auch die Diskussion um so genannte gute und schlechte Lebensmittel. Ich wundere mich immer wieder, wenn 5,8 Millionen Menschen, die für die gesamte Lebensmittelkette arbeiten, unterstellt wird, sie würden ungesunde Lebensmittel herstellen. Das ist doch absurd. Davon abgesehen kann man Lebensmittel mit Blick auf ihre ernährungsphysiologische Zusammensetzung nicht so simpel und plump kategorisieren. Hier ist es auch Aufgabe der Politik, eine ehrliche und wissenschaftlich korrekte Debatte zu führen. Die Politik sollte schließlich auch auf sich schauen, auf ihre Rolle in unserem demokratischen System.

Was meinen Sie damit?

Viele unserer Unternehmen sind heute NGO-Kampagnen ausgesetzt. Wir haben gelernt damit umzugehen. Allerdings halte ich das demokratietheoretisch für ein Problem. Für die Willensbildung und Normsetzung sind in der parlamentarischen Demokratie der Bundestag, die Landtage, die EU-Kommission und das EU-Parlament zuständig und nicht eine kleine Gruppe von Lobbyisten, die sich als NGO tarnen.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Baden-Württemberg
Stammheimer Str. 10
70806 Kornwestheim
E-Mail: info@mit-bw.de
Website: www.mit-bw.de

LANDESVORSITZENDER



Oliver Zander

bis 19. Oktober 2018:
Daniel Hackenjos

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN



Ulla Müller-Eisenhardt

bis 1. Februar 2019:
Andrea Birringer

SCHATZMEISTER

Thomas Rapp

Mitgliederzahl:
2.997 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
19. Oktober 2018 gewählt.



(v.l.) Dr. Roman Glaser, Thorsten Link, Ruth Baumann, Oliver Zander, Daniel Hackenjos

OLIVER ZANDER FOLGT AUF DANIEL HACKENJOS

Im Europa-Park Rust wählten die Delegierten der MIT Baden-Württemberg auf dem Landesmittelstandstag am 19. und 20. Oktober 2018 einen neuen Landesvorstand. Als neuer Vorsitzender wurde Oliver Zander gewählt. Sein Vorgänger Daniel Hackenjos kandidierte aus beruflichen Gründen nicht mehr. Er stellte sich aber als Stellvertreter zur Verfügung, da er die MIT weiterhin unterstützen möchte. Als weitere Stellvertreter wurden Inka Sarnow und Margarete Reiser gewählt.

Der Bundesvorsitzende Carsten Linnemann erklärte in seiner Rede, dass die MIT in Zukunft klare Kante zeigen werde. 82 % des Mittelstands bestehe aus Personengesellschaften. Es müsse darauf hingearbeitet werden, dass zukünftig Personen- und Kapitalgesellschaften steuerlich gleich zu behandeln seien. Auch müsse der Solidaritätszuschlag endlich weg. Die Körperschafts- und Kapitalertragsteuer dürften zukünftig nicht mehr über 25 % Belastung kommen.

Vorstandsvorsitzender und Unternehmensgründer Martin Herrenknecht berichtete in seiner Rede über die außenwirtschaftspolitischen Zustände zwischen Europa und China. Ein Europa ohne Russland funktioniere nicht. Die deutsche Politik müsse endlich aktiver

werden, um die Spannungen abzubauen. Der Solidaritätszuschlag müsse weg, die Unternehmensteuer runter.

Der Landesvorstand sieht als eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft noch deutlicher als Sprachrohr mittelständischer Anliegen aufzutreten und hierbei geht es nicht nur um die unternehmerische Seite, sondern auch um die Anliegen der Mitarbeiter. Eine deutliche Präsenz in der Öffentlichkeit und in den Medien und eine stärkere Einflussnahme auf die Politik gelte es hierbei nicht aus den Augen zu verlieren. Ausdruck hierfür ist die Tatsache, dass in den meisten Landesfachauschüssen Mitglieder der MIT vertreten sind. Durch die Wahl von unseren beiden Landesvorstandsmitgliedern Ruth Baumann und Fabian Gramling als Beisitzer in den CDU-Landesvorstand hoffen wir, noch mehr MIT-Themen direkt platzieren zu können.



Oliver Zander bedankt sich bei Daniel Hackenjos für seine Arbeit als Landesvorsitzender



Oliver Zander stellt sich als neuer Landesvorsitzender vor

Es fanden im Berichtszeitraum acht reguläre Vorstandssitzungen sowie eine Sondersitzung zur Neuvergabe des Wirtschaftsforums in Stuttgart aber auch in Freiburg statt.

AKTIVITÄTEN

Am 7. November 2017 fand in den Räumlichkeiten des Baden-Württembergischen Sparkassenverbandes eine Podiumsdiskussion statt, zu welcher der Landesvorstand der MIT durch seinen Vorsitzenden Daniel Hackenjös eingeladen hatte. Die Frage zur Diskussion lautete „Pflichtmitgliedschaft bei der IHK und Handwerkskammer – Ist der Kammerzwang noch zeitgemäß?“

An diesem Abend wurde das Für und Wieder einer Pflichtmitgliedschaft sehr kontrovers diskutiert.

„Perspektiven der Alterssicherung in Deutschland“ war am 20. März 2018 Thema eines Vortragsabends des Landesvorstandes der MIT Baden-Württemberg in den Räumlichkeiten der Allianz Lebensversicherung AG.

Im Juli 2018 lud der Landesvorstand Baden-Württemberg mit seinem Vorsitzenden Daniel Hackenjös seine Kreisvorsitzenden zur Kreisvorsitzendenkonferenz in das wunderbare Ambiente des Plenums des Landtags Baden-Württemberg ein. Das Thema hierzu lautete „Solide Basisarbeit im Ländle in und für die MIT“. Es referierten Michael Jakobi, GF MJM Marketing



(v.l.) Carsten Linnemann, Martin Herrenknecht, Oliver Zander, Daniel Hackenjös

und Jonathan Volz GF Südsolutions GmbH zum Thema „Wieviel Social Media braucht die MIT? – zum digitalen Wandel innerhalb der Verbände und Organisationen“. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass das Wirrwarr bei der Altersvorsorge nicht für jeden Arbeitnehmer durchschaubar sei. Zudem bestehe die Problematik von Verlusten bei der Steuer und den Sozialabgaben.

Anfang Februar 2019 fand sich der Landesvorstand zur Klausurtagung zusammen. Es wurden Arbeitsgruppen gegründet, wie z.B. Mehr Einfluss der MIT, Mitgliederneugewinnung, Marketing und Steuern, und die ersten Ideen und Maßnahmen wurden zusammengefasst und diskutiert. Diese Arbeitsergebnisse wurden konkretisiert und die für die entstandenen Aufgaben Verantwortlichen benannt.

Parallel fand die Wahl von Ulla Müller-Eisenhardt zur neuen Landesgeschäftsführerin statt, nachdem sich die vorherige Amtsinhaberin Andrea Birringer während ihrer Elternzeit dafür entschieden hatte, nicht auf ihre Position zurückzukehren. Sie bleibt dennoch der MIT erhalten und wird sich nach ihrer Rückkehr um das Wirtschaftsforum kümmern.

Aufgrund der unverhältnismäßigen Umsetzung des Gerichtsurteils bezüglich

des Dieselfahrverbots fand auf Initiative des ehemaligen Landesvorsitzenden Daniel Hackenjös und unter dem Vorsitz von Oliver Zander am 11. Februar 2019 die Podiumsdiskussion „Diesel – Irrwege einer Leittechnologie“ statt. Die mit 200 Teilnehmern sehr gut besuchte Veranstaltung fand auch ein entsprechendes mediales Echo. Daniel Hackenjös führte mit fundiertem technischem Wissen ausführlich in das Thema ein. Als Diskutanten konnten wir mit den Professoren Willi Diez, Michael Bargende und Alexander Kekulé sowie mit Carsten Beuß ausgesprochene Fachleute auf dem Gebiet der Antriebstechnologie gewinnen. Der Abend wurde von dem Fernsehmoderator Thorsten Link moderiert.

MITGLIEDERMAGAZIN

Seit 5 Jahren geben wir unser Mitgliedsmagazin Wirtschaftsforum, das 10 Mal im Jahr erscheint, selbst heraus. Die positive Rückmeldung aus dem Mittelstand, von den Mitgliedern und auch der wirtschaftliche Erfolg zeigen, dass dies eine gute und richtige Entscheidung war. Die Kreis- und Bezirksverbände haben hier die Möglichkeit, über ihre Veranstaltungen und Aktivitäten zu berichten. Auch tragen unsere Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit zur positiven Entwicklung unseres Wirtschaftsmagazins bei.



BAYERN

Mittelstands-Union der CSU Bayern
Nymphenburgerstraße 64
80335 München
E-Mail: mu@csu-bayern.de
Website: www.mu-bayern.de

LANDESVORSITZENDER



Franz Josef Pschierer MdL

bis 1. Dezember 2018:
Dr. h.c. Hans Michelbach,
MdB

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Alexander Gropp

bis 30. November 2018:
Thomas Lemke

SCHATZMEISTER

Wolfgang Heim
bis 1. Dezember 2018 Franz-Xaver Scherl

Mitgliederzahl:
3.946 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
1. Dezember 2018 gewählt.



Der neu gewählte Landesvorstand (v.l.): Sebastian Brehm, Thomas Brändlein, Franz Josef Pschierer, Jutta Leitherer, und Bernhard Kösslinger

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Mitgliederzahlen der MU Bayern blieben in den letzten beiden Geschäftsjahren konstant. Aktuell haben wir rund 3.870 Mitglieder.

AUS DER ARBEIT DES LANDESVORSTANDES: INHALTLICHE SCHWERPUNKTE UND THEMEN

Als Mittelstands-Union bereitet uns derzeit das SPD geführte Bundesfinanzministerium Sorgen. Wir stellen uns entschieden gegen die Grundsteuerpläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, da wir hier ein weiteres Bürokratiemonster befürchten, das uns insbesondere in Bayern zur Einstellung von weiteren 1.000 Finanzbeamten zwingen würde. Wir unterstützen das Modell des Bayerischen Finanzministers Albert Füracker für eine bürokratiarme Lösung. Auch das unsolide finanzierte Grundrentenmodell von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil lehnen wir ab. Auf Landesebene diskutieren wir gerade neben vielen anderen Themen über die Abschaffung der A1-Bescheinigung und die Anhebung der Minijob-Verdienstobergrenze. Unsere Fachausschüsse arbeiten hochmotiviert. Hier einige Beispiele: Unser stellvertretender Landesvorsitzender und MIT- sowie MU-Steuerexperte Sebastian Brehm MdB arbeitet gerade

unter anderem in unserem Fachausschuss „Steuern und Haushalt“ an einem umfassenden Modernisierungsplan der Unternehmensbesteuerung in Deutschland. Unser neuer Fachausschuss „Arbeit neu denken“ unter der Leitung von Valentina Dahms und Dirk Reinhold widmet sich zukünftigen Herausforderungen wie einem Rentenkonzept für Deutschland, dem Wandel der Arbeitswelt durch die Digitalisierung und notwendigen Reformen im Arbeitsrecht. Im Fachausschuss „Tourismus, Handel, Dienstleistungen“ (Leiter: Thomas Geppert) geht es vor allem um die Themen Arbeitszeitflexibilisierung und Ladenöffnungszeiten. Für eine bessere thematische Vernetzung mit der MIT schlagen wir deshalb neben unserem Landesvorsitzenden Franz Josef Pschierer die eben genannten, hochmotivierten Fachausschuss-Leiter als unsere offiziellen Kandidaten des Landesverbands Bayern für den MIT-Bundesvorstand vor.

VERANSTALTUNGEN

Zu Beginn jeden Jahres findet der große MU-Neujahresempfang statt. Im Jahr 2017 schwor der damalige Bayerische Finanzminister und spätere Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder auf das Jahr der Landtagswahl in Bayern ein. Insbesondere bei den Finanzen sei es wichtig, keine weiteren steuerlichen Belastungen einzuführen



Der Landesvorstand machte mit einer Plakataktion auf die Kernforderungen der MU aufmerksam

und Bürokratie abzubauen. Auf die Wohnungsknappheit müsse man die richtigen Antworten geben. Von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Zukunft seien deutlich höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Ein weiteres Highlight des Jahres war der Sommerempfang in der Eremitage in Bayreuth. In sommerlicher Abendatmosphäre trafen sich etwa 250 Gäste aus ganz Bayern und tauschten sich mit dem damaligen Bayerischen Wirtschaftsminister und späteren MU-Landesvorsitzenden Franz Josef Pschierer aus. Er machte deutlich, wo im Hinblick auf die Landtagswahlen deutliche wirtschaftliche Akzente im Sinne des Mittelstands gesetzt werden müssten. Ziel müsse es sein, den Wirtschafts-

standort Bayern auch international zu stärken.

Der Neujahresempfang 2019 stand ganz im Zeichen der Europawahl. Im Münchner Künstlerhaus warb MU-Landesvorstandsmitglied Markus Ferber um Unterstützung – auch für den gemeinsamen Spitzenkandidaten von CDU/CSU und EVP, Manfred Weber. Es gehe bei dieser Wahl darum, den Wirtschaftsraum EU zu erhalten und Stabilität zu bewahren. Für Bayerns Stärke in Europa sei vor allem der Ausbau der digitalen Infrastruktur entscheidend.

Nähere Informationen zu den Veranstaltungen unserer Bezirks- und Kreisverbänden finden Sie online auf unserer Homepage www.mu-bayern.de.



Bayerns Finanzminister und damals designierter Ministerpräsident Markus Söder MdL beim MU-Neujahresempfang im Münchner Künstlerhaus

LANDESMITTELSTANDSTAGE / KLAUSURTAGUNGEN / VORSTANDSSITZUNGEN

Am 11. November 2017 fand der Landesmittelstandstag der MU Bayern in Rain am Lech mit einem klaren Bekenntnis für Mittelstands- und Mittelschichtpolitik, für Steuerzahler und Leistungsträger statt. Die MU tauschte sich dazu im Dehner Blumen Hotel mit dem CSU-Landesgruppenvorsitzenden Alexander Dobrindt aus und gab ihm „15 Mindestbedingungen für eine Koalition im Bund“ mit auf den Weg.

Der Landesmittelstandstag 2018 mit Neuwahlen fand am 1. Dezember statt. Nach 18 Jahren gab der mittlerweile zum Ehrenvorsitzenden ernannte Hans Michelbach MdB den Vorsitz an den ehemaligen Bayerischen Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer MdL ab. Zu dessen Stellvertretern wurden Jutta Leitherer, Thomas Brändlein, Sebastian Brehm MdB und Bernhard Kösslinger gewählt. Neu im Amt ist auch der Landesschatzmeister Wolfgang Heim. Beim Bayerischen Mittelstandstag wurde auch wieder der Bayerische Mittelstandspreis an sieben Vorzeigeunternehmen vergeben.

Nach seiner konstituierenden Sitzung am 10. Januar ging der neu gewählte Vorstand in Klausur. Im Schlierseer Hof in Oberbayern diskutierte man am 15. und 16. Februar ausgiebig über die künftige strategische Ausrichtung des Verbands in Bezug auf den eigenen Markenkern, die Intensivierung der Arbeit in den Fachausschüssen, die Bilanz der Beschlüsse der vergangenen Jahre, die Mitgliederwerbung und eine effektive Öffentlichkeitsarbeit. Des Weiteren tauschte sich der Landesvorstand mit dem Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion Thomas Kreuzer MdL, dem CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt MdB und dem CSU-Generalsekretär Markus Blume MdL aus. Zum Abschluss der Klausurtagung besuchte der Vorstand die Destille des Bayerischen Mittelstandspreisträgers Slyrs in Schliersee und ließ zwei arbeitsintensive Tage bei einer Firmenbesichtigung ausklingen.



Markus Ferber MdB stimmt beim MU-Neujahresempfang auf das Europawahljahr 2019 ein

Seit dem Bundesmittelstandstag 2017 in Nürnberg tagte der Landesvorstand insgesamt neun Mal.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Mittelstands-Union informiert über ihre tägliche Arbeit nicht nur auf ihrer Website (www.mu-bayern.de), sondern insbesondere auch durch zahlreiche Postings auf Facebook. So erreichen wir pro Beitrag etwa 1.100 Menschen.

Anzeige

Um die verbandsinterne Kommunikation zu verbessern, erschien vor kurzem die erste Ausgabe unseres neuen Newsletters, den wir per Mail an unsere rund 3.900 Mitglieder versenden. Diese „MU-News“ versenden wir künftig alle zwei Monate als PDF, so dass unsere Mitglieder auch eine möglichst aktuelle Handreichung erhalten, die sie bei ihren MU-Veranstaltungen bequem ausdrucken und mitführen können. Unsere beauftragten Abgeordneten berichten darin über ihre aktuelle Arbeit

auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen – aus dem Europaparlament, dem Deutschen Bundestag und dem Bayerischen Landtag. Auch unsere Fachausschussleiter haben hierüber die Möglichkeit, kurz und knapp über ihre Arbeit zu informieren.

KOMMISSIONEN

Aktuell hat die MU sieben Fachausschüsse (Kommissionen):

- Arbeit neu denken
- Banken und Finanzmarkt, Finanzmarktordnung
- Digitalisierung
- Infrastruktur, Energie, Bau und Verkehr
- Mittelstands- und Ordnungspolitik, Bürokratieabbau und Antragsstellung
- Steuern und Haushalt
- Tourismus, Handel, Dienstleistungen

Helping

**Finden Sie die Putzhilfe
Ihres Vertrauens**



ARBEITGEBERVERBAND
LUFTVERKEHR

Mittelstand und Luftverkehr. Gemeinsam starke Partner.

Der Arbeitgeberverband Luftverkehr e.V. wünscht einen erfolgreichen Bundesmittelstandstag.

www.agvl.de





BERLIN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Berlin
Kleiststraße 23–26
10787 Berlin
E-Mail: lgs@mit-berlin.de
Website: www.mit-berlin.de

LANDESVORSITZENDER



Christian Gräff MdA

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Stefan Böhm

SCHATZMEISTER

Dietmar Hölscher

Mitgliederzahl:
901 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
10. April 2019 gewählt.



Podiumsdiskussion auf dem Berliner Mittelstandskongress 2019 mit Senatorin Regine Günther

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die MIT Berlin blickt auf zwei erfolgreiche und spannende Jahre zurück. Die Mitgliederentwicklung der MIT Berlin ist seit Jahren von großer Stabilität geprägt. Einen besonders großen Zuwachs konnten wir bei Start-Up Unternehmen und Vertretern aus Verbänden verzeichnen.



Voller Saal auf dem Berliner Mittelstandskongress 2019

VERANSTALTUNGEN

Landesvorstand und Kreisverbände veranstalten regelmäßig Treffen mit Unternehmen, Verbänden und politischen Entscheidungsträgern, die aufgrund der räumlichen Nähe in Berlin sehr gut für gemeinsame Formate zu gewinnen sind. Hervorzuheben ist dabei der Berliner Mittelstandskongress (BMK). Dieser fand in Kooperation mit dem Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. (HBB), dem DEHOGA Hotel und Gaststättenverband Berlin e.V. und dem Berlin-Brandenburg Energy Network e.V. (BEN) bereits zum fünften Mal statt. Unter dem Motto „Mobilität in der Metropole Berlin - Chance oder Verhängnis für Unternehmen“ und mehr als 1.300 Besucherinnen und Besuchern war der Kongress ein voller Erfolg. Der Berliner Mittelstandskongress ist die Informations- und Netzwerkplattform für Berliner Unternehmer.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Die von der MIT Berlin eingesetzten Task-Forces (Junge MIT, Stadtentwick-

lung-Bauen-Wohnen, Bildung und Fachkräfte) haben bereits mehrere erfolgreiche Veranstaltungen durchgeführt. Ziel ist es, diese in den kommenden Jahren weiter auszubauen und dadurch neue Mitglieder zu gewinnen. Das von der MIT Berlin verabschiedete Mittelstandsgesetz wurde unsererseits erfolgreich ins Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht. Wesentliche Forderungen wie z.B. die angemessene Berücksichtigung der Interessen der Mittelständler bei der Auftragsvergabe aus der öffentlichen Hand wurden im Parlament verabschiedet.

WICHTIGE THEMEN FÜR BERLIN

Gewerbeflächen der Zukunft für Berliner Klein- und Mittelständische Unternehmen

Die MIT Berlin setzt sich für eine Randbebauung am ehemaligen Flughafen Tempelhof ein als „Zentrum für Berlins Mittelstand“ ohne Wohnbebauung, sondern ausschließlich für Gewerbeflächen, um auch mögliche Konfliktpotenziale zu einer Wohnbebauung aus-

zuschließen. Bei einer Größe von rund 300 Hektar sollen 50 Hektar am Rand für die Gewerbeflächen entstehen, der Großteil des Areals bleibt frei zugängliches Parkgelände. Zusätzlich sollen betriebsnahe Kindertagesstätten und einige wenige Betriebswohnungen mit eindeutigen planungsrechtlichen Anbindungen an die Unternehmen entstehen, damit keine störenden Faktoren die wirtschaftliche Nutzung später ausschließen können.

Bei den Flächen im Bestandsgebäude und den neu zu errichtenden Gebäuden sollen nach der Definition des Bundeswirtschaftsministeriums ausschließlich KMU bis 250 Mitarbeiter und maximal 50 Mio. Euro Umsatz entstehen. Die Nettokaltmiete sollte dabei im Bestandsgebäude 8 Euro und in den Neubauten für Gewerbe 13 Euro nicht übersteigen. Dafür ist eine Sanierung und der Neubau unter Einschluss von Fördermitteln der EU, des Bundes (bspw. GRV) und des Landes einzukalkulieren und aus unserer Sicht machbar. Die Unternehmen erhalten Mietverträge von bis zu 10 Jahren, um eine mittelfristige Planungssicherheit zu bekommen. Danach sind die KMU-Kriterien bei jeder weiteren Verlängerung zu prüfen. Für die Aufteilung der Branchen sollen innerhalb der Gebäude „Cluster“ gebildet werden, damit untereinander Wertschöpfungsketten und Kooperationsmöglichkeiten entstehen können. Bevorzugt sollen hier Handwerk, Dienstleistungen und kleinteilige Industrieunternehmen angesiedelt werden.



Networking auf dem Berliner Mittelstandskongress 2019

Infrastruktur wettbewerbsfähig halten und ausbauen

Die Unterhaltung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Straße und Schiene) muss prioritär behandelt werden. Neue Vorhaben wie der Weiterbau der A 100 und die Vollendung der TVO sind Projekte, die konsequent umgesetzt werden müssen.

Wohnen in der wachsenden Stadt nur gemeinsam mit der privaten Immobilienwirtschaft

Die aus dem demographischen Wandel und dem Zuzug entstehenden Herausforderungen können wir nur gemeinsam mit privaten Projektentwicklern, Investoren, Genossenschaften und allen Partnern der Immobilienwirtschaft

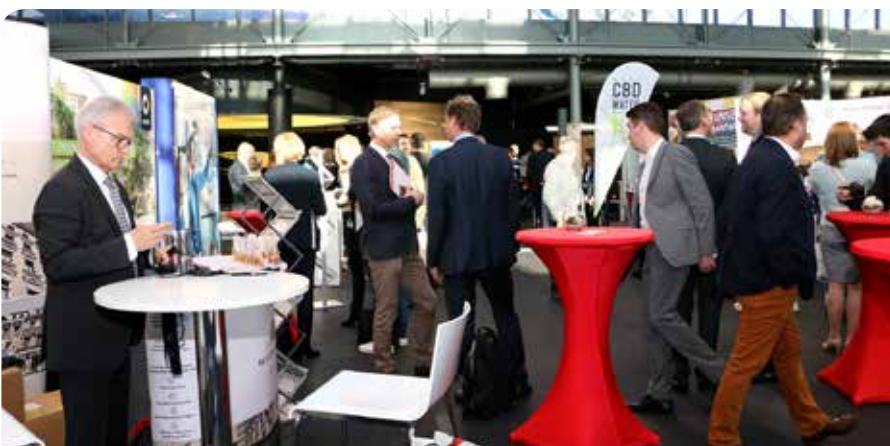
lösen. Die Mietpreisbremse, das Zweckentfremdungsverbotsgesetz und die Umwandlungsverbotsverordnung sind für dieses gemeinsame Ziel kontraproduktiv und müssen abgeschafft werden.

Leistungsfähige Verwaltung

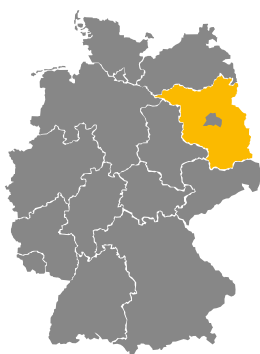
Grundlage für eine funktionierende Stadt ist eine gut funktionierende Verwaltung. Daher fordern wir die Erarbeitung eines Masterplans für die Personalentwicklung in der Berliner Verwaltung. Hierbei ist das Prinzip zu berücksichtigen, dass Leistungen, die die freie Wirtschaft in Berlin erbringen kann, auch zuerst durch diese erbracht werden sollen. Außerdem fordern wir die Schaffung eines zentralen Servicebereichs für Investoren in den Bezirken, die mit weiterreichenden Kompetenzen als bisher ausgestattet sind.

Mittelstandsgesetz

Das von der MIT Berlin verabschiedete Mittelstandsgesetz wurde unsererseits erfolgreich ins Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht. Wesentliche Forderungen wie z.B. die angemessene Berücksichtigung der Interessen der Mittelständler bei der Auftragsvergabe aus der öffentlichen Hand wurden im Parlament verabschiedet.



Ausstellerbereich auf dem Berliner Mittelstandskongress 2019



BRANDENBURG

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Brandenburg
Gregor-Mendel-Str. 3
14469 Potsdam
E-Mail: info@mit-bb.de
Website: www.mit-bb.de

LANDESVORSITZENDER



Uwe Feiler MdB

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Hans-Peter Pohl

SCHATZMEISTER

Steffen Kissinger

Mitgliederzahl:
334 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
13. September 2019 gewählt.



Der auf dem Landesmittelstandstag 2017 neu gewählte Landesvorstand

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Der Landesverband konnte zwischen dem 1. Januar 2017 und dem 30. Juni 2019 einen Mitgliederzuwachs von 283 auf 332 verzeichnen, eine Steigerung von über 17 Prozent. Damit zählt unser Landesverband zu den am stärksten gewachsenen Landesverbänden.

AUS DER ARBEIT DES LANDESVORSTANDES

Schwerpunkt der Arbeit war die Entwicklung unseres Grundsatzprogramms „Mehr Soziale Marktwirtschaft für Brandenburg“, das auf dem Landesmittelstandstag am

23. Juni 2018 in Blankenfelde-Mahlow beschlossen worden ist. Auf dieser Grundlage brachte sich unser Landesverband intensiv und erfolgreich in die Grundsatz- und Regierungsprogrammdiskussion der CDU Brandenburg ein, die am 23. November 2018 ihr Grundsatzprogramm und am 4. Mai 2019 ihr Regierungsprogramm beschlossen hat. Zu aktuellen Themen der Landespolitik wurden diverse Beschlüsse gefasst. Breiten Raum nahm immer die Diskussion aktueller politischen Themen zur Europa-, Bundes- und Landespolitik sowie über die Aktivitäten der Kreisverbände ein.

Am 26. August 2018 startete der Landesverband im Rahmen des Landtags-



CDU-Landesvorsitzender Ingo Senftleben nach seiner Rede auf dem Landesmittelstandstag 2017



Ein Teil der Delegierten besuchte am Rande des Landesmittelstandstages 2018 den Flugzeugturbinenhersteller Rolls Royce

wahlkampfes seine vom Kreisverband Oberhavel initiierte landesweite Aktion „Baumpatenschaften für den Klimawandel“. Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, MIT-Landesvorsitzender Uwe Feiler MdB und die MIT-Kreisvorsitzende des Havellandes und Stellv. CDU-Landesvorsitzende Barbara Richstein MdL pflanzten in Schönwalde-Glien den ersten Baum. Merkmal der Aktion ist, dass ein Unternehmen zugunsten einer Schule oder einer Kita einen Baum spendet, den diese beim Wachstum hegt und pflegt.

VERANSTALTUNGEN

Am 13./14. April 2018 führte der Landesverband für die Kreisverbände an der TH Wildau einen Workshop zur Verbesserung der Online-Kommunikation durch.

Im Rahmen einer Klausurtagung zusammen mit den Kreisvorsitzenden am 23./24. Februar 2019 in Senftenberg wurde das Programm zur Revitalisierung passiver Kreisverbände initiiert. Begrüßen konnten wir auf der Tagung auch den CDU-Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Landtagsfraktion Ingo Senftleben.

LANDESMITTELSTANDSTAGE / KLAUSURTAGUNGEN / VORSTANDSSITZUNGEN

Der Landesvorstand wurde am 8. Juli 2017 auf dem Landesmittelstandstag in Kremmen gewählt. Für den Bundesverband hielt ebenso wie beim Landesmittelstandstag 2018, auf dem das Grundsatzzprogramm beschlossen worden ist, MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben die Grußworte. CDU-Landesvorsitzender Ingo Senftleben MdL war Gastredner auf beiden Landesmittelstandstagen. Der Landesvorstand tagte danach insgesamt 16 Mal. Seine Neuwahl fand auf dem diesjährigen Landesmittelstandstag am 13. September statt.



MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben bei der Diskussion auf dem Landesmittelstandstag 2018

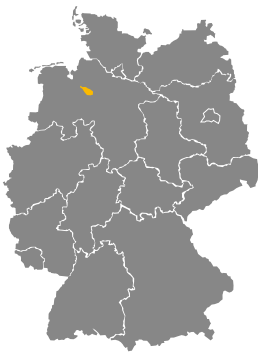
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Presseinformationen zu den Beschlüssen des Landesvorstandes und unseres Landesvorsitzenden wurden erstellt. Nach und nach wird die Online-Kommunikation in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden verbessert.

KOMMISSIONEN

Uwe Feiler leitet den CDU-Landesfachausschuss „Wirtschaft und Energie“, in dem MIT-Mitglieder zahlreich vertreten sind, sodass die MIT Brandenburg die Arbeit dieses CDU-Landesfachausschusses stark prägen kann. Seit März 2018 fanden insgesamt 5 Sitzungen statt. Arbeitsschwerpunkte waren die Diskussion des CDU-Grundsatz- und Regierungsprogramms, die Energiewende und der damit verbundene Strukturwandel in der Lausitz sowie die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Europäischen Union.

Der MIT-Landesverband hatte zur inhaltlichen Begleitung der Programm-Diskussion eine Programm-Kommission unter Leitung von Hans-Joachim Blumenkamp eingerichtet.



BREMEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Bremen
Am Wall 135
28195 Bremen
E-Mail: info@mit-bremen.de
Website: www.mit-bremen.de

LANDESVORSITZENDER



Kai Stadie

bis 11. April 2018:
Jochen Leinert

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Jörn Krauskopf
(kommissarisch)

SCHATZMEISTER

Jörn Krauskopf

bis 11. April 2018:
Sina Dertwinkel

Mitgliederzahl:
77 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
11. April 2018 gewählt.



Backstage-Tour auf dem Bremer Freimarkt

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Mitgliederentwicklung im Landesverband Bremen ist leicht rückläufig. Wesentliche Ursache hierfür sind verstorbene Mitglieder, denen keine ausreichende Anzahl neuzutretender Mitglieder gegenübersteht. Eine wesentliche Tätigkeit des Landesvorstands Bremen besteht daher darin, das Profil der MIT Bremen zu schärfen und das Interesse an der Vereinigung durch ein möglichst interessantes Angebot für den Mittelstand zu fördern. Hierzu gehörte z.B. eine klare Positionierung

zur Unterstützung der Kandidatur von Friedrich Merz bezüglich der Wahl zum CDU-Bundesvorsitzenden durch einen einstimmigen Beschluss des MIT-Landesvorstands, über welchen auch in Bremen berichtet worden ist.

ARBEIT DES LANDESVERBANDES

Um die Anliegen des Mittelstands darüber hinaus möglichst umzusetzen, baut die MIT Bremen auf eine verstärkte Kooperation mit der Jungen Union,



Startup-Abend mit CDU-Bürgermeisterkandidat Carsten Meyer-Heder



Diskussionsveranstaltung zur Verkehrspolitik in Bremen mit Vertretern der Grünen



Podiumsdiskussion mit dem Parl. Staatssekretär im BMVI, Enak Ferlemann (stehend)

die bei gemeinsamen Veranstaltungen, z.B. zur Klimapolitik, oder gemeinsamen Anträgen auf Parteitagen zum Ausdruck kommt. Bei den Veranstaltungen setzt der Bremer Landesverband auf ein breiteres Spektrum an Veranstaltungen wie eine Backstage Tour über den Freimarkt in Bremen (größtes Volksfest in Norddeutschland) mit Einladung an die CDU-Mitglieder, Diskussionsveranstaltungen mit den Grünen zum Thema Verkehr oder Veranstaltungen mit Größen aus der CDU wie dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister, Enak Ferlemann, oder dem CDU-Spitzenkandidaten Carsten Meyer-Heder anlässlich der Bremer Bürgerschaftswahl. Zudem wird nach Möglichkeiten zu gemeinsamen Veranstaltungen mit dem Handwerk gesucht. Aufgrund der Größe des Bremer Landesverbandes ist die Arbeit wenig formalisiert, so dass z.B. die Bildung von Kommissionen nicht erforderlich ist.

Anzeige

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt unter anderem durch Facebook und Pressemitteilungen, welche auch in den Zeitungen gedruckt werden. Die Einladung der Presse zu ausgewählten Veranstaltungen ist ein weiteres Mittel, um zu einer Berichterstattung direkt oder indirekt über die MIT Bremen und unsere Positionen zu gelangen.



DIE DEUTSCHE AUTOMATENWIRTSCHAFT

» FÜNF REGELN, 100% FASZINATION. «

Simona, 26, Auszubildende Automatenfachfrau

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL MIT FÜNF REGELN FÜR SPIELHALLEN:
 Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal
 Spielerschutz • Geprüfte Qualität

automatenwirtschaft.de

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).



HAMBURG

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Hamburg
Leinpfad 74
22299 Hamburg
E-Mail: info@mittelstand-hamburg.de
Website: www.mittelstand-hamburg.de

LANDESVORSITZENDER



Prof. Dr. Götz T. Wiese
bis Dezember 2018:
Hjalmar Stemmann

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Thomas Klömmer

SCHATZMEISTER

Dr. Philipp Steinwärdner

Mitgliederzahl:
210 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
18. Dezember 2018 gewählt.



Götz Wiese im Gespräch mit Edwin Kreuzer (TU Hamburg) und Reinhold von Eben-Worlée (Verband Familienunternehmer)

EIN NEUER VORSTAND

Am 18. Dezember 2018 fanden Neuwahlen des Landesvorstandes in Hamburg statt. Götz T. Wiese wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Klaus Messerschmidt (Mitgliederbeauftragter) und Philipp Steinwärdner (Schatzmeister) komplettieren den geschäftsführenden Vorstand. Der neue Vorstand dankte dem scheidenden Vorsitzenden Hjalmar Stemmann, der ausschied, um für die Position des Präsidenten in der Handwerkskammer in Hamburg zu kandidieren. Die Geschäftsführung wurde im April 2019 durch zwei Referendare Lukas Lindner und Jens Wüseke verstärkt. Hierdurch erhöhte sich unsere Handlungsfähigkeit erheblich. Der neue Vorstand der MIT Hamburg nahm in zwei Klausurtagungen eine inhaltliche Neuaufstellung vor. Zudem wurde die Kooperation mit der MIT Schleswig-Holstein durch eine gemeinsame Klausur gestärkt.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Inhaltlich setzte die MIT-Hamburg neue Schwerpunkte. Hervorzuheben ist dabei insbesondere die Clusterinitiative für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Einzelnen Industriebereiche wurden identifiziert, die auch in Zukunft für

Hamburg von zentraler Bedeutung sind. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Erneuerbare Energien, Luftfahrt, Maritime Wirtschaft, Logistik, Gesundheitswirtschaft, Life Sciences, Medien und Kreativgesellschaft. Größte Relevanz haben auch die neuen Technologien, die alle Wirtschaftsbereiche beeinflussen (Digitalisierung, Künstliche Intelligenz). Zudem ist es für die MIT Hamburg von größter Bedeutung, die Grundlagen für Handwerk, Einzelhandel und kleine und mittelständische Unternehmen in Hamburg zu kennen. Ergebnis dieser Initiative ist die Schaffung einzelner Fachbereiche, die von Fachsprechern verantwortet werden. Hierdurch wird eine intensivere und konsequentere Bearbeitung und Umsetzung der einzelnen Bereiche sichergestellt. Folgende Fachbereiche wurden gebildet: Handwerk, Energie und Umwelt, Gesundheit, Hafen, Tourismus, Gastronomie, Einzel-



MITsommer-Talk am 20. Juni 2019 mit Carsten Linnemann und Marcus Weinberg



MIT-Werkstattgespräch „Auswirkungen der Elektromobilität auf das KFZ- und Tankstellengewerbe“ am 12. Juni 2019

handel, Digitalisierung, Bildung, Soziales, Uni/Start-Ups und Finanzierung. Die Fachsprecher planen jetzt verschiedenste Initiativen bis zur Bürgerschaftswahl 2020.

VERANSTALTUNGEN DER MIT HAMBURG 2019

Neujahrsempfang

Beim Neujahrsempfang stand das Thema Energiewende im Mittelpunkt. Götz Wiese diskutierte mit Reinhold von Eben-Worlée (Verband der Familienunternehmer), Professor Edwin Kreuzer (Akademie der Wissenschaften) und rund 70 Gästen marktwirtschaftliche Lösungen für die Energiewende. Klares Bekenntnis hierbei war: Wir müssen die Defossilisierung schaffen. Aber dafür brauchen wir den Markt als Innovationsmotor, eine Koppelung aller Energiesektoren und ein Ende der Marktverzerrung durch falsche Subventionen.

Craft Beer Anstich

Im März fand der erste „Craft Beer Anstich“ statt. Eine engagierte und temperamentvolle Rede des Vorsitzenden stimmte die Anwesenden auf die Neuausrichtung der MIT Hamburg ein. Lars Haider, Chefredakteur des Hamburger Abendblatts, ging in seiner launigen und humorvollen Rede unter dem Motto „Mein Blick über die Stadt“ auf die politische Situation in Hamburg ein – und darauf, was Hamburg seit jeher ausmacht. Lars Haider machte folgende Top-Themen für die nächste Bürgerschaftswahl aus: Verkehr – Hier sei die Entwicklung enorm, die Wandlung kaum absehbar: Die Fahrradnutzung werde immer stärker, die Vision einer völlig autofreien Innenstadt immer

hörbarer, die Elektro-Mobilität immer realer. Wohnen – die Preisentwicklung für Immobilien und Mieten in Hamburg sei dramatisch. Fast jeder zweite Hamburger müsse inzwischen 50% seines Einkommens fürs Wohnen ausgeben.

Rettet die MÖ

Am 7. Mai 2019 kooperierte die MIT Hamburg mit dem Liberalen Mittelstand e.V. Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, um im Rahmen der Veranstaltung „Rettet die MÖ“ Konzepte für den Einzelhandel in der Innenstadt zu diskutieren.

Zur Bezirkswahl, die am Mai 2019, parallel zur Europawahl in Hamburg stattfand, organisierte die MIT Hamburg eigene Veranstaltungen. Darüber hinaus machte die MIT Hamburg durch ein eigenes Wahlprogramm zur Bezirkswahl mobil.

MIT Werkstattgespräch

Im Juni 2019 organisierte Reinhard Stuth das MIT-Werkstattgespräch zu den „Auswirkungen der Elektromobilität auf das KFZ- und Tankstellengewerbe“. Wir diskutierten mit Christoph Ploß MdB über die Konzepte der E-Mobilität. Es wäre aber nicht MIT, wenn nicht v.a. auch die Betroffenen die Chancen und Herausforderungen aus erster Hand schildern könnten: Vertreter der Stromversorger, Mineralölwirtschaft, Tankstellen-Betreiber und des Kfz-Handwerks kamen zum Thema E-Mobilität zu Wort. Einigkeit bestand, dass Deutschland sich nicht auf eine Art der Elektromobilität versteifen dürfe, sondern die Forschung und Wirtschaft im Hinblick

auf sämtliche Zukunftstechnologien fördern müsse. Noch steckt E-Mobilität in den Kinderschuhen; doch täglich liest und hört man von neuen Innovationen wie den von Christoph Ploß vorgestellten E-Fuels und mit Wasserstoff betriebene Fahrzeugen.

MITsommer-Talk

Den Höhepunkt des Veranstaltungskalenders 2019 bildete der MITsommer-Talk. Über 90 Personen nahmen an diesem MITsommer-Talk „Wirtschaft 2030 – Aufbruch für Deutschland – Was jetzt zu tun ist“ mit dem MIT-Bundvorsitzenden Carsten Linnemann MdB und dem Hamburger Bürgermeisterkandidaten Marcus Weinberg MdB teil. Tenor war: Der deutsche Mittelstand sorgt jeden Tag für Arbeitsplätze, Wohlstand und sozialen Ausgleich. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, um auch noch in zehn Jahren zu den innovativen und finanzstarken Volkswirtschaften zu gehören. Die Veranstaltung fand als Obama-Townhall-Meeting ein sehr gelungenes Format.

Organisatorisches

Die Zahl der Mitglieder in der MIT Hamburg ist in den vergangenen Jahren bis 2019 stabil geblieben. Seit Beginn des Jahres 2019 zeichnet sich jedoch eine Steigerung ab. Die MIT Hamburg hält monatlich eine Vorstandssitzung ab. Die Öffentlichkeitsarbeit der MIT Hamburg wird noch durch Pressemitteilungen und einem Internetauftritt aufgebaut und betreibt eine Facebook-Seite auf der zeitnah, aktuelle Informationen geteilt werden.



„Craft Beet Anstich“ mit Lars Haider vom Hamburger Abendblatt am 20. März 2019



HESSEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Hessen
Michael-Henkel-Str. 4-6
36043 Fulda
E-Mail: b-jost@mit-hessen.de
Website: www.mit-hessen.de

LANDESVORSITZENDER



Marco Reuter

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:



Berthold Jost

SCHATZMEISTER

Robert Lange

Mitgliederzahl:
1.839 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
29. Juni 2019 gewählt.



Der neu gewählte Landesvorstand der MIT Hessen, Landesmittelstandstag am 29. Juni 2019 in Darmstadt

Der 40. Landesmittelstandstag am 29. Juni 2019 stand unter dem Motto: „MIT-einander - MITgestalten“. Der bisherige Landesvorsitzende Marco Reuter kandidierte und wurde einstimmig wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind: Christoph Fay, Jürgen Diener, Elke Jesinghausen, Volker Rode und Reinhard Völker. Gastredner war der Präsident des Hessischen Handwerkstages und amtierender Präsident der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Bernd Ehinger. Thema seiner Rede: „Herausforderungen an das moderne Handwerk“. Der langjährige Schatzmeister der MIT Hessen und Ehrenmitglied des Landesverbandes, Ulrich Caspar, hielt als jetziger Präsident der IHK Frankfurt am Main einen Impulsvortrag mit politischen Forderungen aus der Sicht der Wirtschaft. Ralf-Norbert Bartelt MdL, informierte als Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU-Fraktion über die Arbeit im Hessischen Landtag.

Mit unserem Landesmittelstandstag 2019 in Darmstadt haben wir den Startschuss für den „Darmstädter Prozess“ gegeben. Die Mitglieder der MIT Hessen sind aufgerufen, Anregungen und Ideen zur Verbesserung der Situation des Mittelstandes einzubringen.

DARMSTÄDTER PROZESS DER MIT HESSEN

Über 99 Prozent der hessischen Unternehmen sind KMU. Zusammen beschäftigen sie rund 1,6 Millionen Menschen und bilden jedes Jahr über 80.000 Jugendliche aus. Der hessischen Landesregierung ist die herausragende

Bedeutung der KMU bewusst. Insbesondere die CDU Hessen hat als die Mittelstandspartei dafür gesorgt, dass auf Herausforderungen wie Digitalisierung, Demographischer Wandel und Globalisierung hessische Antworten formuliert wurden: Das unbefristete Mittelstandsförderungsgesetz, mittelstandsfreundliche Vergabeverfahren, Bürokratieabbau mit Schwerpunkt Mittelstandsverträglichkeit, Einheitlicher Ansprechpartner Hessen (EAH), digitaler Datenaustausch mit KMU, Cyber-Sicherheit für KMU über das CERT (Computer Emergency Response Team) Hessen, erhebliche Erhöhung der Landestraßenbaumittel, Nahmobilitäts-Strategie, Mobilitätsförderungsgesetz 2018, die Breitbandstrategie 2018, Strategie Digitales Hessen 2020 sowie das Breitbandbüro Hessen, das Projekt „Wirtschaft integriert“ zur Fachkräftesicherung u.v.m.

Das alles zeigt: Die CDU Hessen hat für den Mittelstand eine Menge erreicht. Hessen ist ein sehr guter Mittelstandsstandort. Die MIT Hessen will mit dem Startschuss für den „Darmstädter Prozess“ aus dem sehr guten Standort einen einzigartigen Mittelstandsstandort machen: Hessen, Mittelstandsland Nr. 1 in Europa lautet unsere Zielsetzung - unser Heimatland soll der Spitzenstandort für den Mittelstand in der gesamten EU werden.

Neben den Fachleuten in Politik und Ministerien hat die MIT Hessen dafür einen zentralen Mehrwert zu bieten: Die praktischen Erfahrungen von rund 2.000 Unternehmern und Führungskräften in unserem Bundesland. Unsere MITler gestalten und erleben Wirt-



Friedrich Merz beim Kreisverband Fulda

schaft Tag für Tag. Wir wissen, wo der Schuh drückt und wie man ihn weiten muss. Wir sind aber auch selbst Teil der Politik als Wirtschaftsflügel unserer CDU Hessen. Deshalb haben wir die Netzwerke, mit denen wir unsere Expertise für Hessen einsetzen können.

Der Landesmittelstandstag in Darmstadt hat den Prozess beschlossen, bis zum Bundesmittelstandstag in Kassel am 27./28. September 2019 den Maßnahmenkatalog „Hessen: Mittelstandsland Nr. 1 in Europa“ zu erstellen. Bis Januar 2020 sollen gemeinsame Sitzungen von MIT, PKM und CDU Hessen zum Maßnahmenkatalog der Strategie stattfinden.

AKTIVITÄTEN

In dem Berichtszeitraum fanden 11 Landesvorstandssitzungen in allen Regionen unseres Landesverbandes statt. Wir sind in der Regel Gast in mittelständischen Unternehmen. Am Nachmittag findet eine Betriebsbesichtigung statt mit anschließendem Gespräch mit dem Firmeninhaber, am frühen Abend findet die Landesvorstandssitzung statt. Der Landesvorsitzende hat sich in 32 Presseerklärungen zu aktuellen mittelstandspolitischen Themen geäußert. In dem Mitgliedermagazin „Hessen-Kurier“ der CDU Hessen erschienen Beiträge zu aktuellen Themen.

Die Mitgliederzahl im Landesverband konnte in den letzten beiden Jahren um ca. 70 Mitglieder gesteigert werden. Der Kreisverband Fulda ist mit 579 Mitgliedern der zweitgrößte Kreisverband in Deutschland. Jedoch ist die Entwicklung in den Kreisverbänden sehr unterschiedlich. Aktive Verbände konnten Mitglieder gewinnen, während weniger aktive Verbände Mitglieder verlieren.

POLITISCHE INITIATIVEN

Rechtssichere Sonntagsöffnung sichern
Das zunehmende Verbot von verkaufsoffenen Sonntagen durch Gerichts-

entscheidungen zeigt, dass eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften notwendig ist. Die MIT Hessen fordert daher die Möglichkeit, vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr ohne Einschränkungen durchzuführen, das hat der MIT-Landesvorstand beschlossen.

Das Hessische Ladenöffnungsgesetz schreibe für die Genehmigung von maximal vier verkaufsoffenen Sonntagen vor, dass diese nur „aus Anlass“ von Märkten, Messen, örtlichen Festen oder ähnlichen Veranstaltungen stattfinden dürfen. Die Rechtsprechung habe aufgrund dieser gesetzlichen Regelung gefolgert, dass das Fest oder der Markt Hauptsache sein müssen und der verkaufsoffene Sonntag Nebensache. Die Städte und Gemeinden, die für die Genehmigung zuständig seien, müssen eine Prognose aufstellen, dass mehr Besucher zu dem Fest oder Markt kommen als zum verkaufsoffenen Sonntag. Gleichzeitig muss die Fläche des verkaufsoffenen Sonntags geringer sein als die Fläche des Festes oder des Marktes. Solche Feststellungen im Vorfeld der Genehmigung könnten aber von den Städten und Gemeinden nicht rechtssicher getroffen werden. Dies führe zunehmend dazu, dass durch gerichtliche Entscheidungen wenige Tage oder Stunden vor dem verkaufsoffenen Sonntag ein Verbot erfolge. Deshalb bestehe aktueller Handlungsbedarf. Es kann nicht richtig sein, dass die Händler und Geschäfte Kosten für den verkaufsoffenen Sonntag



Burkard Dregger in Fulda

haben und der Verkauf dann kurzfristig gestoppt werde.

Der Sonn- und Feiertagsschutz hat einen hohen Stellenwert. Diesem werde die Beschränkung auf lediglich vier Sonntage im Jahr gerecht und sei moderat und angemessen. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Hessen hat sich inzwischen dieser Forderung angeschlossen.

Rückkehr zur Meisterpflicht

Der Meisterbrief ist seit Jahrzehnten Nachweis für Fachwissen und steht für Spitzenqualität in der Arbeitsausführung. Wer den Meister bestellt, darf für sein Geld eine hochwertige Leistung erwarten. Der Brief ist ein Gütesiegel und zentraler Baustein des Verbraucherschutzes. Seine Abschaffung für 53 Handwerksberufe durch die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2004 hat schweren Schaden angerichtet. Viele Einmann-Betriebe sind entstanden, die schnell wieder vom Markt verschwunden sind. Die Ausbildungszahlen sind vielfach eingebrochen. Das Experiment von 2004 hat gezeigt, dass ohne Meisterbetriebe das hohe deutsche Qualitätsniveau schnell verloren geht und die duale Ausbildung als Erfolgsgarant des deutschen Handwerks in Frage gestellt wird. Der Landesvorsitzende MIT Hessen hat gemeinsam mit den Verantwortlichen des Handwerks



Öffentlichkeitswirksame MIT-Aktion gegen das Verbot der Sonntagsöffnung

und der Innungen in Hessen Initiativen ergriffen und steht voll hinter politischen Bestrebungen, die Meisterpflicht für verschiedene Handwerksberufe wieder einzuführen. Davon profitieren Kunden, Qualität und Ausbildung. Es zeichnet sich ab, dass in den nächsten Monaten eine Lösung gefunden wird.

Datenschutz muss praxistauglich und rechtssicher sein

Das Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) am 25. Mai 2018 hat für Mittelständler und Vereine einen erheblichen bürokratischen und finanziellen Aufwand gebracht. Was für Social Media-Konzerne gedacht war, kann nicht von Ehrenamtlern und

Kleinstbetrieben geschultert werden. In der Praxis zeigt sich, dass einige der gut gemeinten Datenschutz-Vorschriften völlig unpraktikabel sind und massiv Mittelständlern und Vereinen schaden.

Die MIT Hessen hat deshalb gefordert, dass Gesetze, die schärfer sind als nach EU-Recht möglich, umgehend angepasst werden. Die Datenschutzbehörden müssten Augenmaß bewahren: Sanktionen sollen erst bei wiederholten Verstößen verhängt werden. Ein Datenschutzbeauftragter soll erst ab 50 Mitarbeitern verpflichtend sein. Es muss insgesamt Erleichterungen insbesondere für kleine Betriebe, Freiberufler, Vereine und Organisationen mit hauptsächlich ehrenamtlich Engagierten geben.

Zur Europawahl 2019 hat die MIT Hessen bereits frühzeitig Thesen verabschiedet. Wir bekennen uns darin zu EUROPA – aus voller Überzeugung und mit starkem Willen für Reformen!



Mittelstandsforum anlässlich des Hessentages 2019



MIT BETEILIGUNGSKAPITAL DEN MITTELSTAND VON HEUTE UND MORGEN STÄRKEN

Von Ulrike Hinrichs, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e.V. (BVK)

Wie können sich Unternehmer richtig aufstellen und was müssen sie tun, damit sie den täglichen Herausforderungen auf Augenhöhe begegnen können? Wie schaffen sie es, ihr Know-How weiterzuentwickeln für ihre Produkte, wie decken sie ihren Kapitalbedarf bei Expansionen ab und wie ist die Nachfolge geregelt? Denn gerade die Nachfolgethematik ist aktuell im deutschen Mittelstand wichtiger denn je und hier braucht es optimale Lösungen. Antworten darauf liefern Beteiligungskapitalgesellschaften.

Niemandem fällt es leicht, das Lebenswerk in unbekannte Hände zu geben, wenn in der eigenen Familie kein geeigneter Nachfolger gefunden wird. Beteiligungsgesellschaften erweisen sich hier als geeigneter Partner für eine nachhaltige Nachfolgeregelung, sodass Mitarbeiterzahl, Pläne und Ziele auch künftig bestehen bleiben. Mit Blick auf die immer lauter werdenden Konjunktursorgen, rückt das Thema krisensichere Finanzierung bei vielen Mittelständlern wieder stärker in den Fokus. Immer mehr Familienunternehmen öffnen sich zunehmend für Beteiligungskapital, das stellt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC fest: 83 Prozent von mehr als 300 befragten inhabergeführten deutschen Unternehmen haben im Jahr 2017 angegeben, dass sie sich eine Beteiligungsgesellschaft als Partner vorstellen können. Vor sieben Jahren beantworteten nur 18 Prozent diese Frage positiv. Und auch das Gesamtbild, das Familienunternehmen von Beteiligungskapital haben, ist deutlich positiver geworden. Mittlerweile sind 72 Prozent der Meinung, Beteiligungsgesellschaften verbessern ihre Unternehmen operativ.

Einer der Gründe für diese positive Wahrnehmung ist wohl auch, dass Beteiligungsgesellschaften die Unternehmer mit deutlich mehr als nur mit Kapital unterstützen: Sie bieten ihr Netzwerk und ihre Expertise, davon profitieren die Unternehmen sehr. Gleichzeitig bleibt das Unternehmen weiter eigenständig und muss nicht, wie etwa bei einem Verkauf an einen Industriepartner, mit unsicheren Folgen für das Unternehmen und die Mitarbeiter rechnen.

Gerade beim hochsensiblen Thema Nachfolge ist eine erfahrene Beteiligungsgesellschaft der geeignete Partner, denn sie bringt die individuelle Herangehensweise, Vertrauen und Verlässlichkeit sowie ein schlüssiges Zukunftskonzept mit. Im Idealfall bleibt auch der Altunternehmer selbst noch am Unternehmen beteiligt und bringt seine Erfahrungen zum Beispiel im Beirat weiterhin ein, um den Übergang mitgestalten zu können.

Bei Beteiligungskapital ziehen alle an einem Strang und die Unternehmen werden erfolgreich weitergeführt, können wachsen und sich entwickeln. Das zeigt: Mit Beteiligungskapital kann der Unternehmer sicher sein, dass er den Weg mit einem verlässlichen Partner gemeinsam gehen wird.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der
CDU Mecklenburg-Vorpommern
Puschkinstraße 10
19055 Schwerin
E-Mail: info@mit-mv.de
Website: www.mit-mv.de

LANDESVORSITZENDER



Dietrich Monstadt MdB

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Patrick Sevecke

bis Juni 2018:
Wiebke Weitendorf

SCHATZMEISTER

Peter Bauer

Mitgliederzahl:
251 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
14. August 2019 gewählt.



Sitzung des MIT-Landesvorstandes in Rostock am 17. April 2019, „Bericht aus dem Bundesvorstand“ von Dorin Müthel-Brenncke

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Aktuell engagieren sich 251 Unternehmerinnen und Unternehmer (Stand: 14. Juni 2019) im MIT-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Vereinzelte Austritte in den zurückliegenden Jahren konnten fast vollständig durch Neuaufnahmen kompensiert werden, sodass die Mitgliederzahl nahezu konstant geblieben ist. Besonders erfreulich ist die Situation im MIT-Kreisverband Vorpommern-Rügen, welcher im Zeitraum 31. Oktober 2018 – 31. Januar 2019 mit 22% den größten relativen Zuwachs an Neumitgliedern verzeichnen konnte.

ARBEIT DES LANDESVORSTANDES

Die MIT MV blickt auf zwei ereignisreiche Jahre zurück. Diese waren vor allem von der Beteiligung am Grundsatzzprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern, der Einbringung von Wirtschaftsthemen in den Landrats-, Bürgermeister- und Kommunalwahlen, wichtigen Infrastrukturprojekten und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen selbstständiger Heilmittelerbringer geprägt.

So wurde im Dezember 2017 beispielsweise der wichtige Ausbau der B321

begonnen, für dessen Zustandekommen das Engagement der MIT maßgeblich war. Gleichzeitig konnte ebenfalls im Dezember die Verkehrsfreigabe des letzten Autobahnkilometers in MV erreicht werden.

Der 2016 neu konstituierte Kreisverband Vorpommern-Rügen hat sich mittlerweile fest etabliert und ist im Berichtszeitraum 28. Februar 2018 bis 28. Februar 2019 mit +22,22% der Zuwachsstärke Kreisverband im MIT Landesverband MV.

VERANSTALTUNGEN

Vor allem das Jahr 2018 war durch das Engagement der MIT MV zur Unterstützung ihrer Kandidaten in Landrats- und Bürgermeisterwahlkämpfen gekennzeichnet. Auf Einladung des Landesvorsitzenden konnten wir unter



Gesundheitsminister Jens Spahn in Ludwigslust



Veranstaltung in Ludwigslust am 19. Mai 2018 mit Dietrich Monstadt und Jens Spahn

anderem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Daniel Günther in Ludwigslust begrüßen.

Am 25. Juli 2019 sprach der Landesvorsitzende der MIT MV im NDR Nordmagazin über die schwierige Situation der Heilmittelerbinger in freier Niederlassung. Anschließend wurden mit allen interviewten Betroffenen vor Ort Gespräche geführt und Möglichkeiten der Verbesserung besprochen. Mit Erfolg. Durch das TSVG konnten mittlerweile spürbare Verbesserungen für Heilmittelerbinger in freier Niederlassung erreicht werden.

Im August 2018 konnte der MIT Landesverband MV und der MIT Kreisverband Schwerin außerdem den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, Christian Hirte, in seiner Funktion als Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung begrüßen.

Daneben zeichneten sich die Veranstaltungen der MIT-Kreisverbände durch ihre Vielfältigkeit aus. Dazu zählten u.a. Informationsveranstaltungen für Unternehmer zur neuen DS-GVO, diverse Neujahrsempfänge und Unternehmensbesichtigungen wie auch Unternehmer-Golfturniere.

LANDESMITTELSTANDTAG/ VORSTANDSSITZUNGEN

Der letzte Landesmittelstandtag fand am 14. August 2019 statt. Der MIT-Landesvorstand hat sich darauf verständigt, alle Landesvorstandssitzungen als erweiterte Sitzungen unter Einbeziehung der Kreisvorsitzenden durchzuführen. Außerdem hat der Landesvorstand beschlossen, dass es in Zukunft vermehrt thematische Landesvorstandssitzungen geben wird, welche unter der Hinzuziehung von Fachreferenten durchgeführt werden sollen.

Anzeige

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Öffentlichkeitsarbeit des MIT-Landesverbandes MV befindet sich derzeit im Umbruch. In Anbetracht der gestiegenen Nutzerzahlen im digitalen Bereich soll insbesondere die Homepage grundlegend überarbeitet werden. Neben der Steigerung der medialen Wahrnehmung verspricht sich der Landesverband durch diese Maßnahme, dass neue Mitglieder auf die MIT in Mecklenburg-Vorpommern aufmerksam gemacht werden.

Im Bereich der sozialen Netzwerke sind einzelne Kreisverbände bereits mit eigenen Auftritten aktiv und bedienen diese in hoher Frequenz. Der Landesvorstand der MIT wird sich in seinen kommenden Sitzungen damit befassen, ob auch durch den Landesverband eine entsprechende Präsenz eingerichtet werden soll.

KOMMISSIONEN

Der MIT-Landesverband MV entsendet mehrere Mitglieder in die Bundesfachkommissionen. Diese berichten dem Landesvorstand in jeder Sitzung und liefern damit wichtige Impulse.

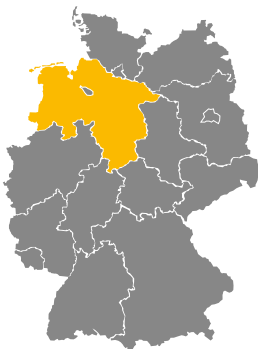
movinga.de

IHR SPEZIALIST

FÜR UMZÜGE

tim.eckart@movinga.de

0151 14 60 83 19



NIEDERSACHSEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU in Niedersachsen
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover
E-Mail: info@mittelstand-niedersachsen.de
Website: www.mittelstand-niedersachsen.de

LANDESVORSITZENDER



Werner Lübbecke

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER



Andreas Sobotta

SCHATZMEISTER

Dieter Finke-Gröne

Mitgliederzahl:
4.641 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
22. Juni 2019 gewählt.



Jahresauftakt der MIT Cuxhaven mit EU-Kommissar Günther Oettinger

ARBEIT DER LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Die Niedersachsen-MIT ist die zweitstärkste Vereinigung auf Bundesebene. Die Mitgliederzahl ist seit Mitte 2000 weitgehend stabil.

Die Landesgeschäftsstelle versteht sich in erster Linie als Serviceeinrichtung der Landesvereinigungen Braunschweig und Oldenburg sowie der sechs Bezirks- und 48 Kreisvereinigungen in Niedersachsen.

Die Reaktivierung von Kreis- und Stadtvereinigungen hat in Niedersachsen hohe Priorität, weil eine funktionierende Basis die Grundlage für politischen Einfluss ist. Die Kreisvereinigung Celle wurde revitalisiert. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Kreisverbände Braunschweig und Peine sowie die der Kreisverbände Osnabrück-Stadt und Osnabrück-Land funktionieren reibungslos.

Der 33. Landesmittelstandstag wurde am 22. Juni 2019 unter dem Motto „Werte schaffen!“ durchgeführt. Die Niedersachsen-MIT tagte erstmalig eintägig in einem Unternehmen, der Big Dutchman International GmbH in Vechta-Calveslage.

Werner Lübbecke wurde mit 97,8 % im Amt des Landesvorsitzenden der Nieder-

sachsen-MIT bestätigt. Höhepunkte waren neben den Neuwahlen zum Landesvorstand die Reden des MIT-Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann MdB sowie des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung Bernd Althusmann MdL. Besondere Aufmerksamkeit erhielt der „Mittelstands-Talk“. Unter der Moderation des ehemaligen Geschäftsführers der Oldenburger Volkszeitung (OV), Christoph Grote, diskutierten der Präsident der Oldenburgischen IHK, Gert Stuke, der geschäftsführende Gesellschafter der MIAVIT GmbH und Präsident des SC Rasta Vechta e.V., Stefan Niemeyer, und die Bundestagsabgeordnete Silvia Breher. Der Präsident der Oldenburgischen IHK, Gert Stuke, unterstrich den elementaren Stellenwert der kleinen und mittleren Unternehmen.



Der CDU-Landesvorsitzende Bernd Althusmann gratuliert Werner Lübbecke zu seiner Wiederwahl als MIT-Landeschef am 22. Juni 2019



Podiumsdiskussion auf dem 33. Landesmittelstandstag mit Moderator Christoph Grote, Jan Kreyenborg, Silvia Breher MdB und Stefan Niemeyer, geschäftsführender Gesellschafter der MIAVIT GmbH und Präsident des SC Rasta Vechta (v.l.)

Im ersten Quartal des Jahres 2019 tagten alle Landes- und Bezirksvereinigungen in Niedersachsen und nominierten ihre Kandidaten für den Landes- und Bundesvorstand. Im Übrigen wurden alle Delegierten und Ersatzdelegierten nach einem empfohlenen rein rechnerischen Schlüssel nominiert bzw. gewählt.

Der Partnerschaftsvertrag zwischen der Niedersachsen-MIT und dem Landesverband Sachsen-Anhalt „lebt“. Mittlerweile besteht die Partnerschaft seit 29 Jahren. Am 10. August 2018 tagten die Landesvorstände beider Gliederungen in Hannover. Die Termine für 2019 als auch 2020 sind bereits fixiert.

Die Homepage der Niedersachsen-MIT wurde relaunched und wird von der MIT-Landesgeschäftsstelle aktuell gehalten.

- Wirtschaftliche Dimension der Republik Georgien

Auf die Einrichtung fester Arbeitskreise und Kommissionen wird verzichtet. Stattdessen wird auf jeder Landesvorstandssitzung ein Thema beraten, das von einer Ad-hoc-Kommission unter der Moderation von H.-Dieter Klahsen vorbereitet wird. Jede Landesvorstandssitzung endet mit inhaltlichen Beschlüssen.

Zurzeit gehören 18 von 22 Bundestagsabgeordneten, 31 von 50 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion und einer von drei Europaabgeordneten der Niedersachsen-MIT an.

Die Niedersachsen-MIT tritt regelmäßig mit Anträgen an den CDU-Landesparteitag in Erscheinung.

INHALTLICHE ARBEIT

Inhaltlich setzte sich die Niedersachsen-MIT mit folgenden Themen auseinander:

- Wie mittelstandsfreundlich sind unsere Kommunen?
- Mittelstand und Rechtssicherheit
- Niedersachsen nach vorne bringen
- Landesfinanzen und Auswirkungen auf den Mittelstand
- Abmahnmissbrauch bei Datenschutzverstößen/DS-GVO



Schülerpreisverleihung der MIT Neustadt am Rübenberge. Schüler mit der besten Leistungssteigerung wurden ausgezeichnet.



Bootsfahrt des Kreisverbandes Meppen

Der Landesvorstand tagt im Schnitt sechsmal pro Jahr. Es wird dabei Wert darauf gelegt, mit hochkarätigen Meinungsbildnern an unterschiedlichen Tagungsorten zu diversen mittelstandsrelevanten Themen ins Gespräch zu kommen.

Gute Kontakte pflegt die Niedersachsen-MIT beispielsweise zu den Industrie- und Handelskammern sowie zu den Handwerkskammern in Niedersachsen. Darüber hinaus gibt es beispielsweise herausgehobene Kontakte zu: Haus- und Grundeigentum e.V., Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen, Baugewerbeverband Niedersachsen, Ingenieurkammer Niedersachsen, Steuerberaterverband Niedersachsen/Sachsen-Anhalt, Internationales Hubschrauberausbildungszentrum in Bückeburg, AGA Norddeutscher Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung, Niedersachsen-Metall.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5
40213 Düsseldorf
E-Mail: info@mit-nrw.de
Website: www.mit-nrw.de

LANDESVORSITZENDER



Hendrik Wüst MdL

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Stefan Simmnacher

SCHATZMEISTER

Ralf Schwarzkopf

Mitgliederzahl:
6.543 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
28. Oktober 2017 gewählt.



Landesdelegiertenversammlung am Flughafen Lippstadt/Paderborn

ARBEIT DES LANDESVORSTANDS

Seit dem Regierungsantritt der schwarz-gelben Landesregierung 2017 lag der Fokus des Landesvorstandes auf der Einforderung und Schärfung der selbstgesteckten Ziele.

Die MIT NRW hatte in den Koalitionsvertrag der NRW-Koalition teilweise wortgleich ihre inhaltlichen Positionen einbringen können.

Insbesondere die Reduzierung bürokratischer Hemmnisse für die heimische Wirtschaft und die Förderung innovativer Projekte standen regelmäßig oben auf unserer Agenda. Mit der Besetzung des Verkehrsministers durch unseren Landesvorsitzenden fällt Hendrik Wüst MdL eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe im Hinblick auf die Verbesserung der Infrastruktur als Wettbewerbs- und Standortfaktor in unserem Bundesland zu.

Neben Wüst stellt die MIT zwei weitere Minister: Finanzminister Lutz Lienenkämper MdL sowie Ina Scharrenbach MdL, Ministerin für Heimat, Bau und Kommunales.

Im Rahmen regelmäßiger Treffen des Landesvorstandes, unter anderem zu einer Klausursitzung in Cadenabbia, sowie der verschiedenen AGs mit Einzelpersonen, Unternehmen und Verbänden wurden Beschlüsse gefasst, die die Versäumnisse rot-grüner Regie-

rungs politik korrigieren und das Land fit machen für die Herausforderungen der Zukunft.

Prominente Beispiele sind die Abschaffung der „Hygiene-Ampel“, beschleunigte Genehmigungsverfahren für infrastrukturelle und unternehmerische Vorhaben sowie der Abbau bürokratischer Auflagen und Dokumentationspflichten.

Zudem hat die MIT NRW mit der Forderung nach „Reduzierung der Grunderwerbsteuer“ und „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ zwei klare Beschlüsse getroffen.

Auch digitalpolitisch bleibt die MIT NRW Vorreiter in der CDU. Der Landesvorstand hat auf Anregung der AG Digitales das Thema „Europäische Cloud“ - mit einem konkreten Projektvorschlag unterlegt - diskutiert und befürwortet.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die MIT NRW verzeichnete 2017 und 2018 signifikante Mitgliederrückgänge. Inzwischen liegt die Mitgliederzahl bei 6.541 Mitgliedern. Nach einer langen Phase geringer Verluste unter 3% p.a. ist die Mitgliedererhaltung – auch in Zusammenhang mit der CDU – schwieriger geworden.

Die MIT NRW setzt bei der Bekämpfung dieses Trends auf Ansprechbarkeit vor Ort und Aktivierungen und Aktivitätserhalt der Gliederungen in den Städten und Kreisen.

20. LDV: „NORDRHEIN-WESTFALEN – ERFOLGSSTANDORT MITTEN IN EUROPA“

Die 20. Landesdelegiertenversammlung (LDV) am 20. Oktober 2017 in Troisdorf stand ganz im Zeichen des politischen Umbruchs und der wirtschaftspolitischen Erneuerung seit dem Antritt der schwarz-gelben Regierungskoalition. Wir bereiteten vor, was seitdem Realität wurde: Entfesselung des Mittelstandes, Stärkung der Industrie, Ankurbelung des Handels – und dies vor allem durch Entbürokratisierung.

Neben dem „Gestern“ richteten wir unsere Blicke auf das Kommende: Welche Chancen und Notwendigkeiten bringen Digitalisierung und Globalisierung mit sich und welche Rolle fällt der Landesregierung dabei zu?

Diese und andere Fragen diskutierten wir mit Nordrhein-Westfalens Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Markus Pieper, Sprecher des Mittelstandskreises der EVP-Fraktion sowie Hubert Porschen, dem Bundesvorsitzenden des Verbands „Die Jungen Unternehmer“. Ebenso begrüßten wir unseren Ministerpräsidenten Armin Laschet, der den Fahrplan seiner bevorstehenden Amtsperiode skizzierte.

Im Rahmen der Vorstandswahlen wurde unser Vorsitzender Hendrik Wüst

MdL mit 98,1% im Amt bestätigt. Ähnlich zustimmenden Werten entfielen auf den Rest des Landesvorstandes.

21. LDV: „NRW GEHT SCHNELLER“

Im Ambiente historischer Flugzeuge im Quax-Hangar des Flughafens Paderborn-Lippstadt, blickten wir am 1. September 2018 in Paderborn zurück auf ein Jahr schwarz-gelbe Regierung in NRW, analysierten die großen Entfesselungspakete und evaluierten den Abbau bürokratischer Hemmnisse (z.B. „Hygieneampel“). Zudem erinnerte die MIT NRW an die Novellierung der Landesbauordnung - einer ganz konkreten Forderung unserer letzten Landestagung. Erstmals stand die schwarze Null und soll damit dauerhaft Kern einer nachhaltigen und generationengerechten Finanzpolitik werden.

Selbstkritisch erkannten wir trotzdem: Es muss schneller gehen mit Investitionen, Entlastungen, besserer Bildung, verbesserter Sicherheit, Breitbandausbau und einer smarteren Verwaltung. Neben spannenden inhaltlichen Impulsen durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek MdB, sowie den Bundesvorsitzenden der MIT, Dr. Carsten Linnemann, debattierten Prof. Dr. Thomas Druyen und der Journalist Moritz Küpper informativ über die Bereitschaft der Deutschen zu Veränderung in immer schneller werdenden Zeiten.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Über unsere Landesdelegiertenversammlungen hinaus bietet der MIT-Landesverband eine große Anzahl an Aktivitäten und Terminen. Dazu zählt seit langem die Wirtschaftsschau als Treffen für Wirtschaft, Industrie, Mittelstand und Verbände. Im Rahmen eines jährlich stattfindenden Charity-Golf-Turniers hat die MIT NRW 2019 zum vierten Mal für karikative Zwecke, insgesamt bis heute knapp 10.000 Euro, gesammelt. 2019 hat die MIT erstmals gemeinsam mit der CDU NRW eine viertägige Wirtschaftstour zu innovativen Unternehmen durchgeführt.

Bereits vor dem offiziellen 70-jährigen Gründungsjubiläum am 25. Oktober 2019 begeht die MIT diesen Anlass bei diversen Gelegenheiten und erinnert an die lange und positive Geschichte der MIT und ihrer Vorgängerorganisationen als Keimzelle der Bundes-MIT.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Eine Übersicht über Pressemitteilungen, Termine und Aktionen der MIT NRW finden Sie unter www.mit-nrw.de. Periodische Veröffentlichungen zur Arbeit unserer Kreisverbände und AGs koordinieren wir mit dem MittelstandsMagazin. Broschüren, Mitgliedschaftsanträge, Magazine und Leihmaterial stellt die Landesgeschäftsstelle ihren Verbänden kostenlos zur Verfügung. Auf Facebook ist die MIT NRW mit 2.500 Abonnenten für eine regionale Parteigliederung stark vertreten.



20. Landesdelegiertenversammlung in Troisdorf mit NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und Carsten Linnemann



Charity Golf 2018 zugunsten des Kinder- und Jugendhospizdienstes St. Raphael in Duisburg



RHEINLAND-PFALZ

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1a-d
55116 Mainz
E-Mail: info@mit-rlp.de
Website: www.mit-rlp.de

LANDESVORSITZENDER



Gereon Haumann

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Helmut Klapheck

SCHATZMEISTER

Jörg Meurer

Mitgliederzahl:
796 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
19. Oktober 2018 gewählt.



Landesmittelstandstag (v.l.): Landesvorsitzender Gereon Haumann, Bundesministerin Julia Klöckner und Landesschatzmeister Jörg Meurer

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Mitgliederzahl des Landesverbandes ist noch leicht abnehmend. Dies ist auch auf strikte Mahnungen an säumige Beitragszahler zurückzuführen. Dagegen zeigt sich die positive Wirkung der Reaktivierung bislang inaktiver Kreisverbände und die Wahl neuer Kreisvorstände. Die Arbeit der Kreisverbände ist ein entscheidender Faktor für die Mitgliederentwicklung. Diese Bemühungen werden konsequent fortgesetzt. Der Landesverband Rheinland-Pfalz unterstützt und folgt dem Programm der Mitgliedergewinnung des Bundesverbandes. Ziel ist es, im kommenden Jahr eine Trendwende einzuleiten.

ARBEIT DES LANDESVERBANDES

Der Landesverband setzte in den vergangenen zwei Jahren gezielte landesweite bundespolitische Akzente. Dabei richtete er die Bemühungen darauf, seine Positionen in Landespartei und Landtagsfraktion der CDU in Rheinland-Pfalz umzusetzen. Landespolitisch setzt sich die MIT für den Bau einer neuen Brücke im Mittelrheintal ein, auch gegen Bedenken hinsichtlich der angestrebten kommunalen Trägerschaft von Seiten eines Landkreises sowie für strukturpolitisch extrem überfällige Stadtauf-

rungen und Lückenschlüsse bei Bundesverkehrswegen wie z.B. die Umfahrung der Stadt Trier. Die Leistungsstärkung der Schiene für den Güterferntransport durch neue Logistiktechniken im kombinierten Güterverkehr und eine Güterentlastungsstrecke der Bahn für das Rheintal sind ein weiterer Schwerpunkt. Auf kommunaler Ebene wendet sich die MIT gegen neue Belastungen wie eine Tourismusabgabe der Beherbergungsbetriebe.

Die MIT Rheinland-Pfalz hat sich mit deutlichen Kernforderungen zugunsten von Investitionen, Steuererleichterungen und Schuldenabbau in die Beratung des Landeshaushaltes 2019/2020 eingeschaltet. Signalthemen sind dafür der Landesstraßenbau, die überhöhte Grunderwerbsteuer und die Bereitschaft des Landes, eine Reform des Einkommensteuertarifes mitzutragen. Dabei hat sich auch die CDU Rheinland-Pfalz das Konzept der MIT für einen Steuertarif auf Antrag der MIT zu eigen gemacht.

Die Verhinderung und Verminderung bürokratischer Lasten für die mittelständische Wirtschaft sind ein weiterer Schwerpunkt. Exemplarisch wurden das Arbeitsrecht und die Umsetzung der DS-GVO thematisiert. Noch vor der Publikation von über hundert Lungenfachärzten zur Belastung



Firmenbesuch bei Fahrrad XXL Franz in Mainz

durch Stickoxide im Straßenverkehr hat die MIT Rheinland-Pfalz die sachliche Berechtigung von Dieselfahrverboten bestritten und eine strikte Ablehnung der Fahrverbote gefordert. Diese Position hat die MIT Rheinland-Pfalz erfolgreich in den MIT-Bundesverband und die CDU Rheinland-Pfalz eingebracht. Der breit entfachte Widerstand gegen die Dieselfahrverbote war erfolgreich.

VERANSTALTUNGEN



Unternehmertreffen des Kreisverbandes Mayen-Koblenz in Weikersburg

Der MIT-Landesverband hat bewährte Veranstaltungsformate wie den traditionellen Neujahrsempfang im Kreis Ahrweiler oder ein politisches Forum im Studio von TV Mittelrhein weitergeführt. Der Schwerpunkt der Veranstaltungen liegt in den Bezirks- und Kreisverbänden, die dabei vom Landesverband unterstützt werden. Hier gab es eine ganze Reihe von Terminen zu wirtschaftspolitischen Themen, bei denen gerade auch die regionale mittelständische Wirtschaft angesprochen wird. Deutlich engagierte sich die MIT

im Europawahlkampf, der mir der Kommunalwahl verbunden war.

Jeweils im Januar kommt der MIT-Landesvorstand zu einer Klausurtagung zusammen. Monatlich (bis auf Ferienzeiten) finden die Landesvorstandssitzungen, oft verbunden mit Besuchen vor Ort statt, zuletzt mit dem Bundesvorsitzenden in Mainz bei einem großen mittelständischen Fahrradhandelshaus. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarlandesverbänden wird intensiviert. Zusammen mit den hessischen Freunden fanden zwei gemeinsame Landesvorstandssitzungen statt, bei denen gemeinsame politische Initiativen beschlossen und umgesetzt wurden, eine davon mit dem Bundesvorsitzenden.

Der jüngste Landestag der MIT trat am 19. Oktober 2018 in Koblenz zusammen mit der Neuwahl des Landesvorstandes und einem wirtschaftspolitischen Forum mit Repräsentanten der Landespolitik und der regionalen Wirtschaft.

Die Pressearbeit wurde intensiviert, die Internetseite modernisiert.

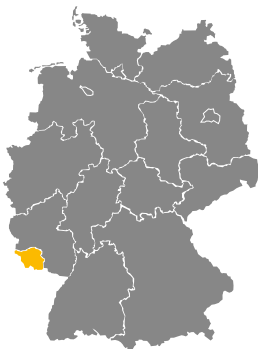
Im Bundesvorstand ist die MIT mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Michael Littig und mit Jörg Meurer vertreten. Die letzte Klausurtagung des Bundesvorstandes fand in Kaiserslautern statt, vorbereitet und begleitet durch den Kaiserslauterer Michael Littig. In allen Fachkommissionen des MIT-Bundesverbandes arbeiten Persönlichkeiten aus Rheinland-Pfalz mit.



MIT Rhein-Hunsrück zu Gast bei der Firma ERO in Simmern



Unternehmertreffen in Worms



SAARLAND

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Saarland
Stengelstr. 5/IV
66117 Saarbrücken
E-Mail: andrea.kallenbrunnen@cdu-saar.de
Website: www.mitsaar.de

LANDESVORSITZENDE



Sarah Gillen MdL

bis 10. November 2018:
Bernd Wegner MdL

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN



Andrea Kallenbrunnen

SCHATZMEISTER

Michael Klasen

bis 10. November 2018:
Michael Peter

Mitgliederzahl:
349 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
10. November 2018 gewählt.



Hobelübergabe an die neue Landesvorsitzende anlässlich des Landesmittelstandstages 2018

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Der Landesverband Saar verzeichnet eine positive Mitgliederentwicklung. Dies liegt an drei wesentlichen Faktoren:

Der neue Landesvorstand repräsentiert eine bessere Mischung gesellschaftlich relevanter Gruppen. Er wurde vor allem jünger, weiblicher und in den für die MIT wichtigen Berufsgruppen breiter aufgestellt.

Die MIT Saar bezieht zu vielen politischen Themen klar Stellung. Dadurch schärft die MIT Saar ihr Profil und wird stärker wahrgenommen. Dass 7 von 24 Abgeordneten der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag auch der MIT angehören, hilft hierbei.

Durch attraktive Veranstaltungen spricht die MIT ihre Mitglieder, aber auch Interessierte an. Es sind regelmäßig auch Nichtmitglieder mit herausragender gesellschaftlicher Bedeutung eingeladen. Im Rahmen der Veranstaltungen stehen Interessentenlisten und Visitenkartenbox bereit. Mit dem Einverständnis der Interessierten sammelt die MIT Saar die Daten, um daraus Neumitglieder zu gewinnen. Aus diesen Daten füttert die MIT Saar ein CRM, um potenzielle Neumitglieder zu gewinnen.

Im Sommer 2019 startet das Mitgliederwerbeprogramm unter dem Motto MIT-MACHEN – MIT:DENKEN – MIT:ENT-

SCHEIDEN. Hier wirbt die MIT mit halbiertem Beitrag gezielt um Jungunternehmer sowie Prämien wie einem Kochabend um gestandene Unternehmer.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Die MIT Saar setzt als Landesverband auf landespolitische Schwerpunkte. Positiv unterstützt die Tatsache, dass Sarah Gillen im Landtag zugleich Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr sowie verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion ist. So kann auch die MIT nah an Fragestellungen des politischen Tagesgeschehens mitarbeiten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt war die Berücksichtigung neuer Gewerbeflächen im Landesentwicklungsplan und die Ausweisung neuer Industrieflächen. Nur durch das Vorhalten geeigneter Flächen können neue Ansiedlungen gelingen von denen auch der Mittelstand profitiert. Nur durch ausreichend Gewerbeflächen kann sich der Mittelstand weiterentwickeln.

Auch die Frankreichstrategie der Landesregierung und die Vorteile des Saarlandes durch die zentrale Lage mitten in Europa begleitet der Landesverband aktiv und weist in diesem Zusammenhang auf wirtschaftspolitische Belange hin. Die mehrsprachige Qualifizierung und grenzüberschreitende duale Ausbildung können im Grenzraum ein Mittel gegen

Fachkräftemangel sein. Außerdem fordert die MIT die Entbürokratisierung der Entsenderrichtlinie und betont die Bedeutung grenzüberschreitender Arbeiten saarländischer Handwerksunternehmen. Dazu notwendig ist auch der Ausbau der Verkehrswege und des ÖPNV. Im Europawahlkampf konnte sich die MIT Saar mit diesen Punkten bei Politikern und Unternehmern Gehör verschaffen.

VERANSTALTUNGEN

Die MIT Saar unterstützt die Veranstaltungen der Kreisverbände finanziell. Dadurch werden hochwertige Veranstaltungen in allen Kreisen durchgeführt. Dies sind z.B. Unternehmerfrühstücke (z.B. mit Peter Altmaier, MIT Saarlouis) und der Mittelstandsdialog, bei dem Mandatsträger mit Unternehmern zu politischen Fragestellungen diskutieren.

- Lebendige Gemeinden durch günstiges Bauland für Familien (MIT St. Wendel, Freisen)
- Von der Industriebranche zum Gewerkepark (MIT Saarbrücken Land, Riegelsberg)
- Werkstattgespräch zum Thema Stadtentwicklung (MIT Saarpfalz, St. Ingbert)

Weiter setzt die MIT Saar mit Schwerpunktveranstaltungen eigene Akzente. So hat die MIT Saar den OB-Kandidaten der CDU für Saarbrücken Uwe Conradt durch einen Unternehmerempfang und bei der Spendenakquise unterstützt.

Vor der Europawahl hat die MIT Saar zwei Veranstaltungen durchgeführt: Den Europapolitischen Diskurs mit Wolfgang Bosbach zum Thema „Europa vor der Wahl – Zwischen Brexit und Bankenkrise.“ Sowie mit Daniel Caspary MdEP zum Thema „Europa – Wirtschaftliche Freiheiten oder bürokratische Hemmnisse für Unternehmern?“. Diese Veranstaltungen sind als Fishbowl organisiert – so sitzen die Protagonisten nicht auf einem Podium sondern stehen umringt von den Gästen mitten im Raum. Zudem stellt die MIT Saar eine



Volles Haus beim europapolitischen Diskurs mit Wolfgang Bosbach

SocialMedia Wall bereit, über die die Gäste mittels Facebook, Twitter oder Instagram live ihre Fragen stellen können. Dies belebt die Diskussion und macht die Veranstaltungen attraktiv.

Zudem besucht die MIT zusammen mit Politikern in regelmäßigen Abständen mittelständische Unternehmen, um einen Austausch zwischen Politik und Unternehmern zu initiieren.

LANDESMITTELSTANDSTAG

Der Landesmittelstandstag der MIT Saar fand am 10. November 2018 statt. Da der langjährige Vorsitzende Bernd Wegner MdL nicht mehr kandidierte, wählte die Versammlung Sarah Gillen MdL - Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Landtag - zur neuen Vorsitzenden. Ihr stehen als Stellvertreter Sascha Zehner MdL und Michael Peter, GF der Schreinerinnung zur Seite. Als Schatzmeister fungiert Steuerberater Michael Klasen aus Losheim, als Schriftführer Robert Stegmann, Prokurist der Stadtwerke Sulzbach und als Orgaleiter der Gastronom Kai Grunder aus St. Ingbert. Susanne Hektor aus Saarlouis ist Mitgliederbeauftragte und Michael Gillen aus St. Wendel Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem ist es gelungen, das Team



Fishbowl mit dem OB-Kandidaten für Saarbrücken anlässlich des Frühlingsempfanges 2019

mit 6 Unternehmerinnen weiblicher und jünger zu gestalten.

Den Landesmittelstandstag mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat die MIT Saar als Hobelbankempfang organisiert und das klassische Podium durch eine Hobelbank inmitten einer Schreinererei getauscht.

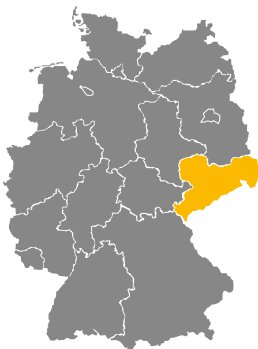
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neben einer strukturierten Pressearbeit mit schnellen Reaktionszeiten wurde die Internetseite www.mit-saar.de neu gestaltet und mit SocialMedia-Kanälen auf Facebook @mit.saarland, Twitter @mitsaarland und Instagram @mittelstand.saarland verzahnt. Über grafische Kacheln können Stellungnahmen zu politischen Themen, verknüpft mit den Fotos der handelnden Personen, zielgerichtet veröffentlicht werden. Diese Kacheln erstellt die MIT Saar in einheitlichem Layout für alle MIT-Kandidaten zu deren spezifischen Themen.

Insbesondere über die neue Webseite ist es der MIT Saar gelungen, mehr Anfragen von potenziellen Mitgliedern zu generieren.



Empfang anlässlich des europapolitischen Diskurses mit Daniel Caspary



SACHSEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Sachsen
Fetscherstraße 32/34
01307 Dresden
E-Mail: frederic.wutzler@mit-sachsen.de
Website: www.mit-sachsen.de

LANDESVORSITZENDER



Dr. Markus Reichel

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Frederic Wutzler

©Agata Melnyk

SCHATZMEISTERIN

Christine Enenkel

bis Juni 2019:
Dr. Christiane Schenderlein

Mitgliederzahl:
461 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am 14. Juni 2019
gewählt.



Peter Altmaier kam als Ehrengast zum 16. Jahresempfang der MIT Sachsen im Juli 2019 mit Gästen und Ausstellern ins Gespräch

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Mitgliederzahlen konnten in den vergangenen beiden Jahren trotz des schwierigen politischen Umfelds deutlich gesteigert werden. Aktuell hat die MIT Sachsen 457 Mitglieder, was einen Zuwachs von 9 Prozent im Vergleich zu 2017 bedeutet. Der Frauenanteil liegt bei 12% und das Durchschnittsalter beträgt 54 Jahre.

Die mitgliederstärksten Kreisverbände sind die beiden Städte Dresden und Leipzig. Die meisten Kreisverbände konnten jedoch parallel zum Landesverband in den vergangenen beiden Jahren teilweise deutliche Zugewinne verzeichnen. Gleichzeitig ist es auch dank der Unterstützung der MIT Bund und des Landesverbandes gelungen, in allen 13 Kreisverbänden aktive und arbeitsfähige Vorstände einzusetzen, sodass die MIT Sachsen über eine funktionierende Basis verfügt.

Die MIT Sachsen sprach in den vergangenen beiden Jahren immer wieder Leistungsträger aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft erfolgreich an und konnte somit einige prominente Neumitglieder, darunter auch Staatsminister, gewinnen.

ARBEIT DES LANDESVORSTANDES

Der Landesvorstand der MIT Sachsen tagte regelmäßig alle zwei Monate. Das gemeinsam mit der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien erarbeitete Konzept zur Unterstützung von Unternehmensgründungen „Starfög“ wurde 2018 durch die Sächsische Staatsregierung in Form des „Inno-Start-Bonus“ umgesetzt. Die Förderung des Unternehmertums ist ein wichtiges Thema für den Landesvorstand der MIT Sachsen, da der demografische Wandel auch im Freistaat immer mehr Unternehmen zur Aufgabe zwingt und nur wenige Nachfolger und Gründer nachrücken. Gleichzeitig sollen junge Menschen durch dieses Instrument zur Unternehmensgründung ermutigt werden.

Darüber hinaus hat der Landesvorstand der MIT Sachsen im vergangenen Jahr die 10 Kernthesen der MIT Sachsen formuliert und anschließend mit der gesamten Mitgliedschaft diskutiert. Das Ergebnis war ein Positionspapier, welches mit konkreten Maßnahmen unteretzt wurde und letztendlich den Kern des Wirtschaftskapitels im Regierungsprogramm der Sächsischen Union bildet. Im Überblick sind die 10 Kernthesen:

1. Soziale Marktwirtschaft neu denken – Leistung muss belohnt werden! Für eine Kultur des Ermöglichs!
2. Unser Freistaat braucht ein Digitalministerium!
3. Arbeitswelt in Zeiten der Digitalisierung aktiv gestalten!

4. Für das Leben, nicht für die Schule lernen! (Schule lebensnah gestalten)
5. Sachsen liegt im Herzen Europas – die Verkehrsinfrastruktur muss das abbilden!
6. Stadt und Land sind nur gemeinsam wirtschaftlich erfolgreich – nicht nur Smart City, sondern Smart Region!
7. Der Wirtschafts- und Tourismusstandort Sachsen muss international bekannt sein!
8. Sächsische Forschung führt zu sächsischen Produkten – Innovationskultur unterstützen!
9. „Steuererklärung – nicht auf dem Bierdeckel, sondern mit einem Mausclick“: mittelstandsfreundliche Verwaltung!
10. Energiekosten senken! – Energieversorgung sichern, Strukturwandel begleiten.

Insgesamt 19 MIT-Mitglieder brachten ihre Expertise in der Erarbeitung des Regierungsprogramms der CDU Sachsen ein.

Neben der inhaltlichen Zuarbeit war die MIT Sachsen zur anstehenden Landtagswahl auch erstmalig umfangreich in der Kampagne der CDU Sachsen involviert.

VERANSTALTUNGEN

In den vergangenen beiden Jahren konnte die MIT Sachsen wieder ihren traditionellen Jahresempfang durchführen. Im August 2018 kamen über 300 Gäste zur Firma Goldbeck nach Treuen ins Vogtland und erlebten eine mitreißende Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. 2019 durfte die MIT Sachsen sogar den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier MdB, bei der Pro Inn Beteiligungen GmbH in Heidenau mit einem ähnlich großen Besucherandrang begrüßen.

Erstmalig veranstaltete der Landesverband im Jahr 2018 drei exklusive Wirtschaftsgespräche mit verschiedenen Staatsministern, die insbesondere zur Gewinnung von Neumitgliedern geeig-

net waren. Darüber hinaus veranstalteten die Kreisverbände der MIT Sachsen zahlreiche Veranstaltungen mit hochkarätigen Gästen wie Peter Altmaier, Carsten Linnemann oder Michael Kretschmer.

LANDESVOLLMITGLIEDER-VERSAMMLUNGEN / KLAUSURTAGUNGEN

Zum Jahresauftakt veranstaltet die MIT Sachsen traditionell eine mehrtägige Landesvorstandsklausur. Thematische Schwerpunkte der Tagungen waren die stärkere Zusammenarbeit mit der Jungen Union, die aktuellen Herausforderungen für den sächsischen Mittelstand, der Bürokratieabbau und die „Zukunft der Arbeit“. Darüber hinaus wurden wichtige strukturelle Reformen innerhalb der MIT Sachsen vorangetrieben, um die Vereinigung zukunftssicher aufzustellen.

Aufgrund der politischen Entwicklungen in Sachsen im Nachgang zur Bundestagswahl 2017, berief die MIT Sachsen eine außerordentliche Landesvollmitgliederversammlung ein. Auf dieser wurde Michael Kretschmer zum Spitzenkandidaten für das Amt des CDU-Landesvorsitzenden seitens der MIT Sachsen nominiert, um die Nachfolge Stanislaw Tillichs antreten zu kön-



2018 durfte die MIT Sachsen Ministerpräsident Kretschmer als Hauptredner auf dem Jahresempfang in Treuen begrüßen.

nen. Die MIT Sachsen war das einzige Gremium der CDU Sachsen, das diese Nominierung durch eine Vollversammlung durchführen ließ.

Auf der Landesvollmitgliederversammlung am 14. Juni 2019 konnten über 100 Mitglieder Friedrich Merz bei der KOMSA Kommunikation Sachsen AG in Hartmannsdorf als Ehrengast erleben. Nach einem mitreißenden Impuls und der anschließenden Diskussion mit Friedrich Merz wurde der neue Landesvorstand gewählt. Dr. Markus Reichel wurde mit hervorragenden 96% als Landesvorsitzender der MIT Sachsen wiedergewählt. Auch die drei Stellvertreter Frank Heidan MdL, Fabian Magerl und Norbert Müller wurden mit jeweils über 90% im Amt bestätigt. Komplettiert wird das Präsidium von Christine Enenkel als Schatzmeis-



Das neue Veranstaltungsformat der Wirtschaftsgespräche bringt seit 2018 hochrangige Politiker und Wirtschaftsvertreter an einen Tisch.

terin, die auf Christiane Schenderlein folgt, welche sich in Zukunft stärker im Kreisverband Nordsachsen einbringen möchte. Erstmals wurde die Anzahl der Beisitzer auf 15 Personen reduziert. Hervorzuheben ist dabei, dass mit Thomas Schmidt MdL erstmalig ein sächsischer Staatsminister Teil des MIT-Landesvorstandes geworden ist. Insgesamt wurde der Landesvorstand nochmals verjüngt.

Neben den personellen Entscheidungen wurde das neue Beitragsmodell der MIT Sachsen von der Landesvollmitgliederversammlung mit deutlicher Mehrheit beschlossen. Dies sieht eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung des Landes- und der Kreisverbände vor. Der jährliche Mitgliedsbeitrag erhöht sich dadurch auf 150 Euro. Die reduzierten Beitragssätze für Mitglieder unter 30 Jahren beziehungsweise Mitglieder der Jungen Union haben weiterhin Bestand.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Am 24. Mai 2018 wurde die Wahlleipzigerin Silvia Füßl zur Pressesprecherin der MIT Sachsen gewählt. Damit konnte die Öffentlichkeitsarbeit weiter ausgebaut werden. Infolgedessen erreicht die MIT Sachsen eine deutlich verbesserte Präsenz in den regionalen,



Markus Reichel und der damalige Fraktionsvorsitzende Frank Kupfer testen den Überschlagsimulator des Fahrsicherheitszentrum Sachsenring auf dem 15. Jahresempfang.

aber auch überregionalen Medien. Darüber hinaus zeichnet sich Frau Füßl für das „Team Kommunikation der MIT Sachsen“ verantwortlich, welches die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen der MIT Sachsen vorantreiben möchte. Neben der Pressearbeit und den Auftritten in den Sozialen Medien umfasst dieses Vorhaben insbesondere auch die Ansprache von Neumitgliedern und die Erschließung neuer Zielgruppen. Das Team Kommunikation besteht als eigenständige Arbeitsgruppe der MIT Sachsen.

GREMIEN UND ARBEITSGRUPPEN

Bereits im Jahr 2015 wurde die MIT Sachsen mit der Organisation des CDU-Landesfachausschusses „Wirtschaft & Innovation“ betraut. Dieses Fachgremium aus Politikern, Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft hatte das Ziel, maßgebliche wirtschaftspolitische Positionen für das Wahlprogramm 2019 zu erarbeiten. Darüber hinaus unterhielt die MIT Sachsen auch in den vergangenen beiden Jahren den Parlamentskreis Mittelstand, einen Zusammenschluss aller MIT-Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion.

Im Herbst 2017 wurde der Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft unter der Leitung von Christine Enenkel und Fabian Magerl ins Leben gerufen. Der Arbeitskreis versteht sich als Netzwerk in gesundheitspolitischen Bereichen sowie Branchen und steht auch Nicht-Mitgliedern offen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Abbau bürokratischer Überregulierungen im Gesundheitswesen, Pflegepolitik und dem Fachkräftemangel in der Gesundheitsbranche sowie die Förderung der Vernetzung und Verzahnung der Gesundheitswirtschaft in Sachsen.



Markus Reichel schwört die Mitglieder und anwesenden Gäste bei seiner Rede auf dem 16. Jahresempfang für den anstehenden Landtagswahlkampf ein.



Interview Johannes Sczepan, Geschäftsführer Plansecur

Beschreiben Sie Plansecur in einem Satz.

Sczepan: Wir sind eine konzernunabhängige Unternehmensgruppe für Finanzplanung und Vermittlung, die Privatpersonen und Unternehmen Antworten auf Finanzfragen gibt.

Was zeichnet Plansecur aus?

Sczepan: Wir legen Wert auf die Einhaltung ethischer Grundsätze, die direkt in die Kundenberatung einfließen. Unsere Berater unterliegen keinen Absatz- oder Provisionsvorgaben, da wir als Makler im Kundeninteresse arbeiten und zudem seit Gründung in 1986 zu 100% eigenfinanziert sind. Unser Unternehmen trägt das Gütesiegel „Ethics in Business“ der Werte-Allianz des Mittelstands seit 2002.

Wie sieht eine Beratung bei Plansecur in der Praxis aus?

Sczepan: Der Beratungsprozess bei Plansecur umfasst sechs Stufen: 1. ganzheitliche Analyse der Lebenssituation, 2. Entwicklung eines individuellen Finanzkonzepts, 3. transparente Beratung bei allen Entscheidungen, 4. Dokumentation der Beratung, 5. Vermittlung der geeigneten Finanzprodukte und 6. anschließende Begleitung – gern ein Leben lang. Um bestmögliche Beratungsqualität sicherzustellen, ist jeder Berater vor Ort in ein Team integriert, in dem Kundenanforderungen anonymisiert besprochen werden. Zudem gewährleistet eine kontinuierliche Fortbildung an unserer eigenen Akademie hohe Qualität.

Wie groß ist Plansecur?

Sczepan: Unsere rund 190 Berater im ganzen Bundesgebiet betreuen mehr als 85.000 Privatkunden und Unternehmen mit einem Depotvolumen von insgesamt 825 Mio Euro.

Wie wichtig ist Ihnen soziales Engagement?

Sczepan: Zu unseren hohen ethischen Ansprüchen gehört auch ein deutliches soziales Engagement. Eigens hierfür wurde 1999 die Plansecur Stiftung gegründet. Darüber hinaus haben wir das „Vordenker Forum“ ins Leben gerufen, das seit 2008 Menschen auszeichnet, die mit ihrem langfristigen Denken maßgeblich an der Zukunft unserer Gesellschaft mitwirken. Die Preisträger sind Norbert Walter in 2008, Bischof Wolfgang Huber in 2009, Paul Kirchhoff in 2011, Jean-Claude Juncker in 2014, Nicola Leibinger-Kammüller in 2015, Frank-Jürgen Weise in 2016, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation kurz „Wirtschaftsweisen“ genannt 2018 und Bassam Tibi in diesem Jahr.

Wie finden Sie eigentlich neue Berater?

Sczepan: In der Regel durch Empfehlungen. Zudem nutzen Interessenten aus der Branche die Möglichkeit unsere Veranstaltungen zu besuchen, um die Menschen bei Plansecur und unsere Arbeitsweise kennenzulernen. Oft entscheiden sie sich dann für eine Zusammenarbeit mit Plansecur.

PLANSECUR 

» ANTWORTEN AUF FINANZFRAGEN.



SACHSEN-ANHALT

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17
39104 Magdeburg
E-Mail: info@mit-sachsen-anhalt.de
Website: www.mit-sachsen-anhalt.de

LANDESVORSITZENDER



Detlef Gürth MdL

bis September 2019:
Detlef Gürth MdL und
André Wallberg
(kommissarisch)

bis März 2019: Klaus
Dieter Weber

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Tobias Schmidt

SCHATZMEISTER

Uwe Sellnow

Mitgliederzahl:
416 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
7. September 2019 gewählt.



Parlamentarischer Abend der MIT Gräfenhainichen, mit Innenminister Holger Stahlknecht MdL, Kreisvorsitzenden Harald Kremer und Sven Schulze (v.l.)

VERANSTALTUNGEN

Der Landesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung in Sachsen-Anhalt wurde am 7. September neu gewählt: Neuer Landesvorsitzender ist Detlef Gürth MdL, der den Verband nach dem überraschenden Rücktritt von Klaus Dieter Weber gemeinsam mit André Wallberg kommissarisch geführt hatte. In den zurückliegenden zwei Jahren hat der Vorstand 17mal getagt. Neben zahlreichen Veranstaltungen in den Kreis- und Regionalverbänden führte der Landesverband eine gemeinsame Sitzung mit dem Landesvorstand der MIT-Niedersachsen in Hannover durch. Diese alte Tradition der befreundeten Landesverbände findet in diesem Jahr in Letzlingen seine Fortsetzung. Zum MIT-Neujahrsempfang in Aschersleben konnte neben den knapp 400 Gästen der Landesvorsitzende der CDU-Sachsen-Anhalt Holger Stahlknecht begrüßt werden.

AKTIVITÄTEN

Einer der Schwerpunkte in der Landesvorstandsarbeit bestand in der Betreuung der einzelnen MIT-Kreisverbände. Diese wurden im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen von Mitgliedern des MIT-Landesvorstandes aufgesucht. Alle Kreisverbände

haben in den zurückliegenden zwei Jahren turnusmäßig gewählt. Neu belebt wurde der Kreisverband Anhalt-Bitterfeld. Aber auch in anderen Kreisverbänden wie der Börde, dem Jerichower Land, in Gräfenhainichen oder in Magdeburg fanden satzungsgemäße Wahlversammlungen statt.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der MIT-Arbeit in Sachsen-Anhalt bestand in der Mitarbeit und Begleitung parlamentarischer Initiativen. So hat die MIT aktiv am Energie- und Tourismuspapier der CDU-Landtagsfraktion mitgewirkt. Darüber hinaus war sie auch ebenfalls an der Erarbeitung des Wirtschaftsteils für ein neues Grundsatzzprogramm der Landes-CDU beteiligt. Weiterhin engagiert sich die MIT in zahlreichen regionalen Initiativen für die schnelle Fortführung von Verkehrsprojekten. Beispiele sind die Weiterführung der A 14 durch die Altmark, die Westumfahrung Halle und der Bau der A 71. Ein zentrales Anliegen bleibt nach wie vor die ganzjährige Elbe/Saale-Schiffbarmachung. Nach dem Regierungswechsel im Jahre 2002 sind die meisten Infrastrukturprojekte nun zwischenzeitlich durch die CDU-geführte Landesregierung umgesetzt worden. Seit der Landtagswahl im Jahr



Ministerpräsident Reiner Haseloff MdL bei der MIT Halle-Saalekreis



Bundvorsitzender Carsten Linnemann beim MIT-Sommerfest in Halle

2016 wird Sachsen-Anhalt durch ein schwarz-rot-grünes Bündnis regiert. Dieses als Kenia-Koalition bezeichnete Regierungsbündnis verläuft bisher nicht geräuschlos. Insbesondere die Ansichten der Koalitionspartner zur Klima- und Wirtschaftspolitik stellen das Regierungsbündnis immer wieder vor neue Herausforderungen. Dies gilt auch für den Saaleausbau und die Nordverlängerung der A 14. In diesem Zusammenhang stellt die MIT das Verbandsklagerecht für Umweltverbände grundsätzlich in Frage. Dieses ermögliche zunehmend, dass die fachliche Bewertung einer Planungsleistung zugunsten einer ideologischen Verhinderung in den Hintergrund tritt.

ERFOLGE DES LANDESVERBANDES

Die MIT hat in der zurückliegenden Legislaturperiode ebenfalls Veranstaltungen mit Wirtschaftsverbänden durchgeführt. Neu eingeführt wurde ein parlamentarischer Abend mit dem Ministerpräsidenten und dem Steuerberaterverband. Gemeinsam mit diesen Verbänden wurden Forderungen für eine Verbesserung der Wirtschaftspolitik erarbeitet und in die Öffentlichkeit getragen. So konnte die MIT-Forderung nach der Rücknahme der Sozialversicherungspflicht auf den Stand vor 2005, über die Landesregierung von Sachsen-Anhalt in den Bundesrat eingebracht werden. Aktuell versucht sich die MIT neben der Positionsbestimmung

zur Sozialen Marktwirtschaft in die Richtungsdiskussion der CDU einzubringen. Hier gilt es, die Position des Wirtschaftsflügels der Union zu unterstreichen. So hat sich die MIT u.a. gegen flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne, gegen Frauenquoten in Unternehmen, einen ungehemmten Ausbau regenerativer Energien sowie für weniger Bürokratie ausgesprochen. Darüber hinaus hat die MIT bei allen wichtigen Gesetzesvorhaben über die enge Zusammenarbeit mit der CDU-Landtagsfraktion mitwirken können. Hervorzuheben ist an dieser Stelle die Arbeitsgruppe „Wissenschaft und Wirtschaft“, über deren parlamentarische Arbeit jederzeit eine Mitwirkung gewährleistet ist. Eine gute Partnerschaft gibt es auch mit anderen Vereinigungen, wie der Jungen Union oder Frauen Union. Die Arbeit mit der Landesregierung ist ebenfalls sehr positiv. So hat die MIT in der Vergangenheit politische Projekte, wie z. B. das sogenannte Ver-

gabehandbuch, beim Landesenergie- und Außenwirtschaftskonzept, beim Ladenöffnungsgesetz oder auch bei der Neufassung des Ingenieur- und Architektengesetzes, aktiv begleitet. Aktuell steht eine Novellierung zum Vergabegesetz an, bei dem die MIT versucht, zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft Sachsen-Anhalts in Grenzen zu halten. Die GRW-Förderung wurde mittelstandsfreundlich gestaltet. Im Rahmen des zurückliegenden MIT-Bundesmittelstandstags in Nürnberg, wurden durch den Landesverband Sachsen-Anhalt insgesamt fünf Anträge eingebracht. Bei den zurückliegenden Europa- und Kommunalwahlen hat die MIT aktive Wahlkampfunterstützung geleistet. Die CDU Sachsen-Anhalt konnte ihre Stellung als stärkste kommunalpolitische Kraft festigen und insgesamt 4500 Kandidaten aufstellen. Es ist es erneut gelungen, das MIT-Bundesvorstandsmitglied Sven Schulze in das europäische Parlament zu entsenden.



Landesvorstandssitzung in Möckern mit Detlef Gürth und Markus Kurze



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Schleswig-Holstein
Sophienblatt 44-46
24114 Kiel
E-Mail: info@mit-sh.de
Website: www.mit-sh.de

LANDESVORSITZENDER



Stefan Lange

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Thomas Klömmer

SCHATZMEISTER

Willi Meier

Mitgliederzahl:
522 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
25. April 2019 gewählt.



Parlamentarischer Abend der MIT Schleswig-Holstein bei Firma Karstens in Kiel mit Ministerpräsident Daniel Günther

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Mitgliederentwicklung im Landesverband Schleswig-Holstein konnte sich nach vielen Jahren des Rückgangs durch große Kraftanstrengung bei der Reaktivierung von inaktiven Kreisverbänden zunächst stabilisieren und inzwischen können wir seit einiger Zeit ein leichtes Wachstum bei der Mitgliederentwicklung feststellen.

Im Berichtszeitraum wurden die Kreisverbände Dithmarschen, Plön, Flensburg und Schleswig-Flensburg erfolgreich reaktiviert. Der Landesverband Schleswig-Holstein ist fest entschlossen, dass bundesweit vereinbarte Ziel von MIT 5.0 zu erreichen und seine Mitgliederzahl in 5 Jahren zu verdoppeln.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Inhaltlich haben wir uns aktiv in die aktuellen politischen Themen der schleswig-holsteinischen Landespolitik eingebracht und zahlreiche Initiativen und Anträge auf Landesausschüssen und Landesparteitagen der Mutterpartei eingebracht und erfolgreich beschließen lassen.

Jedoch war die erste Wahlperiode des neuen Landesvorsitzenden unter dem Motto „Quo Vadis MIT“ auch von einer

inhaltlichen Neuausrichtung geprägt. So wurden Arbeitsabläufe und die Aufstellung der MIT insgesamt auf den Prüfstand gestellt und in 6 Landesvorstandssitzungen thematisch aufgearbeitet und neu justiert.

Für die nächste Landtagswahl ist der Landesvorstand momentan dabei, eine sogenannte „Mittelstandsstrategie 2022“ vorzubereiten und pünktlich zur Erstellung des Landtagswahlprogrammes einzubringen. Dazu finden gerade im vorpolitischen Raum seit einigen Monaten zahlreiche Gespräche mit Vereinen und Verbänden statt, um deren Themen mit aufzunehmen.

VERANSTALTUNGEN

Ein sehr breites Veranstaltungsportfolio wurde den Mitgliedern im gesamten Land durch den Landesverband bzw. durch seine Gliederungen in den letzten 2 Jahren geboten. So wurde 2018 erstmalig ein parlamentarischer Abend in der Landeshauptstadt mit Ministerpräsident Daniel Günther und zahlreichen Landes- und Bundestagsabgeordneten erfolgreich durchgeführt. In diesem Jahr konnten wir beim zweiten parlamentarischen Abend den Generalsekretär der CDU Deutschlands Paul Ziemiak MdB in Kiel an der Förde begrüßen. Wie in der Vergangenheit fanden ansonsten zahl-



Reaktivierung des MIT-Kreisverbandes Dithmarschen auf Gut Apeldör mit dem neuen Kreisvorsitzenden Bernd Wilke



Stefan Lange und Thomas Klömmer mit Manfred Weber auf dem CDU-Bundesparteitag in Hamburg

reiche gut besuchte Veranstaltungen mit den Mitgliedern der Landesregierung in Form von Unternehmerfrühstücken oder anderen Formaten statt. Ganz besonders freuen wir uns darüber, dass der neue Europaabgeordnete der CDU Schleswig-Holstein Niclas Herbst MdEP den Einzug in das europäische Parlament geschafft hat und seit dem letzten Jahr auch Mitglied der MIT ist.

Im Europawahlkampf haben sich die MIT-Kreisverbände mit unserem Spitzenkandidaten im ganzen Land bei Unternehmensbesuchen präsentiert und so zum guten Wahlergebnis beigetragen.

Die alljährlichen und inzwischen traditionellen Klausurtagungen auf Gut Apeldör im Kreis Dithmarschen zusammen mit den Freunden aus den anderen norddeutschen Landesverbänden haben auch in den letzten beiden Jahren erneut stattgefunden und erfreuen sich als mitgliederoffene Veranstaltungen immer größer werdender Beliebtheit.

Auf dem diesjährigen Landesmittelstandstag im Steinpark Warder wurde unser Landesvorsitzender Stefan Lange mit einem sehr guten Ergebnis im Amt bestätigt. Mit Günter Kohl, Rolf Koschorrek, Simona Gleich und Thomas Melchert als stellvertretende Landesvorsitzende sowie Juliane Weigel als Mitgliederbeauftragte und Willi Meier und Stefanie Höller als Schatzmeister ist der neue geschäftsführende Landesvorstand gut aufgestellt und wird die nächsten beiden Jahre erfolgreich zum

Wohle der MIT Schleswig-Holstein gestalten. Als Gastredner konnte auf dem Landesmittelstandstag neben zahlreichen Abgeordneten der Präsident des Bundes der Steuerzahler Reiner Holz-nagel begrüßt werden.

Der Landesvorstand trifft sich in der Regel alle 2 Monate in der Landesgeschäftsstelle in Kiel zu seinen Sitzungen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Öffentlichkeitsarbeit in Form von Pressearbeit wurde ebenfalls deutlich ausgebaut. Mit Hans-Peter Küchenmeister als Pressesprecher und Günter Kohl als Medienprofi konnten hier zwei erfahrene Kräfte für diesen wichtigen Bereich gewonnen werden. Zudem werden wir von den Ausschüssen der Landtagsfraktionen regelmäßig um Stellungnahmen für neue Gesetzesvorhaben des Landtages schriftlich bzw. mündlich angehört und können unsere politischen Ansätze und Überzeugen direkt über diesen Weg einbringen.



Unternehmerfrühstück des Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde mit Wirtschaftsminister Bernd Buchholz und Kreisvorsitzenden Günter Kohl

Der Bereich der neuen Medien wird von uns ebenfalls intensiv bedient und nimmt einen immer größer werdenden Umfang an. Erfreulich ist auch, dass die Landespresse uns inzwischen als festen Ansprechpartner auf dem Schirm hat und wir so auch regelmäßig in sämtlichen Veröffentlichungen Gehör finden.

KOMMISSIONSARBEIT

Der Landesverband hat keine eigenen Kommissionen. Aktuell gibt es aber Überlegungen, welche zu gründen, um sich bei der inhaltlichen Arbeit breiter aufzustellen. Unsere Mitglieder bringen sich allerdings in die Landesfachausschüsse der Mutterpartei und in die Kommissionen der Bundes-MIT aktiv mit ein und sind somit sehr gut vernetzt.

Besonders zu erwähnen ist hier die langjährige und gute Arbeit der MIT-Gesundheitskommission unter der Leitung unseres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Rolf Koschorrek.



Unternehmensbesuch mit Carsten Linnemann bei den Kölln Haferflockenwerken in Elmshorn



THÜRINGEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Thüringen
An der Klostermauer 3
99887 Georgenthal
E-Mail: info@mit-thueringen.de
Website: www.mit-thueringen.de

LANDESVORSITZENDER



Gerd Albrecht

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN



Eva-Maria Sieringhaus

SCHATZMEISTER

Steffen Peschke

Mitgliederzahl:
400 (Stand: 31.07.2019)

Der Landesvorstand wurde am
27. Oktober 2018 gewählt.



Landesvorstand der MIT Thüringen

POLITISCHE ARBEIT

Unsere Mitglieder vertreten die Interessen der MIT Thüringen auf allen parlamentarischen Ebenen. Dies gibt zum einen die Möglichkeit, Themen schnell in die politische Arbeit zu transportieren, aber auch die Chance für unsere Politiker aus der Opposition heraus, ihre Entscheidungen darzustellen bzw. zu erklären. Dazu wurden vom Landesvorstand sieben Fachausschüsse ins Leben gerufen. In den Bereichen „Bildung und Arbeitsmarkt“, „Digitales und Medien“, „Energie und Nachhaltigkeit“, „Wirtschaftspolitik und Grundsatzprogramm“, „Kommunales, Wohnen, Städtebau und Gebietsreform“ sowie „Bund und Europa“ und „Gesundheit“ werden konkrete Handlungsempfehlungen für die Landespolitik erarbeitet.

So wurde unter Leitung von Stephan Hauschild ein Positionspapier „Gesundheit, Digitalisierung und Pflege 2019“ erarbeitet, welches sich mit der Versorgung innerhalb der einzelnen Gesundheitssektoren in Thüringen befasst. Gemeinsam mit dem CDU-Landtagsausschuss „Wirtschaft und Wissenschaft“ sowie dem Wirtschaftsrat wurde im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl ein wirtschaftspolitisches Grundsatzpapier erarbeitet und die zentralen „Zehn Punkte der CDU-Fraktion zur Wirtschaftspolitik in Thüringen“ gemeinsam mit Vertre-

tern verschiedener Wirtschafts- und Branchenverbände diskutiert.

Im monatlichen Turnus tagt abwechselnd der geschäftsführende Landesvorstand und der erweiterte Landesvorstand mit den Kreisvorsitzenden und den Vorsitzenden der MIT-Landesfachausschüsse. Damit ist der permanente Informations- und Erfahrungsaustausch sichergestellt. Im Landesvorstand der Thüringer CDU ist die MIT personell mit den Vorstandsmitgliedern Petra Thieme und Heiko Steinecke, dem MIT-Landesvorsitzenden Gerd Albrecht sowie weiteren MIT-Mitgliedern gut vertreten. In der Grundsatzkommission und in allen Landesfachausschüssen der CDU (LFA) sind MIT-Mitglieder vertreten. Der LFA „Digitale Agenda“ wird seit 2017 durch das Vorstandsmitglied Regina Polster geleitet. Auf CDU-Bundesebene sind die Vorstandsmitglieder Peter Hengstermann (MIT-Energiekommission) und Matthias Hasecke (CDU-Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt) aktiv.

Der 29. Landesmittelstandstag mit den Vorstandswahlen fand am 27. Oktober 2018 in Weimar statt. Neben der Neuwahl des Landesvorstandes stand unter anderem das neue Vergabegesetz zur Diskussion. In der wirtschaftspolitischen Aussprache mit dem CDU-Landesvorsitzenden Mike Mohring MdL wurde eine Handlungs-

und Rechtssicherheit für den Mittelstand gefordert. Dazu gehören die Streichung vergabefremder Kriterien im neuen Vergaberecht, die Stärkung des dualen Ausbildungssystems sowie die Wiedereinführung der Meisterpflicht in verschiedenen Gewerken.

BASIS-ARBEIT

Die Mitgliederzahl des Landesverbandes konnte auch durch Neuaufnahmen nicht auf dem Vorjahresniveau gehalten werden und bewegt sich bei knapp 410 Mitgliedern. Leider nimmt die Anzahl der Kreisverbände zu, die nur schwer Nachfolger für altersbedingt ausscheidende Kreisvorsitzende finden. Zur Stärkung der Arbeit auf Kreisverbandsebene ist erstmalig eine zweitägige Klausurtagung mit den Kreisvorsitzenden geplant, in der neben wirtschaftspolitischen Themen auch ein verstärktes Marketing für die MIT Thüringen auf der Agenda steht.

Die meisten Kreisverbände arbeiten gut und kontinuierlich. Dort werden regelmäßig Veranstaltungen wie Betriebsbesichtigungen, Diskussionsrunden zu wirtschafts- und finanzpolitischen Themen und Stammtische durchgeführt. Aus Anlass der Europawahl fanden verschiedene Veranstaltungen statt. Exemplarisch sei das Hermsdorfer Gespräch des Kreisverbandes Saale-Holzland genannt. Im Podium diskutierten hier neben der Thüringer CDU-Kandidatin für

die Europawahl Marion Walsmann, die CSU-Europaabgeordnete Monika Hohlmeier sowie die CDU-Landtagskandidaten Stefan Tiesler und Mario Voigt.

Das traditionelle Schlachteessen im Eichsfeld der Kreisverbände Nordhausen, Eichsfeld und Kyffhäuser konnte in diesem Jahr einen Besucherrekord mit über 600 Teilnehmern verzeichnen. In diesem Jahr stimmten der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer, Ungarns Botschafter in Deutschland, Peter Györkös und der CDU-Landesvorsitzende Mike Mohring auf das bevorstehende Wahljahr ein. Mit dem Sommerfest, welches jährlich durch einen anderen Kreisverband ausgerichtet wird und dem Jahresempfang, finden weitere thüringenübergreifende Veranstaltungen statt, an denen auch MIT-Vertreter aus den angrenzenden Bundesländern teilnehmen. Dazu zählte auch der Jahresempfang 2018, an dem auf Einladung der MIT Thüringen der Botschafter der VR China in Deutschland Shi Mingde als Hauptredner teilnahm. Der 30. Landesmittelstandstag fand in diesem Jahr am 06. Juli 2019 in Gösen, Saale-Holzland-Kreis statt.

KOMMUNAL-, EUROPA- UND LANDTAGSWAHL 2019

Mit den besseren Politikkonzepten, politischer Arbeit vor Ort und den überzeugenderen Politikern konnte

die CDU das Ziel bei der Europawahl, stärkste Partei zu werden, erreichen und auch bei in den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte erreichte sie nach Abschluss der Auszählung aller Stimmbezirke das beste Ergebnis. Wir freuen uns, dass mit Marion Walsmann nicht nur eine echte Thüringerin, sondern auch ein jahrelanges MIT-Mitglied den Einzug in das EU-Parlament geschafft hat.

Allerdings hat die CDU mit Verlusten zu kämpfen, wenn auch nicht so stark wie die SPD und die Linkspartei. Besonders die AfD konnte schwerpunktmäßig in Ostthüringen zunehmend Stimmenanteile gewinnen. Für die im Oktober 2019 anstehende Landtagswahl ist somit weiterhin ein intensiver Wahlkampf mit Unterstützung der MIT erforderlich, um die derzeitige Regierung unter Rot-Rot-Grün ablösen zu können.

ABSCHIED VON UNSEREM EHRENVORSITZENDEN WILFRIED SIERINGHAUS

Am 23. April 2019 mussten wir uns von unserem Ehrenvorsitzenden Wilfried Sieringhaus verabschieden, der im Alter von 83 Jahren nach langer, schwerer Krankheit verstarb. Seit den neunziger Jahren wirkte er maßgeblich am Aufbau der MIT Thüringen mit. Auch über die Landesgrenzen hinweg bleibt er als unermüdlicher Impulsgeber unvergessen.



Jahresempfang 2018 mit dem chinesischen Botschafter Shi Mingde



Landesmittelstandstag mit Mike Mohring



VERBAND BELGIEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der
CDU/CSU Verband Belgien
Avenue Emile Max 54
1030 Brüssel
Belgien

LANDESVORSITZENDER



Dr. Stefan Brost

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Bastian Biermann

Mitglieder:
10 (Stand: 31. Juli 2019)

Der Landesvorstand wurde am
24. Januar 2018 gewählt.



Gesprächsrunde der MIT Belgien mit Geschäftsführer Bastian Biermann und dem Kabinettschef des EU-Kommissars Oettinger, Michael Hager.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Der neu gegründete Auslandsverband widmet sich verstärkt dem Thema Mitgliederentwicklung. Geplant ist, das leichte Mitgliederwachstum auszubauen und die Mitgliederzahl im nächsten Jahr zu verdoppeln.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Der Auslandsverband MIT Belgien erarbeitet derzeit an einer Themenübersicht der aus Sicht der MIT relevantesten Themen auf EU-Ebene. In Gesprächen mit Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament sollen die politischen Prioritäten der MIT in den parlamentarischen Prozess in Brüssel eingebracht werden.

VERANSTALTUNGEN

Seine erste Veranstaltung richtete die MIT Belgien im April 2018 zusammen mit dem CDU-Kreisverband Brüssel zum Thema Mobilitätspolitik unter Mitwirkung des nordrhein-westfälischen Verkehrsministers, Hendrik Wüst, aus. Im Jahr 2019 führte der Auslandsverband

MIT Belgien eine kleine Veranstaltungsreihe mit Hintergrundgesprächen zu aktuellen europapolitischen Themen durch. Ein hoher Beamter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU gab im März 2019 einen Einblick in die Entscheidungsprozesse des Ministerrats der EU. Der Kabinettschef des deutschen EU-Kommissars Oettinger, Michael Hager, gab im Anfang Juli 2019 eine Einschätzung zum Ausgang und den Auswirkungen der Wahlen zum Europäischen Parlament.

Im Oktober 2019 ist eine weitere Veranstaltung im Europäischen Parlament in Zusammenarbeit mit der MIT Bund geplant.

Der Vorstand trifft sich in der Regel alle 2 Monate zu seinen Sitzungen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der Auslandsverband hat seine Internetpräsenz aufgebaut und informiert dort regelmäßig über Veranstaltungen und anstehende Termine. Das zuständige Vorstandsmitglied Christian Günther möchte die Öffentlichkeitsarbeit im kommenden Jahr weiter ausbauen.



SPOTLIGHT „VERBOTE“: DARF ES EIN KOMMUNIKATIONSVERBOT FÜR LEGALE PRODUKTE GEBEN?

Aktuell heiß diskutiert: Das Tabakwerbeverbot. Reemtsma Vorstandssprecher Michael Kaib über die Folgen eines Verbots der Außenwerbung.

Michael Kaib: Ein Tabakwerbeverbot zerstört gesunden Wettbewerb. Unternehmen brauchen die Möglichkeit, bestehende Konsumenten über ihre Marken zu informieren. Die Werbemöglichkeit ist neben dem Ringen um Marktanteile auch wichtig, um Raucher über weniger schädliche Alternativen, wie die E-Zigarette, zu informieren und aufzuklären.

Trotzdem werden auch Stimmen laut, die ein Werbeverbot auch für E-Zigaretten fordern?

Michael Kaib: Ein Tabakwerbeverbot behindert die Aufklärung über Innovationen und deren mitunter deutlich geringere Schädlichkeit. Wer Werbung für insbesondere die neuartigen Erzeugnisse verhindern will, steht wissend dem Fortschritt im Weg. Das kann nicht das Ziel von Prävention sein. Erfreulicherweise spielt der regelmäßige Konsum von E-Zigaretten keine Rolle bei Jugendlichen in Deutschland.

Häufig erwähnt in diesem Zusammenhang: der Jugendschutz.

Michael Kaib: In Deutschland ist der Jugendschutz in der Tabakwerbung umfassend geregelt und zeigt mit einer stetig sinkenden Raucherquote unter Jugendlichen Wirkung. Obwohl Deutschland das einzige Land in Europa ist, das Werbung für erwachsene Raucher im Kino und auf Plakatwänden noch zulässt, ist die Quote rauchender Jugendlicher hierzulande so niedrig wie in kaum einem anderen EU-Land. In Frankreich zum Beispiel, einem Land, wo sehr strenge Verbote greifen, zeigt sich keine Veränderung in der Rate der minderjährigen Raucher, sie liegt bei 15,3 %. In Deutschland sinkt die Zahl kontinuierlich, liegt derzeit bei 7%. Ein deutsches Erfolgsmodell!

Bei Prävention und Jugendschutz bezüglich des Rauchens ist Deutschland führend in der EU.



REEMTSMA

ARBEIT UND SOZIALES

ARBEITSWELT VON HEUTE UND MORGEN MITGESTALTEN

VORSITZENDE: MICHAEL LITTIG UND JANA SCHIMKE MDB



Michael Littig

Vielfältig und intensiv war in den vergangenen 2 Jahren die Arbeit der Kommission Arbeit und Soziales unter der Leitung von Michael Littig und Jana Schimke MdB. In sechs Sitzungen befasste sich die Kommission nicht nur mit den aktuellen arbeits- und sozialpolitischen Gesetzesvorhaben, sondern diskutierte die Herausforderungen und Ziele der zukünftigen Arbeits- und Sozialwelt. Ziel der Kommissionsarbeit war es dabei stets, die arbeits- und sozialpolitischen Debatten tagesaktuell mitzugestalten und die Forderungen und Ideen der MIT in den laufenden Politikprozess einzubringen.

HAUSHALTSNAHE DIENSTLEISTUNGEN

Am Anfang widmete sich die Kommission intensiv den haushaltsnahen Dienstleistungen. Für fast vier Millionen deutsche Haushalte sind haushaltsnahe Dienstleistungen, wie Kinderbetreuung, Garten- und Reinigungsarbeiten oder Alten- und Krankenfürsorge ein fester Alltagsbestandteil. Jedoch ist der Anteil von haushaltsnahen Dienstleistungen auf dem Schwarzmarkt in Deutschland hoch. Dies hänge wesent-



Jana Schimke MdB

lich damit zusammen, dass eine legale Tätigkeit aus mehreren steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Gründen weder für die Angebots- noch die Nachfrageseite hinreichend attraktiv sei. In Zusammenarbeit mit der MIT-Kommission für Steuern und Finanzen hat die Kommission das Ziel formuliert, dass Schwarzarbeit bei haushaltsnahen Dienstleistungen eingedämmt, soziale Absicherung für haushaltsnahe Beschäftigte verbessert und damit die

Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie häusliche Pflege gestärkt wird. Erreicht werden soll dies bspw. durch die Schaffung eines neuen Arbeitnehmerstatus („Haushalts-Jobber“) sowie den Abbau von bürokratischen Hürden. Etwaige fiskalische Effekte und wissenschaftlich belastbare Daten werden derzeit von beauftragten Forschungsinstituten untersucht.

DS-GVO

Für große Unklarheiten und Unmut sorgte im Frühjahr 2018 die Datenschutz-Grundverordnung. Gemeinsam mit Markus Stamm, Senior Legal Counsel von Nokia und Vorsitzender des AK „Datenschutz“ bei Bitkom, diskutierten die Mitglieder, die Probleme und Unklarheiten der Datenschutz-Grundverordnung sowie die bundesgesetzliche Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung im Sinne der Unternehmen.

TEILZEITRECHT

In den letzten 2 Jahren hat die Kommission mehrere arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen der Bundesregierung konstruktiv und kritisch begleitet. Dar-



Die Kommission nimmt die private Arbeitsvermittlung in den Blick, 18. Januar 2019

unter fiel bspw. das Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts und der damit verbundenen Einführung einer Brückenteilzeit. Aus Sicht der Kommission fehle es an der wissenschaftlichen Grundlage. Zudem gebe es keine praktische Notwendigkeit für eine weitere Verschärfung des Teilzeitrechts.

BEKÄMPFUNG VON LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT

Auch wurden das Teilhabechancengesetz und der damit verbundenen Etablierung eines sozialen Arbeitsmarkts für Langzeitarbeitslose kritisch begleitet. Dank der langanhaltend guten Wirtschaftslage haben sich der Arbeitsmarkt und mit ihr die Vermittlung von Arbeit verändert. Eine zielgenauere und individuellere Betreuung und Vermittlung von Arbeit gewinnt zunehmend an Bedeutung, welches besonders die privaten Arbeitsvermittler erfüllen. Peter Bauer, Kommissionsmitglied und Arbeitsvermittler, zeigte den Mitgliedern auf, dass seit den Hartz-Reformen im Jahr 2003 der Aufwand für den Vermittlungsprozess sowie der Umfang der gesetzlichen Regelungen erheblich gestiegen sind. Die Kommission forderte daher im Beschluss „Arbeitslosigkeit beseitigen – private Arbeitsvermittlung stärken“, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen einem Update unterzogen werden müssen.

FACHKRÄFTEMANGEL

Unbestreitbar ist der Fachkräftemangel in allen Berufszweigen angekommen. Die Verabschiedung eines Fachkräfteinwanderungsgesetzes war daher sehr wichtig und wurde von der Kommission sehr begrüßt. Gemeinsam mit dem stellv. Hauptgeschäftsführer der DIHK, Achim Dercks, diskutierten die Teilnehmer über die Schwierigkeiten bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem

Ausland. Besonders Sprachhemmnisse, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die komplexen Verfahren sind bisher ein großes Hindernis für deutsche Arbeitgeber und ausländische Arbeitnehmer gewesen. Durch die umfassende Neuregelung des Einwanderungsrechts und der stärkeren Öffnung auch für beruflich Qualifizierte, wird aus Sicht der Kommission ein Teil des Fachkräftebedarfs durch ausländische Kräfte gedeckt werden können.

ALTERSVORSORGE

Ausführlich thematisierte die Kommission in ihren Sitzungen die Zukunft der Altersvorsorge. Insbesondere das Rentenpaket der Bundesregierung, die Grundrente und die Altersvorsorgepflicht von Selbstständigen waren kontinuierlich Diskussionsthema. Mit Blick auf den demografischen Wandel sehen die Mitglieder großen Handlungsbedarf bei der Stärkung und Verbreiterung der zweiten und dritten Säule. So befindet sich seit Jahren die betriebliche Altersvorsorge aufgrund der teilweise mehrfachen Beitragsbelastungen in einer Vertrauenskrise und einem Akzeptanzproblem. Die Beseitigung der sog. Doppelverbeitragung auf Betriebsrenten ist seit Jahren daher ein Anliegen der MIT, welches die Kommission intensiv begleitete. Auf dem CDU-Bundesparteitag in Hamburg am 7./8. Dezember 2018 konnte die MIT eine Mehrheit für ihren Antrag zur Halbierung des Beitrags zur Kranken- und Pflegeversicherung in der Auszahlungsphase gewinnen.

In mehreren MIT:Werkstattgesprächen tauschten sich die Kommissionsvorsitzenden Jana Schimke und Michael Litig mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft über eine Verbesserung der privaten und betrieblichen Altersvor-

sorge aus. Die Kommission erarbeitete dahingehend den MIT-Antrag „Lebensstandard sichern. Zulagenrente verbessern“, welcher eine umfassende Reformierung der Riesterrente hin zu einer leichteren und dynamischeren Riestertilgung vorsieht. Mit knapper Mehrheit wurde dieser leider auf dem CDU-Bundesparteitag abgelehnt. Es wird Aufgabe der kommenden MIT-Kommission sein, an einer weiteren Verbesserung unseres Altersvorsorgesystems konstruktiv hinzuwirken.

EVALUATION DER SITZUNGEN

Die Sitzungen der Kommission „Arbeit und Soziales“ wurden von den Teilnehmern in den Evaluationen sehr positiv bewertet. Die Evaluationen wurden im Anschluss an jede Sitzung anonym und online durchgeführt. Über alle Sitzungen hinweg waren im Durchschnitt 93 Prozent der Teilnehmer mit der Veranstaltung zufrieden, 7 Prozent bewerteten die Sitzungen mit „neutral“ und kein Teilnehmer äußerte sich unzufrieden mit einer der Veranstaltungen. Bei der Auswahl der Themen äußerten sich 93 Prozent zufrieden, der Rest war neutral. Mit der Sitzungsleitung der Kommissionsvorsitzenden war die große Mehrheit der Kommission (94 Prozent) durchweg zufrieden. Der Rest bewertete die Sitzungsleitung mit neutral.



Die Kommission diskutiert die neue EU-Nachrichtlinie, 29. Juni 2018

DIGITALES

DIE DIGITALE TRANSFORMATION IM MITTELSTAND VORANBRINGEN

THOMAS JARZOMBKE MDB, NIKLAS VELTKAMP



Thomas Jarzombek MdB

Im September 2017 setzte der MIT-Bundesvorstand erneut eine Digitalkommission ein. Die Kommission hat sich in den letzten zwei Jahren vorrangig mit den Themen digitale Transformation der Gesellschaft und Wirtschaft, Entrepreneurship, Bildung und Datenschutz befasst. Unter dem Vorsitz von Thomas Jarzombek MdB, dem Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt, und Niklas Veltkamp, Mitglied der Geschäftsführung von Bitkom, traf sich die Kom-



Niklas Veltkamp

mission insgesamt sechsmal in Berlin. Tagungsort war meist die Bundesgeschäftsstelle der MIT, aber auch Berliner Startups.

Die Digitalkommission der MIT setzt sich aus Gründern, IT-Spezialisten, Digitalpolitikern und Influencern zusammen. Die Mitglieder bringen ihre Erfahrungen aus Startups, Technologie- und Digitalunternehmen und innovativen Organisationen in die Kommission, und damit in die MIT, ein.

DATENSCHUTZ FÜR DEN MITTELSTAND

Ein Schwerpunktthema der Kommission waren der Datenschutz und die geplante E-Privacy-Verordnung der EU. Die Kommission unterstützt die Bemühungen der Europäischen Union und der Bundesregierung, die Daten und von Bürgern und Unternehmen besser zu schützen. Dass die Bundesregierung bei der nationalen Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) allerdings strengere und weitreichendere Regelungen einführen möchte, als von der EU gefordert, sieht die Kommission kritisch. Dadurch können für deutsche Unternehmen und Startups Standort- und Wettbewerbsnachteile entstehen. Die Kommission forderte die Bundesregierung deswegen mit dem Beschluss „Datenschutzstandards leichter anwenden für Mittelstand & Startups“ auf, die im Kapitel „Digitalisierung“ („Daten – Rohstoff und sensibles Gut“) des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD angekündigten Verbesserungen für Mittelstand und Startups schnellstmöglich umzusetzen. Außerdem soll die Regierung Spielräume für Innovationen und digitale Geschäftsmodelle der Datenschutzgrundverordnung nutzen. Die Kommission kritisierte außerdem, dass die Anwendungsbereiche der neuen Verordnung für viele Unternehmen bisher weitgehend unklar sind. Gerade kleinere Unternehmen verfügen nicht über genug Ressourcen, um die Neuregelungen zu implementieren und werden so in ihren Geschäftsmodellen benachteiligt. Der Antrag wurde am 3. Juli vom Bundesvorstand der MIT angenommen. Auch aufgrund des Engagements der MIT konnten erste Erfolge und Erleichterungen erreicht werden. Ein Datenschutzbeauftragter



Hans-Wilhelm Dünn vom Cyber-Sicherheitsrat referiert vor der Kommission über Cybersicherheit in Deutschland

muss jetzt nur noch in Unternehmen ab zwanzig Mitarbeitern, die Daten verarbeiten, bestellt werden. Auch das Geschäftsmodell, fehlerhafte Datenschutzerklärungen abzumachen, stößt mittlerweile an seine Grenzen, da nun nicht mehr automatisch eine Strafe gezahlt werden müsse. Die umstrittene E-Privacy-Verordnung wird voraussichtlich erst 2020 in Kraft treten.

GRÜNDERKULTUR UND BILDUNG

Ein weiterer Fokus der Kommission war die Förderung der Gründer- und Unternehmenskultur in Deutschland. Die Sitzung zu diesem Thema fand bei dem Startup Movinga, der größten Umzugsplattform Europas, statt. Finn Age Hänsel, der Geschäftsführer von Movinga, ist Mitglied der Digitalkommission. Zu Gast waren Nadine Schön MdB, Ronja Kemmer MdB und Martina Neef von der Bildungsinitiative Rock it Biz. Rock it Biz ist eine gemeinnützige Organisation, die Kinder für Unternehmertum begeistern will. Die Schüler durchlaufen den gesamten Prozess einer Startup-Gründung: Von der Entwicklung einer unternehmerischen Idee über die Firmengründung, Produktentwicklung, Kapitalgewinnung bis hin zum Verkauf.

Die Gründerin und Geschäftsführerin Martina Neef stellte ihre Organisation vor. Außerdem sprach Ronja Kemmer MdB, über den Digitalpakt Schule und den momentanen Stand. Im Anschluss an diese Sitzung erarbeiteten Mitglieder der Kommission ein Positionspapier zu Digitalisierung und Unternehmensegeist in der Bildung.

CYBERSICHERHEIT, URHEBERRECHTSREFORM UND DS-GVO

Auch 2019 waren Datenschutz und Cybersicherheit die bestimmenden Themen der Digitalkommission. In der ersten Sitzung 2019 gab Hans-Wilhelm Dünn, der Präsident des IT- und Cybersicherheitsrates e.V., einen Impuls zum Thema „IT- und Cybersicherheit – wo steht Deutschland“. Es wurde deutlich, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen besonders anfällig für Hacker- und Cyberangriffe sind. Das Hauptproblem ist bei allem der Faktor Mensch. Hier könne nur bessere Bildung helfen. Außerdem brauchen kleine und mittlere Unternehmen zu lange, um einen Angriff überhaupt zu bemerken.

Bei den Themen Urheberrechtsreform und DS-GVO muss die Kommission an-

erkennen, dass hier sowohl die Union als auch die MIT geschlafen haben. Um dies künftig zu vermeiden, muss das Monitoring von Gesetzgebungsverfahren, vor allem bei Richtlinien und Verordnungen der EU, verbessert werden. Entscheidend bei der Umsetzung der DS-GVO und der Urheberrechtsreform sind die Frage des Berichtstatters und die Zusammensetzung des Evaluationsgremiums für die DS-GVO. Die Kommission will klären, wer bereits Mitglied in dem Gremium ist und wie man Mitglied werden kann. Nach Eindruck der Kommission sind die Gremien zumeist eher „wirtschaftsfeindlich“ besetzt. Die Kommission erwägt, Staatsministerin Dorothee Bär für das Thema zu gewinnen.

Die Beschlüsse „Chancen der Digitalisierung nutzen – für eine Wirtschafts- und ordnungspolitisch ausbalancierte E-Privacy-Verordnung“ und „Datenschutz muss praxistauglich und rechtsicher sein“ des Bundesvorstands der MIT begrüßt die Digitalkommission. Die Kommission würdigt es sehr, dass den Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung der nötige Raum innerhalb der MIT eingeräumt wird.

EVALUATION DER SITZUNGEN

Die Sitzungen der Kommission Digitales wurden von den Teilnehmern in den Evaluationen positiv bewertet. Die Evaluationen wurden im Anschluss an jede Sitzung anonym und online durchgeführt. Über alle Sitzungen hinweg waren im Durchschnitt 100 Prozent der Teilnehmer mit der Veranstaltung zufrieden. Bei der Auswahl der Themen äußerten sich 87 Prozent zufrieden, 13 Prozent beurteilten die Themenauswahl mit „neutral“. Mit der Sitzungsleitung der Kommissionsvorsitzenden waren 87 Prozent zufrieden, 13 Prozent äußerten sich neutral.



Dietrich von Kladden von Axel Springer trägt zur DS-GVO vor

ENERGIE, UMWELT, BAU UND VERKEHR

KLIMASCHUTZ MARKTWIRTSCHAFTLICH ERREICHEN

HENNING ARETZ, DANIELA LUDWIG MdB



Henning Aretz



Daniela Ludwig MdB

Niemand wusste zu Beginn des Europawahljahrs 2019, welches das beherrschende Wahlthema in Deutschland werden würde. Schuldenkrise, Uploadfilter, Fahrverbote, Flüchtlinge, das Ende des langen wirtschaftlichen Aufschwungs? Heute wissen wir: Es wurde der Klimaschutz. Im September 2019 hat die Bundesregierung ein Klimaschutzkonzept mit einschneidenden Maßnahmen vorgelegt.

Dass die MIT bereits im März 2019 als einzige wirtschaftspolitische Kraft ein marktwirtschaftliches Klimaschutzkonzept vorgelegt hat, verdankt sie der

intensiven Arbeit unserer Kommission Energie, Umwelt, Bau und Verkehr. Seitdem vertritt Carsten Linnemann im Bundestag und in Talkshows offensiv unser Anliegen.

DEUTSCHE KLIMAPOLITIK BRAUCHT PARADIGMENWECHSEL

In den Sektoren Stromerzeugung und Industrie, die weitgehend dem EU-weiten CO₂-Zertifikatehandel unterworfen sind, werden die Emissionsmengen – die jedes Jahr planmäßig leicht zurückgehen – präzise eingehalten. In den Sektoren, die dem Zer-

tifikatehandel nicht unterworfen sind – im wesentlichen Verkehr, Heizung und Landwirtschaft, sie machen in Deutschland etwas mehr als die Hälfte der CO₂-Emissionen aus –, werden die Emissionsziele zum Teil deutlich verfehlt. Die öffentliche Diskussion macht nicht den Eindruck, dass dieser frappierende Befund allgemein bekannt ist.

Die MIT fordert deshalb, in den Zertifikatehandel auch die bisher nicht erfassten Verbrauchssektoren einzubeziehen, möglichst EU-weit, jedenfalls EU-kompatibel. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass Investitionen in die Vermeidung von CO₂-Emissionen dort vorgenommen werden, wo sie die geringsten volkswirtschaftlichen Kosten verursachen, also dort, wo sie besonders effektiv sind.

Die Emissionsmenge wird politisch vorgegeben und zuverlässig eingehalten. Niemand weiß, wie sich der Zertifikatepreis pro Tonne CO₂ entwickeln wird. (Erwartet wird, dass er deutlich über den rd. 25 € liegen wird, die die Zertifikate jetzt vor der Einbeziehung der weiteren Verbrauchssektoren kosten.) Aber es wird nur noch dort CO₂ emittiert, wo es sich für den Emittenten trotz des Zertifikatepreises noch lohnt. Wenn es sich für zu wenige Emittenten lohnt, wird der Preis sinken und für einige wieder erschwinglich. Wenn es sich für zu viele lohnt, wird der Preis steigen, bis weitere Emittenten aufhören zu emittieren. Genauso funktioniert der Zertifikatehandel seit 2008 mit beeindruckender Zuverlässigkeit.

Demgegenüber würde eine CO₂-Steuer nicht die erlaubte Emissionsmenge vorgeben, sondern einen staatlichen Preis festsetzen. Niemand weiß, zu welchem Mengeneffekt ein bestimmter Steuersatz führt. Wäre er zu niedrig, würden die Klimaschutzziele trotz der neuen



Sitzung der Kommission in der CSU-Landesleitung in München, 14. November 2018

Belastung weiter verfehlt. Wäre er zu hoch, erreichte er die Klimaschutzziele zu unnötig hohen Kosten. Derselbe Steuersatz könnte in einer konjunktuell schwachen Phase zu hoch und in einer starken Phase zu niedrig sein.

Das politische Ziel ist nicht ein bestimmter Preis, sondern eine bestimmte Emissionsmenge. Deshalb tritt die MIT für die Ausweitung des Zertifikatehandels ein. Die staatlichen Mehrerlöse aus der Ausweitung des Zertifikatehandels sollen nicht für allgemeine staatliche Ausgaben verwendet werden, sondern die zusätzlichen Belastungen der Verbraucher und Betriebe kompensieren. Wer viel emittiert, wird in der Summe zuzahlen – wer wenig emittiert oder in Einsparerfolge investiert, soll sogar entlastet werden.

Den gegenteiligen Ansatz verfolgt der in der Bundesregierung nicht abgestimmte Entwurf des Bundesumweltministeriums für ein Klimaschutzgesetz. Auf die Vorarbeit unserer Bundeskommission hat die MIT im Juni 2019 deshalb klar und ausführlich zu diesem unausgewogenen Regulierungsversuch Stellung bezogen.

Die Wirtschaftsweisen legten im Sommer 2019 ein Sondergutachten zum wirtschaftspolitisch besten Weg zum Erreichen der Klimaschutzziele vor, ebenso der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Im Lichte dieser Gutachten ist die MIT in den Argumenten und in den Forderungen ihrer genannten Beschlüsse eindrucksvoll bestätigt.

Es bleibt die Aufgabe, diese Position und diese Argumente in der MIT, in der Union und in der Gesellschaft nun bekannt zu machen und für sie einzutreten. Dass ein früherer CDU-Generalsekretär in einer Talkshow äußert, der

Wirtschaftsflügel der Union spreche sich gegen eine Bepreisung von CO₂ aus, zeigt, dass es Fake-News nicht nur bei anderen gibt.

ARBEITSGRUPPEN DER KOMMISSION

Neben Energie- und Umweltthemen hat die neugebildete und breiter aufgestellte Kommission auch Bau- und Verkehrsthemen bearbeitet. Vor diesem Hintergrund wurde zu Beginn der Legislaturperiode drei Arbeitsgruppen gebildet: Energie, Verkehr sowie Bau und Umwelt. Die Arbeitsgruppen tagten in unregelmäßigen Abständen und hielten Telefonkonferenzen. Ihre Aufgabe war die Erarbeitung von Beschlussvorlagen für die Kommission. Die Kommission fasste Beschlüsse zu folgenden Themen, die auch vom Bundesvorstand angenommen wurden.

- „Fahrverbote verhindern. Grenzwerte aussetzen. Messverfahren überprüfen“
- „Baukosten senken. Keine weiteren Vorgaben. Auflagen reduzieren“
- „Wettbewerbsgleichheit und Marktchancen für alternative Kraftstoffe“

Den Mitgliedern der Kommission, die auf eigene Kosten 2018 und im ersten Halbjahr 2019 zu sieben Sitzungen nach Berlin und nach München anreisten und darin, aber auch zwischen diesen Terminen ihre Kompetenz für die Kommissionsarbeit eingesetzt haben, ist herzlich zu danken.

EVALUATION DER SITZUNGEN

Die Sitzungen der Kommission Energie, Umwelt, Bau und Verkehr wurden von den Teilnehmern in den Evaluationen positiv bewertet. Die Evaluationen wurden im Anschluss an jede Sitzung anonym und online durchgeführt. Über alle Sitzungen hinweg waren im Durchschnitt 76 Prozent der Teilnehmer mit der Veranstaltung zufrieden, 17 Prozent bewerteten die Sitzungen mit „neutral“ und 7 Prozent der Teilnehmer äußerten sich unzufrieden mit einer der Veranstaltungen. Bei der Auswahl der Themen äußerten sich 76 Prozent zufrieden, 22 Prozent beurteilten die Themenauswahl mit „neutral“, 2 Prozent war unzufrieden. Mit der Sitzungsleitung der Kommissionsvorsitzenden waren 83 Prozent zufrieden, 17 Prozent äußerten sich neutral.



Die Arbeitsgruppe Verkehr ist zu Gast beim Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Steffen Bilger, 15. Februar 2019

EUROPA

EUROPA KRISENFEST MACHEN

MARKUS FERBER MDEP, PROF. DR. ELMAR FORSTER UND DR. MARKUS PIEPER MDEP



Markus Ferber MdEP



Prof. Dr. Elmar Forster



Dr. Markus Pieper MdEP

Unter dem Vorsitz von Markus Pieper MdEP, Markus Ferber MdEP und Elmar Forster tagte die Kommission Europapolitik zwischen September 2017 und Mai 2019 insgesamt drei Mal. Die Sitzungen der Europakommission fanden in Berlin und München statt. Im März 2018 war die konstituierende Sitzung der Kommission Europapolitik. Diese diente dazu, die Mitglieder vorzustellen sowie eine Einführung in die Themen der kommenden Jahre zu geben. Auf ebenjener Tagung wurde auch die Absicht bekundet, in den nächsten zwei Jahren Forderungen für die Europawahlen im Mai 2019 aufzustellen.

Inhaltlich befasste sich die Kommission vorwiegend mit den Themen „Brexit“, EU-Sozialpolitik, europäischer Außenhandel und dem sogenannten neuen Verbraucherschutzpaket (Sammelklagen). Begleitet wurden die Sitzungen der Kommission jeweils von Experten. So referierten unter anderem Paul Noll, stellvertretender Abteilungsleiter „Europäische Union und Internationale Sozialpolitik“, BDA, zum Thema europäische Sozialpolitik. Im Mittelpunkt der Diskussion standen legislative Dossiers wie die Nachweisrichtlinie, die Work-Life-Balance-Richtlinie und

die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsagentur.

Im Juli 2018 traf sich die Kommission auf ihrer Tagung in München mit Karl Straub, Geschäftsführer VDMA Bayern. Er hielt einen Vortrag zu außenwirtschaftlichen Aspekten. Dabei standen vor allem das Iran-Abkommen sowie ausländische Direktinvestitionen und Übernahmen deutscher Firmen im Fokus. Gegenstand der Sitzung war zudem die Überarbeitung der Lenk- und Ruhezeiten, die im direktem Zusammenhang mit dem Führen von Tachografen steht. Ferner erläuterte die Kommission die Auswirkung der Datenschutz-Grundverordnung auf

den Mittelstand sowie das sogenannte Risikoreduzierungspaket, wodurch kleine und risikoarme Banken entlastet und so Mittelstandskredite gefördert werden sollen.

Die dritte Sitzung fand im November 2018 in Berlin statt. Dieser Sitzung wohnten die Referenten des DIHK Hildegard Reppel, Referatsleiterin Wettbewerbsrecht, Arbeitsrecht, Compliance und Stephan Wernicke, Bereichsleiter Recht, sowie der Geschäftsführer des Zentralverbands der deutschen Werbewirtschaft Bernd Nauen bei. Dabei ging es um das im April 2018 von der Kommission vorgestellte Verbraucherrechtspaket. Die Referenten



Am 13. Juli 2018 tagte die Kommission in der CSU-Landesleitung in München.



Die Kommission befasste sich am 21. Juni 2019 mit den Ergebnissen der Europawahl

diskutierten gemeinsam mit den Kommissionsmitgliedern über die Folgen der Vorschläge und einigten sich auf weitere strategische Schritte.

Aus den Diskussionen in der Europakommission leitete sich der vom Bundesvorstand angenommene Beschluss „Handelskrieg vermeiden, Dialog intensivieren, Abkommen anstreben“ ab. In Anbetracht der angespannten transatlantischen Verhältnisse sollte ein Handelskrieg zulasten des europäischen Wirtschaftsraums abgewandt und ein neuer Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika unternommen werden.

Basierend auf den Diskussionen und der Vorbereitung der Europakommission fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zudem im Beschluss „Kein soziales Europa ohne soziale Marktwirtschaft“, bei der Debatte um ein soziales Europa das Subsidiaritätsprinzip zu wahren. Denn die nationalen Sozialsysteme seien höchst unterschiedlich in der EU gewachsen. Daher sollte sich die Europäische Union im Bereich soziales Europa auf das Setzen von Mindeststandards wie beispielsweise beim Arbeitnehmerschutz fokussieren und insbesondere den Austausch sogenannter „Best-Practice“ Beispiele fördern. Dem Einstieg in eine Transferunion sollte man

zudem eine klare Absage erteilen. Sie unterbände Reformanstrengungen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und entbände von Verantwortung.

Neben Anträgen für den MIT-Bundesvorstand erarbeitete die Europakommission auch Anträge für den Bundesparteitag. So verabschiedete der 30. Parteitag der CDU Deutschlands am 26. Februar 2018 einen Antrag der MIT gegen eine Schuldenunion. Zu diesem Zweck sollte die sogenannte No-Bail-Out Klausel uneingeschränkt Bestand haben und Verantwortung und Haftung nicht entzerrt werden.

Vor dem Hintergrund der Europawahlen entwarf die Europakommission Forderungen für eine erfolgreiche europäische Mittelstandspolitik von 2019 bis 2024. Darin enthalten sind Forderungen wie die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, die effizientere Gestaltung der Europäischen Kommission, eine bessere Rechtsetzung mit verbesserten Folgeabschätzungen und einem unabhängigeren Kontrollgremium nach dem Vorbild des Normenkontrollrates, ein verpflichtender Bürokratieabbau (Stichwort „one-in-one-out“ Regelung auf europäischer Ebene), die Vollendung des Binnenmarktes sowie eine krisenfestere Wirtschaft und einen besseren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für KMU.

Die Europakommission versteht sich weiterhin als Bindeglied zwischen Brüssel und Berlin. Daher arbeitet die Kommission nach wie vor eng mit dem Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM Europe) zusammen. Dieser wurde im Juni 2014 mit 19 Europa-Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe gegründet. So nahmen einige Mitglieder der MIT-Europakommission am PKM Get-Together 2018 zum Thema „Digitalisierung der mittelständische Industrie“ - eine Veranstaltung mit Kommissarin Gabriel teil.

Auch die Zusammenarbeit mit dem SME Circle der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament läuft weiterhin gut. Seit 2014 ist Markus Pieper MdEP Vorsitzender des Mittelstandskreises, der vor jeder Plenartagung die aktuelle Gesetzgebung auf Mittelstandstauglichkeit untersucht. Aufgrund der Verbindung von MIT sowohl mit dem PKM Europe als auch SME Circle ist die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU gut aufgestellt, um sich effizient in das europäische Gesetzgebungsverfahren einzubringen, und ihre Forderungen zu platzieren. Ferner haben die Europakommission und der PKM Europe die Gründung des Auslandsverbands MIT Belgien unterstützt und arbeiten mit ihm zusammen.

EVALUATION DER SITZUNGEN

Die Sitzungen der Europakommission wurden von den Teilnehmern in den Evaluationen positiv bewertet. Die Evaluationen wurden im Anschluss an jede Sitzung anonym und online durchgeführt. Über alle Sitzungen hinweg waren im Durchschnitt 88 Prozent der Teilnehmer mit der Veranstaltung zufrieden, 5 Prozent bewerteten die Sitzungen mit „neutral“ und 7 Prozent der Teilnehmer äußerten sich unzufrieden mit einer der Veranstaltungen. Bei der Auswahl der Themen äußerten sich 86 Prozent zufrieden, der Rest war neutral. Mit der Sitzungsleitung der Kommissionsvorsitzenden war die Mehrheit der Kommission (86 Prozent) durchweg zufrieden.



Die Kommission diskutiert über den „New Deal for Consumers“ sowie die anstehende Europawahl, 23. November 2018

GESUNDHEIT

GESUNDHEITSPOLITIK MARKTWIRTSCHAFTLICH GESTALTEN

DR. ROLF KOSCHORREK, STEPHAN PILSINGER MDB



Dr. Rolf Koschorrek

ARBEIT DER KOMMISSION

Die Interessen der verschiedenen Player im Gesundheitswesen und in der Gesundheitswirtschaft zu berücksichtigen und die Werte der Sozialen Marktwirtschaft dabei zu integrieren, ist das Ziel der MIT-Gesundheitskommission. Unter der Leitung der Vorsitzenden Rolf Koschorrek und Stephan Pilsinger MdB traf sich die Kommission zu sieben Sitzungen in Berlin. Intensiv diskutierten die Mitglieder über die verschiedenen Bereiche der Gesundheitspolitik. Arzneimittelversorgung, Ärztemangel oder die aktuelle Situation von Krankenhäusern und Medizinischen Versorgungszentren standen auf der Tagesordnung.

Während der letzten zwei Jahre stand die Kommission dafür ein, gesundheitspolitisch relevante Themen zu identifizieren, diese zu diskutieren und mit verschiedenen Positionen und Papieren in den laufenden Politikbetrieb einzubringen. Durch den regelmäßigen Austausch mit den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses der CDU konnte die Kommission ihre Positionen vortragen und sich über die Politik der Regierung im Gesundheitsbereich informieren.



Stephan Pilsinger MdB

Die beiden Vorsitzenden der Kommission konnten durch ihre weiteren Funktionen in Gremien und im Bundestag die Anliegen der Kommission direkt weitertragen. Dies spielte zum Beispiel eine entscheidende Rolle bei den Koalitionsverhandlungen in 2017. Die Kommission griff in diesem Kontext stets auf die Expertise ihrer Mitglieder zurück, die aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Gesundheitswirtschaft kommen und verschiedene Perspektiven in die Kommissionsarbeit einbringen konnten.

Ein immer wiederkehrendes Thema auf die Tagesordnung waren Medizinische Versorgungszentren (MVZ). Der praktizierende Zahnarzt Christopher Gau aus Esens berichtete von seinen Erfahrungen als Gründer eines MVZ. Er betonte, dass der gegen MVZ vorgebrachte Vorwurf der Renditeorientierung nur vorgeschoben sei: Jede Zahnarztpraxis sei gewinnorientiert. Seine Mitarbeiter seien zufrieden, die Kunden auch. Gau räumte ein, dass Kritik an MVZ teilweise berechtigt sei. Notwendig sei eine Vielfalt im Markt, Monopolbildung müsse verhindert werden. In der Kommission wurden Bedenken geäußert,

dass es massive Regelübertretungen von MVZ gebe. Da sie keine Mitglieder der Kammer seien, fänden historische Aufsichtsinstrumente nicht statt.

BESCHLÜSSE DER KOMMISSION

Ein Beschluss der Kommission befasste sich mit dem Ärztemangel, der inzwischen nicht nur in vielen ländlichen Regionen herrscht. In dem Papier fordert die Kommission, dass Bundesmittel zum Ausbau der Medizinstudienplätze eingesetzt werden, dass bürokratische Hürden, mit denen viele Universitäten beim Studienplatzausbau zu kämpfen haben, abgebaut werden und so mehr Menschen die Möglichkeit gegeben wird, Arzt zu werden. Ein weiterer Beschluss befasste sich mit den gesundheitlichen Einheitsstandards der Europäischen Union. In ihrem Beschluss machte die Kommission klar, dass sie den EU-Vorstoß ablehnt, durch fragwürdige Einheitsstandards die bundesdeutschen Qualitätsstandards im Gesundheitswesen zu gefährden. Darüber hinaus fasste die Kommission einen Beschluss, der sich für mehr Wettbewerb im Arzneimittelmarkt ausspricht. Im Interesse der Versorgungssicherheit müsse eine hinreichende Arzneimittelauswahl sichergestellt sein. Spezielle Versorgungsbedürfnisse seien dabei angemessen zu berücksichtigen.



Vortrag von Peter Huber, Vorstand der DRF Luftrettung, über die Rahmenbedingungen des Rettungsdienstes, 17. Mai 2019

tigen. In einem Beschluss fordert die Kommission eine höhere Transparenz beim GKV-Spitzenverband. Festbetragsfestsetzungen sollten einer Veröffentlichungspflicht unterliegen und durch externe Sachverständige stichprobenartig alle zwei Jahre auf ihre ordnungspolitische Konformität im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit auch aus Patientensicht überprüft werden. Des Weiteren wird in einem Beschluss die Überprüfung und Weiterentwicklung des Festbetragssystems gefordert. Peter Huber, Vorstand der DRF Luftrettung berichtete über die 24-Stunden-Verfügbarkeit und die sektorenübergreifende Zuständigkeit des Luftrettungswesens. Die Kommission fasste einen Beschluss, in dem eine Reform der Notfallrettung gefordert wird.

Alle Beschlüsse der Kommission wurden im MIT-Bundesvorstand zur Abstimmung gestellt und anschließend angenommen.

EVALUATION DER SITZUNGEN

Die Sitzungen der Kommission Gesundheit wurden von den Teilnehmern in den Evaluationen positiv bewertet. Die Evaluationen wurden im Anschluss an jede Sitzung anonym und online durchgeführt. Über alle Sitzungen hinweg waren im Durchschnitt 85 Prozent der Teilnehmer mit der Veranstaltung zufrieden, 12 Prozent bewerteten die Sitzungen mit „neutral“ und 3 Prozent der Teilnehmer äußerten sich unzufrieden mit einer der Veranstaltungen. Bei der Auswahl der Themen äußerten sich 90 Prozent zufrieden, 10 Prozent beurteilten die Themenauswahl mit „neutral“. Mit der Sitzungsleitung der Kommissionsvorsitzenden waren 87 Prozent zufrieden, 10 Prozent äußerten sich neutral, 3 Prozent waren unzufrieden.

VORTRÄGE UND GESPRÄCHE DER KOMMISSION GESUNDHEIT 2017–2019

- **Neue Strukturen der Arzneimittelversorgung**, Dr. Peter Froese, Vorsitzender Apothekerverband Schleswig-Holstein
- **MVZ in der zahnärztlichen Versorgung – Grab der Freiberuflichkeit?** Florian Lemor, Hauptgeschäftsführer der Bundeszahnärztekammer
- **Änderung der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV)**, Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer, Zentralverband des Deutschen Baugewerbes
- **Industrialisierung der Heilberufe verhindern: MVZ-Gründung und Unterversorgung**, Dr. Svante C. Gehring, Ärztegenossenschaft Nord eG
- **Aktuelle Situation der Krankenhäuser**, Georg Baum, Hauptgeschäftsführer Deutsche Krankenhausgesellschaft, Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorsitzender der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft
- **Medizinische Versorgungszentren. Stand der politischen Diskussion und Lösungsansätze**, Christopher Gau, Zahnarzt
- **Festbetrag als Innovationshemmnis für den Mittelstand. Konsequenzen aus dem BSG-Urteil vom 3. Mai 2018 zu Medikinet Adult**, Claus Burgardt, Partner der Kanzlei Sträter Rechtsanwälte
- **Rahmenbedingungen des Rettungsdienstes im Kontext der sektorenübergreifenden Versorgung**, Dr. Peter Huber, Vorstand der DRF Luftrettung



Konstituierende Sitzung der Kommission Gesundheit, 23. Februar 2018

LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNG, VERBRAUCHERSCHUTZ

MEHR FREIRÄUME FÜR DIE LAND-, FORST- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

GITTA CONNEMANN MDB, CHRISTOPH MINHOFF



Gitta Connemann MdB

Der MIT-Bundesvorstand hat nach dem Bundesmittelstandtag 2017 erstmals eine eigene Kommission für die Themenbereiche Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz eingerichtet. Den Vorsitz übernahmen die für diese Themen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verantwortliche stellvertretende Vorsitzende Gitta Connemann und Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer des Lebensmittelverbands Deutschland sowie des Dachverbands der deutschen Lebensmittelindustrie BVE.

Die Kommission erarbeitete eine Selbstverortung bzw. ein Plädoyer für „mehr Freiräume für die deutsche Land-, Forst und Ernährungswirtschaft“. Das Leitbild ist eine Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, die auf Vielfalt, Wettbewerbsfähigkeit und Eigenverantwortung beruht. Die Kommissionsmitglieder stehen für unternehmerische Freiheit und den Schutz des Eigentums.

Weitere Schwerpunktthemen waren der dringend erforderliche Abbau von Bürokratie sowie die Chancen der Digitalisierung für die Land- und Ernährungs-



Christoph Minhoff

wirtschaft. Die Kommissionsmitglieder trugen konkrete bürokratische Belastungen aus ihren Arbeitsbereichen zusammen. Diese Beispiele fließen in die weitere Arbeit, u.a. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ein.

CHANCEN DER DIGITALISIERUNG IN DER LAND- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT NUTZEN

Für die Land- und Ernährungswirtschaft birgt die Digitalisierung enor-

mes Potenzial. Satellitengesteuerte Traktoren und Milchroboter kommen bereits in vielen Betrieben zum Einsatz. Passgenau können Saatgut, Dünger oder Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Vor diesem Hintergrund hat die MIT-Kommission Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz den Antrag „Experimentierfeld digitaler Bürokratieabbau“ erarbeitet, den der MIT-Bundesvorstand beschlossen hat. Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung mit Bundesministerin Julia Klöckner im Dezember 2018 wurde der Beschluss vorgestellt und beraten. Die Kommissionsmitglieder sehen die Landwirtschaft in Deutschland mit immer mehr Regelungen und Standardsetzungen konfrontiert. Diese bringen Pflichten zur Dokumentation und zur Meldung von betrieblichen Informationen mit sich. Ihre Erfüllung verursacht einen erheblichen zeitlichen und zum Teil auch finanziellen Aufwand. Gerade klein- und mittelständische Betriebe sind dadurch überproportional belastet. Der Abbau bürokratischer Lasten ist deshalb für die Landwirtschaft existentiell. Deshalb sind die Einrichtung eines „Experimentierfeld Digitaler Bürokratieabbau“ in der Landwirtschaft sowie eine



Bundesministerin Julia Klöckner diskutiert mit der Kommission über Bürokratieabbau in der Landwirtschaft und die digitalen Experimentierfelder des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

entsprechende Schwerpunktsetzung in dem geplanten Kompetenzzentrum von zentraler Bedeutung.

Darüber hinaus hat die neue Kommission aktuelle Themen beraten. Sie befasste sich unter anderem mit der kontrovers diskutierten EU-Richtlinie zu unlauteren Handelspraktiken, mit dem neuen Verpackungsgesetz und der geplanten Verschärfung der Düngerverordnung. Hierzu fasste nach Vorbereitung in der Kommission anschließend der MIT-Bundesvorstand einen Beschluss, dem zufolge vor einer ggf. erneuten Novellierung der Düngerverordnung zwingend die Ergebnisse des

nächsten Nitratberichts abgewartet werden müssten. Des Weiteren verabschiedete der Bundesvorstand einen Antrag der Kommission zur steuerlichen Entlastung von Forstbetrieben nach Extremwettern.

EVALUATION DER SITZUNGEN

Die Sitzungen der Kommission Landwirtschaft, Ernährung, Verbraucherschutz wurden von den Teilnehmern in den Evaluationen positiv bewertet. Die Evaluationen wurden im Anschluss an jede Sitzung anonym und online durchgeführt. Über alle Sitzungen hinweg waren im Durchschnitt 80 Prozent der Teilnehmer mit der Veranstaltung

zufrieden, 20 Prozent äußerten sich neutral. Bei der Auswahl der Themen äußerten sich 87 Prozent zufrieden, 13 Prozent beurteilten die Themenauswahl mit „neutral“. Mit der Sitzungsleitung der Kommissionsvorsitzenden waren 84 Prozent zufrieden, 16 Prozent äußerten sich neutral.

Anzeige

**ALLES AUS EINER HAND
MADE IN
BERLIN
RHEINBACH**




Als Medienhaus mit dem Standort Rheinbach und der Betriebsstätte Berlin sind wir stolz darauf, dass unsere Qualität in ganz Deutschland geschätzt wird.

Wie können wir Ihnen helfen?
www.ubgnet.de · www.UBG365.de



STEUERN UND FINANZEN

ZAHLREICHE ERFOLGE BEI STEUERTHEMEN

SEBASTIAN BREHM MDB, HARTMUT SCHAUERTE



Sebastian Brehm MdB



Hartmut Schauerte

Die Steuer- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Sebastian Brehm MdB und Hartmut Schauerte befasste sich in den vergangenen zwei Jahren mit aktuellen steuer- und finanzpolitischen Gesetzesvorhaben und diskutierte globale und nationale finanzpolitische Herausforderungen. Die MIT-Kommission setzt sich für Steuersicherheit, Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit ein. Denn nur mit einer verlässlichen Steuerpolitik könne das Vertrauen der Bürger in den Steuerstaat zurückgewonnen werden. Ziel der Kommission war es, die Forderungen und Impulse der Kommissions-

mitglieder in den politischen Prozess ergebniswirksam einzubringen.

MIT-ERFOLG: STEUER- UND SOZIALABGABENFREIE SACHZUWENDUNGEN

Die Kommission setzte sich für eine Ausweitung und Vereinfachung der steuer- und sozialabgabenfreien Sachzuwendungen für Arbeitnehmer ein. Gleichzeitig sollten die Ideen innovativer deutscher Geschäftsmodelle wie Guthaben-Kreditkarten als bürokratiearme und attraktive Alternative zu den Gutschein-Angeboten ausländischer Großkonzerne als Sachzuwen-

dung anerkannt werden. Die Steuer- und Finanzkommission erarbeitete eine Vorlage für den MIT-Bundesvorstand, der einen Beschluss zur Beibehaltung von Guthaben-Kreditkarten als steuerfreie Sachzuwendung fasste. Die starke inhaltliche Arbeit der Kommission und die breite Öffentlichkeitsarbeit der MIT haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Bundesministerium für Finanzen die geplanten Einschränkungen bei steuerfreien Sachbezügen fallen ließ.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz wollte im Jahressteuergesetz ursprünglich die Möglichkeit, dass jeder Arbeitgeber seinen Mitarbeitern pro Monat 44 Euro als Sachbezug steuer- und sozialabgabenfrei zuwenden kann, drastisch einschränken. Die bislang für diesen Zweck besonders beliebten Gutschein- und Debitkarten, auf die die 44 Euro überwiesen werden und mit denen man bei verschiedenen Akzeptanzstellen einkaufen kann, wollte Scholz von der Abgabefreiheit ausnehmen. Dies hätte nach Angaben des Prepaid-Verbandes rund sechs Millionen Arbeitnehmer betroffen. Die MIT sprach sich mit Nachdruck und Erfolg gegen diese Einschränkung aus.

MODERNISIERUNG DER UNTERNEHMENSTEUER

Die MIT-Kommission forderte angesichts des verschärften internationalen Wettbewerbs und gravierender Schwächen im nationalen Steuerrecht eine grundlegende Neuordnung des Unternehmensteuerrechts in Deutschland. Die Kommission setzte sich in einem 10-Punkte-Plan dafür ein, noch in der laufenden Legislaturperiode das Unternehmensteuerrecht strukturell zu vereinfachen und Steuersätze zu senken. Bei der Steuerlast etwa befürwortet die Kommission einen einheitlichen Körperschaftsteuersatz von zehn



Die Kommission diskutiert über die Reform der Grundsteuer, 28. Januar 2019



Die Kommission diskutiert über die Reform der Grundsteuer, 28. Januar 2019

Prozent. Die gesamte Belastung solle inklusive Gewerbesteuer nicht höher als 25 Prozent liegen.

Der 10-Punkte Plan der Steuer- und Finanzkommission konnte in das Papier der AG Finanzen zur Modernisierung der Unternehmensteuer miteinfließen. Das Papier ist zum wichtigen Impuls für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geworden.

ABSCHAFFUNG DES SOLIDARITÄTSZUSCHLAGS

Die Steuer- und Finanzkommission setzte sich für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags in der laufenden Legislaturperiode ein. Falls der Solidaritätszuschlag nicht schon in der laufenden Legislaturperiode mit voller Finanzwirksamkeit abgeschafft werden kann, solle ein vollständiges Auslaufen in dieser Legislaturperiode zumindest gesetzlich fixiert werden.

Der CDU-Parteitag hat im Dezember 2018 mit großer Mehrheit dem MIT-Antrag zum vollständigen Abbau des Solidaritätszuschlags zugestimmt. Im Beschluss heißt es konkret: „Die CDU Deutschlands will den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest“. Das klare

Bekennnis der CDU zur Abschaffung des Solis und die Einigung der Großen Koalition, den Soli für 90 Prozent der Steuerzahler abzuschaffen, sind wichtige erste Schritte. Die MIT fordert im nächsten Schritt die vollständige Abschaffung des Solis für alle bis 2021 und setzt sich dafür ein, dass die Union zu ihrem Parteitagsbeschluss steht.

GRUNDSTEUER

Die Reform der Grundsteuer, die bis Ende des Jahres 2019 in Kraft treten soll, war ein weiteres wichtiges Thema, mit dem sich die Steuer- und Finanzkommission in ihren Sitzungen beschäftigte. Gemeinsam mit dem Co-Vorsitzenden Sebastian Brehm MdB analysierten die Kommissionsmitglieder die verschiedenen zur Debatte stehenden Modelle und beleuchteten diese u.a. auf Bürokratie, Praktikabilität und Aufkommensneutralität. Die Kommission sprach sich für ein wertunabhängiges Flächenmodell bei der Grundsteuer aus. Bürokratische Modelle wie die des Bundesfinanzministers Olaf Scholz lehnte die Kommission ab. Ein wichtiges Anliegen der Kommission war darüber hinaus, dass die Grundsteuer weder zu einer Vermögensteuer noch einer Ertragsteuer mit Umverteilungszweck gemacht wird.

ÖFFENTLICHES TRANSPARENZREGISTER: MIT MAHNT VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT AN

Im Sommer 2019 befasste sich die Kommission mit der 5. EU-Geldwäscherichtlinie und der vorgesehenen Öffnung des Transparenzregisters für die Öffentlichkeit. Als Referentin lud die Kommission Ninja-Antonia Reggelin, Leiterin Steuerpolitik der Familienunternehmer, ein. Gemeinsam wurden die Vor- und Nachteile eines öffentlichen Transparenzregisters wirtschaft-

lich Berechtigter diskutiert und Möglichkeiten zum besseren Datenschutz für Unternehmer besprochen. Die Kommission befürwortet die Bemühungen, den internationalen Terrorismus und Geldwäsche durch mehr Transparenz bei Firmenbeteiligungen zu erhöhen. Bei der Umsetzung muss aber der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden, so das Fazit der Kommission. Erhöhte Veröffentlichungspflichten, die für die Terrorbekämpfung keine weiteren Vorteile bringen, zugleich aber deutsche Familienunternehmen im Wettbewerb zum Beispiel mit chinesischen Konkurrenten deutlich benachteiligen und die eine Gefährdung der Anteilseigner nach sich ziehen könnten, lehnt die Kommission ab. Aus den Diskussionen und Beratungen der Kommissionsitzung wurde eine Beschlussvorlage ausgearbeitet, die am 1. Juli 2019 vom Bundesvorstand der MIT beschlossen wurde.

EVALUATION DER SITZUNGEN

Die Sitzungen der Kommission „Steuern und Finanzen“ wurden von den Teilnehmern in den Evaluationen sehr positiv bewertet. Die Evaluationen wurden im Anschluss an jede Sitzung anonym und online durchgeführt. Über alle Sitzungen hinweg waren im Durchschnitt 98 Prozent der Teilnehmer mit der Veranstaltung zufrieden, nur 2 Prozent bewerteten die Sitzungen mit „neutral“ und kein Teilnehmer äußerte sich unzufrieden mit einer der Veranstaltungen. Bei der Auswahl der Themen äußerten sich 98 Prozent zufrieden. Die Unzufriedenheit lag hier bei einem Prozent und der Rest blieb neutral. Mit der Sitzungsleitung der Kommissionsvorsitzenden war die große Mehrheit der Kommission (90 Prozent) durchweg zufrieden. Der Rest bewertete die Sitzungsleitung mit neutral.

WIRTSCHAFT, HANDEL, GASTGEWERBE, HANDWERK

WIRTSCHAFTSPOLITIK ZUKUNFTSGERICHTET GESTALTEN

DR. MATTHIAS HEIDER MDB, DORIN MÜTHEL-BRENNCKE, JÖRG HAMEL, GEREON HAUMANN



Dr. Matthias Heider MdB



Dorin Müthel-Brenncke



Jörg Hamel



Gereon Haumann

Die Kommission für Wirtschaftspolitik unter dem Vorsitz von Dr. Matthias Heider MdB (Wirtschaft), Jörg Hamel (Handel), Gereon Haumann (Gastgewerbe) und Dorin Müthel-Brenncke (Handwerk) hat sich in den letzten beiden Jahren gemeinsam mit den weiteren 26 ordentlichen Mitgliedern mit vielfältigen Wirtschaftsthemen befasst: Datenschutz, unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette, die Lage im Handwerk und die Sicherung der Rohstoffversorgung. Im April 2018 startete die Kommission mit dem Thema Datenschutz. Olaf-Pe-

ter Schleichert, Partner bei Deloitte und Leiter Analytics Deloitte Deutschland, sprach zum Thema „Data Privacy als Schlüsseltechnologie“. Zudem referierte Bernd Nauen, Geschäftsführer des ZAW, zum Thema „E-Privacy-Verordnung und das Internet“. Im weiteren Verlauf diskutierte die Kommission über mögliche Sanktionen seitens der EU-Kommission in Bezug auf die E-Privacy-Verordnung sowie über Rechtswege und Aufsichtsbehörden. Es wurde unterstrichen, dass die deutsche Regierung in der Pflicht ist, Stellung für den Mittelstand zu beziehen. In dem von der Kommission ausgearbeiteten Antrag „Chancen der Digitalisierung nutzen – für eine wirtschafts- und ordnungspolitisch ausbalancierte E-Privacy-Verordnung“ wurde gefordert, dass der Datenschutz in der E-Privacy-Verordnung in Gleichklang mit der DS-GVO geregelt werden sollte, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Geschäftsmodelle gelten und die Datenverarbeitung praxistauglich und zukunftsfest reguliert wird.

Am 19. Juli 2018 traf sich die Wirtschaftskommission erstmalig außerhalb Berlins. Ziel war die neutrale Plattform GS 1 in Köln. Hier werden Standards

entwickelt und das Zusammenspiel aller Akteure einer Lieferkette koordiniert. GS 1 Germany entwickelt intelligente Lösungen und Standards zum Beispiel bei der Rückverfolgbarkeit von Produkten, der Lebensmitteltransparenz, der Patientensicherheit und dem E-Commerce. Hauptthema der Sitzung der Wirtschaftskommission war die Rückverfolgung von Produkten. Um eine transparente Lieferkette zu gewährleisten, werden global gültige und überschneidungsfreie Standards benötigt. Das berühmte Beispiel von Pferdefleisch in der Lasagne zeigt die Bedeutung dieses Themas für den Handel. Die Hauptherausforderungen sind hierbei die Dokumentation der einzelnen Prozessschritte, der Austausch aller relevanten Daten zwischen den Beteiligten der Lieferkette, bestehende Insellösungen und die Qualität der Produktdaten. Die Lösung hier sind globale und überschneidungsfreie Standards. Sie helfen, die Probleme an den unternehmensübergreifenden Schnittstellen zu beheben. Gleichzeitig werden durch die Standardisierung die Prozesse automatisiert, schneller und effizienter.

Ein weiteres Thema, das bei GS 1 angesprochen wurde, war die Block-

chain-Technologie. Das Projekt „Palettentausch mit Blockchain-Technologie“ wurde vorgestellt und es wurde schnell klar, dass diese Technologie sicherlich ihre Bedeutung hat und haben wird, der momentane Hype aber nur bedingt gerechtfertigt ist.

MISSBRAUCHSAUFSICHT IM DIGITALEN BEREICH

Im November 2018 referierte Thorsten Käseberg, Referatsleiter für Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik sowie wettbewerbsrechtlicher Grundsatzfragen der Digitalisierung im BMWi zur Fusionskontrolle am Beispiel von WhatsApp und Facebook. Das Gutachten über die „Modernisierung der Missbrauchsaufsicht für marktmächtige Unternehmen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurde ausführlich diskutiert. Dabei spielte die Frage eine Rolle, ob die kartellrechtlichen Regeln zum Schutz vor dem Missbrauch wirtschaftlicher Macht hinreichend klar und effektiv sind, insbesondere in der Abgrenzung von KMU zu solchen Unternehmen wie z.B. Facebook.

BERUFLICHE BILDUNG UND BÜROKRATIEABBAU IM HANDWERK

Der Geschäftsführer des ZDH, Karl-Sebastian Schulte, sprach Anfang 2019 zur aktuellen Lage im Handwerk. Zum Thema Fachkräftesicherung durch höhere Berufsbildung referierte Volker Born, Abteilungsleiter Berufliche Bildung. Mit dem Thema Bürokratieentlastung setzte sich die Kommission im weiteren Verlauf der Sitzung auseinander. Markus Pfeifer, Referatsleiter der Abteilung Organisation und Recht vom ZDH schilderte die Überforderung in den Betrieben durch Bürokratiebelastung. Ein von der Kommission ausgearbeiteter Beschluss mit dem Titel „Stärkung des deutschen Mittel-



Hauptgeschäftsführerin Franziska Erdle von WV Metalle referiert über die Sicherung der Rohstoffversorgung, 6. Mai 2019

standes durch höhere Berufsbildung“ wurde während der Klausurtagung vom MIT-Bundesvorstand beschlossen. Dadurch soll der Begriff „Höhere Berufsbildung“ im Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung verankert werden und neue Fortbildungsstufen geschaffen werden. Zudem will die MIT die höhere Berufsbildung durch eine Exzellenzinitiative stärken.

UNLAUTERE HANDELSPRAKTIKEN IN DER LEBENSMITTELVERSORGUNGSKETTE: DER RICHTLINIENENTWURF DER EU-KOMMISSION

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Befassung mit unlauteren Handelspraktiken in Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette. Die „UTP“-Richtlinie stellt eine Liste verbotener Verhaltensweisen auf, die kleine Lieferanten und insbesondere Landwirte vor der Verhandlungsmacht der Abnehmer in der Versorgungskette schützen soll. In einem Beschluss der Kommission an den MIT-Bundesvorstand wurde

die Bundesregierung aufgefordert, dem Richtlinienvorschlag nur unter bestimmten Einschränkungen - wie z.B. einer Begrenzung des Anwendungsbereichs nur auf Produkte aus dem Lebensmittelsektor - zuzustimmen. Nach Abschluss der Trilogverhandlungen der Richtlinie wurde der Anwendungsbereich auf landwirtschaftliche Erzeugnisse begrenzt, der behördliche Schutz vor unlauteren Handelspraktiken auf Geschäftsbeziehungen zwischen KMU und größeren Unternehmen beschränkt und ein generelles Verbot von (Einkaufs-)Genossenschaften vermieden. Hierdurch wurden die wesentlichen Forderungen der MIT erfüllt. Des Weiteren fordert die Kommission eine strikte 1-zu-1-Umsetzung der Richtlinie und die Benennung des Bundeskartellamtes als Durchsetzungsbehörde. Die Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass in der nationalen Umsetzung nicht durch weitere Verschärfungen „draufgesattelt“ werden dürfe. Vielmehr solle das BMWi das Gesetzverfahren federführend übernehmen. Die Überwachung soll durch das Bundeskartellamt erfolgen.



Kommissionssitzung mit dem Schwerpunkt Handwerk im Haus des Handwerks, 18. Februar 2019



Diskussion mit dem Kommunikationschef von Airbnb Deutschland, Tobias Heyer, 26. November 2018

ROHSTOFFSICHERUNG UND WASSERSTOFFBEWIRTSCHAFTUNG ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DEN MITTELSTAND

Ein weiterer Schwerpunkt galt dem Thema Rohstoffsicherung. Im Mai 2019 referierte Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Metalle, zu diesem Thema und skizzierte den steigenden Bedarf an Metallen sowie die damit verbundenen Probleme zur Sicherstellung des Zugriffs auf Rohstoffe in Hinblick auf Protektionismus, Verstöße gegen die WTO, etc. Die Kommission nahm im weiteren Verlauf der Sitzung einen diesbezüglich ausgearbeiteten Antrag mit dem Titel „Rohstoffversorgung sichern – Mittelstand stärken“ an. In diesem fordert die MIT die Bundesregierung unter anderem auf, einen Beauftragten für Rohstoffsicherung und Kreislaufwirtschaft zu benennen, gegen protektionistische Maßnahmen von Ländern wie China vorzugehen und die Rohstoffstrategie um den Aspekt der Kreislaufwirtschaft zu ergänzen. Des Weiteren wird eine Besteuerung von Rohstoffen abgelehnt.

Im weiteren Verlauf wurde von Herrn Oliver Grundmann MdB, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, zum Thema Wasserstoffbewirtschaftung referiert. Herr Grundmann zeigte insbesondere die Vorteile alternativer Kraftstoffe auf und kritisierte die Fokussierung allein auf die Elektromobilität. Die Kommission sprach sich für die Erstellung eines Forderungspapiers zur Wasserstoffbewirtschaftung aus.

ABMAHNMISSBRAUCH EINSCHRÄNKEN, EXISTENZBEDROHUNGEN VERHINDERN

Zuletzt warb Peter Schröder, Bereichsleiter Recht & Verbraucherpolitik des HDE, für eine Einschränkung des Abmahnmissbrauchs. Bereits 66% der Händler sähen sich dadurch in ihrer Existenz bedroht. Aus diesem Grund müsse der Gesetzentwurf des BMJV von 2018 zeitnah umgesetzt werden. Bereits im April 2018 forderte die Kommission die Bundesregierung in einem Beschluss dazu auf, hinsichtlich des Missbrauchs des Abmahnwesens und der Belastung von KMU die An-

forderungen an die Klagebefugnis zu verschärfen, Kriterien für einen Rechtsmissbrauch konkreter zu formulieren und eine Streitwert- oder Kostendeckelung für Regelbeispiele einzuführen, sowie den fliegenden Gerichtsstand für UWG-Angelegenheiten abzuschaffen.

EVALUATION DER SITZUNGEN

Die Sitzungen der Kommission Wirtschaft, Handel, Gastgewerbe, Handwerk wurden von den Teilnehmern in den Evaluationen positiv bewertet. Die Evaluationen wurden im Anschluss an jede Sitzung anonym und online durchgeführt. Über alle Sitzungen hinweg waren im Durchschnitt 94 Prozent der Teilnehmer mit der Veranstaltung zufrieden, 4 Prozent bewerteten die Sitzungen mit „neutral“ und 2 Prozent der Teilnehmer äußerten sich unzufrieden mit einer der Veranstaltungen. Bei der Auswahl der Themen äußerten sich 79 Prozent zufrieden, 16 Prozent beurteilten die Themenauswahl mit „neutral“, 5 Prozent war unzufrieden. Mit der Sitzungsleitung der Kommissionsvorsitzenden waren 93 Prozent zufrieden, 7 Prozent äußerten sich neutral.



 Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

Hinterzimmer war gestern



Union Investment informiert politische Entscheider und Interessierte online und über Facebook mit Fakten, Hintergrundinformationen und Lösungsideen zu aktuellen finanzpolitischen Themen. Transparent und fundiert.

Erfahren Sie mehr auf www.FinanzAgenda.de und folgen Sie uns jetzt bei Facebook unter **FinanzAgenda**.

FinanzAgenda

Digital Public Affairs von Union Investment

Weitere Informationen erhalten Sie auf www.finanzagenda.de oder über Union Asset Management Holding AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main. Stand: 1. August 2019.

PARLAMENTS-KREIS MITTELSTAND

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT STATT STAATLICHE BEVORMUNDUNG

VORSITZENDER: CHRISTIAN FRHR. VON STETTEN MdB



Christian Frhr. von Stetten MdB

SELBSTVERSTÄNDNIS UND AUFGABEN DES PKM

Von den 246 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion engagieren sich 164 Abgeordnete im Parlamentskreis Mittelstand (PKM) für die Selbständigen und die Belange kleiner, mittlerer und familiengeführter Unternehmen. Seit November 2011 ist Christian Freiherr von Stetten MdB

Vorsitzender des PKM. In dieser Funktion ist er auch Mitglied im MIT-Präsidium.

Der PKM setzt sich als Wirtschaftsflügel in allen Bereichen nach ordnungspolitischen Grundsätzen für gute Rahmenbedingungen ein. Maßstab dabei ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. In diesem Sinne steht der PKM für marktwirtschaftliche Lösungen und mündige Verbraucher statt staatlicher Bevormundung, für die Garantie der Privat- und Tarifautonomie, den Eigentumsschutz, gelebte Subsidiarität, fairen Leistungswettbewerb sowie Chancengerechtigkeit und Eigeninitiative anstelle von lähmender Vollkaskotalität und Umverteilung.

Die Mitglieder des PKM treffen sich regelmäßig in den Sitzungswochen vor den Fraktionssitzungen, um über die Mittelstandsrelevanz der anstehenden Gesetzesvorhaben zu diskutieren. Zudem werden im Vorstand des PKM aktuelle Themen, häufig gemeinsam

mit sachkundigen Gästen aus der Bundesregierung, Verbänden und mit Unternehmerpersönlichkeiten, besprochen. Die selbständigen PKM-Arbeitsgruppen Bürokratieabbau, Handwerk und Gesundheitswirtschaft und gesundheitliche Versorgung sowie die PKM-Kommission Modernes Arbeits- und Sozialrecht und der Gesprächskreis Freie Berufe tagen in unregelmäßigen Abständen, um mit den Fachreferenten der Verbände und Kammern aktuelle fachpolitische Themen zu erörtern.

Das jährlich stattfindende PKM-Sommerfest gilt als einer der Höhepunkte des Berliner Politiksommers. Gleiches gilt für den Neujahrsempfang, den die Politik und die Spitzen der Wirtschaft gerne zum Gedankenaustausch nutzen.

Der PKM ist und bleibt der Ansprechpartner des Mittelstands im Deutschen Bundestag.

DER PKM IN DER 1. HÄLFTE DER 19. LEGISLATURPERIODE (2017 - 2019)

Der PKM hat sich unmittelbar in der Woche nach der Bundestagswahl vom 24. September 2017 konstituiert. In der Plenarversammlung am 26. September 2017 wurden folgende Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands gewählt: Christian Frhr. von Stetten (Vorsitzender), Hans Michelbach (Erster stellvertretender Vorsitzender), Marie-Luise Dött (Stellvertretende Vorsitzende), Andreas Lämmel (Stellvertretender Vorsitzender), Mathias Middelberg (Stellvertretender Vorsitzender) und Gitta Connemann (Justiziarin). Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen und die Verteilung von Regierungs- und Fraktionsämtern wurden die anderen Vorstandsmitglieder erst am 22. März 2018 gewählt.



Angela Merkel, Annegret Kramp-Karrenbauer, Ralph Brinkhaus und Alexander Dobrindt zu Gast beim PKM-Sommerfest 2019



Annegret Kramp-Karrenbauer im Gespräch mit dem PKM

Während der Jamaica-Sondierungsgespräche und den anschließenden Verhandlungen mit der SPD hat der PKM klare inhaltliche Forderungen formuliert und diese in die Verhandlungen eingebracht. Der PKM war durch mehrere Mitglieder in den unterschiedlichsten Verhandlungsgruppen vertreten und hat für mittelstandsfreundliche Positionen gekämpft. So konnten einige positive Maßnahmen in den Koalitionsvertrag eingebracht werden wie etwa der Verzicht auf Steuererhöhungen und die Einhaltung der schwarzen Null, die Verabredung, durch ein Bürokratieentlastungsgesetz gerade mittelständische Betriebe von unnötiger Bürokratie zu befreien, weitere Entlastungen bei der Kalten Progression, die Steigerung der Forschungsausgaben, die Bereitstellung signifikanter Mittel zum Ausbau der Infrastruktur insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung, die Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent und die Vereinbarung einer Fachkräftestrategie, die auch ein Fachkräftezuwanderungsgesetz umfasst. Leider mussten wir neben

Enttäuschungen bei der Ressortverteilung aber auch Forderungen der SPD akzeptieren, die die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gerade für unsere mittelständischen Betriebe und Familienunternehmen verschlechtern. Angefangen bei der Rückkehr zur Parität bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung, über ein Teilzeitrückkehrrecht, die Verschärfungen bei der sachgrundlosen Befristung bis hin zur Garantie des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2025 – all diese Themen und noch einige mehr hat die SPD zur Voraussetzung für ihren Eintritt in die große Koalition gemacht.

Mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags und der Vereidigung der Bundesregierung am 14. März 2018 war klar, dass auch in dieser Legislaturperiode der PKM das marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Korrektiv innerhalb der Großen Koalition sein muss. Eine wesentliche Aufgabe des PKM ist es darauf zu achten, die im Koalitionsvertrag verabredeten Vorhaben so umzusetzen, dass die Rahmenbedin-

gungen für die Wirtschaft und den Mittelstand gut bleiben.

TEILZEITRÜCKKEHRRECHT, RENTENPAKET UND SENKUNG DER ARBEITLOSEN-VERSICHERUNGSBEITRÄGE

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil hat sehr schnell Gesetzentwürfe zu arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen vorgelegt. Sein Rentenpaket umfasste u.a. eine weitere Aufstockung bei der sog. Mütterrente und die Garantie des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis zum Jahr 2025. Seine Versuche, diese Rentengarantie im Gesetzgebungsverfahren über das Jahr 2025 hinaus auszudehnen, konnten wir erfolgreich unterbinden. Gleiches gilt für seine Versuche, das Teilzeitrückkehrrecht umfassender auszugestalten. Der PKM hat mit dazu beigetragen, dass die neuen Ansprüche der Arbeitnehmer nur in Betrieben mit mehr als 45 Mitarbeitern gelten. Positiv ist zu vermerken, dass zum 1. Januar 2019 die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3,0 auf 2,5 Prozent gesenkt wurden. Dies entlastete Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wir haben uns für eine noch stärkere Absenkung der Beiträge bzw. die Vereinbarung einer automatischen Absenkung bei Überschreitung einer bestimmten Mindestreserve eingesetzt, konnten diese aber leider nicht durchsetzen.

KALTE PROGRESSION UND FACHKRÄFTE-ZUWANDERUNGSGESETZ

Ebenfalls positiv ist, dass wir die kalte Progression abgebaut haben. Auch dies führt zu einer milliardenschweren Entlastung der arbeitenden Mitte der Gesellschaft. Nach vielen intensiven Diskussionen wurde vor der Sommerpause das sog. Fachkräftezuwande-

rungsgesetz im Paket mit besseren Regelungen für die Ausweisung abgelehnter Asylbewerber auf den Weg gebracht. Das Fachkräftezuwanderungsgesetz schafft Erleichterung bei der Gewinnung von Fachkräften aus Drittstaaten etwa, indem die bisher geltende Begrenzung auf Mangelberufe und die Vorrangprüfung entfallen. IT-Spezialisten können zukünftig auch ohne Abschluss in unser Land kommen. Personen über 45 Jahren brauchen ein Mindestgehalt oder eine sonstige angemessene Altersversorgung, um einreisen zu dürfen. Insgesamt war es dem PKM in der Diskussion immer wichtig, einen praktikablen Kompromiss zwischen dem vorhandenen Fachkräftebedarf der Unternehmen und Betriebe und der Vermeidung des Missbrauchs der neuen Möglichkeiten zu schaffen. Denn klar ist, dass wir keine Anreize für eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme schaffen dürfen. Das ist mit der getroffenen Regelung gelungen.

BÜROKRATIE-ENTLASTUNGSGESETZ, SACHGRUNDLOSE BEFRISTUNG, MINDEST-AUSBILDUNGS-VERGÜTUNG

Schon seit einigen Monaten diskutiert die Bundesregierung über ein Bürokratieentlastungsgesetz III. Unser Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat ein Paket vorgelegt, das unsere Unternehmen signifikant entlasten würde. Von der Verkürzung der Aufbewahrungsfristen, über die weitere Anhebung der Grenzen für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter, Vereinfachungen bei den sog. Hotelmeldzetteln und die Digitalisierung der Krankenbescheinigungen liegen viele gute Vorschläge auf dem Tisch. Aber leider wird das Gesetz trotz Vereinbarung im Koalitionsausschuss von der



Gespräch mit Christian Lindner bei der PKM-Klausurtagung 2019

SPD blockiert. Das Thema Mindestausbildungsvergütung – ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbart – wird uns nach der Sommerpause beschäftigen. Wir werden darauf achten, dass die Regelungen nicht zur Verringerung der Ausbildungsbereitschaft führen. Der Gesetzentwurf zur Verschärfung der sachgrundlosen Befristung ist ebenfalls für den Herbst angekündigt. Hier

wollen wir durchsetzen, dass das Instrument grundsätzlich erhalten bleibt und auch die öffentliche Hand in den Anwendungsbereich des Gesetzes einbezogen wird. Denn gerade in Ministerien wird häufig sachgrundlos befristet.

GRUNDSTEUER

Durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind wir gezwungen, die



Antrittsbesuch von Peter Altmaier beim PKM

Grundsteuer neu zu regeln. Wir haben im vergangenen Jahr intensiv mit dem SPD-Finanzminister Olaf Scholz diskutiert. Aus einem schlechten Gesetzentwurf konnten wir einen nicht ganz so schlechten Gesetzentwurf machen, der sich nun im parlamentarischen Verfahren befindet. Er hat immer noch große Schwächen, etwa wenn er die öffentliche Hand als Vermieter gegenüber privaten Vermietern durch einen Abschlag auf die Grundsteuer von 25 Prozent privilegiert. Auch muss darauf geachtet werden, dass der Entwurf ein klares Bekenntnis zur Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf den Mieter enthält. Wichtig ist, dass vorgesehen ist, dass die Länder von dem Gesetz abweichen können. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir die Regelungskompetenz für die Grundsteuer gänzlich an die Länder zurückgegeben. Denn als reine Ländersteuer gehört sie eigentlich dort hin.

UNTERNEHMEN- STEUERREFORM UND SOLIDARITÄTSZUSCHLAG

In der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird momentan unter Federführung von zwei PKM-Mitgliedern an einer Reform der Unternehmensbesteuerung gearbeitet. Das internationale Umfeld zeigt, dass wir hier dringend handeln müssen, um unseren Wirtschaftsstandort nicht zusätzlich zu gefährden. Teil dieses Konzepts ist auch die Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Der PKM hat sich immer für eine vollständige Abschaffung in dieser Legislaturperiode für alle ausgesprochen. Die Abschaffung für 90 Prozent der Solizahler, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, genügt uns nicht.

Anzeige



**Erfahren, wie die Zielgruppe "tickt".
Erkennen, worauf es ankommt.**

Ihr Markt- und Sozialforschungsinstitut in der Mitte Deutschlands

INSA-Haus
Arndtstraße 1, 99096 Erfurt
Tel: 0361 38 03 95 70
Fax: 0361 644 31 11

 **INSA**
CONSULERE



BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES 13. BUNDESMITTELSTANDTAGS

| Nummer | Titel | Beschluss und Verfahren |
|--------|---|--|
| | Leitantrag des MIT-Bundesvorstands | |
| L 01 | Mehr Markt Wirtschaft – Lösungen für die sechs größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen | <p>Der Leitantrag wurde durch Pressearbeit und in Form einer Broschüre verbreitet. Viele Ideen daraus sind in Anträge der MIT an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – eingebracht über den PKM – sowie an den Parteitag der CDU Deutschlands aufgenommen worden. Unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundfreibetrag für Kinder wurde angehoben, • Soli wird in einem ersten Schritt zu 90 % abgeschafft (CDU hat auf dem Parteitag darüber hinaus die MIT-Forderung nach 100-%-Abschaffung übernommen), • es gibt keine Steuererhöhungen, • die Meisterpflicht wird in zwölf Gewerken, in denen das verfassungs- und EU-rechtliche möglich ist, wieder eingeführt, • Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist verabschiedet, • zur Reform der „Zulagenrente“ gab es mehrere MIT-Werkstattgespräche und Gespräche mit der Deutschen Rentenversicherung (DRV) und in der CDU/CSU-Fraktion, • CDU-Parteitag hat sich hinter die Abschaffung der „Doppelverbeitragung“ gestellt, Minister Spahn und Heil arbeiten an einer Lösung, • säulenübergreifendes Renteninformationssystem ist bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) in Arbeit, • Amt der Digital-Staatsministerin im Kanzleramt geschaffen, • es gibt einen konkreten Umsetzungsvorschlag von MIT und „DIE JUNGEN UNTERNEHMER“ für eine Gründerschutzzone, viele Vorschläge davon finden sich auch in einem Startup-Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, • über die DS-GVO hinausgehende Datenschutzregulierungen (Datenschutzbeauftragter, Abmahnungen) werden teilweise eingeschränkt, • bei Erneuerbaren Energien werden die Kosten durch Ausschreibungen ermittelt, • die Ausweitung des Emissionshandels als Leitinstrument für den Klimaschutz ist in die Debatte in der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebracht worden und hat gute Chancen, • weitere Werbeverbote konnten bislang verhindert werden, • das BMI arbeitet an einem Gesetzentwurf für mehr Kompetenzen für die Bundespolizei, |

| | | |
|------|---|--|
| | | <ul style="list-style-type: none"> • in Leipzig/Halle eröffnen BMI und BMVg eine neue Cyberagentur. |
| | Grundsatzprogramm | |
| G 01 | Der Kompass – Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert | Das Grundsatzprogramm wurde von der Bundesgeschäftsstelle als Buch herausgegeben und verteilt. Es gab verschiedene Veranstaltungen an der Basis zu dem Thema. Das Buch wurde von Carsten Linnemann persönlich Annegret Kramp-Karrenbauer überreicht, nachdem sie zur CDU-Generalsekretärin gewählt worden war. Im Mittelstandsmagazin wurden verschiedene Aspekte des Grundsatzprogramms mehrfach aufgegriffen. Die CDU hat gemeinsam mit der MIT am 4. Juli 2019 eine Veranstaltung zu „70 Jahren Düsseldorfer Leitsätze“ in Berlin durchgeführt, bei der es auch um die im MIT-GSP aufgelisteten Grundsätze ging. |
| | Allgemeine Anträge | |
| A 01 | Zukunft des Mittelstands gestalten | Die Forderungen waren teilweise in den Forderungen des Leitanspruchs enthalten gewesen. Die Forderungen insbesondere nach Flexibilität der Arbeitszeit werden von der MIT immer wieder bekräftigt. Die geforderte Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um 0,5 Prozentpunkte wurde von der MIT durchgesetzt. |
| A 03 | Medizinische Versorgung verbessern | <p>Am 11. Mai 2019 trat das Terminservice- und Versorgungsgesetz in Kraft. Ein Bestandteil ist der Abbau bürokratischer Hürden und Reglementierungen. Um den Schutz vor Regressen zu erhöhen, wurde die Frist für Wirtschaftlichkeits- und Abrechnungsprüfungen von vier auf zwei Jahre ab Erlass des Honorarbescheids verkürzt. Zufälligkeitprüfungen werden durch eine Prüfung ersetzt, der ein begründeter Antrag der Krankenkassen vorausgehen muss. Für die Feststellung von Arbeitsunfähigkeit sowie für Verordnungen von Krankenhausbehandlungen, Reha- und Vorsorgeleistungen gibt es keine Wirtschaftlichkeitsprüfungen mehr. In Gebieten ärztlicher Unterversorgung werden keine Prüfungen mehr nach Durchschnittswerten durchgeführt.</p> <p>In ländlichen oder strukturschwachen Gebieten sollen künftig die Landesbehörden Zulassungssperren für die Neuniederlassung von Ärzten aufheben können. Zudem erhalten die Länder in den Zulassungsgremien (Landes- und Zulassungsausschüsse) Mitspracherechte.</p> <p>Die ambulante Weiterbildung von grundversorgenden Fachärzten wird gestärkt: Die Zahl der geförderten Weiterbildungsstellen steigt bundesweit von 1.000 auf 2.000.</p> <p>Als Anreiz für eine Niederlassung im ländlichen Raum wird den Ländern die Einführung einer Landarztquote ermöglicht. Die Länder können danach bis zu 10 Prozent der Medizinstudienplätze vorab an Bewerberinnen und Bewerber vergeben, die sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums und der fachärztlichen Weiterbildung in der Allgemeinmedizin für bis zu zehn Jahre in der hausärztlichen Versorgung in unterversorgten bzw. durch Unterversorgung bedrohten ländlichen Regionen tätig zu sein. Zudem sollen Studierende besser über die Möglichkeiten informiert werden, ganze Ausbildungsabschnitte im ländlichen Raum abzuleisten und über die finanzielle Förderung dafür. Dies ergänzt die Maßnahmen, die mit dem Versorgungsstärkungsgesetz bereits auf den Weg gebracht wurden, wie zum Beispiel gezielte finanzielle Anreize, die Kassenärztliche Vereinigungen über Strukturfonds zur Niederlassung im ländlichen Raum setzen können.</p> <p>Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 5 Bundesärzteordnung ist eine der Voraussetzungen für die Erteilung einer Approbation der Nachweis der für die Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache. Die Anerkennung bzw. Erteilung von ärztl. Approbationen ist Ländersache (Landesärztekammern). 2014 wurde von der 87. Gesundheitsministerkon-</p> |

| | | |
|------|---|--|
| | | ferenz eine Erklärung zum Thema Eckpunkte zur Überprüfung der für die Berufsausübung erforderlichen Deutschkenntnisse in den akademischen Heilberufen verabschiedet. Danach sollen Ärzte ein allgemeines Sprachniveau der Stufe „B2“ und ein Fachsprachenniveau der Stufe „C1“ nachweisen. Die 92. GMK 2019 hat diese Eckpunkte nochmals überarbeitet. |
| A 04 | Ergänzung von §3 Einkommensteuergesetz sowie §1 Abs. 1 Sozialversicherungsbeitragverordnung (SvEV) | Der Beschluss fand weder in den Bundesfachausschüssen der CDU, noch in den AG's der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Widerhall. |
| A 05 | Neues, modernes Gesetz für Zuwanderung mit Steuerung und Begrenzung | Forderung war überwiegend im Leitantrag enthalten und wird durch das vom Bundestag beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz weitgehend umgesetzt. |
| A 07 | Praxisgerechtes Baurecht – Forderungen zu aktuellen Themen | Der Beschluss fand weder in den Bundesfachausschüssen der CDU, noch in den AG's der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Widerhall. |
| A 08 | Grundrecht auf Bargeld und uneingeschränkte Bezahlung | (Fusion mit A 21) Bestrebungen für Bargeldobergrenzen oder gar zur Abschaffung des Bargelds konnten stets im Ansatz verhindert werden. |
| A 09 | Praxisbegehung als Zertifizierungswahn | Der Beschluss fand weder in den Bundesfachausschüssen der CDU, noch in den AG's der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Widerhall. |
| A 15 | Korrektur der 1%-Regelung | Der Beschluss fand weder in den Bundesfachausschüssen der CDU, noch in den AG's der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Widerhall. |
| A 16 | Verbot der unechten Rückwirkung bei Gesetzen – Vertrauensschutz bei laufenden Altverträgen geht vor | Die Problematik wird im Zuge der geforderten Abschaffung der Doppelverbeitragung berücksichtigt. Siehe dazu oben beim Leitantrag. |
| A 19 | Freiheit für den Einzelhandel | Der Beschluss fand weder in den Bundesfachausschüssen der CDU, noch in den AG's der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Widerhall. |
| A 21 | Keine Abschaffung oder Einschränkung des Bargelds | [Fusion mit A 08, siehe oben] |
| A 25 | Aussetzung des Familiennachzuges | Die Forderung der MIT wurde in die politische Debatte wiederholt eingebracht und hat mit dafür gesorgt, dass die Neuregelung des Familiennachzuges restriktiver ausgefallen ist als ursprünglich geplant. Seit 1. August 2018 sollen nur noch maximal 1.000 engste Familienangehörige (Ehegatten und minderjährige Kinder) pro Monat einreisen dürfen. Einen Rechtsanspruch auf Familiennachzug gibt es weiterhin nicht. Ein Nachzug von Gefährdern wird ausgeschlossen. |
| A 27 | Keine Grunderwerbssteuer bei Immobilien zur eigenen Nutzung | Die MIT-Steuer- und Finanzkommission hat sich 2019 erneut mit dem Thema beschäftigt und dem Bundesvorstand einen Beschlussvorschlag vorgelegt, nach dem die Grunderwerbsteuer bundesweit einheitlich auf 3,5 Prozent festgesetzt und für den Ersterwerb ein Freibetrag von 300.000 Euro pro Person gewährt werden soll. Der Bundesvorstand hat dem am 25. Juni 2019 zugestimmt. |
| A 28 | Senkung von Steuernachzahlungszinsen überfällig | Die Forderung ist in die AG Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebracht worden und wurde im Januar 2019 Bestandteil eines umfangreichen Impulspapiers der AG Finanzen zur „Modernisierung des Unternehmenssteuerrechts in Deutschland“. |
| A 29 | Migration (Forderungen der MIT an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und an die CDU) | Die Forderungen wurden und sind Bestandteil der Debatten um Handels erleichterungen, insbesondere mit Afrika. |
| A 32 | Höhe der Säumniszuschläge | Die Forderung fand bislang keine Mehrheit in den Gremien der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Allerdings wurde durch ein BSG-Urteil vom 12. Dezember 2018 der Säumniszuschlag immerhin auf Vorsatz begrenzt. |
| A 33 | Zulassungsbeschränkung für Rechtsanwälte | Der Beschluss wurde von der MIT-Bundesgeschäftsstelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Fraktionsvize sowie rechtspolitische Sprecherin) zugeleitet. Nachdem er dort zunächst auf keinen Wiederhall stieß, wurde mehrfach nachgehakt. Der Beschluss fand auch bei verschiedenen Tagungen von Rechtsanwaltskammern auf Bundes- und Länderebene Beachtung und hat dort die Debatten beflügelt. |



DEUTSCHLANDS LEITINDUSTRIE IST MITTELSTÄNDISCH GEPRÄGT

Von Dr. Martin Koers, Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie (VDA)

Die deutschen Automobilhersteller sind weltweit bekannt. Sie sind das Aushängeschild deutscher Ingenieurskunst und stehen für nachhaltige Qualität, Sicherheit und Langlebigkeit. Doch ein großer Teil der Entwicklung und Fertigung wird von den Zulieferern geleistet, überwiegend von mittelständischen Betrieben. Etwa drei Viertel der Wertschöpfung eines Autos entsteht schon heute bei Zulieferern, Tendenz steigend. In praktisch jedem auf der Welt in Großserie gebauten Fahrzeug befinden sich deutsche Teile. Ein Drittel der Exporte der deutschen Automobilindustrie sind Teile und Zubehör.

Die deutsche Automobilindustrie beschäftigt direkt über 800.000 Menschen, über 300.000 davon bei den Zulieferern. Auch im VDA spielen kleine und mittlere Unternehmen eine zentrale Rolle: Von über 600 Mitgliedsunternehmen sind über 500 Zulieferer, die meisten davon Mittelständler. Viele davon sind im ländlichen Raum ansässig und familiengeführt. Diese können mitunter strukturschwachen Regionen das wirtschaftliche Überleben sichern.

Für den Erfolg gerade dieser Betriebe ist eine belastbare Infrastruktur unerlässlich. Dazu zählen nicht nur Autobahn- oder Gleisanschlüsse, sondern auch die digitale Infrastruktur. Alternative Antriebe, allen voran die Elektromobilität, autonomes Fahren, Digitalisierung und Vernetzung verändern das Automobil grundlegend. Diesen Transformationsprozess treiben nicht nur die Hersteller voran. Die deutschen Automobilzulieferer investieren, verglichen mit ihren internationalen Konkurrenten, einen fast doppelt so großen Teil ihres Umsatzes in Forschung und Entwicklung. Tendenz weiter steigend. So ist es nicht verwunderlich, dass beispielsweise im Bereich des autonomen Fahrens fast zwei Drittel der Patente von Zulieferern gehalten werden.

Um den Transformationsprozess erfolgreich zu gestalten, müssen insbesondere auch die kleinen und mittleren Unternehmen gut aufgestellt sein. Schon heute zeigt sich: Ein Hemmnis für das Wachstum ist der Fachkräftemangel. Für den MINT-Bereich gilt dies in besonderem Maße. Wir müssen dieser Wachstums- und Innovationsbremse entschieden entgegensteuern: durch eine entsprechende Bildung und Ausbildung, eine weitere Verbesserung in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Beseitigung noch vorhandener Barrieren bei der Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus dem außereuropäischen Ausland.

Das derzeitige Marktumfeld für die Automobilindustrie ist herausfordernd. Mit wenigen Ausnahmen gibt es zur Zeit keine Wachstumsmärkte. In diesem Umfeld ist der Transformationsprozess zu stemmen, der je nach Produktportfolio eines Unternehmens unterschiedlich stark ausfällt. In diesem Spannungsfeld sind die beschäftigungspolitischen Herausforderungen für viele Unternehmen immens. Daher muss der Transformationsprozess auch von der Politik so gestaltet sein, dass all diese Faktoren bedacht werden.

Wir bringen
nicht nur Pakete,
sondern auch
Erfolg.

Erleben Sie die Zukunft des
Paketversandes.

[dpd.de](https://www.dpd.de)



| | | |
|------|--|---|
| A 36 | Kein soziales Europa ohne Soziale Marktwirtschaft | Die Positionen wurden von der CDU zum Teil in einem von der MIT beantragten Beschluss auf dem 30. CDU-Parteitag am 26. Februar 2018 in Berlin und zum Teil von CDU und CSU in ihr Wahlprogramm für die Europawahl 2019 übernommen. |
| A 38 | Hebammen | Der Beschluss fand weder in den Bundesfachausschüssen der CDU, noch in den AG's der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Widerhall. |
| A 50 | Deutliches Absenken der Kranken- und Pflegeversicherungs-Mindestbeiträge für Selbstständige Jetzt! | Auf Initiative von Bundesminister Jens Spahn hat die GroKo im Bundestag das GKV-Versichertenentlastungsgesetz beschlossen, dass das Anliegen des Antrags umsetzt: Die Mindestbemessungsgrundlage wurde zum 1. Januar 2019 deutlich von 2.283,75 auf 1.038,33 Euro im Monat abgesenkt. Damit sinkt der monatliche Mindestbeitrag um mehr als die Hälfte und beträgt jetzt für freiwillig Versicherte ohne Krankengeldanspruch rund 160 Euro. |
| A 52 | Saisonarbeiter | Die Forderung der MIT, dass die 70-Tage-Regelung für Saisonarbeiter dauerhaft gelten soll, wurde mit dem Qualifizierungschancengesetz von der GroKo Ende 2018 umgesetzt. Davon profitiert vor allem die Landwirtschaft. |

| Initiativanträge | | |
|------------------|---|---|
| I 01 | Für eine starke deutsche Automobilindustrie, Antriebsneutralität und Verantwortungsübernahme der Hersteller | Der Beschluss wurde bekräftigt und weiter entwickelt auf der MIT-Bundesvorstandsklausur im März 2018 in Wien und auf den Bundesvorstandssitzungen am 10. September 2018 und am 19. November 2018 in Berlin und intensiv medial und im Mittelstandsmagazin verbreitet. |

| Überweisungsbeschlüsse | | |
|------------------------|--|---|
| G 04 | Änderungsantrag | Die Kommission Steuern und Finanzen hat über den Überweisungsbeschluss G 04 beraten und mehrheitlich für die Ablehnung des Änderungsantrages gestimmt. Die Kommission hat beschlossen, dass der Antrag thematisch nicht in das Grundsatzprogramm gehöre und inhaltlich ordnungspolitisch nicht begründbar sei. |
| A 10 | Abschaffung der unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen der Sozialversicherungsbeiträge | Die Kommission Gesundheit hat in ihrer Sitzung am 17. Mai 2019 über den Antrag diskutiert und ihn einstimmig angenommen. Daraufhin wurde der Antrag vom Bundesvorstand in seiner Sitzung am 25. Juni 2019 diskutiert und angenommen. |
| A 11 | Abschaffung Beitragsservice ARD, ZDF, Deutschlandradio (GEZ) | Der Bundesvorstand hat sich am 14. Mai 2018 mit dem Thema befasst und den Antrag abgelehnt mit dem Hinweis, die Länder seien formell dafür zuständig. Die Debatte wolle man aber auch auf Bundesebene politisch weiterführen. Die Bundesgeschäftsstelle wurde beauftragt, das Thema kritisch im Mittelstandsmagazin aufzugreifen, was im März 2019 in einem viel beachteten Beitrag erfolgt ist. Der Bundesvorsitzende will die Thematik erneut aufgreifen und hat in einem Werkstattgespräch im August 2019 mit Experten die Möglichkeit zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diskutiert, die in ein Positionspapier der MIT münden sollen, ggf. sogar zum Bundesmittelstandtag 2019. |
| A 13 | Arbeitsmarkt: Kündigungsschutz | Die Kommission Arbeit und Soziales hat den Antrag diskutiert und abgelehnt. Es wurde vorgeschlagen, das Thema aber noch einmal in der Kommission zu behandeln. |
| A 14 | Gewerbsteuer abschaffen | Die Kommission Steuern und Finanzen hat über den Überweisungsbeschluss beraten und betrachtet den Antrag als teilweise erledigt. Die MIT habe eine Unternehmensteuerreformkonzept beschlossen, in das die Forderungen des Antrages im Wesentlichen eingearbeitet wurden („Gewerbsteuer als Zuschlagsteuer“). Es solle das Ziel einer Reform der Gewerbesteuer sowie ein kommunales Hebesatzrecht für die Einkommen- und Körperschaftsteuer weiter verfolgt werden. |
| A 20 | Promotionsrecht nur für staatliche Universitäten | Der Bundesvorstand hat sich mit dem Antrag befasst und sah das Anliegen inhaltlich kritisch, da es den Wettbewerb unter Hochschulen einschränke. Für die Antragstellerin (BV Württemberg-Hohenzollern) zog Margarete Reiser den Antrag zur Überarbeitung zurück. |

| | | |
|------|---|---|
| A 23 | Steuerverschwendung muss Straftatbestand werden | Trotz eines ablehnenden Votums des Präsidiums hat der Bundesvorstand den Antrag mehrheitlich angenommen. |
| A 26 | Europa wieder in die Spur bringen – funktionierende EU-Außengrenzen und EU-Strukturen | Die Kommission Europa hat den Antrag diskutiert und abgelehnt. Zu den EU-Strukturen gab es einen Vorschlag der Kommissionsvorsitzenden Markus Pieper und Markus Ferber, der von der Europakommission im Vorfeld der EP-Wahl 2019 beschlossen wurde und dann im Umlaufverfahren des Bundesvorstands nicht die nötige qualifizierte Mehrheit fand. Teile des Antrags wurden in anderen Beschlusslagen der Kommission und des Bundesvorstands behandelt. |
| A 39 | Bankenregulierung | Der Bundesvorstand hat den Antrag am 14. Mai 2018 auf Vorschlag des Präsidiums zur weiteren Beratung in die Kommission Steuern und Finanzen überwiesen mit der Maßgabe zu überprüfen, welche der bestehenden Regulierungsvorschriften als unpraktikabel einzustufen sind. Dort wurde das Thema bislang noch nicht behandelt. |
| A 40 | „Quellensteuer“ | Die Kommission Steuern und Finanzen hat über den Überweisungsbeschluss beraten und einstimmig für die Ablehnung des Antrages gestimmt. Die Kommission sehe von einer Befürwortung des Antrages ab, solange es keine einheitliche OECD-Lösung gebe. |
| A 42 | Landarztquote | Die Kommission Gesundheit hat in ihrer Sitzung am 17. Mai 2019 über den Antrag diskutiert und ihn abgelehnt. |
| A 49 | AdBlue Betrug verhindern – Für fairen Wettbewerb im Speditionsgewerbe | Der Bundesvorstand hat die Kommission Energie, Umwelt, Bau und Verkehr dazu aufgefordert, ein Votum zu erarbeiten. Die Kommission hat über den Überweisungsbeschluss beraten und mehrheitlich für den Antrag gestimmt. Der Bundesvorstand folgte diesem Votum und stimmte somit dem Antrag zu. Der Beschluss wurde an den Parlamentarischen Staatssekretär im BMVI Steffen Bilger MdB und die verkehrspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Daniela Ludwig MdB weitergeleitet. |
| A 51 | Durchführung eines Wirtschaftsparteitags auf Bundesebene | Überweisung an den Bundesvorstand. Die CDU hat die Anregung angenommen und auf dem 31. Parteitag am 7./8. Dezember 2018 in Hamburg den Leitantrag „Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ beraten und beschlossen, der viele Anregungen und Anträge der MIT enthielt. |

| | Abgelehnte und erledigte Anträge | |
|------|---|---------------------------------|
| L 06 | Änderungsantrag | Abgelehnt |
| L 07 | Änderungsantrag | Abgelehnt |
| S 02 | Satzungsantrag | Abgelehnt |
| A 02 | Netzausbau beschleunigen und Ausbauziele für Offshore-Windenergie erhöhen | Abgelehnt |
| A 06 | Abschaffung Solidaritätszuschlag | Abgelehnt (Erledigt durch L 01) |
| A 12 | Arbeitsmarkt: Arbeitszeit | Abgelehnt |
| A 17 | Wahlfreiheit Sozialversicherungspflicht | Abgelehnt |
| A 18 | Der Solidaritätszuschlag ist zum 01.01.2018 ersatzlos in vollem Umfang abzuschaffen | Abgelehnt (Erledigt durch L 01) |
| A 22 | Für eine deutliche Steuerentlastung des Mittelstands – jetzt | Abgelehnt (Erledigt durch L 01) |
| A 24 | Unverzögliche und ersatzlose Abschaffung des Solidaritätszuschlags | Abgelehnt (Erledigt durch L 01) |
| A 30 | Reduzierung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge | Abgelehnt (Erledigt durch L 01) |
| A 31 | Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge | Abgelehnt (Erledigt durch L 08) |
| A 34 | Abschaffung Soli | Abgelehnt (Erledigt durch L 01) |
| A 35 | Arbeitnehmerüberlassungsgesetz | Abgelehnt (Erledigt durch A 01) |
| A 37 | Mindestlohn | Abgelehnt |

| | | |
|------|---|---------------------------------|
| A 41 | „Außenhandel“ | Abgelehnt |
| A 43 | Groß-Genossenschaften mittelstandisieren | Abgelehnt |
| A 44 | Antriebstechniken technologieoffen entwickeln – Feldzug gegen den Dieselmotor stoppen | Abgelehnt (Erledigt durch I 01) |
| A 45 | Benachteiligung des Mittelstandes durch Automatische Anpassungen des Mindestlohns und ständige Beteiligung an der Mindestlohnkommission beenden | Abgelehnt |
| A 46 | Touristische Entwicklung fördern – Wiederansiedlung des Wolfes begrenzen | Abgelehnt |
| A 47 | Klimaschutz mit Augenmaß und am Stand der Technik ausrichten | Abgelehnt (Erledigt durch I 01) |
| A 48 | Strukturwandel aktiv gestalten – Investitionsentscheidungen der Energiewende zugunsten der Braunkohleregionen absichern | Abgelehnt |

Anzeige

**Ob du's glaubst
oder nicht:
Schmeckt
auch
Fleisch-
liebhabern.**



Der Big Vegan TS.
Jetzt neu bei McDonald's.



In Frühstücksrestaurants ab 10.30 Uhr (sonn- und feiertags ab 11.30 Uhr). © 2019 McDonald's

BERICHT ÜBER DIE ANTRÄGE DES MIT-BUNDESVERBANDS AN DEN 30. CDU-PARTEITAG IN BERLIN

| Nummer | Titel | Beschluss und Verfahren |
|--------|---|-------------------------|
| C 1 | Euro stabil halten – Keine Vergemeinschaftung von Schulden | Annahme |

BERICHT ÜBER DIE ANTRÄGE DES MIT-BUNDESVERBANDS AN DEN 31. CDU-PARTEITAG IN HAMBURG

| Nummer | Titel | Beschluss und Verfahren |
|--------|---|--|
| B 2 | Elektronische Abstimmungen vereinfachen | Annahme in geänderter Fassung |
| C 45 | Für die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge | Annahme in geänderter Fassung in Kombination mit C 37, C 132 und C 168 |
| C 46 | Abschaffung Solidaritätszuschlag bis 2021 | Annahme in geänderter Fassung in Kombination mit C 81, C 96, C 118, C 165, C 188 und C 207 |
| C 47 | Für einen attraktiven freiwilligen Gesellschaftsdienst | Annahme in gemeinsamer geänderter Fassung in Kombination mit C 8, C 14, C 43, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 |
| C 48 | Lebensstandard sichern – Zulagenrente verbessern | Überweisung an den Bundesfachausschuss „Soziale Sicherung und Arbeitswelt“ |
| C 49 | Europäische Union – mit weniger Bürokratie bessere Gesetze | Überweisung an den Bundesfachausschuss „Europapolitik“ |
| C 50 | Für einen EU-weiten praxistauglichen Datenschutz | Annahme in geänderter Fassung in Kombination mit C 50, C 83, C 115 und C 137 |
| C 232 | Keine Bundesmittel für die Deutsche Umwelthilfe | Annahme |

GRUSSWORTE

- CDU: BUNDESVORSITZENDE ANNEGRET KRAMP-KARRENBÄUER
- CSU: VORSITZENDER DR. MARKUS SÖDER MDL
- STADT KASSEL: OBERBÜRGERMEISTER DER STADT KASSEL CHRISTIAN GESELLE
- MIT HESSEN: LANDESVORSITZENDER MARCO REUTER
- CDA: BUNDESVORSITZENDER KARL-JOSEF LAUMANN
- EAK: BUNDESVORSITZENDER THOMAS RACHEL MDB
- FU: BUNDESVORSITZENDE ANNETTE WIDMANN-MAUZ MDB
- JU: BUNDESVORSITZENDER TILMAN KUBAN
- KPV: BUNDESVORSITZENDER CHRISTIAN HAASE MDB
- OMV: BUNDESVORSITZENDER EGON PRIMAS MDL
- RCDS: BUNDESVORSITZENDER HENRIK WÄRNER
- SU: BUNDESVORSITZENDER PROF. DR. OTTO WULFF
- SCHÜLER UNION: BUNDESVORSITZENDER FINN WANDHOFF

DIE SELBSTBEHAUPTUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde
der MIT,**

Wir feiern in diesem Jahr nicht nur 70 Jahre Grundgesetz, wir erinnern uns auch an die Düsseldorfer Leitsätze, mit denen sich die CDU vor 70 Jahren zur Sozialen Marktwirtschaft bekannt hat. Außerdem erinnern wir in diesem Jahr an den Mauerfall vor 30 Jahren, der schließlich zur Deutschen Einheit geführt hat. Im Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde ausdrücklich die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung genannt.

Mit der Sozialen Marktwirtschaft haben wir vor 70 Jahren die richtige Antwort gefunden auf die kommunistischen Irrwege einerseits und die kapitalistischen Auswüchse andererseits. Die Soziale Marktwirtschaft stellt den Menschen in den Mittelpunkt, sie dient dem Menschen und hat unserem Land in seiner Gesamtheit Wohlstand und Freiheit gebracht.

Leider müssen wir feststellen, dass dieses Erfolgsmodell heftigen Angriffen ausgesetzt ist. Selbst vor Angriffen von innen ist sie nicht gefeit. Dabei geht es nicht nur um irrwitzige Enteignungsdebatten, sondern auch um ein Staatsverständnis als Vollkasko-Versicherung mit Daueralimentierung. Die CDU hingegen traut den Menschen etwas zu. Sie will Freiräume schaffen, damit jeder das Beste für sich und die eigene Familie erreichen kann. Gleichzeitig wollen wir denen zur Seite stehen, die tatsächlich auf Unterstützung der Allgemeinheit angewiesen sind.



CDU

Die Soziale Marktwirtschaft wird auch von außen angegriffen. Wir stehen in einem knallharten Systemwettbewerb. Unser Wohlstand und unsere Art zu leben und zu arbeiten müssen sich behaupten. Das geht nicht mit immer mehr Regulierungen, sondern vor allem mit Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Forschergeist.

Auch die Veränderungen unserer Zeit fordern die Soziale Marktwirtschaft heraus: Digitalisierung, Arbeit 4.0, neue Geschäftsmodelle, disruptive Technologiesprünge und das Verständnis von Klimaschutz als Wachstumsmotor sind nur einige Stichworte.

Es ist unsere Aufgabe, die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auf diese Entwicklungen zu übertragen: von der Sozialpartnerschaft über das Kartellrecht bis hin zu einem modernen Steuersystem. Dabei setzen wir als Union ganz besonders auf den Mittelstand, der mit Unternehmergeist, mit innovativen Produkten, mit Verwurzelung in der Heimat und mit Verantwortung für die Mitarbeiter das Rückgrat unserer Wirtschaft ist.

Gerade in Zeiten wie diesen wird deutlich: Die Soziale Marktwirtschaft braucht uns, sie braucht eine starke Union und sie braucht eine starke Mittelstandsvereinigung. Als MIT haben Sie sich vor zwei Jahren das erste Grundsatzprogramm gegeben. Auch die CDU hat sich auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm gemacht. Meine Bitte an Sie: Bringen Sie sich dabei ein. Es wäre ein starkes Signal für unsere große Volkspartei der Mitte, wenn Sie dies in engem Austausch mit den Freundinnen und Freunden von der CDA tun. Die Union ist eine Kraft des Miteinanders und des Ausgleichs. Darauf sollten wir uns besinnen, denn dies ist der Weg zu neuer Stärke für unsere Union.

Jhve
Annegret Kramp-Karrenbauer

Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands

MIT SOZIALER MARKTWIRTSCHAFT ZUM NÄCHSTEN WIRTSCHAFTSWUNDER

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder und Freunde der
MIT,**

unsere starke Wirtschaft ist Grundlage für unseren Wohlstand und den sozialen Ausgleich in unserem Land. Besonders unser Mittelstand ist Garant für ein starkes Miteinander. Als Politik müssen wir die richtigen Weichenstellungen setzen, wenn wir das Erreichte erhalten und ausbauen wollen. Denn klar ist: Unser Standort und die Soziale Marktwirtschaft sind heute an vielen Stellen herausgefordert. Globalisierung, Bevölkerungsentwicklung, finanzielle Risiken und Digitalisierung sind nur einige Mega-Trends, die wir als Politik gestalten müssen.

Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft stehen wir vor der großen Aufgabe angesichts dieser Mega-Trends, die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in die Zukunft zu übersetzen: mit fairen Chancen für alle, mit fairen Spielregeln für die Arbeits- und Wirtschaftswelt, mit fairen Bedingungen für die Umwelt und kommende Generationen und mit dem klaren Ziel, Innovationen und Wohlstand auch zukünftig stark zu halten. Denn uns ist klar: Mittelständische



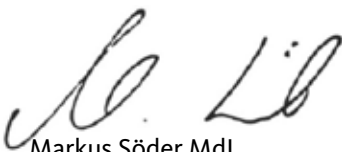
Innovationsfähigkeit und die Erfüllung des Wohlstandsversprechens gibt es nur mit unternehmerischer Freiheit.

Unser Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft gibt hierfür einen freiheitlichen Rahmen: Der Staat soll in diesem Bild Regulierung auf das notwendige Maß begrenzen und nur dort tätig werden, wo Selbstregulierung und Selbstverantwortung nicht greifen. Wir wertschätzen die Leistungsträger in unserem Land: Arbeitnehmer, Unternehmer, Selbständige und Freiberufler. Sie alle übernehmen Verantwortung für sich und andere und dienen damit der Gemeinschaft. Eine intervenierende und zentralistische

Wirtschaftspolitik lehnen wir ab. Das bleibt unser Leitbild!

Für mich ist klar: Die Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft sind groß – und wir, CDU und CSU, packen diese Herausforderungen gemeinsam an: Wir treten dafür ein, die Soziale Marktwirtschaft stark zu machen für das nächste Wirtschaftswunder. Als Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union wünsche ich Ihnen in diesem Sinne für Ihren 14. Bundesmittelstandstag alles Gute und Gottes Segen!

Herzlichst
Ihr



Markus Söder MdL
Vorsitzender der CSU

KASSEL ALS BESTES ZUHAUSE FÜR ALLE

Herzlich Willkommen zum Bundesmittelstandstag 2019 in Kassel!

Ich freue mich, dass Sie sich entschieden haben, im Herzen Deutschlands zu tagen. Dank der guten Zug- und Autobahnverbindung hat sich Kassel als überregionaler Tagungsort etabliert. Unsere 205.000-Einwohner-Stadt gehört zu den 20 dynamischsten Wirtschaftsstandorten in Deutschland. Daran haben vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die in Kassel fest verankert sind, einen entscheidenden Anteil. Sie bilden das Fundament unserer Wirtschaft, sie schaffen Arbeitsplätze, bilden junge Menschen aus und zeichnen sich durch ihre Vielfalt und Innovationskraft aus.

Die gute Entwicklung Kassels drückt sich auch in Kennzahlen aus: Bei den Gewerbesteuererträgen konnten wir mit rund 173 Millionen Euro das bisherige Rekordergebnis noch einmal toppen. Auch die Arbeitsmarktzahlen bleiben erfreulich: So viele Menschen wie schon lange nicht mehr haben Arbeit in unserer Stadt.

Auf diesen Zahlen will sich Kassel aber nicht ausruhen: Im Hinblick auf die Entwicklung unserer Stadt ist es mein Ziel, Kassel für alle zum besten Zuhause zu machen. Dabei geht es vor allem darum, die Lebensqualität in unserer Stadt spürbar zu verbessern und dabei das Handeln an die Herausforderungen der Zeit anzupassen.

Drei strategischen Zielfeldern wollen wir uns verstärkt widmen: Wohnen und Mobilität; Arbeit und Bildung, „Smartes



Kassel documenta Stadt

Kassel“. Unter dem Stichwort „Smartes Kassel“ will die Stadt die Vorteile, die sich durch die Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche bieten, für sich nutzen.

Grundlage dafür ist der Zugang zu digitalen Infrastrukturen. Weite Teile der Industriegebiete wie auch die Innenstadt sind oder werden mit Glasfaser erschlossen. Am Hauptbahnhof entsteht mit dem Fraunhofer Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik ein Flaggschiff für Forschung und Innovation. Im Kasseler Süden ist der Ausbau eines 76 Hektar großen Gewerbeparks in vollem Gang und

am Kassel Airport soll ein interkommunales Gewerbegebiet vorrangig für luftfahrtaffine Unternehmen weiterentwickelt werden.

Aber auch die weichen Standortfaktoren müssen stimmen, um im harten Wettbewerb um Fachkräfte und neue Unternehmen zu bestehen. Die documenta-Stadt Kassel weiß auch hier zu punkten: mit einem hohen Erholungs- und Freizeitwert, großartigen Parkanlagen und einem Kulturangebot, das keine deutsche Stadt gleicher Größe zu bieten hat. Wir haben mit dem UNESCO-Welterbe, dem Bergpark Wilhelmshöhe und den weltberühmten Wasserspielen, einen Publikumsmagneten par Excellence.

Vielleicht haben Sie abseits Ihrer Tagung die Gelegenheit, Kassel ein wenig näher kennenzulernen. Der Veranstaltung wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf und viele gute Impulse aus konstruktiven Gesprächen.

Herzlichst

Ihr
Christian Geselle
Oberbürgermeister der Stadt Kassel

HESSEN: MITTELSTANDSLAND NR. 1

Liebe MIT-Streiterinnen und MIT-Streiter,

über 99 Prozent der hessischen Unternehmen sind KMU. Zusammen beschäftigen sie rund 1,6 Millionen Menschen und bilden jedes Jahr über 80.000 Jugendliche aus. Der hessischen Landesregierung ist die herausragende Bedeutung der KMU bewusst. Insbesondere die CDU Hessen als die Mittelstandspartei, hat dafür gesorgt, dass auf Herausforderungen wie Digitalisierung, Demographischer Wandel und Globalisierung hessische Antworten formuliert wurden: Das unbefristete Mittelstandsförderungsgesetz, mittelstandsfreundliche Vergabeverfahren, Bürokratieabbau mit Schwerpunkt Mittelstandsverträglichkeit, Einheitlicher Ansprechpartner Hessen (EAH), digitaler Datenaustausch mit KMU, Cyber-Sicherheit für KMU über das CERT (Computer Emergency Response Team) Hessen, erhebliche Erhöhung der Landesstraßenbaumittel, Nahmobilitäts-Strategie, Mobilitätsförderungsgesetz 2018, die Breitbandstrategie 2018, Strategie Digitales Hessen 2020 sowie das Breitbandbüro Hessen, das Projekt „Wirtschaft integriert“ zur Fachkräftesicherung u.v.m.

Das alles zeigt:

Die CDU Hessen hat für den Mittelstand eine Menge erreicht. Hessen ist ein sehr guter Mittelstandsstandort. Die MIT Hessen will mit dem „Darmstädter Prozess“ aus dem sehr guten Standort einen einzigartigen Mittelstandsstandort machen: Hessen, Mittelstandsland Nr. 1 in Europa lautet unsere Zielsetzung - unser Heimatland soll der Spitzenstandort für den Mittelstand in der gesamten EU werden.

Neben den Fachleuten in Politik und Ministerien hat die MIT Hessen dafür einen zentralen Mehrwert zu bieten: Die praktischen Erfahrungen von rund 2.000 Unternehmern und Führungskräften in unserem Bundesland. Unsere MITler gestalten und erleben Wirtschaft Tag für Tag. Wir wissen,

Herzlichst
Ihr



Marco Reuter
Landesvorsitzender der MIT Hessen



wo der Schuh drückt und wie man ihn weiten muss. Wir sind aber auch selbst Teil der Politik als Wirtschaftsflügel unserer CDU Hessen. Deshalb haben wir die Netzwerke, mit denen wir unsere Expertise für Hessen einsetzen können. Mit dem Landesmittelstandstag 2019 in Darmstadt haben wir den Startschuss für den „Darmstädter Prozess“ gegeben.

Ich bin stolz auf das Team, dass diesen Prozess ermöglicht hat: Kreisvorsitzende und Bezirksvorsitzende mit ihrem Vorstand und Aktiven, die Herzblut, Energie und unzählige Stunden Freizeit dafür investieren, dass die MIT Hessen noch stärker

wird. Aber auch der Landesvorstand unserer Vereinigung, der sich durch zwei Dinge auszeichnet: Geschlossenheit und Inhaltsstärke! Unser mittelständisches Wahlprogramm wurde von der CDU Hessen unterstützt und in das Wahlprogramm der CDU Hessen übernommen. Für die rechtssichere Sonntagsöffnung hat die Landesregierung direkt nach der Wahl die Weichen gestellt. Für die Europawahl sind wir als MIT Hessen mit einer eigenen Zukunftsstrategie für eine mittelstandsfreundliche EU angetreten. Wir können mit Fug und Recht behaupten, europäischer Politik von Hessen aus den Stempel aufgedrückt zu haben: Meisterbrief und Schutz des Bargeldes sind Beispiele.

Wir nehmen die Sache selbst in die Hand! Wir wollen das Schicksal des Mittelstandes keinen Stümpfern überlassen, die uns nur den Erfolg neiden und keinen blassen Schimmer von Wirtschaft, Führung und Selbständigkeit haben. Deshalb sind wir selbst politisch aktiv: Die MIT Hessen ist kein Club von weltfremden Träumern, die nur labern und schwafeln wollen - Wir wollen verändern, wir wollen bewegen, wir wollen durchsetzen - und das schaffen wir auch.

Die Botschaft, die wir Hessen von Kassel aus nach ganz Deutschland senden wollen, passt in einen Satz: Lasst uns MITEinander MITgestalten.

UNSERE VEREINIGUNGEN STEHEN AUF DEMSELBEN WERTEFUNDAMENT

Sehr geehrter Carsten Linnemann, liebe Delegierte und Gäste des Bundesmittelstandstages

im Namen der Christlich-Demokratischen-Arbeitnehmerschaft, aber auch ganz persönlich schicke ich Ihnen herzliche Grüße zum 14. Mittelstandstag der MIT.

Die Union ist die letzte Volkspartei in Deutschland, weil sie starke Vereinigungen hat!

Auch wenn es in der Öffentlichkeit nicht immer so wahrgenommen wird, ist doch klar, dass die Flügel der CDU den wahren Charakter als Volkspartei ausmachen. Der Wirtschaftsflügel als Sprachrohr der Unternehmer und Freiberufler auf der einen Seite und der Sozialflügel als Vertretung insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Gemeinsam stehen wir für eine Politik, die die ganze Gesellschaft im Blick hat. Das bedeutet nicht, dass wir immer einer Meinung wären. MIT und CDA streiten in der Sache – manchmal hart, aber immer fair im Umgang. Und letztlich lösen wir Streit im Kompromiss. Unsere Vereinigungen stehen auf demselben Wertefundament. Ausgehend vom christlichen Menschen-



bild treten wir gemeinsam für eine Gesellschaft ein, in der die Menschen in Freiheit und Verantwortung leben können. Dieses einende Band, davon bin ich überzeugt, hält alle sachlichen Auseinandersetzungen aus.

Vor uns liegen viele Aufgaben, für die wir gemeinsam Lösungen finden müssen.

Als Volkspartei hat die CDU in den letzten Jahren einen guten Weg zwischen Sicherheit und Freiheit, zwischen Solidarität und Eigenverantwortung gefunden. Es liegt nun an der Partei auch bei den großen Themen, wie dem Klimaschutz, der Migration

oder der Digitalisierung nachhaltige Antworten zu finden. Klar ist dabei: Die MIT und die CDA treiben Dinge voran. Wir sind der Garant für lebendige Diskussionen in der Partei – und indem wir in unsere jeweiligen Zielgruppen hineinwirken, tragen wir zum Erfolg der Union in Wahlkämpfen bei. Lassen Sie uns daran anknüpfen.

Für Ihre Tagung wünsche ich Ihnen viel Erfolg und freue mich auf die gute weitere Zusammenarbeit zwischen der MIT und der CDA.

Ihr

Karl-Josef Laumann

Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft der CDU Deutschlands (CDA)

WERBEN FÜR DIE WERTE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Carsten, sehr geehrter Hauptgeschäftsführer, lieber Herr Alsleben, liebe Freunde und Mitstreiter bei der MIT,

für Ihren anstehenden 14. Bundesmittelstandtag übersende ich Ihnen im Namen des gesamten EAK herzliche Grüße und wünsche spannende Diskussionen!

Mit dem auf Ihrem letzten Bundesmittelstandtag verabschiedeten Grundsatzzprogramm „Der Kompass: Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“ haben Sie ein umfangreiches Programm für eine zeitgemäße und zukunftsweisende Wirtschafts- und Mittelstandspolitik aufgestellt. Dafür – und für die vorausgegangenen intensiven Diskussionen – gebührt Ihnen höchste Anerkennung!

Denn, dass diese Themenfelder und die ihr zugrunde liegende Soziale Marktwirtschaft seit kurzem hierzulande wieder zunehmend in Frage gestellt werden – etwa durch Initiativen wie „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ sowie von Teilen der SPD, die Großbetriebe vergesellschaften wollen – zeigt, wie wichtig Ihre Grundlagenarbeit als Argumenta-



tions- und Inspirationsquelle in der aktuellen Diskussion ist.

Die Primat der Subsidiarität und der Eigenverantwortung sowie eine Wirtschaftspolitik nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft sind auch aus der Sicht der christlichen Sozialethik zu begrüßen.

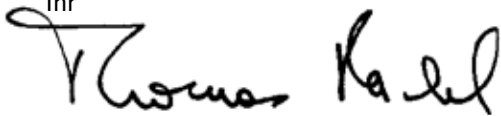
Gleichwohl werden diese eigentlich begrüßenswerten Grundsätze derzeit auch international auf verschiedenen Ebenen in Frage gestellt – ob durch Teile der Internetökonomie oder durch weltweite Akteure, die die Prinzipien der Welthandelspolitik in Frage stellen (USA) bzw. Protektionismus

mit teilweisen Staatskapitalismus kombinieren (China).

So bleibt das Werben für unsere gemeinsamen Grundsätze in der Wirtschaftspolitik nicht nur in Deutschland und Europa, sondern auch global eine gewaltige und umso wichtigere Aufgabe.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU für den diesjährigen Bundesmittelstandtag gute Beratungen, zielführende Beschlüsse und ein gutes Gelingen!

Mit besten Grüßen
Ihr



Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

UNTERNEHMEN SIND KOOPERATIONSPARTNER FÜR NACHHALTIGE POLITISCHE LÖSUNGEN

**Lieber Carsten Linnemann,
sehr geehrte Delegierte und Gäste,**

zum 14. Bundesmittelstandtag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU sende ich Ihnen – auch im Namen der Frauen Union der CDU Deutschlands – meine besten Grüße nach Kassel.

Getreu dem Motto Ihres Leitantes „Wir alle sind Wirtschaft“ begreifen wir die Unternehmen in unserem Land als Kooperationspartner und Ideengeber auf dem Weg hin zu nachhaltigen politischen Lösungen, sei es bei Fragen der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Gewinnung von Frauen für den MINT-Bereich oder Equal Pay und Diversity Management.

Globale Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Klima-



schutz stellen uns auch national vor große Herausforderungen und bieten gleichsam große Chancen. Umso wichtiger ist, dass auch Frauen diese rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen mit- und ausgestalten. Dabei geht es auch darum, Debatten zu versachlichen und Antworten auf komplexe Fragestellungen zu erarbeiten. Mit welchen politischen Instrumenten treiben wir die Energiewende voran, ohne den wirtschaftlichen Wohlstand zu gefährden? Wie kann der digitale Wandel uns dabei dienen, effizienter zu wirtschaften und nachhaltiger zu leben?

Zu diesen und weiteren Themenfeldern wünsche ich Ihnen, als Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands, spannende Diskussionen und zukunftsweisende Beschlüsse bei Ihrem Bundesmittelstandtag.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Annette Widmann-Mauz MdB
Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands

GEMEINSAM MÜSSEN WIR DIE PROGRAMMATISCHE NEUAUSRICHTUNG DER CDU VORANTREIBEN

Liebe Freundinnen und Freunde der MIT, lieber Carsten,

das Ergebnis der Europawahl und die aktuellen Umfragen können die CDU nicht zufrieden stellen und ich persönlich kann auch nicht verstehen, wie man im Mai von erreichten Wahlzielen sprechen konnte. Carsten und ich sind uns einig: Gemeinsam müssen wir nun die programmatische Neuausrichtung der CDU vorantreiben. MIT und JU sind dafür das Erfolgsduo!



Wir brauchen eine Agenda 2040 für Deutschland und dafür starke Impulse aus der mittelständischen Wirtschaft und der jungen Generation. Dabei müssen wir vor allem Antworten auf die drängenden Fragen der Zukunft geben, statt einseitig nur über Klimaschutz zu debattieren: Wie erhalten wir unsere Innovationskraft? Wie sichern und stärken wir unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze? Wie setzen wir neue ökologische Standards, um lebenswerte Regionen zu erhalten? Wie machen wir unser Sozialsystem fit für die Zukunft, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu festigen?

Die Grünen sind dabei der Wolf im Schafspelz. Sie versuchen allen ein gutes Gefühl zu vermitteln, haben aber immer noch ihr Verbotprogramm, wie vor einem Jahr. Die Summe, die auf all den ungedeckten grünen Schecks steht, ist gigantisch: 150 Milliarden Euro sollen Unternehmern und Bürgern aufgebürdet werden. Wir dürfen uns deshalb nicht in einen Überbietungswettbewerb mit den Grünen begeben, sondern brauchen ein Alleinstellungsmerkmal in den Fragen, die viele Menschen bewegen.

Mit besten Grüßen



Tilman Kuban
Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands

Unser Schwerpunkt muss deshalb die Nachhaltigkeit als Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem sein. Wir brauchen eine starke Konjunktur, um auch in Zukunft nachhaltige Finanzen garantieren und Innovationen in Deutschland entstehen lassen zu können. Immer neue Bürokratie, immer lautere Rufe nach Verboten und eine enorme steuerliche Belastung erschweren es gerade mittelständischen Unternehmern immer mehr, sich erfolgreich am Markt zu behaupten. Das muss sich wieder ändern!

Wir emittieren in Deutschland 2% des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Daher dürfen wir unsere gute wirtschaftliche

Lage nicht durch einen klimapolitischen Alleingang gefährden. Gleichwohl wollen wir einen größeren Beitrag für eine nachhaltige Wirtschaft leisten. Die USA und Frankreich haben es mit Unternehmenssteuerreformen vorgemacht: Auch wir sollten Unternehmen steuerlich entlasten, aber dabei einen neuen Fokus legen. Wer bestimmte Klimaziele erreicht und Umweltstandards einhält, erhält eine steuerliche Vergünstigung. So wird CO₂-freie Produktion ein Standortvorteil Deutschlands.

Ich wünsche Ihnen für den Bundesmittelstandtag einen erfolgreichen Verlauf und spannende Diskussionen. Kassel in der Mitte Deutschlands ist gerade deshalb treffend für Ihre Tagung, weil wir als Union den Anspruch haben, die Mitte der Gesellschaft zu vertreten: Unternehmer, Familien, junge Menschen und Senioren gleichermaßen. Ich wünsche mir eine Wirtschaftspolitik, die für diese Mitte gemacht wird und wünsche Ihnen deshalb viel Erfolg bei den Beratungen.

GEMEINSAM DIE PRINZIPIEN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT SCHÜTZEN

Liebe Delegierte,

Ihnen allen übermittle ich herzliche Grüße der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrem 14. Bundesmittelstandstag in Kassel.

Die mittelständischen Unternehmen prägen den Wirtschaftsstandort Deutschland. Ihre Vielfältigkeit, Spezialisierung und Innovationskraft sind die zentralen Faktoren für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Eine Grundvoraussetzung für den Erhalt dieser Wettbewerbsfähigkeit ist eine gute Infrastruktur. Sie muss kontinuierlich erneuert, angepasst und weiterentwickelt werden. Die KPV ist fest davon überzeugt, dass die netzgebundene Infrastruktur in öffentliche Hand gehört und Privatisierungen in diesem Bereich weder der mittelständischen Wirtschaft nützen noch den Bürgerinnen und Bürgern dienen.

Die Leistung der kommunalen Daseinsvorsorge kann durch private Unternehmen, in Kooperation mit diesen oder durch kommunale Unternehmen oder die Kommune selbst bzw. in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, erbracht werden. Aber wir müssen in kommunaler Selbstverwaltung den Kanon der Leistungen der Daseinsvorsorge bestimmen, die



Foto: Jan Kopecky



Qualität der Leistung kontinuierlich überprüfen und Versorgungssicherheit, Preistransparenz und Sozialverträglichkeit sicherstellen. Wir wissen, dass es zum Erhalt, Umbau und Ausbau der Infrastruktur in den Kommunen erheblicher Investitionen bedarf. Der Investitionsstau ist eine Bürde für die zukünftigen Generationen und eine indirekte Verschuldung. Deswegen wollen wir mehr Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur und die Finanzierung und Refinanzierung erleichtern. Eine weiter voranschreitende Privatisierung mit ihren negativen Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung ist nicht alternativlos.

Die MIT und die KPV haben in den vergangenen Jahren oft an einem Strang gezogen. Profitiert haben davon sowohl die mittelständische Wirtschaft als auch die Städte, Gemeinden und Landkreise. Lassen Sie uns daran anknüpfen und gemeinsam für die Gestaltung eines Ordnungsrahmens eintreten, der die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung wirkungsvoll schützt. Für die gute Zusammenarbeit sei Ihnen hier, auch im Namen des Bundesvorstandes der KPV, herzlich gedankt!

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung anregende Diskussionen. Für Ihre Beratungen, Beschlussfassungen und für die zukünftige Arbeit wünsche ich allen erdenklichen Erfolg.

Mit den besten Grüßen
Ihr

Christian Haase MdB

Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands

DIE **MIT** IST GARANT FÜR EINE WACHSTUMSORIENTIERTE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Herr Dr. Linnemann, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

zu Ihrem diesjährigen Bundesmitgliederversammlung möchte ich Ihnen hiermit namens des Bundesvorstandes der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, aber auch persönlich herzliche Grüße der Verbundenheit übermitteln und Ihnen für die Veranstaltung einen guten Verlauf mit ebenso konstruktiven wie fruchtbaren Begegnungen und Gesprächen sowie ein positives Medienecho wünschen.

Das politische Auf und Ab des laufenden Jahres hat uns einmal mehr gezeigt, welchen Stellenwert die Vereinigungen und Sonderorganisationen unserer Unionsparteien haben. Wir alle bilden wichtige Scharniere zu Wählerschichten, die – historisch wie aktuell – konstitutiv für unsere Parteiarbeit sind. Eng arbeiten wir mit den wichtigen Verbänden und Einrichtungen unserer Mitglieder und Zielgruppen zusammen und wissen um deren Nöte und Zwänge. Aus dieser Zusammenarbeit ergibt sich ein beiderseitiger Gestaltungsanspruch: Wir werben dafür, den von uns vertretenen Gruppen zukunftsweisende inhaltliche Angebote zu machen und politische Rahmenbedingungen so zu setzen, dass wir – und damit CDU/CSU – für sie Partner bleiben. Kurz: Wo die Union uns in unserer Arbeit unterstützt, können wir gemeinsam viel erfolgreicher Wähler an uns binden.



In unserem gemeinsamen Einsatz ist die MIT seit mehr als sechs Jahrzehnten die wichtigste Schnittstelle zur Wirtschaft und zu Deutschlands mittelständischen Unternehmen. Sie ist ein Garant für eine wachstumsorientierte deutsche Wirtschaftspolitik, die insbesondere dem Mittelstand – als unserem größten Arbeitgeber und wichtigstem Wirtschaftsmotor – faire Bedingungen im internationalen Wettbewerb verschafft. Innovationsdrang, Risikobereitschaft, moderne Ideen, neue Dienstleistungen und Produkte: Dass sich dies in und für Deutschland lohnt, ist auch Verdienst der MIT.

Zielgruppen der OMV sind die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler, die deutschen Minderheiten in ihren Heimatgebieten sowie deren Verbände. Auch all denen liegt Deutschlands wirtschaftliche Stärke sehr am Herzen, schon weil viele von ihnen nach Flucht und Vertreibung, nach der Aussiedlung oder aufgrund ihrer guten Kontakte nach Deutschland selbst Firmen gegründet haben, die bis heute die Unternehmenslandschaft bereichern und Deutschlands Wirtschaftskraft steigern.

Ich danke Ihnen für die bisherige, vertrauensvolle Zusammenarbeit, auch im CDU-Bundesvorstand. Von einer eben solchen Fortsetzung möchte ich gerne ausgehen.

Mit freundlichen Grüßen



Egon Primas MdL
Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV)

DEUTSCHLAND MUSS ZUM WELTWEITEN SPITZENREITER BEI DER DIGITALEN INFRASTRUKTUR WERDEN

**Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender,
lieber Carsten Linnemann,
liebe Mittelständler,**

Ich freue mich über die Möglichkeit, mich anlässlich Ihres Mittelstandstages in Kassel mit einem Grußwort an Sie zu wenden. Die Schnittmengen unserer Verbände sind groß, so ist Ihre Politik für den Mittelstand – genauso wie die Hochschulpolitik des RCDS – immer auch Politik im Sinne der jungen Generation. Dabei geht es uns stets darum, mit Vernunft und Verstand die Zukunft so zu gestalten, dass unser aktueller Wohlstand auch zukünftig erhalten bleibt. Diese Nachhaltigkeit unterscheidet uns von vielen anderen politischen Akteuren.

So sehen auch wir als Studenten die anhaltenden Bestrebungen zu weiteren Erhöhungen der Renten mit großer Sorge. Das mittelständische Leitbild, nach dem man langfristige Verpflichtungen nur dann eingehen darf, wenn man sie auch guten Gewissens erfüllen kann, eint uns dabei umso mehr. Keine weiteren Geschenke an die Alten auf dem Rücken der Jugend! Deshalb sind wir froh, dass sich die MIT gemeinsam mit den jungen in unseren Parteien gegen generationenungerechte Politik von links stellt.

Eine weitere Entwicklung, die wir als RCDS mit Sorge betrachten, ist die zunehmende Akademisierung in unserem Land. Von den derzeit 2,9 Millionen eingeschriebenen



Studenten bricht rund ein Drittel das Studium wieder ab – Studienfachwechsler sind dabei noch nicht berücksichtigt. Dies passiert nach durchschnittlich rund drei Semestern. Gleichzeitig machen immer mehr Schüler ihr Abitur bei immer besseren Notendurchschnitten. Die Folgen: Unsere Hochschulen sind überfüllt, die Erstsemester überfordert und die nicht-akademischen Berufe leiden unter immensen Nachwuchssorgen. Darum wollen wir ein Umdenken in der Gesellschaft. Die berufliche Ausbildung muss ebenso als Chance wahrgenommen werden, wie das Studium und das Abitur muss wieder der Schulabschluss für die leistungsfähigsten Schüler sein. Natürlich darf der berufliche Aufstieg niemandem verwehrt bleiben, hier muss die Rolle der Fachhochschulen stärker hervorgehoben werden.

Wie Sie sehen, haben wir viele gemeinsame Ziele und darum freue ich mich über die gute Zusammenarbeit unserer Verbände. Nicht zuletzt darum bin auch ich seit rund 1,5 Jahren Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsunion und freue mich als dieses, in der Bundeskommission Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz mitwirken zu dürfen.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Mittelstandstag in Kassel mit vielen wegweisenden Beschlüssen in der Antragsberatung, einen gewinnbringenden Austausch mit Gleichgesinnten und kluge Personalentscheidungen.

Mit den besten Grüßen

Henrik Wärner

Henrik Wärner

Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

POTENZIALE DER ÄLTEREN IN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT STÄRKER NUTZEN

**Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender,
lieber Dr. Carsten Linnemann,
liebe Delegierte,**

zum 14. Bundesmittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU übermittle ich Ihnen die herzlichen Grüße der Senioren-Union der CDU Deutschlands. Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, Ihnen und allen Mitgliedern der MIT für die gute Zusammenarbeit mit der Senioren-Union zu danken.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Herzstück und der Motor unseres Wohlstands und der berufliche Erfahrungsschatz der älteren Generation ist angesichts des Bedarfs an gut qualifizierten Fachkräften von



Senioren
Union **CDU**

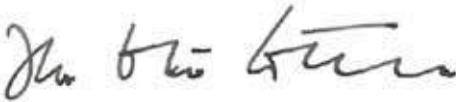
viel Erfolg in der politischen Arbeit!

unschätzbarem Wert. Allerdings stellen Altersgrenzen Hindernisse für die Einbringung und Nutzung der Potentiale der Älteren in Wirtschaft und Gesellschaft dar. Sie sollten folgerichtig dort aufgehoben werden, wo es möglich ist.

Die Senioren-Union steht aus Überzeugung und Erfahrung für ein Miteinander aller Generationen in einer freien, friedlichen und toleranten Welt. In diesem Sinne wollen wir die Zukunft Deutschlands weiter gestalten.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 14. Bundesmittelstandstags wünsche ich gute Beratungen, spannende Diskussionen und weiterhin

Herzlichst



Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands

MIT UND SCHÜLER UNION VERBINDET DER KERN VON UNIONSPOLITIK

Lieber Carsten Linnemann,
liebe Freunde der MIT,

was verbindet Schüler Union und MIT (außer, dass beide Organisationen sehr junge Vorsitzende haben)? Na klar: die Union. Das würden viele wohl als erstes antworten. Das ist auch gar nicht verkehrt und vielleicht sogar so banal, dass es wieder wichtig ist. Wenn da aber nicht mehr wäre, als die bloße Nähe zur CDU und CSU, dann wäre es wohl lediglich eine leblose Zwangsbeziehung, die Schüler Union und MIT da führen würden, ähnlich wie ungeliebte Familienmitglieder. Die SU wäre in diesem Bilde die freche Nichte, von der man nur selten hört und wenn, dann nichts Gutes, die MIT der alleinstehende Onkel, der einem zum Geburtstag höchstens ein Buch schenkt, und zwar immer das gleiche; wahrscheinlich „Wohlstand für alle“ von Ludwig Erhard.

Unsere Verbindung ist aber wesentlich gehaltvoller und sinnstiftender. Wir als Schülerorganisation binden eine Altersgruppe, die politisch kaum Gehör findet. Sie als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU binden



SU

eine Interessengruppe, die politisch zumindest zu wenig Gehör findet, fragt man die Betroffenen. Und doch sind es, besinnt man sich auf sozial-marktwirtschaftliche Wurzeln, genau unsere beiden Fachbereiche, die den Kern von Unionspolitik ausmachen. Denn Sie wissen genau, dass ohne eine starke, mittelständische Wirtschaft langfristig kein Wohlstand machbar ist, so wie wir genau wissen, dass ohne ein starkes Bildungssystem langfristig keine starke, mittelständische Wirtschaft machbar ist, vor allem nicht im ressourcenarmen Gründerland Deutschland.

Ich bin außerdem überzeugt, dass Ihr Bundesvorsitzender bei aller aktuell hitziger Debatte um verschiedenste Fragen ein wichtiger Leuchtturm für junge CDU-Mitglieder ist. Wenige können ihr Wertebewusstsein und ihr konservatives Koordinatensystem so klar und glaubhaft vertreten. Darauf können Sie alle sehr stolz sein.

Für Ihre Tagung wünsche ich Ihnen, auch als MIT-Mitglied, alles Gute und vor allem inhaltlichen Gewinn, denn der ist ja eigentlich sinnstiftend für Treffen wie diese und heute sicher wichtiger denn je.

Herzliche Grüße!
Ihr

Finn Wandhoff
Bundesvorsitzender der Schüler Union Deutschlands

ANLAGEN

1. STATISTIKEN
2. KONTAKTDATEN UND ZEITTAFEL
3. BISHERIGE BUNDESMITTELSTANDSTAGE
4. RAUMVERTEILUNGSPLAN
5. ORGANIGRAMM

MITGLIEDERSTATISTIK DER MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU

MITGLIEDERZAHLEN VON 2008 BIS JULI 2019

| Landesverbände | Mitgliederstand | | | | | | | | | | | |
|----------------------------|-----------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | 31.12.2008 | 31.12.2009 | 31.12.2010 | 31.12.2011 | 31.12.2012 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2016 | 31.07.2017 | 31.12.2018 | 31.07.2019 |
| Baden-Württemberg | 3.649 | 3.651 | 3.596 | 3.577 | 3.546 | 3.502 | 3.433 | 3.346 | 3.233 | 3.108 | 3.003 | 2.997 |
| Bayern | 4.133 | 4.098 | 3.948 | 3.923 | 3.857 | 3.872 | 3.820 | 3.829 | 3.847 | 3.823 | 3.879 | 3.946 |
| Berlin | 791 | 762 | 746 | 731 | 809 | 858 | 899 | 954 | 927 | 885 | 899 | 901 |
| Brandenburg | 351 | 349 | 359 | 337 | 327 | 306 | 298 | 297 | 283 | 310 | 332 | 334 |
| Bremen | 136 | 128 | 119 | 109 | 94 | 92 | 92 | 87 | 87 | 86 | 81 | 77 |
| Hamburg | 431 | 422 | 399 | 352 | 338 | 315 | 289 | 267 | 231 | 220 | 200 | 210 |
| Hessen | 1.873 | 1.855 | 1.885 | 1.874 | 1.844 | 1.796 | 1.789 | 1.788 | 1.760 | 1.766 | 1.767 | 1.839 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 268 | 269 | 260 | 250 | 249 | 254 | 264 | 253 | 251 | 257 | 250 | 251 |
| Niedersachsen | 4.908 | 4.914 | 5.119 | 5.203 | 5.135 | 5.108 | 4.996 | 4.888 | 4.775 | 4.735 | 4.644 | 4.641 |
| Nordrhein-Westfalen | 8.585 | 8.502 | 8.251 | 7.895 | 7.601 | 8.193 | 7.829 | 7.168 | 7.018 | 6.876 | 6.596 | 6.543 |
| Rheinland-Pfalz | 1.044 | 1.011 | 985 | 964 | 945 | 926 | 913 | 831 | 842 | 808 | 791 | 796 |
| Saarland | 427 | 404 | 395 | 390 | 387 | 388 | 389 | 374 | 350 | 345 | 342 | 349 |
| Sachsen | 493 | 445 | 417 | 409 | 413 | 430 | 446 | 430 | 425 | 442 | 441 | 461 |
| Sachsen-Anhalt | 543 | 530 | 524 | 503 | 487 | 466 | 476 | 463 | 431 | 422 | 399 | 416 |
| Schleswig-Holstein | 654 | 649 | 622 | 586 | 565 | 545 | 531 | 528 | 481 | 483 | 507 | 522 |
| Thüringen | 551 | 523 | 520 | 500 | 481 | 481 | 478 | 450 | 440 | 425 | 414 | 400 |
| Auslandsverband Belgien | | | | | | | | | | | 9 | 10 |
| Auslandsverband Österreich | | | | | | | | | | | 2 | 2 |
| Insgesamt | 28.837 | 28.512 | 28.145 | 27.603 | 27.078 | 27.532 | 26.942 | 25.953 | 25.381 | 24.991 | 24.556 | 24.695 |

21.544 87% MÄNNLICH
3.151 13% WEIBLICH

(Stand: 31. Juli 2019)

DIE FOLGENDEN STATISTIKEN SIND AUF DER GRUNDLAGE VON 20.749 MIT-MITGLIEDERN BERECHNET (OHNE MU BAYERN)

| Mitgliedschaften in Vereinigungen und der CDU | | |
|---|--------|--------|
| CDU | 12.034 | 58,00% |
| EAK | 3.237 | 15,60% |
| KPV | 1.805 | 8,70% |
| Frauen Union | 1.473 | 7,10% |
| Senioren Union | 934 | 4,50% |
| Junge Union | 664 | 3,20% |
| CDA | 332 | 1,60% |
| OMV | 270 | 1,30% |

| Stellung im Erwerbsleben | | |
|-------------------------------------|-------|--------|
| Selbständige | 9.690 | 46,70% |
| Angestellte / Ltd. Angestellte | 3.859 | 18,60% |
| in Ausbildung / Studenten / Schüler | 726 | 3,50% |
| Beamte | 519 | 2,50% |
| Rentner / Pensionäre | 270 | 1,30% |
| Hausfrauen / Hausmänner | 83 | 0,40% |
| Arbeiter | 62 | 0,30% |
| ohne Angaben | 5.540 | 26,7 |

(Stand: 31. Juli 2019)

| Die 10 Mitgliederstärksten Kreisverbände | |
|--|-----|
| Vechta (Niedersachsen) | 864 |
| Paderborn (Nordrhein-Westfalen) | 576 |
| Fulda (Hessen) | 576 |
| Rhein-Kreis-Neuss (Nordrhein-Westfalen) | 453 |
| Rhein-Sieg-Kreis (Nordrhein-Westfalen) | 406 |
| Meppen (Niedersachsen) | 402 |
| Düren-Jülich (Nordrhein-Westfalen) | 361 |
| Wesel (Nordrhein-Westfalen) | 352 |
| Osnabrück-Land (Niedersachsen) | 332 |
| Mettmann (Nordrhein-Westfalen) | 295 |

| Altersstruktur | | |
|----------------------------------|-------|-------|
| 16-20 Jahre | 34 | 0,2% |
| 21-35 Jahre | 1.051 | 5,1% |
| 36-50 Jahre | 4.699 | 22,6% |
| 51-65 Jahre | 8.294 | 40,0% |
| 66-80 Jahre | 4.844 | 23,3% |
| 81 und älter | 1.165 | 5,6% |
| ohne Angaben | 662 | 3,2% |
| Altersdurchschnitt in Jahren: 58 | | |

(Stand: 31. Juli 2019)

Anzeige



Bettina Dicks,
Landrätin des Landkreises
Bad Kreuznach, Rheinland-Pfalz,
zur Situation der Apotheken vor Ort

#unverzichtbar
Sichere Perspektiven für junge Apotheker.

**„Immer weniger
Apothekernachwuchs:
das beunruhigt.“**

EINFACH UNVERZICHTBAR.

www.einfach-unverzichtbar.de

ANSCHRIFTEN DES BUNDESVERBANDS, DER LANDESVERBÄNDE UND DES PKM

MIT-BUNDESVERBAND

Hauptgeschäftsführer: Thorsten Alsleben
Schadowstraße 3, 10117 Berlin
Tel.: 030/220798-0
info@mit-bund.de
www.mit-bund.de

PARLAMENTS-KREIS MITTELSTAND

Geschäftsführer: N. N.
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/2275900 • Fax: 030/22756203
pkm@cducsu.de
www.cdu-csu.de/pkm

LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsführerin:
Ulla Müller-Eisenhardt
Stammheimer Str. 10, 70806 Kornwestheim
Tel.: 07154/8025140 • Fax: 07154/8025145
mueller-eisenhardt@mit-bw.de
www.mit-bw.de

MITTELSTANDS-UNION DER CSU (BAYERN)

Geschäftsführer: Alexander Gropp
Nymphenburger Straße 64, 80335 München
Tel.: 089/1243272 • Fax: 089/1243292
alexander.gropp@csu-bayern.de
www.mu-bayern.de

LANDESVERBAND BERLIN

Geschäftsführer: Stefan Böhm
Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin
Tel.: 030/32690436 • Fax: 030/32690492
lgs@mit-berlin.de
www.mit-berlin.de

LANDESVERBAND BRANDENBURG

Geschäftsführer: Hans-Peter Pohl
Gregor-Mendel-Str. 3, 14469 Potsdam
Tel.: 0172/4221121 • Fax: 0331/6201414
info@mit-bb.de
www.mit-bb.de

LANDESVERBAND BREMEN

Geschäftsführer: N. N.
Am Wall 135, 28195 Bremen
Tel.: 0421/30894-26 • Fax: 0421/30894-926
info@mit-bremen.de
www.mit-bremen.de

LANDESVERBAND HAMBURG

Geschäftsführer: Thomas Klömmer
Leinpfad 74, 22299 Hamburg
Tel.: 040/460226 • Fax: 040/464500
info@mittelstand-hamburg.de
www.mittelstand-hamburg.de

LANDESVERBAND HESSEN

Geschäftsführer: Berthold Jost
Michael-Henkel-Straße 4-6, 36043 Fulda
Tel.: 0661/9340722 • Fax: 0661/9340720
b-jost@mit-hessen.de
www.mit-hessen.de

LANDESVERBAND MECKLENBURG- VORPOMMERN

Geschäftsführer: Patrick Sevecke
Puschkinstraße 10, 19055 Schwerin
Tel.: 0385/59588071 • Fax: 0385/59588071
info@mit-mv.de
www.mit-mv.de

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Hauptgeschäftsführer: Andreas A. Sobotta
Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30, 30175 Hannover
Tel.: 0511/2799123 • Fax: 0511/2799124
info@mittelstand-niedersachsen.de
www.mittelstand-niedersachsen.de

LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Geschäftsführer: Stefan Simmnacher
Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/1360045 • Fax: 0211/1360042
info@mit-nrw.de
www.mit-nrw.de

LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Geschäftsführer: Helmut Klapheck
Rheinallee 1a-d, 55116 Mainz
Tel.: 06131/284717 • Fax: 06131/284768
helmut.klapheck@cdu.landtag.rlp.de
www.mit-rlp.de

LANDESVERBAND SAARLAND

Geschäftsführerin: Andrea Kallenbrunnen
Stengelstraße 5/III, 66117 Saarbrücken
Tel.: 0681/5845323 • Fax: 0681/585052
andrea.kallenbrunnen@cdu-saar.de
www.mit-saar.de

LANDESVERBAND SACHSEN

Geschäftsführer: Frederic Wutzler
Fetscherstr. 32/34, 01307 Dresden
Tel.: 0351/44917-21 • Fax: 0351/44917-60
frederic.wutzler@mit-sachsen.de
www.mit-sachsen.de

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

Geschäftsführer: Tobias Schmidt
Fürstenwallstraße 17, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5602017 • Fax: 0391/5602032
info@mit-sachsen-anhalt.de
www.mit-sachsen-anhalt.de

LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftsführer: Thomas Klömmer
Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel
Tel.: 0431/674747 • Fax: 0431/671018
mit@cdu-sh.de
www.mit-sh.de

LANDESVERBAND THÜRINGEN

Geschäftsführerin: Eva-Maria Sieringhaus
An der Klostermauer 3, 99887 Georgenthal
Tel.: 036253/4460-0 • Fax: 036253/4460-1
info@mit-thueringen.de
www.mit-thueringen.de

AUSLANDSVERBAND BELGIEN

Geschäftsführer: Bastian Biermann
Avenue Emile Max 54, 1030 Brüssel, Belgien
Tel.: 0032 495/172773
info@mit-belgien.de
www.mit-belgien.de

ZEITTADEL

VORSITZENDE

Dr. h.c. Kurt Schmücker MdB
27.04.1956 – 27.09.1970
Egon Lampersbach MdB
28.09.1970 – 04.02.1977
Prof. Dr. Gerhard Zeitel
05.02.1977 – 11.06.1987
Elmar Pieroth
12.06.1987 – 22.04.1993
Klaus Bregger
23.04.1993 – 28.03.1996
Dr. Dr. h.c. Hansjürgen Doss MdB
29.03.1996 – 20.02.1997
Peter Rauen MdB
21.02.1997 – 22.09.2005
Dr. Josef Schlarmann
23.09.2005 – 11.10.2013
Dr. Carsten Linnemann MdB
12.10.2013 –

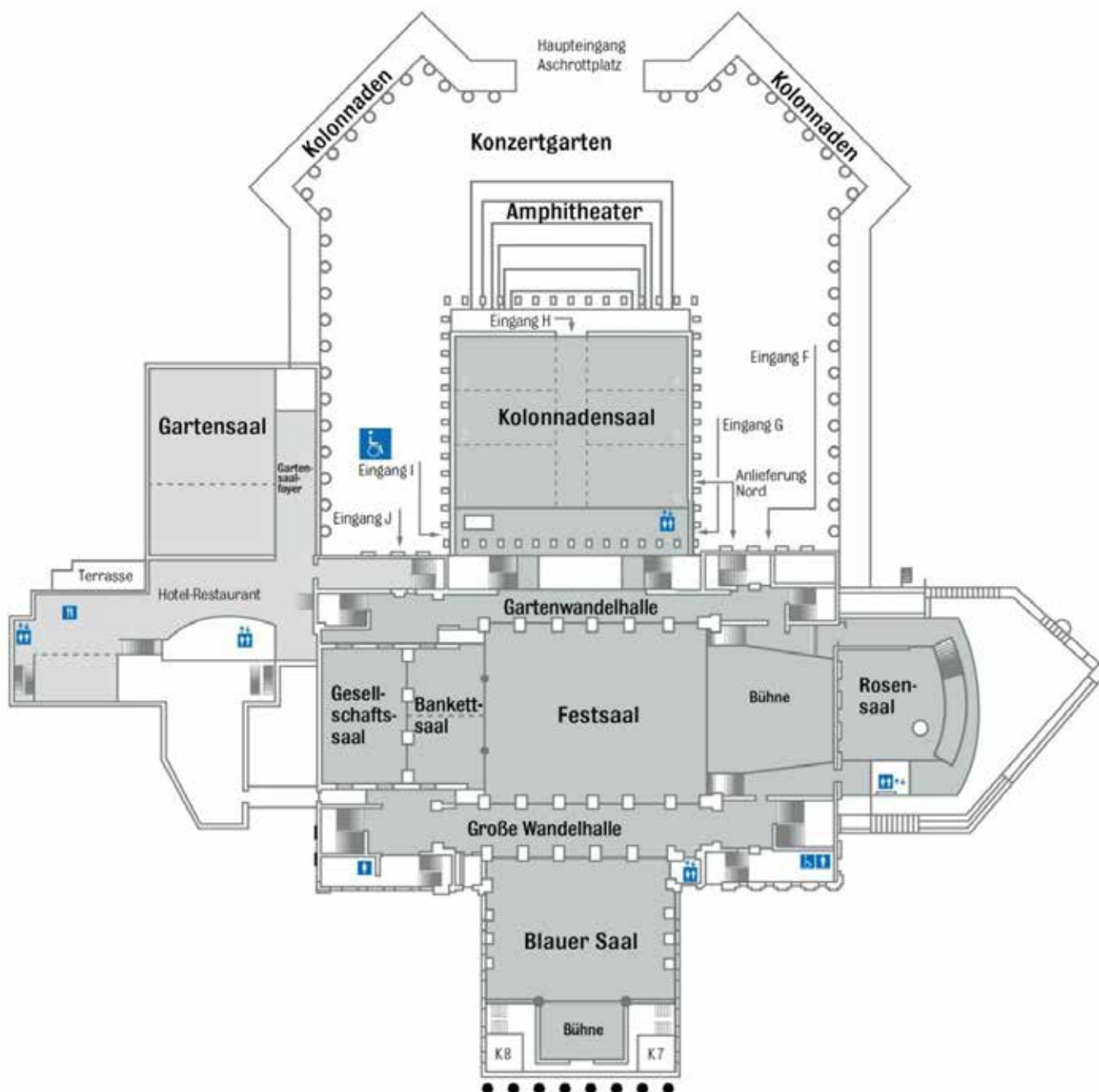
BUNDES- BZW. HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER Hansgeorg Klaus

27.04.1956 – 23.06.1958
Klaus Oertel
23.06.1958 – 03.12.1963
Clemens Riedel MdB
03.12.1963 – 27.09.1968
Egbert Hamburger
28.09.1968 – 31.03.1969
Dr. Christoph Uleer
01.04.1969 – 31.12.1970
Heinz-Ulrich Stürmann
01.01.1971 – 30.09.1972
Günther Vowinckel
01.01.1973 – 31.05.1973
Carsten Cornelsen
01.06.1973 – 30.06.1975
Dr. Dr. h.c. Peter Spary
03.07.1975 – 30.09.1990
Peter Helmes
01.01.1991 – 31.03.1996
Hans-Dieter Lehnen
01.04.1996 – 30.04.2014
Astrid B. Jantz (kommissarisch)
01.05.2014 – 31.05.2014
Thorsten Alsleben
01.06.2014 –

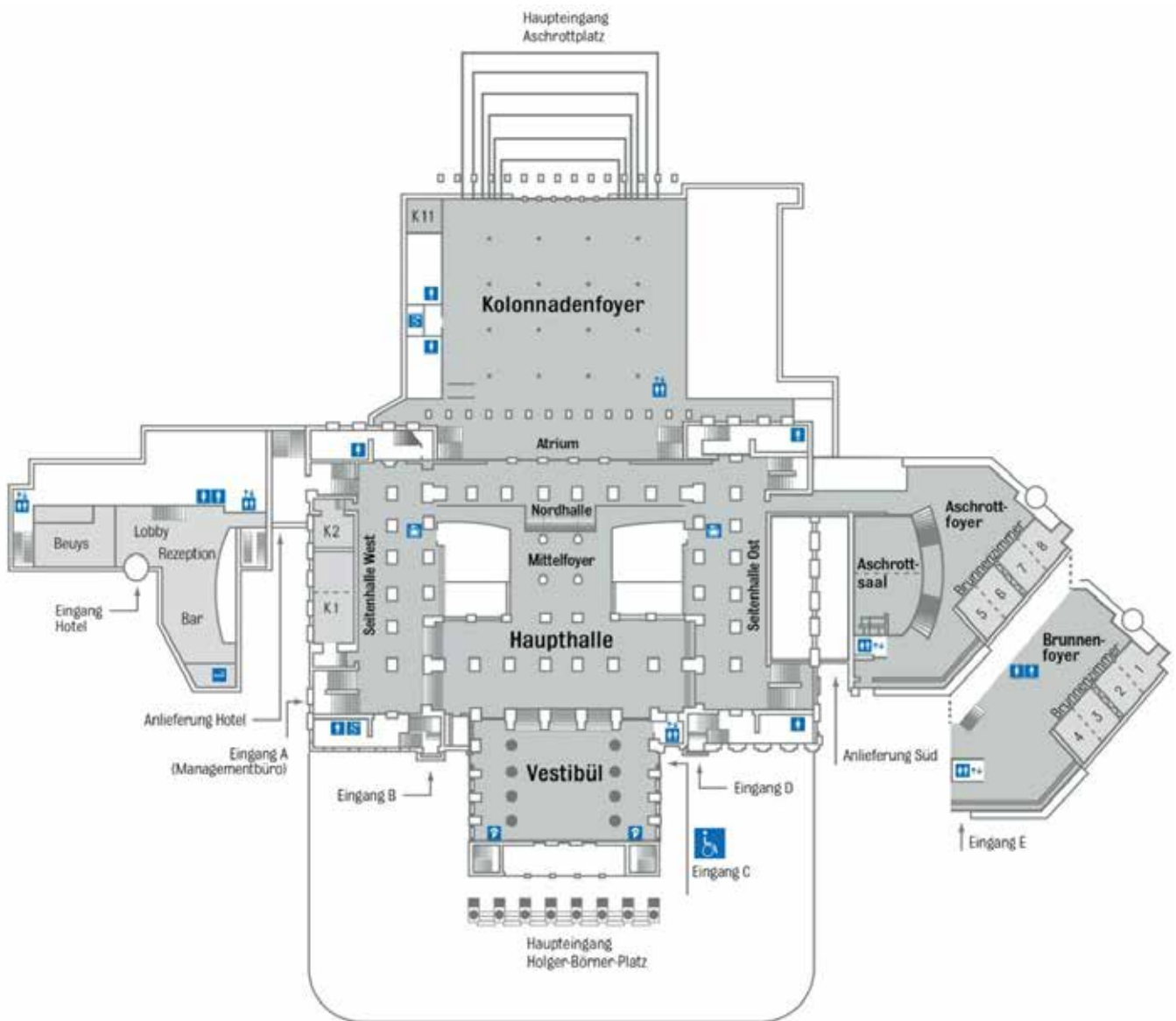
BISHERIGE BUNDESMITTELSTANDSTAGE

| DATUM | ORT | THEMA/MOTTO |
|----------------------|------------------------|--|
| 27.04.1956 | Stuttgart | Konstituierung des Bundesarbeitskreises-Mittelstand (BAM) der CDU/CSU |
| 28.04.1956 | Stuttgart | Änderung der Parteisatzung; Vorstandswahlen |
| 01.10.1956 | Köln | ordentliche Delegiertenversammlung; eigene Presseorgane: „Nachrichten und Kommentare aus der Mittelstandspolitik“ und „Mittelstandspolitische Schriften“ |
| 13.05.1957 | Hamburg/ Winterhude | Mitgliederversammlung des BAM (im Rahmen des CDU-Bundesparteitages) |
| 23.06.1958 | Düsseldorf | Delegiertenversammlung; Vorstandswahl; Neubildung der Fachausschüsse |
| 1960 | Bonn | Delegiertenversammlung, erste eigenständige Veranstaltung des BAM |
| 31.07.1961 | Köln | erste bundesweite Delegiertenversammlung; erste konkrete mittelstands- politische Leitsätze |
| 10./11.09.1962 | Würzburg | Delegiertenversammlung; Satzungsänderung neuer Name: „Mittelstandskreis der CDU/CSU“ |
| 03.12.1963 | Düsseldorf | Delegiertenversammlung, getrennte Geschäftsführung von Mittelstandskreis und DKM |
| 01./02.10.1964 | Bremen | erster bundesweiter Mittelstandstag |
| 10./11.07.1965 | Wiesbaden | „Mit mehr Selbstvertrauen in die Zukunft“ |
| 21./22.10.1966 | Weilburg/Lahn | Grundsätze der Wirtschafts- und Finanzpolitik |
| 17.04.1967 | Koblenz | „Keine Ordnung ohne Mitte“ |
| 27.09.1968 | Bonn | Mittelstandspolitische Vorschläge von DKM und Mittelstandskreis |
| 27./28.05.1969 | Dortmund | 1. Bundskongreß; Umbenennung des BAM in „Mittelstandsvereinigung der CDU CSU“; Leitsätze der Mittelstandsvereinigung |
| 1970 | Ansbach | Mittelstandspolitik aus der Opposition; Beitrags- und Finanzordnung |
| 12./13.09.1971 | Bremen | Grundsätzliche Entwicklungstendenzen des Mittelstandes |
| 19./20.03.1972 | Mannheim | „Mit Blick nach vorn“ |
| 17.07.1973 | Hannover | Leitsätze zur Vermögensbildung, zu beruflicher Bildung und Bodenrecht |
| 08.06.1974 | Berlin | „Die neuen Chancen des Mittelstandes“ |
| 20./21.09.1974 | Erlangen | Neuorientierung des Mittelstandes |
| 23.11.1975 | Bonn | „Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft“ |
| 04./05.02.1977 | Eltville | Manifest zur europäischen Politik für den Mittelstand |
| 02./03.05.1978 | Göttingen | „Mehr Selbständigkeit - weniger Bürokratie“ |
| 03./04.02.1979 | Berlin | „Mittelstand – Garant der Freiheit“ |
| 11./12.04.1980 | Saarbrücken | „25 Jahre MIT – Mittelstand, Garant der Freiheit“ |
| 22./23.05.1981 | Mainz | „Selbständigkeit – Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft“ |
| 16./17.04.1982 | Osnabrück | „Mittelstand schafft Arbeitsplätze“ |
| 29./30.04.1983 | Stgt. Fellbach | „Mittelstand hat wieder Zukunft“ |
| 04./05.05.1984 | Aachen | „Mittelstand in der technologische Herausforderung“ |
| 26./27.04.1985 | Hamburg | „Neue Medien – Chance und Herausforderung für den Mittelstand“ |
| 09./10.05.1986 | Nürnberg | „Steuerreform in mittelstandspolitischer Verantwortung“ |
| 12./13.07.1987 | Kiel | „Strukturreform Gesundheitswesen – Stopp der Sozialkostenlawine“ |
| 11./12.03.1988 | Karlsruhe | „Mehr Mittelstand – mehr Arbeitsplätze“ |
| 05./06.05.1989 | Frankfurt | „Europa'92 – Offensive für den Mittelstand“ |
| 09./10.03.1990 | Bonn | „Freiheit statt Sozialismus“ |
| 07./08.06.1991 | Berlin | „Mittelstand sichert Freiheit in Europa“ |
| 23./34.04.1993 | Stuttgart | Standort Deutschland: „Leistung muß sich wieder lohnen“ |
| 23./24.09.1994 | Magdeburg | „Wir schaffen die Arbeitsplätze: Der Mittelstand“ |
| 31.03./01.04.1995 | Hannover | „Mittelstand macht mobil“ |
| 21./22.02.1997 | Bonn | „Reformen braucht das Land – 40 Jahre MIT“ |
| 04./05.09.1998 | München | „Mit der Union und einem starken Mittelstand ins nächste Jahrtausend“ |
| 22./23.10.1999 | Koblenz | „Wachstum-Beschäftigung-Selbständigkeit“ |
| 26./27.10.2001 | Weimar | „Mittelstand – umworben, getäuscht, abgezockt“ |
| 17./18.10.2003 | Köln | „Mittelstand – Fundament des Fortschritts“ |
| 23./24.09.2005 | Dresden | „Mittelstand – Chancen für Deutschland, Sozial ist wer Arbeit schafft!“ |
| 16./17.11.2007 | Bremen | „Mittelstand – Motor der Sozialen Marktwirtschaft“ |
| 06./07.11.2009 | Berlin | „Starker Mittelstand – Starkes Deutschland“ |
| 28./29.10.2011 | Deggendorf | „Aktiver Mittelstand – verlässliche Politik“ |
| 11./12.10.2013 | Braunschweig | „Mut-Initiative-Taten: Deutschland braucht engagierte Unternehmer“ |
| 13./14.11.2015 | Dresden | „Deutschland kann mehr – Aufbruch in den Chancenstaat“ |
| 1./2. September 2017 | Nürnberg | „Mehr Markt Wirtschaft“ |

RAUMVERTEILUNGSPLAN



KOLONNADENSAAL – HESSISCHER ABEND
 ROSENSAAL – ANTRAGSKOMMISSION
 GESELLSCHAFTSSAAL - ORGANISATIONSBÜRO, STIMMZÄHLKOMMISSION
 BANKETTSAAL - PRESSE
 FESTSAAL – TAGUNGS-PLENUM
 GROSSE WANDELHALLE – MARKTPLATZ/AUSSTELLER
 BLAUER SAAL – AUSSTELLER



KOLONNADENFOYER – HESSISCHER ABEND
MITTELFOYER – CATERING
VESTIBÜL – TAGUNGSBÜRO UND GARDEROBE
ASCHROTTSAAAL - KINDERBETREUUNG

PRÄSIDIUM

BUNDES-VORSTAND

wählt

BUNDESMITTELSTANDTAG

Alle zwei Jahre beschließen rd. 500 Delegierte über die „grundsätzlichen Aufgaben, Themen, Leitlinien und Ziele der Politik der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU“ und wählen den Bundesvorstand.

15 LANDESVERBÄNDE

MU BAYERN

AUSLANDSVERBÄNDE

BEZIRKSVERBÄNDE *

MU BEZIRKSVERBÄNDE

KREISVERBÄNDE **

MU KREISVERBÄNDE

PARLAMENTSKREIS MITTELSTAND (PKM) DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) ist das Bindeglied zwischen MIT und der Arbeit im Bundestag. Der PKM ist die größte Gruppe innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mehrere Mitglieder des MIT-Bundesvorstands sind zugleich im PKM-Vorstand aktiv. Sie sorgen dafür, dass MIT-Beschlüsse in die Beratungen im Bundestag eingespeist werden und sie bekommen mit, welche wirtschaftsrelevanten Entscheidungen im Bundestag anstehen.

PARLAMENTSKREIS MITTELSTAND (PKM) EUROPE

Europa-Abgeordnete der deutschen CDU/CSU engagieren sich im PKM Europe für die Belange der mittelständischen Wirtschaft. Gesetzgebung der Europäischen Union wird vom PKM Europe frühzeitig aufgegriffen und im Dialog mit der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und mit dem Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag diskutiert.

KOMMISSIONEN UND ARBEITSGRUPPEN

Um den vorhandenen Sachverstand all unserer Mitglieder in die Arbeit unserer MIT einzubringen, hat der Bundesvorstand Kommissionen und weitere Beiräte eingesetzt, die eine Beratungsfunktion für die jeweiligen politischen Themenfelder haben sollen. Die Gruppen werden von Fachleuten aus Politik und Wirtschaft geleitet. Die Beratungsergebnisse fließen in die Arbeit des Bundesvorstands ein, der daraus konkrete Anträge und Initiativen entwickelt. Zudem wird so sichergestellt, dass das Gedankengut der MIT in den jeweiligen beruflichen Wirkungskreisen verbreitet und vertreten wird. Zudem werden so die spezifischen Anliegen innerhalb der Union gewahrt.

Einzusehen unter www.mit-bund.de



MIT Bundesgeschäftsstelle · Schadowstr. 3 · 10117 Berlin
Telefon: +49 30 220798 0
info@mit-bund.de · www.mit-bund.de
f www.facebook.com/MITbund · @MIT_bund

* In manchen Landesverbänden gibt es Bezirksverbände

** In manchen Kreisverbänden gibt es Stadt- und Gemeindeverbände

Mein Genuss. Meine Freiheit.

Lili S., 36 Jahre, Freeclimberin

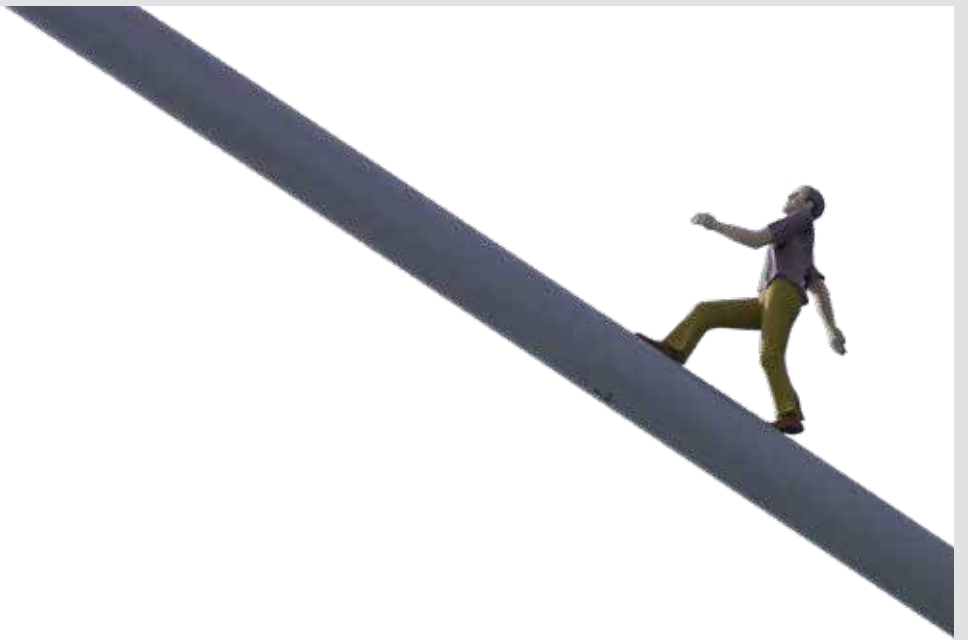


” Es gibt Menschen, die sagen, dass ich lebensmüde bin. Aber ich liebe mein Leben und setze es nicht leichtfertig aufs Spiel. Meine Leidenschaft hat nichts mit Verantwortungslosigkeit zu tun, sondern mit meiner persönlichen Freiheit. Es ist meine Entscheidung und die treffe ich bewusst und selbstbestimmt. Jeden Tag aufs Neue.



REEMTSMA

reemtsma.com



Man walking to the sky – Symbol Kasseler Kulturgeschichte

Alle 5 Jahre trifft sich die internationale Kunstszene im Rahmen der documenta in Kassel, um gemeinsam über die Werke ihrer Zeit zu diskutieren. Sie gilt seit über 60 Jahren als eine Institution in der Kunstwelt. Daher ist es nicht einfach, für ein Kunstwerk aus dem Schatten der Ausstellung herauszutreten.

Ein Werk, das diesen Schritt ohne Zweifel gegangen ist, ist die Skulptur des Künstlers Jonathan Borofsky, die den Namen „Man walking to the sky“ trägt. Im Jahr 1992 entwarf der Künstler für die documenta das Kunstwerk, das von den Kasseler Bürgern auch liebevoll „Himmelsstürmer“ genannt wird.

Die Skulptur stellt einen Mann in violettem T-Shirt und gelber Hose dar. Schnurstracks, so scheint es, richten sich seine Schritte gen Himmel. Befestigt ist der Mann aus Fiberglas an einem 25 Meter hohen Stahlrohr, das in einem Spitzen Winkel in den Himmel ragt.

In dem Jahr seiner Ausstellung stand die Skulptur auf dem Friedrichsplatz, der zu den größten innenstädtischen Plätzen in ganz Deutschland zählt und das Zentrum einer jeden documenta darstellt. Doch als die 100 Tage, die Dauer einer jeden documenta, ihrem Ende zugingen, waren die Einwohner von Kassel nicht dazu bereit, von ihrem liebgewonnenen „Himmelsstürmer“ Abschied zu nehmen. Daher kaufte die Stadt die Skulptur für damals 690.000 D-Mark. Ein stolzer Preis, wenn man bedenkt, dass die Herstellungskosten sich gerade einmal auf ein Zehntel dessen beliefen.

Bevor die Skulptur seine Endgültige Position fand, stand sie auch für einen kurzen Zeitraum auf dem Platz, der Deutschen Einheit. Heute ist der „Himmelsstürmer“ vor dem Kasseler Kulturbahnhof zu finden. Ein Platz mit dem Borofsky selbst, nach eigenen Aussagen, hoch unzufrieden ist. Seiner Auffassung nach nimmt der Platz seinem Werk die Leichtigkeit. Eine Meinung, die die meisten Kasseler jedoch nicht teilen. Für sie geht es nur darum, dass er im Freien steht. Denn genau das ist das Ziel des kleinen Mannes - der Himmel.